Donnerstag, 10. April 1986 - D ***

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 83 - 15.W.- Preis 1,20 DM - I H 7109 A

Belgien 38,00 bfr, Dänemark 8,75 dkr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 150 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 400,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,20 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 150 Esc, Schweden 8,00 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 170 Pts, Kanarische Inseln 185 Pts.

exklusiv in der WELT:



Fällt Deutschland unter die Räuber?

In den USA hat das Organisierte Verbrechen in den vergangenen 20 Jahren für 100 Milliarden Dollar Fertigungs-Know-how „erworben". Beispiel Kampfflugzeug „F 18" (Foto): Das Geheimnis des Radars wurde gestohlen und so ein Forschungsaufwand von 55 Millionen Dollar gespart. Dies ist eines der Themen des heutigen Teils der WELT-Serie, die der baden-württembergische Landespolizeipräsident Alfred Stümper geschrieben hat. Im Anschluß an die Serie stehen Führungskräfte der Polizei in Kiel, Hamburg, Hannover, Berlin, Düsseldorf, Wiesbaden, Stuttgart und München WELT-Lesern zur Diskussion zur Verfügung. Die Einzelheiten werden in der Freitagausgabe der WELT veröffentlicht. Seite 8

POLITIK

Neue Heimat: Mit den Vorgängen um den gewerkschaftseigenen Wohnungsbaukonzern und mit den möglicherweise zu Unrecht kassierten Subventionen in Milliarden-Höhe wird sich voraussichtlich der Rechnungsprüfungs-Ausschuß des Bundestags befassen. Die Koalition will außerdem eine Große Anfrage zu dem Thema im Bundestag einbringen.

Tarife: Die Metallarbeitgeber haben in den Tarifverhandlungen im Südwesten Lohn- und Gehaltserhöhungen von 3,8 Prozent angeboten. Die IG Metall in Stuttgart nannte dieses erste Angebot „mehr als enttäuschend".

Rente: Das Bundessozialgericht in Kassel hat grundsätzlich entschieden, daß die bei vorzeitiger Erwerbsunfähigkeit zu gewährende Rente gekürzt werden darf, wenn der Rentner gleichzeitig Unfallrente erhält. (Az.: 5 RJ 24/85).

Synode: Um ein „dringendes Gespräch" mit der SED-Führung über die Militarisierung der „DDR"-Jugend und über Reisemöglichkeiten nach Polen hat die Synode der evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg gebeten. Die Tagung ging gestern zu Ende.

Technologie: Die amerikanische Regierung beabsichtigt, China elektronische Rüstungsgüter im Wert von etwa 550 Millionen Dollar zu liefern. Nach Angaben des Verteidigungsministeriums sollen vor allem 50 Jagdflugzeuge vom Typ F-8 neu ausgerüstet werden.

SDI: Die australische Regierung bleibt bei ihrer formalen Ablehnung des amerikanischen Konzepts einer Raketenabwehr im Weltraum. Interessierte Firmen können jedoch eine Mitarbeit bei der SDI-Forschung vereinbaren, soweit dies nicht direkt der Waffen-Entwicklung dient.

WIRTSCHAFT

Medien: Im Anzeigengeschäft der Zeitschriften gab es nach einer Analyse des Informationsdienstes „text intern" im ersten Quartal 1986 erhebliche Umschichtungen. Während 48 erfaßte Blätter gegenüber dem Vorjahreszeitraum Einbußen hinnehmen mußten, konnten 46 Titel ihre Werbe-Einnahmen erhöhen, darunter die „Bildwoche" (Axel Springer Verlag) mit plus 88 Prozent.

Börse: An den deutschen Aktienmärkten haben sich die Kurse gestern bei lebhaftem Geschäft uneinheitlich entwickelt. Der Rentenmarkt profitierte in erster Linie von den weltweiten Zinssenkungen: WELT-Aktienindex 306,39 (309,97). BHF-Rentenindex 108,130 (107,651). BHF-Performance-Index 104,790 (104,298). Dollarmittelkurs 2,3264 (2,3460) Mark. Goldpreis je Feinunze 338,65 (339,40) Dollar.



KULTUR

Mensch und Apparat: Die elektronische Musik ist tot, es lebe die Live-Elektronik. So etwa läßt sich der gegenwärtige Stand der elektronischen Musik umschreiben, die einst als avantgardistisch schlechthin galt. (S. 21)

Fleckenstein: Im Pensionsalter ist er und fühlt er sich noch nicht; trotzdem hat der 62 Jahre alte Günther Fleckenstein seinen Vertrag als Intendant des Deutschen Theaters in Göttingen nicht verlängert. (S. 21)

SPORT

Tennis: Boris Beckers erstes Spiel bei den WCT-Weltmeisterschaften in Dallas (USA) wird vom Ersten Deutschen Fernsehprogramm (ARD) in der Nacht zum kommenden Samstag live von 1.05 Uhr an übertragen.

Tischtennis: Schwedens Herren und die Damen aus Ungarn sind Mannschafts-Europameister geworden. Die Schweden traten ausschließlich mit Spielern an, die in der deutschen Bundesliga beschäftigt sind. (S. 9)

AUS ALLER WELT



Seeadler: Ihre Brutstätten werden verschwiegen wie eine geheime Kommandosache. Zum erstenmal seit 1975 brüten wieder fünf Seeadler-Paare (Foto) in Schleswig-Holstein. (S. 22)

Die Marquise: Die Dame hat exzellente Empfehlungen, sie ist niemals gereinigt oder auf eine neue Leinwand aufgezogen worden. Jetzt kommt Goyas „Marquesa von Santa Cruz" bei Christie's in London unter den Hammer. Ein teures Auktionsobjekt. (S. 22)

Kanzler: Wir lassen unsere Freunde nicht hinausbomben

Bonn weist zwei libysche Diplomaten aus / Spur beim Anschlag in Berlin

DW. Bonn/Berlin

Den deutschen Sicherheitsbehörden liegen Funksprüche zwischen den libyschen Volksbüros in Bonn und Ost-Berlin vor, die den Schluß zulassen, daß in beiden diplomatischen Vertretungen terroristische Aktionen unterstützt werden. Aus diesem Grund hat die Bundesregierung gestern die sofortige Ausweisung der in Bonn arbeitenden libyschen Diplomaten Ahmed Omar M. Issar und Mahmud Achmed Shibani beschlossen.

Nach Informationen der WELT hatte das Bundesinnenministerium dem Auswärtigen Amt eine Liste mit den Namen von sechs Libyern übersandt, die „geheimdienstlichen Aktionen" nachgehen. Allerdings hatte das Innenministerium zunächst vor allem auf eine Ausweisung der beiden genannten Diplomaten gedrungen. Im offiziellen Diplomatenverzeichnis war die Tätigkeit beider mit „Verwaltungsaufgaben" ausgewiesen.

Bundeskanzler Kohl hat in der gestrigen Kabinettssitzung mit Blick auf den Bombenanschlag von Samstag in der Berliner Discothek „La Belle" versichert, daß die amerikanischen Soldaten in der Bundesrepublik Deutschland und ihre Angehörigen jeden denkbaren Schutz erhalten würden. „Wir lassen unsere amerikanischen Freunde nicht hinausbomben und auch nicht hinausterrorisieren", erklärte Kohl nach Angaben von Regierungssprecher Ost.

Die Bundesregierung hat inzwischen in Meckenheim bei Bonn einen

SEITE 3:
Der diplomatische Status

Sonderstab aus Polizei und Geheimdiensten zusammengerufen, der einmal die Spuren im Zusammenhang mit dem Berliner Bombenanschlag verfolgen, andererseits aber auch terroristische Gefährdungen abwehren soll.

Es spreche einiges dafür, hieß es gestern in Regierungskreisen, daß Libyen, und sei es als Auftraggeber, an dem Attentat in Berlin beteiligt gewesen sei. Allerdings hätten zumindest die deutschen Behörden bislang „keinen klaren Beweis" dafür in der Hand. Die Funksprüche zwischen dem libyschen Volksbüro in Ost-Berlin und Tripolis, die von amerikanische Dienststellen abgehört worden seien, lägen den deutschen Stellen nicht im arabischen Originaltext, sondern in englischer Übersetzung vor.

Wie die WELT erfuhr, verfolgt die Sonderkommission des Berliner Staatsschutzes eine heiße Spur. Gesucht wird ein „großer blonder" Taxifahrer, der am Tag des Anschlags möglicherweise die Attentäter in die Discothek „La Belle" gefahren hat. Der Gesuchte soll sich in einem Lokal nach dem „La Belle" erkundigt haben, mit der Begründung, „ich habe da Fahrgäste, die ich nicht verstehen kann, sie wollen in ein Lokal ‚Belle' oder so ähnlich".

Die Alliierte Kommandatur in Berlin hat nach Angaben eines Sprechers die Sicherheitsvorkehrungen der Westsektoren eingehend überprüft und ist zu der Schlußfolgerung gelangt, „daß außergewöhnliche Maßnahmen getroffen werden sollten", um die Sicherheit in der Stadt zu verstärken.

DER KOMMENTAR

Signal

MANFRED SCHELL

Die Ausweisung von zwei Angehörigen des libyschen Volksbüros ist eine politische Willensentscheidung der Bundesregierung, die durch den Druck der Ereignisse erzwungen worden ist. Der Bundeskanzler, der Innen- und der Außenminister waren sich darin einig, daß dieses Signal gesetzt werden muß. Die Sicherheitsinteressen und die Obhutspflicht für die hier lebenden Bündnispartner erzwangen es.

Rechtlich muß der Hinauswurf von Diplomaten nicht begründet werden; diesen Status aber haben die beiden Volksbürokraten. Insofern ist Bonn auch nicht gezwungen, die von den Sicherheitsbehörden recherchierten Fakten öffentlich zu nennen. Aber so viel steht fest: Die beiden Angehörigen des libyschen Volksbüros – so nennt Khadhafi seine Botschaften – haben „terroristische Steuerungsfunktionen" ausgeübt. Sie haben dabei mit dem Volksbüro in Ost-Berlin zusammengewirkt. US-Dienststellen haben Funksprüche abgehört, in denen das Regime in Tripolis eben diesem Volksbüro Glückwünsche übermittelt hat, die offenbar mit dem Attentat in der Berliner Discothek zusammenhängen. Ob Botschafter Burt, der diese Information mitteilte, deswegen von Washington gerügt wurde, ist nach Meldung und Dementi noch unklar.

Der dringende Verdacht, daß Khadhafi hinter dem Anschlag steht, ist jedenfalls gegeben. Präsident Reagan ist seit langem bemüht, Khadhafi weltweit als Terroristen, als Friedensstörer zu entlarven. Er will für diese Politik vor allem die Europäer gewinnen, die zwar Ziele des Terrorismus sind, die aber den Staatsterrorismus Libyens wegen wirtschaftlicher Interessen am liebsten ignorieren oder ihm nur mit politischen Erklärungen begegnen möchten.

Es ist schwer, die Europäer auf eine Linie zu bringen; sie verstecken sich gern hinter der Angst, am Ende mit ihren Sanktionen allein zu stehen und allein das Ziel von Vergeltungsschlägen zu werden. Reagan hat noch viel Geduldsarbeit vor sich, um die Europäer zusammenzuführen. Bonn hat einen kleinen, aber nicht unwichtigen Beitrag dazu geleistet.

Mitterrand umgeht Konflikt mit Chirac

Botschaft des Präsidenten / Premier macht im Parlament den Kurswechsel deutlich

PETER RUGE, Paris

Die Nation ist enttäuscht: Die Botschaft des Präsidenten an das Parlament löst nicht das Rätsel um die Prinzipien der künftigen Zusammenarbeit zwischen dem Sozialisten Mitterrand und dem bürgerlichen Regierungschef Chirac. Die „Message" des Staatschefs, die traditionell in der Nationalversammlung verlesen wurde (da den französischen Präsidenten der Zugang zum Palais Bourbon verwehrt ist) enthielt nach Wertung der Bürgerlichen Leerformeln, die Sozialisten dagegen zeigten sich befriedigt. Mitterrand habe sein Territorium gegenüber Chirac abgegrenzt, indem er auf entsprechende Verfassungsartikel verweise – er habe weiter klargemacht, daß die neue Regierung weder seine Wahl sei, noch daß ihm diese Politik angelastet werden könne.

Im Widerspruch dazu erscheint allerdings, daß Mitterrand das Parlament warnte, sich von Chirac ausmanövrieren zu lassen. Der Staatschef spielte damit auf die Ordonnancen-Praxis an, die auch von den Sozialisten zur schnelleren Durchsetzung ihrer Reformvorhaben seinerzeit angewandt wurden. Das Parlament, so sagte Mitterrand vieldeutig, solle dem Regierungschef erst dann die Vollmachten erteilen, mit Verordnungen zu regieren, wenn der Umfang der Vorhaben offengelegt worden sei. Wie der französische Rundfunk meldete, soll sich der Staatspräsident in der Ministerrunde nun offen gegen „Privatisierungspläne" der Bürgerlichen ausgesprochen haben. Die Überlegung der Regierung Chirac, in die Denationalisierung auch Unternehmen einzubeziehen, die vor 1981, also vor den Verstaatlichungen durch die Sozialisten vorgenommen wurden, sollte den Widerstand des Staatschefs fragwürdig erscheinen lassen. Nun setzt aber der Taktiker Mitterrand seine Einwände genau den Privatisierungsüberlegungen bei den Firmen entgegen, die in den 36 Jahren gaullistischer Machtausübung verstaatlicht wurden. Auf der einen Seite will sich Mitterrand nicht mit der Politik der neuen Regierungsmehrheit identifizieren lassen, auf der anderen Seite kann er sich nicht von dem Verdacht befreien, letztlich doch zusammen mit der Rechten in eine gemeinsame Verwaltung der Staatsgeschäfte eingetreten zu sein.

SEITEN 2, 11, UND 14:
Weitere Beiträge

Obwohl es nicht in der Absicht Chiracs lag, bei seinem ersten Auftritt vor der Nationalversammlung den Staatspräsidenten zu konterkarieren, wies er auf den bevorstehenden Kurswechsel hin, der mit dem Regierungsprogramm der Konservativen anlaufe. Nach der geglückten Francs-Abwertung gelte das Hauptinteresse den Wirtschafts- und Beschäftigungsmaßnahmen. Zu dem Programm von Chirac gehört auch die schnelle Änderung des Wahlrechtes, um gegen eine vorzeitige Auflösung des Parlaments durch Mitterrand gewappnet zu sein.

Zustimmung für Bonns Vorschlag

DW. Washington

Bundesfinanzminister Stoltenberg hat sich über den Verlauf der ersten Gespräche zu den Möglichkeiten einer Währungsreform zufrieden geäußert. Er sagte auf der Frühjahrstagung des Internationalen Währungsfonds (IWF) in Washington, er habe überwiegend Zustimmung für die deutsche Position gefunden, wonach Zielzonen für die wichtigsten Währungen oder eine große internationale Währungskonferenz nicht der richtige Weg seien.

Seite 12: Festhalten am Kurs

Optimismus auf Hannover-Messe

dos, Hannover

Weitgehend optimistisch ist das Stimmungsbild auf der gestern eröffneten „Hannover-Messe Industrie". Der Erwartungshorizont der gut 5500 Aussteller aus 45 Ländern ist angesichts des erkennbaren wirtschaftlichen Aufschwungs noch gespannt. Dies gilt in besonderem Maße für die deutschen Unternehmen des Maschinenbaus und der Elektroindustrie. Im Mittelpunkt des ersten Messetages standen hochrangige Besuche aus der „DDR" und Bulgarien.

Seiten 10 und 15: Weitere Beiträge

Westen soll in die Offensive gehen

DW. Washington

Eine „amerikanische Kulturoffensive" in der Sowjetunion hält der in den USA lebende sowjetische Dirigent und Cellist Mstislaw Rostropowitsch für notwendig. „Wenn die Kanonen schweigen, beginnt ein Kulturkrieg, und die Sowjets sind dafür gut vorbereitet", erklärte er. Mit den Worten: „Wir müssen ihnen unsere besten Kräfte schicken", rief Rostropowitsch zu öffentlichen und privaten Subventionen für Gastspiele von US-Künstlern in der UdSSR auf.

Strauß bekräftigt Hilfe für Polen

DW. Bonn

Der polnische Außenminister Orzechowski hat in einem Gespräch mit Wirtschaftsminister Bangemann unterstrichen, daß Polen seinen finanziellen Verpflichtungen „solide und verläßlich" nachkommen will. Zuvor hatte der CSU-Vorsitzende Strauß die bisherigen Leistungen der Bundesrepublik bei der wirtschaftlichen Stabilisierung Polens unterstrichen und gegenüber Orzechowski bekräftigt, diese Zusammenarbeit fortzusetzen.

Seite 4: Abwehrmechanismen

Bonn plant weitere Hilfen für Bauern

Kabinettsvorlage: Agrarpreisniveau muß gesichert werden, soziale Aspekte im Vordergrund

HANS-JÜRGEN MAHNKE, Bonn

Weitere Hilfen für die Landwirte will die Bundesregierung auf ihrer nächsten Kabinettsitzung im Grundsatz beschließen. Das Kabinett will dabei auch seine Haltung zu einer Neuausrichtung der EG-Agrarpolitik und für die Agrarpreisverhandlungen festlegen.

In der Kabinettsvorlage bekräftigt die Bundesregierung noch einmal, daß sie eine Preissenkungspolitik ablehne und sich aus einkommens- und gesellschaftspolitischen Gründen für die „Sicherung des geltenden Agrarpreisniveaus" einsetze. Bei Milch und Zucker soll sich Landwirtschaftsminister Kiechle für eine leichte Anhebung des Richtpreises einsetzen. Unterstützt werden soll die Zielsetzung der EG-Kommission, die hohen Bestände bei Butter und Rindfleisch zügig abzubauen. Abgelehnt werde jedoch eine nationale Mitfinanzierung der entstehenden Kosten. Überhaupt bedürfe es „sehr großer Anstrengungen", um den im Bundeshaushalt 1986 vorgesehenen Ansatz für die Finanzierung des deutschen Anteils an den EG-Ausgaben einzuhalten.

Die aufgestauten Überschuß- und Einkommensprobleme sind nach Ansicht der Bundesregierung nur mit einem Bündel von Maßnahmen lösbar. So hält die Bundesregierung ein in der EG abgestimmtes Marktentlastungsprogramm durch Flächenstillegungen für erforderlich. Dabei gehe es in erster Linie um die freiwillige Einstellung der Produktion ganzer Betriebe. Die Finanzierung einer Ausgleichsprämie solle je zur Hälfte von der EG und von den Mitgliedstaaten getragen werden, in der Bundesrepublik von den Ländern. In seinem Begleitschreiben zur Vorlage weist Kiechle darauf hin, daß eigentlich der Bund gefordert wäre, da zunächst der soziale Aspekt im Vordergrund stehe.

Die Bundesregierung befürwortet eine verstärkte Förderung von Produktionsalternativen, vor allem von eiweißhaltigen Futtermitteln. Die entstehenden Kosten dürften jedoch nicht höher sein als die bisherigen Ausgaben für die Überschußverwertung von Getreide. Dies gelte auch für die Umwandlung von Getreide und Rüben in Ethanol. In der Vorlage wird noch einmal darauf hingewiesen, daß die Technologie in Pilotprojekten erprobt werde.

Nach Auffassung der Bundesregierung müssen weitere Maßnahmen im nationalen Zuständigkeitsbereich ergriffen werden. „Im Hinblick auf die weiterhin schwierige Lage in der deutschen Landwirtschaft sollen Maßnahmen in der Struktur- und Sozialpolitik durch den Bund und die Länder weiterentwickelt werden", heißt es in der Vorlage.

Die bereits eingeleiteten Schritte zugunsten der benachteiligten Gebiete sollen in der Gemeinschaft zügig vorangetrieben werden, damit die Ausdehnung um zwei auf sechs Millionen Hektar durch den EG-Ministerrat bald genehmigt wird. Bei den Haushaltsberatungen sollen nach Angaben von Finanzminister Stoltenberg 100 Millionen Mark dafür zusätzlich bereitgestellt werden.

Die Belastung der Gerichte steigt an

DW. Bonn

Der Arbeitsumfang bei den Gerichten ist in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen. Dies stellte gestern die Bundesregierung auf eine Große Anfrage der SPD fest. Die bei Amtsgerichten eingegangenen Zivilsachen sind von 1975 bis 1984 um ein Viertel auf 1,2 Millionen Vorgänge angewachsen. Die Zahl der Erledigungen stieg um 30 Prozent. Die Rechtsmittel bei Oberlandesgerichten gegen Entscheidungen der Familiengerichte nahmen um 70 Prozent zu.

Clint Eastwood Bürgermeister

DW. Carmel/Kalifornien

Hollywoods „harter Bursche" und Westernstar Nr. 1, Clint Eastwood, hat eine neue Rolle übernommen: Die Bürger des kalifornischen Küstenorts Carmel wählten ihn zu ihrem Bürgermeister. Zwei Jahre lang wird der 55jährige Schauspieler, der mit überwältigender Mehrheit siegte, nun die Bürger Carmels vertreten und dafür monatlich 200 Dollar erhalten. Er kündigte an, alle Rats-Sitzungen persönlich zu leiten.

Seite 3: Film-Bösewicht

Eine deutsche Prawda für 1500 Mark

U. SCHMIDLA/F. NEHM, Bonn

Jetzt soll sie auch den Deutschen nahe gebracht werden: die Wahrheit. Am Zeitungskiosk ist sie morgen zu haben, für vier Mark, sechs Seiten stark: die erste deutschsprachige Ausgabe der sowjetischen Parteizeitung „Prawda".

Es mag Zufall oder Omen sein, die „wahren" Nachrichten aus der Sowjetunion sind erst einmal verpackt. In einem vierseitigen Mantel werden die potentiellen Leser mit lockeren Werbesprüchen gelockt.

„Sein Sie heute einmal ein Russe", rät ein roter Balken, quer über das Deckblatt gedruckt, allen Unentschlossenen zum Kauf. Und weiter heißt es: „‚Prawda' bedeutet auf russisch ‚Wahrheit'". Auf der nächsten Seite wird dann auf Verbrüderung und Solidarität gebaut: „45 Millionen Russen haben die Zietung gelesen, die Sie in den Händen halten."

Die Herausgeber der „deutschen Prawda" sehen die Sache allerdings ganz unpolitisch. Sie sitzen in Paris und betonen, Unterstützung aus Moskau habe es nicht gegeben. „Dies ist nicht Politik, sondern ein Akt der Information", erklärt Philipe Hayat, einer der führenden Köpfe in der Société Méga Médias. So muß wohl auch der Hinweis auf dem Deckblatt

ПРАВДА
ORGAN DES ZENTRALKOMITEES DER KPDSU
Für die Pläne der Partei –

Ausschnitt aus der Titelseite der „deutschen Prawda" FOTO DPA

verstanden werden: „Dieser Ausgabe vom 18. März 1986 der Prawda wurden ohne Auslegung unsererseits peinlich genau übersetzt."

Der finanzielle Erfolg mit je einer französischen und italienischen Ausgabe hat sie beflügelt, auch in die deutsche „Marktlücke" (Hayat) zu stoßen. 330 000 Exemplare werden morgen im deutschsprachigen Raum zu haben sein.

Hat der Leser die Freuden und Nöte des sozialistischen Alltags genossen, sich beispielsweise „Die zwei Seiten eines Konfliktes" angesehen oder auch keine Antwort auf die Frage gewußt „Wieviele warten auf das Versprochene?", so erfährt er zum Schluß, wiederum im Mantel, wie es weitergehen soll. Für 1500 Mark pro Jahr kann er die „deutsche Prawda" demnächst täglich lesen; für 70 Mark soll's sie nur monatlich und für 20 Mark nur vierteljährlich geben.

Den Willen der Franzosen, mit dem Produkt gute Geschäfte zu machen, unterstreicht die halbseitige Anzeige für Zigaretten auf der letzten Seite. Dennoch bleibt das Interesse der Herausgeber für die „Prawda" verwunderlich, befaßten sie sich doch bisher vorwiegend mit der Veröffentlichung von Auto-Zeitschriften.

Streit über Forschungspolitik der EG ist programmiert

Riesenhuber will Projektliste noch zusammenstreichen

ARNULF GOSCH, Bonn

Für eine sorgfältige Vorbereitung des nächsten EG-Forschungsministerrates am 10. Juni, bei dem über das Forschungs-Rahmenprogramm der Gemeinschaft für die Jahre 1987 bis 1991 entschieden werden soll, hat sich Bundesforschungsminister Heinz Riesenhuber bei der Ratssitzung in Luxemburg ausgesprochen.

Nach Riesenhubers Meinung muß die Projekt- bzw. Themenliste noch erheblich zusammengestrichen werden. Dann gehe es um eine ausgewogene Entscheidung darüber, was effizienter national oder multilateral realisiert werden könnte. Auf jeden Fall sollten die Erfahrungen aus dem ersten Programm (von 1984 bis 1987) gründlich ausgewertet und politisch berücksichtigt werden. Im übrigen ist der Minister der Meinung, daß es gar nicht erforderlich sei, mit dem neuen Programm schon 1987, also noch vor Ablauf des alten, zu beginnen.

Entscheidungen mußten am Dienstag in Luxemburg noch nicht getroffen werden. Vielmehr handelte es sich um eine sogenannte Orientierungsdebatte, bei der über die „Leitlinien für ein neues Rahmenprogramm der Gemeinschaft für Forschung und technologische Entwicklung 1987 bis 1991" diskutiert wurde. Zunächst nur zur Sache, noch nicht über die Finanzen. Dennoch scheint ein großer Dissens bei der Juni-Sitzung programmiert.

Am Dienstag zeichnete sich bereits ab, daß sich die Bundesrepublik, Großbritannien und – bis zu einem gewissen Grade – auch Frankreich dafür einsetzen, daß auch künftig das Schwergewicht der Finanzlasten auf dem nationalen Forschungssektor liegen sollte, während sich die kleineren EG-Partner für mehr Gemeinschaftsaktionen stark machten. Ähnlich verlaufen die Fronten bei der Beurteilung der Finanzmittel, die sich mit zehn Milliarden ECU (das sind 22,3 Milliarden Mark) gegenüber dem Finanzvolumen des ersten Programms verdoppeln würden. Die „Großen" halten diesen Betrag für zu hoch, die „Kleinen" dagegen aus Konkurrenzgründen gegenüber USA und Japan für notwendig.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Dobrynins Versuch

Von Fritz Wirth

Es war fast fromm und artig, wie der scheidende sowjetische Botschafter Dobrynin seine amerikanischen Gesprächspartner gestern im Weißen Haus beschwor, den kommenden Gipfel von Vorbedingungen frei zu halten. Immerhin hat der Kreml in den letzten Wochen durch propagandistische Abrüstungsinitiativen, den Ruf nach einem eigenen Teststop-Gipfel und Verzögerungsmanöver bei der Festlegung eines Termins eine solche Serie von Hürden aufgebaut, daß ernsthafte Zweifel wach wurden, ob die Sowjets überhaupt noch an einem Gipfel interessiert seien.

Nun also sind „konkrete Ergebnisse" die einzige Vorbedingung. Wer will sie nicht? Der Haken ist nur, daß auf der Suche nach solchen Ergebnisse des kommenden Gipfels immer häufiger der letzte zum Maßstab der Erfolgserwartungen gemacht wird, indem man den „Geist von Genf" beschwört.

Das aber ist ein Maßstab, der kaum zu konkreten Ergebnissen, sodern eher zu Illusionen führt. Denn für den kommenden Gipfel ist nicht der „Geist von Genf" – was immer das sein mag – das bestimmende Element, sondern was sich seit diesem Gipfel zugetragen hat. Das aber enthüllt eine wachsende Aggressivität der Sowjets in der Abrüstungsproblematik mit Initiativen, die nicht nach Realisierbarkeit, sondern nach Propagandaeffekt formuliert wurden.

Auf der anderen Seite ist bei der Reagan-Administration eine spürbare Aggressivität im Umgang mit den Regionalkonflikten in der Welt erkennbar geworden, die unterstrichen wird durch die Bereitschaft, den Freiheitskämpfern in Afghanistan, Angola und Nicaragua wirksamere Waffen zur Verfügung zu stellen.

Das ist die Kluft, die sich jenseits des „Geistes von Genf" aufgetan hat. So unterschiedlich diese Problembereiche sein mögen, zumindest in der amerikanischen Gipfelstrategie sind Fortschritte in einem Bereich nicht möglich ohne Zugeständnisse auf der anderen Seite.

Ein Blick auf diese Kluft zeigt, wie weit der Weg zu „konkreten Ergebnissen" ist. Man sollte den kommenden Gipfel von falschen Schlagworten und falscher Erfolgseuphorie befreien.

Naturschutzsuche

Von Peter Gillies

Der Abbau von Subventionen – vielfach gefordert, nie gelungen – beginnt mit der Verweigerung neuer Subventionen. Zwar weiß nur etwa die Hälfte der Bürger den Begriff einigermaßen zutreffend zu deuten, aber das hindert sie alle nicht, für tausendundeinen Zweck Begründungen zu ersinnen, warum der Staat just hier oder dort bestimmte Gruppen fördern (und damit andere bremsen) soll.

Es gehört zu den uralten Versuchungen regelungswütiger Politik, erwünschte Entwicklungen durch steuerliches Doping zu befördern. Der Wunsch der Mittelständler nach Gewährung einer steuerfreien Investitionsrücklage ist nur eine Facette des Problems. Dabei ist die Absicht, gewisses Kapital auf Zeit von der Steuer zu befreien, um den investiven Sog zu verstärken, gut gemeint. Aber die Nachteile sind erheblich, denn im Kielwasser der guten Absicht schwimmen Bürokratie, die Versuchung zu Auflagen und staatlicher Einflußnahme.

Die Vertreter von Mittelstandsinteressen (und wer zählte sich nicht dazu!) sollten bedenken, daß die kleinen und mittleren Unternehmen sich selbst eine Bärendienst erwiesen, reklamierten sie für sich eine Art Naturschutzpark gegenüber dem Fiskus. Jede Subvention muß vor ihrer Ausschüttung von allen in Form von Steuern erarbeitet werden, übrigens auch von den hernach Begünstigten. Es gilt also bei allen Wünschen nach Bevorzugung, stammen sie von Landwirten, Bergleuten, Bauherren oder anderen Gruppen, scharf zu bedenken, wo die wirkliche Priorität liegt.

Sie kann nur in einem Steuerstaat bestehen, der sich der Versuchung, mit Steuern zu steuern, entzieht, um für alle die optimalen Rahmenbedingungen des Wirtschaftens zu schaffen. Sie lauten: Besser niedrige Steuern für alle als hohe Subventionen und viele Ausnahmen für viele. Leistungsfähigkeit mündet dann in solides Wachstum, wenn das Kapital zum besten Wirt geht. Umlenkungsversuche sind teuer und enden nicht selten in der Sackgasse der Dauersubventionierung, letztlich einer wachstumsbremsenden Erstarrung. Die Steuerreform der neunziger Jahre muß sich ihnen widersetzen, soll der erwünschte fiskalische Befreiungsschlag gelingen.

Gewinn für die Frauen?

Von Sabine Schuchart

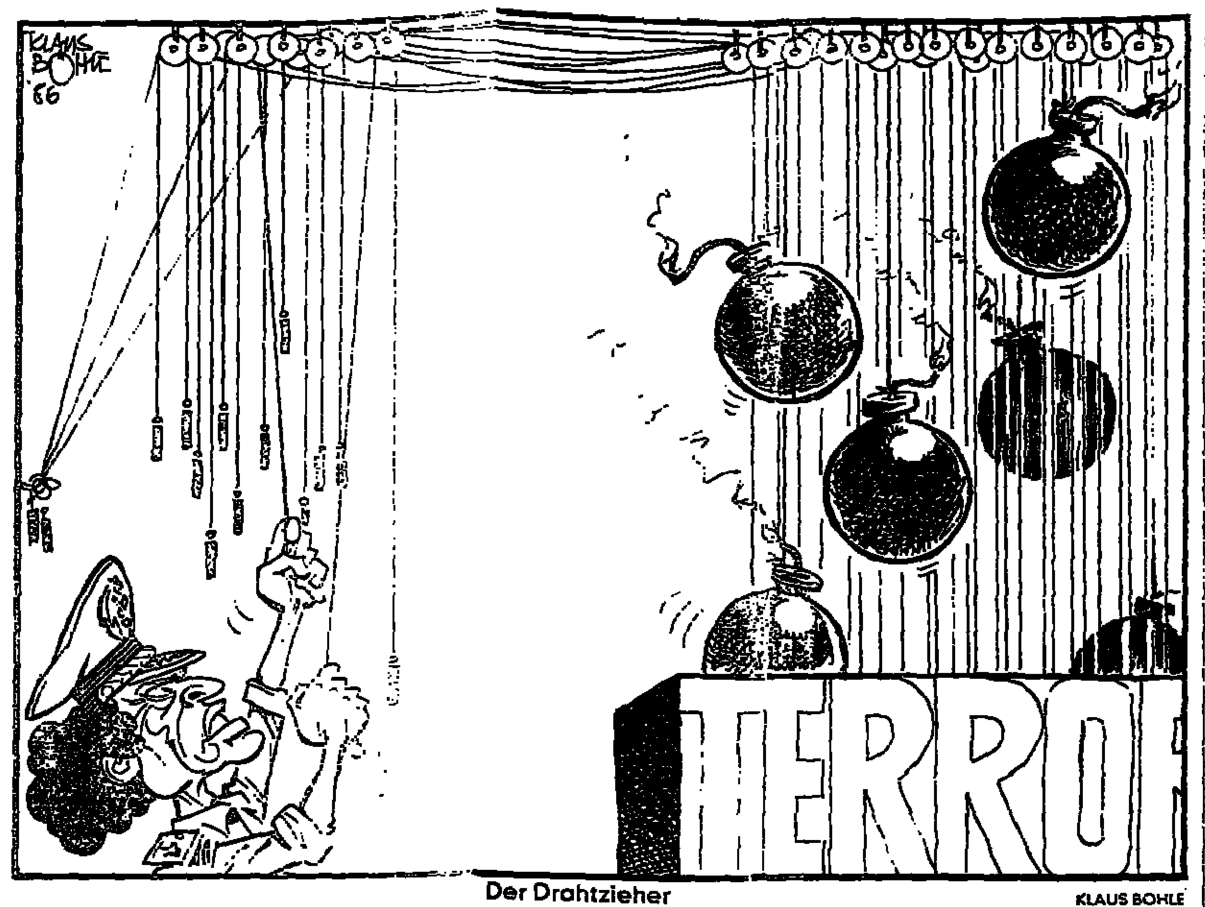
Die sehr weitgehende Einbeziehung von Betriebsrenten in den Versorgungsausgleich geschiedener Frauen, die das Bundesverfassungsgericht postuliert hat, wirft für die Wirtschaft einige Probleme auf – und für die Frauen möglicherweise auch. Frauen, deren ehemalige Ehegatten Anspruch auf eine betriebliche Altersversorgung haben, sollen nun nach dem Ableben des Mannes nicht mehr leer ausgehen.

Damit ist die Rechtsstellung der Frauen nach der Scheidung gestärkt worden. Bisher haben diese nämlich nur einen sogenannten schuldrechtlichen Anspruch auf Rentengewährung gegen den Exgatten, der bei Zahlungsunwilligkeit des Mannes kaum einzutreiben war und der bei seinem Tod erlosch.

Nun also muß sich der Arbeitgeber, sofern er eine Hinterbliebenenversorgung zugesagt hat, darauf einstellen, den entsprechenden Anteil nach dem Ableben des Arbeitnehmers nicht nur für seine Witwe, sondern auch für die noch lebende geschiedene Ehefrau (oder -frauen) zu entrichten. Und zwar nicht nur für die Fälle, in denen wie bei den klagenden Frauen in Karlsruhe die Betriebsrente den fundamentalen Teil der Altersversorgung ausmacht, sondern generell.

Für die bisher allein anspruchsberechtigte Witwe bedeutet dies, daß sie in Zukunft nicht mehr mit dem vollen betrieblichen Zubrot im Alter rechnen kann. Sie wird dieses mit der oder den vorhergehenden Ehefrauen teilen müssen.

Unabhängig davon, wie diese Aufteilung in der Praxis aussehen wird, kommen auf den Arbeitgeber, der nun auch die geschiedenen Frauen bis zu deren Tod mitversorgen muß, zusätzliche Kosten zu, je nachdem, wie lange die eine oder andere dieser Frauen lebt. Damit verteuert sich aber ein Instrument freiwilliger betrieblicher Sozialpolitik weiter, dem die Rechtssprechung bereits in den vergangenen Jahren enorme Kostenschübe brachte. Es muß befürchtet werden, daß die Betriebe in Zukunft auch mit Zusagen für eine Hinterbliebenenversorgung weniger großzügig umgehen, nachdem sie bereits generell zunehmend weniger neue Arbeitnehmer in ihre Versorgungswerke aufnehmen. Dann erhält neben der geschiedenen Frau auch die Witwe keine Betriebsrente mehr.



Der Drahtzieher KLAUS BÖHLE

Die Leer-Meister

Von Henk Ohnesorge

Eine „ausgeprägte Distanz" zur evangelischen Kirche bei der Gruppe der leitenden Angestellten und überhaupt denen, die im Bereich der Wirtschaft Verantwortung tragen, stellt der „Materialdienst" der Evangelischen Zentralstelle für Weltanschauungsfragen fest. „Die Präsenz vor allem des Protestantismus im Bereich von Arbeit und Wirtschaft scheint drastisch abzunehmen – eine kirchliche Prägung der dort Verantwortung Tragenden wird sichtlich mehr und mehr die Ausnahme", heißt es dort unter der Überschrift „Kirche im Gegenwind".

Je nach Temperament kann man diese Feststellung beklagen oder schulterzuckend zur Kenntnis nehmen. Zu verwundern aber vermag sie keinen, der die evangelische Kirche in der Bundesrepublik einigermaßen kennt. Gewiß nicht allerorten und immer, aber doch in zunehmendem Maß wird in Predigten (ebenso wie in einem Teil der kirchlichen Publizistik) „die Wirtschaft" verteufelt. Ob Dritte Welt, Schädigung der Umwelt durch den Menschen oder Arbeitskonflikte – als Sündenböcke sind „die Konzerne", „die Wirtschaft", „die Bosse" allemal gut.

Unter den Kanzeln aber sitzen mit ihren Familien auch diejenigen, die dergestalt abgekanzelt werden. Sie stehen an verantwortlicher Position, sind Leistungsträger in den Institutionen, über die hier solche Urteile gefällt werden. Sie gehören zu jenen zehn Prozent des Kirchenvolkes, die neunzig Prozent der Kirchensteuer aufbringen.

Da hört man dann die Verdammung von Leistung und Leistungsdruck besonders gern durch jemanden, der einen beamtenähnlichen Status hat und der damit rechnen darf, daß seine „Firma", die Kirche, in absehbarer Zeit nicht in Konkurs geht und daß sie ihn voraussichtlich auch aus keinem sonstigen Grund in die Arbeitslosigkeit entläßt.

Niemand erwartet, daß Geistliche den größten Kirchensteuerzahlern der Gemeinde nach dem Munde reden. Aber die Frage geht um, ob die weitgehende Freiheit des Kanzelwortes bedeute, daß jeder dort in Form einer Predigt schrankenlos das als Folgerung aus der Schrift darstellen darf, was einfach seine Privatmeinung ist. Müßte er nicht zumindest versuchen, mit seiner Auslegung des Gotteswortes der ganzen Gemeinde in ihrer Verschiedenheit gerecht zu werden? Es ist eine schwere Aufgabe, Mißstände – nach gründlicher Prüfung, das sollte sich verstehen – beim Namen zu nennen. Es ist leicht, ideologische Rundschläge auszuteilen.

Manche kirchenleitenden Organe reagieren auf Klagen mit dem Hinweis, man möge doch nicht so empfindlich sein und nicht jedes Wort auf die Goldwaage legen. Überdies sage die Bibel, daß man auch die andere Wange hinzuhalten habe. Aber bedeutet dies, daß einige – je nach politischer Modeströmung – dazu verdammt sind, dauernd den Watschenmann abzugeben?

Was hier für Führungskräfte der Wirtschaft gesagt wird, dies gilt auch für Soldaten. Die Tatsache, daß ein pazifistisch gesinnter Pfarrer seine Privatansicht zur Norm macht und die Trauung eines Soldaten in Uniform mit beleidigenden Worten ablehnt, spricht sich herum. Wen wundert es, daß dann Soldaten der Vorstellung, sie seien Mitglieder einer Volkskirche für alle, sehr skeptisch gegenüberstehen – besonders wenn sie sehen, daß solche Vorfälle folgenlos bleiben?

In einer Studie über „Ethos und Religion bei Führungskräften" (WELT vom 18. Februar) wurde vom Münchner „Arbeitskreis für Führungskräfte in der Wirtschaft" konstatiert, daß in den Managern der Einfluß einer christlichen Erziehung noch nachwirke, aber für die heutigen Entscheidungen nicht mehr ernstgenommen werde. Gleichzeitig wurde bei den jüngeren Altersgruppen ein wachsender Opportunismus konstatiert, der seinerseits eine schwindende Bereitschaft zum Engagement für soziale Aufgaben zur Folge habe.

Nun wäre es gewiß töricht, alles und jedes an der Egozentrik einiger Geistlicher festzumachen. Die Bindung an die Kirchen geht generell zurück. Dies konstatieren nicht nur seit Jahren die beiden Großkirchen, sondern jetzt auch die meisten Freikirchen. Sie, in die man im Regelfall nicht hineingeboren wird, sondern zu denen man sich als Erwachsener ausdrücklich bekennen muß, waren bisher im Aufschwung. Zu ihnen stießen viele, die von der großen protestantischen Volkskirche aus dem einen oder anderen Grund abgestoßen und enttäuscht waren. Doch selbst sie registrieren einen Mitgliederrückgang.

Volkskirche als Kirche, welche das ganze Volk umfaßt – das ist ein Begriff, dessen Inhalt immer mehr ausgehöhlt wird. Längst zieht der Austritt aus einer Religionsgemeinschaft nicht mehr gesellschaftliche Ächtung oder wirtschaftliche Nachteile nach sich. Und längst ist nicht mehr jeder Kirchensteuerzahler auch noch ein Mitglied dergestalt, daß er zur Gemeinde hält und sich an ihrem Leben beteiligt. Die Gründe für die Zahl-Mitgliedschaft sind Legion – von der Rücksicht auf die Eltern bis zu dem Hinweis, mit Diakonie und anderem Engagement tue die Kirche doch viel Gutes, das man unterstützen wolle.



Zunehmende Schwierigkeiten miteinander: Soldaten beim Kirchentag FOTO: DPA

Sicher ist es nicht von ungefähr, wenn die anfangs erwähnte Evangelische Zentralstelle für Weltanschauungsfragen vor dem Argument warnt, „das Christentum ist nicht identisch mit der Kirche – in der populären Wendung: man könne doch ganz gut Christ sein ohne Kirche". Und: auch ohne Kirchensteuer. Man hört diese Folgerung häufig, bei Älteren wie bei Jungen.

Diese Entwicklung wird sicher nicht allein durch die Pfarrer ausgelöst, die in ihren Gemeinden selbstgerecht ihren jeweiligen Watschenmann suchen – aber sie helfen beträchtlich beim Auszug. Und die Bischöfe, die nichts dagegen zu unternehmen wissen, tragen entscheidend bei. Schließlich ist es eine alte Weisheit, daß man eine Kirche auch leerpredigen kann. Sogar eine Volkskirche.

IM GESPRÄCH Hanna Laurien

Frau Bürgermeister

Von Paul F. Reitze

Courage, erst recht Zivilcourage ist die hervorstechende Charaktereigenschaft Hanna-Renate Lauriens, die nun in Berlin zum Amt des Schulsenators (seit 1981) dasjenige des Bürgermeisters übernimmt; sie wird damit Stellvertreterin Eberhard Diepgens. Solange es ging, studierte sie in Ost-Berlin. Aus einem streng evangelischen Elternhaus stammend, konvertierte sie als Erwachsene zum Katholizismus. In Köln, damals jüngste Schulleiterin in Nordrhein-Westfalen, sorgte sie dafür, daß allen – heftigen – Widerständen zum Trotz ein schwangeres Mädchen Abitur machen konnte. Das komfortable Amt des rheinland-pfälzischen Kultusministers (seit 1976) gab sie auf, um an der Seite Richard von Weizsäckers in Berlin für einen Wahlsieg der CDU zu kämpfen.

Hanna-Renate Laurien hat ihrer Partei ins Stammbuch geschrieben, über dem „Rechnen" nicht das „Werten", das „C" zu vergessen. Als sie von einer Gruppe rheinischer Industrieller vor einigen Jahren zu einem Vortrag eingeladen wurde, entschied sie sich für einen gewiß unkonventionellen Veranstaltungsort: den Altenberger Dom im kölnischen Hinterland. Ihr Thema: Der Mensch als Betender. Die Zuhörer verharrten in konzentriertester Aufmerksamkeit.

Die Berliner GEW brachte den Spitznamen „Mutter Oberin" auf. „Mutter Courage" bezeichnet Hanna-Renate Lauriens Position in kirchlichen Fragen treffender. Gegen die „Männerkirche" hat sie geradezu einen Kreuzzug begonnen. Sieht man sie im Gespräch mit Bischöfen, hat man mitunter fast den Eindruck, daß die Eminenzen so artig und folgsam sein möchten, wie sie es in der Kindheit einer zürnenden Mutter gegenüber gewohnt waren.

Natürlich hat Hanna-Renate Laurien in der Berliner Schulpolitik nicht auf organisatorische Änderungen verzichten können. Aber sie übte in diesem Punkt doch Zurückhaltung, nicht nur, weil der Koalitionspartner FDP hier besonders empfindlich ist.



Über dem Rechnen das Werten nicht vergessen: Hanna-Renate Laurien FOTO: SVEN SIMON

Ihre Überzeugung: Wer Lehrer motiviert, das berufliche Engagement ernstzunehmen, wer ihnen zugleich demonstriert, daß Indoktrination sehr wohl bemerkt (und geahndet) wird, wendet am sichersten die Dinge zum Besseren. So besuchte sie ebenso häufig wie überraschend die ihr unterstellten Schulen – als am Unterricht teilnehmende Praktikerin, die sich nichts vormachen läßt.

Mit Sorge beobachtet die Senatorin seit einigen Jahren, daß von der Schule mehr verlangt wird, als diese vernünftigerweise leisten kann. „Was die Gesellschaft der jungen Generation gegenüber nicht selber zu praktizieren vermag, dies erwartet sie zu eilfertig vom Lehrer." Will sagen: Schulpolitik ist wichtig, Familienpolitik darf aber nicht vernachlässigt werden.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Allgemeine Zeitung

Das Mainzer Blatt meint zum Versorgungsausgleich:

Karlsruhe aber gewichtet nun die betriebliche Alterssicherung völlig neu und betrachtet sie als dritte Säule neben der gesetzlichen Rentenversicherung und der privaten Vorsorge. Dies dürfte für die Wirtschaft mit erheblichen finanziellen Auswirkungen verbunden sein. Daß als Folge Betriebsrenten zurückgeschraubt werden, würde nicht zum Bild in sozialer Verantwortung stehender Unternehmer passen. Was Karlsruhe anmahnt, zeigt aber wieder einmal, wie dringend notwendig eine Rentenreform auf breiter Ebene ist.

NRZ NEUE RUHR ZEITUNG

In dem Essener Blatt heißt es zu Khadhafi:

Seit 1980 gehen mehr als 60 zumeist katastrophale Terroranschläge auf das Konto Khadhafis und von ihm angeheuerter Killertrupps. Ein Ende dieser Schreckensserie zeichnet sich nicht ab, solange wichtige Industriestaaten wie Italien, England und die Bundesrepublik dafür sorgen (letztere auch durch Kredite, die durch Hermes-Bürgschaften abgesichert sind), daß das Regime Khadhafis stabil bleibt.

LES ECHOS

Die französische Wirtschaftszeitung fragt nach den Chancen einer von Washington angestrebten internationalen Zusammenarbeit im Kampf gegen den Terrorismus:

Die Länder des europäischen Mittelmeerraumes, Spanien, Italien, Griechenland – und ganz zu schweigen vom Maghrebraum –, werden sich nicht ohne weiteres in eine Politik stürzen, die darin bestehen würde, einen Führer der Dritten Welt auszusondern und zum „Opfer" zu machen. Bleibt, daß man auf zwei Ebenen handeln könnte. Es ist offenkundig, daß die „Volksbüros" – die libyschen Botschaften – im Ausland wahrhafte Durchgangsstationen für Verdächtige sind, die der Anwendung des Protokolls nur wenig Beachtung schenken. Andererseits ist es vielleicht nicht unbedingt notwendig, in Europa derartig viele Anlaufpunkte für libysche Flugzeuge und Schiffe zu erhalten, selbst wenn der internationale Handel darunter leiden würde. Dies sind keine Kriegsakte, sondern Vorsichtsmaßnahmen.

WZ Westdeutsche Zeitung

Die Düsseldorfer Zeitung sagt zur Lage der Bauern:

Starke Töne hat der Bauernpräsident von Heereman wieder einmal angeschlagen. Die deutschen Bauern geraten nach seiner Ansicht durch die Änderung der Wechselkurse in noch größere Not. Die Gelegenheit für Forderungen an die Bundesregierung ist günstig, denn Wahlen stehen bevor, bei denen CDU und CSU ohne die traditionellen Stimmen der Bauern einen schweren Stand haben werden. SPD und Grüne beteiligen sich an dem Wettbewerb um das agrarische Stimmenreservoir. Die Grünen sehen die Landwirte nur mit ihrer Partei wieder auf einen grünen Zweig kommen. Die Fachleute, die genau wissen, daß das eigentliche Problem eines preiswürdigen Absatzes schwer verkäuflicher Überschüsse nicht mit flotten Sprüchen zu bewältigen ist, sind mit ihren Vorschlägen im Stimmgewirr der Scharfmacher nur schwer zu hören.

Statt la Cohabitation gibt es la Coexistence

Oder soll man sagen: le Clinch? / Von Peter Ruge

Man hatte gehofft, daß Mitterrands Botschaft an das Parlament eine Klarstellung der Rolle des sozialistischen Präsidenten nach dem Machtwechsel am 16. März bringen würde. Aufschluß über die Prinzipien der Zusammenarbeit des bürgerlichen Premiers mit dem Staatschef, der den Vorsitz im Ministerrat führt, sollte der Auftritt Chiracs in der Nationalversammlung erbringen. Die Erwartungen wurden enttäuscht. Beide berufen sich zwar auf die Verfassung, beide aber interpretieren ihre Rechte jeweils auf ihre Weise – und damit bleibt die Auseinandersetzung offen.

Was also wird die „Cohabitation" künftig bestimmen, ein Miteinander, ein Nebeneinander oder ein Gegeneinander? Mitterrand hat es Chirac in den ersten drei Wochen nicht eben leicht gemacht. Unangenehmes, wie die Lösung der Beiruter Geisel-Affäre, die Greenpeace-Hinterlassenschaft, die verfahrene Situation der französischen Außenpolitik im Iran-Irak-Konflikt, das Engagement in Tschad – das hat der Staatschef gern vom Elysée ins Matignon hinübergeschoben, obwohl er doch gerade auf dem Gebiet der Außenpolitik sonst so auf seine präsidialen Vorrechte bedacht ist.

Aber Chirac läßt sich nicht in den Schrank sperren, in dem der Staatspräsident früher ungelegene Premiers verbergen konnte: Der Gaullist hat „Tokio" auf den Tisch gelegt. Zum Treffen der sieben Weltwirtschaftsmächte Anfang Mai wird Chirac getrennt vom Präsidenten reisen, in separatem Jet, mit separatem Gefolge. Sein Anspruch, als Regierungschef Frankreich zu vertreten, steht nun im Gegensatz zu der Auffassung Mitterrands, dem aus dem bürgerlichen Lager bereits offen vorgeworfen wird, nicht das Staatsinteresse, sondern seine persönliche Imagepflege im Auge zu haben.

Nach Miteinander sieht das nicht aus, eher nach einem Nebeneinander, aus dem nach dem Testfall Tokio leicht ein Gegeneinander werden könnte. Chirac hatte schon das Veto des Präsidenten bei gewissen Ministerposten zu akzeptieren, aber was Verwirrung in die bürgerlichen Reihen tragen sollte, verstand Chirac zur Bestellung verläßlicher Gefolgsleute zu nutzen.

Schwerer dagegen wiegt das Veto der Sozialisten gegen die Pläne des bürgerlichen Premiers, Reformen auf dem schnellen Wege der Ordonnancen zu ergreifen. Er werde solche Ordonnancen nur unterschreiben, erklärte der Staatschef, wenn sie „einen sozialen Fortschritt" darstellen. In seiner Botschaft an die Nationalversammlung ging Mitterrand jetzt noch einen Schritt weiter: Er forderte die Abgeordneten auf, sich vorher die beabsichtigten Reformen der Rechten genau anzusehen, bevor das Parlament Chirac Vollmachten erteile, mit Verordnungen praktisch unbeschränkt zu regieren.

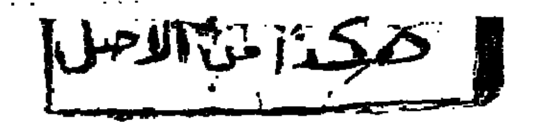
Doch was immer der Präsident an Hindernissen auftürmt, Chiracs Elan wirkt ungebrochen. Der neueste Schachzug des Staatschefs, ehemalige sozialistische Minister zu Präsidentenberatern zu ernennen, um damit eine Art Gegenregierung zu etablieren, dürfte dem keinen Abbruch tun. Was kann dieses Schattenkabinett schon ausrichten? Seine Kritik kann weder die Franc-Abwertung rückgängig machen noch Chirac hindern, die Gehälter der öffentlichen Bediensteten einzufrieren, um den Staatshaushalt zu sanieren.

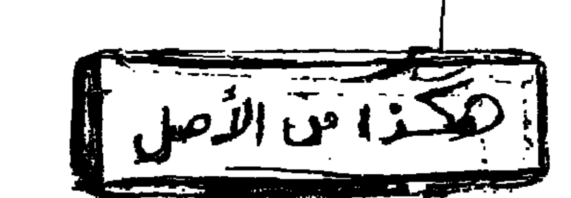
Chirac stützt sich auf den Wählerwillen und hält dem Sozialisten entgegen: Der Vertrag mit dem Volk, auf den Mitterrand sich beruft, ist älteren Datums, nämlich von 1981. Chiracs Votum dagegen enthält den Auftrag zum Kurswechsel. Mitterrand ist allenfalls noch ein Drittel-Präsident. Das ist der Stimmenanteil der Sozialisten vom 16. März.

Die Linke kämpft daher bereits gegen den Eindruck in der Öffentlichkeit an, Mitterrand befände sich in „Komplizenschaft" mit den Bürgerlichen. Es gelte klarzumachen, daß das „laisser faire", das Gewährenlassen der bürgerlichen Regierung, nicht mit unbedingter Zustimmung durch den Präsidenten zu verwechseln sei.

Diese Abgrenzung wird immer zwingender für die Partei Mitterrands. Wie soll sie an neuem Profil gewinnen, wenn ihrer Symbolfigur von Chirac zunehmend die Machtinsignien abgenommen werden? Denn Frankreich ist bereits in den nächsten Wahlkampf eingetreten: die Präsidentschaftswahlen 1988. Niemand vermag zur Stunde vorauszusagen, ob diese Zeitspanne nicht durch Mitterrand selbst verkürzt wird – durch Auflösung der Nationalversammlung, gekoppelt mit einem Referendum über die Amtsperiode des Präsidenten. Für diesen Fall will Chirac vorsorgen: Er drängt auf die Änderung des Wahlverfahrens, die Rückkehr zum Mehrheitsrecht. Auch dies will er durch Ordonnancen regeln.

Mitterrands Botschaft an die Franzosen lautet daher: Er ist er, und ich bin ich. Nach dieser Formel spricht man im Elysée-Palast auch nicht mehr von „Cohabitation". Die sei am Ende. Nun versuche man es mit der „Koexistenz". Ein beschönigendes Wort für das, was gemeint ist: Die Rangelei unter dem Tisch geht weiter.





Viel Wärme, doch der Gast aus Polen taute nicht auf

Polens Außenminister Orzechowski wurde in Bonn mit Freundlichkeiten überhäuft. Außer der Bekundung guten Willens aber kam nicht viel heraus.

Von BERNT CONRAD

Premierministerin Margaret Thatcher wollte ihn nicht sehen. Daraufhin sagte Außenminister Marian Orzechowski den Besuch bei seinem britischen Amtskollegen Sir Geoffrey Howe kurzerhand ab. In Bonn aber hing der polnische Himmel voller Geigen: *Die gesamte Prominenz* – vom Staatsoberhaupt über den Parlamentspräsidenten und den Regierungschef bis hin zum Oppositionsvorsitzenden – umgab den Gast aus Warschau mit politischer Fürsorge.

Hans-Dietrich Genscher, unablässig auf der Suche nach einer „neuen Phase realistischer Entspannung", aber stellte alles bisher Dagewesene in den Schatten. Was er in früheren Jahren nur besonders vertrauten oder besonders einflußreichen „gegnerischen" Außenministerkollegen, (in der ersten Kategorie beispielsweise Henry Kissinger oder Cyrus Vance, in der zweiten Kategorie Andrej Gromyko) vorbehalten hatte, spendete er nun „zur Einstimmung auf die offiziellen Gespräche" dem ihm bis dahin unbekannten neuen Kollegen von der Weichsel: eine Einladung zum Abendessen in Genschers Privatbungalow in Wachtberg-Pech.

Im kleinen Kreis – nur die beiden Minister und ihre Botschafter mitsamt Ehefrauen – wurde es dann gemütlich und heiter. Das unerschöpfliche Reservoir des Hausherrn an Witzen aus Ost und West trug zur Auflockerung bei. Orzechowski, Professor und Parteifunktionär mit akademisch-kultivierten Umgangsformen, zeigte sich angetan.

Am nächsten Morgen, beim Delegationstreffen im Auswärtigen Amt, aber wirkte der Fünfundfünfzigjährige, den General Jaruzelski erst im November 1985 aus der Akademie für Gesellschaftswissenschaften in die internationale Politik katapultiert hatte, wie verwandelt. Mit gemessener Förmlichkeit, freundlich, aber distanziert, begegnete er seinem jovial lachenden Gastgeber.

An eine lockere oder auch nur lebendige Diskussion war nicht zu denken. Denn Orzechowski – sicherlich aus gutem Grund von äußerster Vorsicht auf dem für ihn ungewohnten Parkett – beschränkte sich darauf, die außenpolitischen Thesen des Warschauer Paktes wie vom Spickzettel wortgetreu vorzutragen. Einwände des Bundesaußenministers verhallten im Raum. (Trost eines Bonner Diplomaten: „Die Polen haben *alles, was Genscher gesagt hat*, aufgeschrieben.")

Doch der nach Bohuslav Chnoupek (CSSR) und Petar Mladenow (Bulgarien) dienstälteste Chefdiplomat der Welt sann auf Abhilfe: *Improvisiert lud er seinen polnischen* Partner zu einem eigentlich nicht vorgesehenen Mittagessen – wieder im kleinen Kreis, diesmal aber ohne Ehefrauen – in sein Arbeitszimmer. Und von neuem zeigte sich der sehr gebildete Geschichtswissenschaftler von seiner besten Seite.

An den Positionen änderte sich nichts

An seiner vorgegebenen Taktik aber änderte das nichts. So erlebten ihn auch Bundespräsident Richard von Weizsäcker und Bundeskanzler Helmut Kohl als einen zweifellos gutwilligen, für eine Verbesserung der deutsch-polnischen Beziehungen plädierenden, gleichzeitig jedoch bekannte Positionen repetierenden und davon kein Jota abweichenden Politiker. *Ein Zuhörer meinte*: „Mit dem würde ich gern einmal sprechen, wenn er nicht mehr *Außenminister* ist."

Solch Seufzer ließ Genscher nicht ruhen: Nach einem Festbankett in der Godesberger „Redoute", bei dem Freundlichkeiten ausgetauscht und abweichende Standpunkte wiederholt wurden, entführte er den verdutzten Polen noch zu einem *Gute*-Nacht-Trunk in das Prominentenlokal „Maternus". Zwar hat die dortige, für ihre Küßchen berühmte Wirtin Ria inzwischen einen Teil ihrer Politkundschaft an die „Cäcilienhöhe" des Italieners Bruno verloren; aber die Atmosphäre im „Maternus" ist immer noch lauschig genug, um dickfellige Partner geschmeidig zu machen.



Am letzten Tag seines Besuchs traf Außenminister Orzechowski auch CSU-Chef Strauß FOTO: AP

Bei *Orzechowski hingegen mußte* sich diese Liebesmüh' als vergeblich *erweisen. Denn auch das größte* Übersoll an Gastfreundschaft konnte den außenpolitisch unerfahrenen, in der Parteiführung über keine eigene Hausmacht verfügenden und darum besorgt an seinen Weisungen klebenden Professor nicht in einen starken Mann verwandeln, der aufgrund spontaner Eindrücke ebenso spontane Entscheidungen trifft. Da wäre sogar der stocksteife General Jaruzelski ein lohnenderes Objekt – nicht weil er flexibler ist, sondern weil er über Macht verfügt.

Immerhin konnten Orzechowskis Gesprächspartner, zu denen sich gestern noch CSU-Chef Franz Josef Strauß und Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann gesellten, eine grundlegende Gemeinsamkeit konstatieren, nämlich den Wunsch nach einer Wiedererwärmung des in den Jahren des *Militärregimes* erkalteten Klimas zwischen Bonn und Warschau.

Auf deutscher Seite, das heißt für die Bonner Koalition, steht dahinter eine dreifaches Ziel: die noch längst nicht abgeschlossene historische Versöhnung zu vollenden, im Ostblock durch vielfältige gute Beziehungen zu einer weiteren Auflockerung des längst nicht mehr monolithischen Systems beizutragen und – last but not least – an der Wahlkampffront ostpolitisch entlastet zu werden.

Kaum Hoffnung für Aussiedler

Für die Führung in Warschau sieht die Sache anders aus: Ihr muß daran gelegen sein, die außenpolitische Isolierung zu durchbrechen und gleichzeitig den stärksten Wirtschaftspartner im Westen finanziell und ökonomisch zur Vitalisierung der hochverschuldeten und dringend nach Modernisierung verlangenden polnischen Wirtschaft heranzuziehen.

Wie lassen sich diese Motive auf einen Nenner bringen? Die Hoffnung, daß als Folge des Außenminister-Besuches die in den letzten Jahren fast zum Erliegen gekommene Ausreise von Deutschen aus Polen angekurbelt *und den dort bleibenden Bür*gern deutscher Abstammung endlich Minderheitenrechte verschafft werden könnten, ist nicht sehr groß. Orzechowski jedenfalls winkte lakonisch ab: Erstens gebe es keine deutsche Minderheit mehr in Polen, zweitens habe seine Regierung ihre Verpflichtungen aus dem Ausreiseprotokoll von 1975 „übererfüllt", drittens wollten fast nur noch Polen aus ökonomischen Gründen ausreisen, und das gehe wiederum aus ökonomischen Gründen nicht.

Weder Kohl noch Genscher haben diese Argumentation akzeptiert. Der Kanzler ließ sogar öffentlich auf den engen Zusammenhang der politischen, kulturellen und humanitären Fragen mit den polnischen Wirtschaftsinteressen hinweisen. Ob sich daraus – trotz Orzechowskis kühler Reaktion – Langzeitwirkungen ergeben werden. *Der Außenminister* jedenfalls ließ auch über den deutschen *Wunsch nach Austausch von Kultur*instituten „imaugenblick" nicht mit *sich reden. Außenpolitisch kam nicht* viel mehr heraus als gemeinsame Absichtserklärungen *vor dem* Hintergrund sachlicher Differenzen.

In Bonn bleibt nach der Abreise des Gastes eigentlich nur guter Wille und *die* Hoffnung auf die „höchste Ebene": Weizsäcker und Kohl würden gern nach Polen reisen.

Eine Normalität, die dennoch ungewöhnlich ist

Offiziell war es der normale Besuch eines Verteidigungsministers in einem befreundeten Land. Doch die viertägige Visite von Manfred Wörner in Israel war weit mehr: Es war der erste Besuch eines *deutschen* Verteidigungsministers in Israel.

Von RÜDIGER MONIAC

Mit dem Gefühl der Beklemmung war Wörner nach Israel geflogen, doch gestern, zum Abschluß seines *Besuches, stell*te er *erleichtert fest*: Die Vergangenheit *bleibt moralische* Verpflichtung, ist aber keine Last für die tägliche Politik. Und gemeinsam *mit seinem* Amtskollegen Yitzhak Rabin betonte er vor *Journalisten, die Bundesrepu*blik und Israel seien bereit, die schon *seit Jahren guten* Beziehungen zwischen beiden Ländern auch auf dem Gebiet *der militärischen* Kooperation noch zu verbessern. Gleichzeitig aber erklärten sie, Absicht dieser Reise sei es nicht gewesen, irgendwelche Verträge über Waffenlieferungen oder andere Militärabkommen vorzubereiten oder gar abzuschließen. Der deutsche Minister habe sich über die sicherheitspolitische Lage Israels und der gesamten Region des Nahen Ostens informieren wollen.

Trotz dieser bewußt zur Schau getragenen Normalität hing über diesem Besuch, der von keinerlei Demonstrationen gestört wurde, der Schatten der unheilvollen Vergangenheit, der geschichtlichen Schuld der Deutschen. Wörner selbst sprach nur einmal öffentlich von dieser Schuld. Das war gleich am Anfang seines Besuches nach der Begrüßung durch Yitzhak Rabin auf dem Flughafen „Ben Gurion" in Tel Aviv. Dort sagte er: „Weder Sie noch wir können vergessen, was in der Vergangenheit geschah. Sie lastet schwer auf der jungen deutschen Generation: Doch müssen wir in die Zukunft schauen und gemeinsam den Frieden suchen."



Ein Schritt zur Normalisierung: Israelis präsentieren vor dem deutschen Verteidigungsminister FOTO: DPA

Nach dieser Begrüßung nahmen *der Verteidigungsminister* und alle, die mit ihm reisten, erleichtert zur Kenntnis, daß die Israelis diesen Besuch nicht zum Anlaß nahmen, den Deutschen den Spiegel ihrer Schuld vorzuhalten. Fast schien es so, als sei dieser Besuch des deutschen Ministers schiere Normalität. Doch trotz des Bemühens der Israelis, diesen Besuch so normal wie möglich zu gestalten, kehrte die Vergangenheit schrecklich zurück: Beim Besuch der Gedenkstätte für die Millionen von den Nazis Ermordeten „Yad Vashem". Sie liegt auf einem Hügel über der Stadt Jerusalem und birgt als ewige Mahnung eine aus Bildern und Dokumenten zusammengefügte Ausstellung über das Leiden und Sterben der Juden in den Konzentrationslagern und Gaskammern.

Stumm ging Wörner durch die dunklen Räume, in denen nur die Fotos und Plakate beleuchtet sind. Die Erschütterung über das, was er sah, versteinerte sein Gesicht. Wort*los* folgte er den Erläuterungen des Führers. Das Grauen über die Vergangenheit spiegelte sich im Antlitz des Gastes.

Nach diesem Ausflug in die Vergangenheit – und in die bleibende Gegenwart – folgte die politische Routine. Wörner stattete dem israelischen Staatspräsidenten Chaim Herzog einen Höflichkeitsbesuch ab, traf in der Knesset den Parlamentspräsidenten Shlomo Hillel. Es folgte ein Programm, das sich in nichts von dem unterschied, wie es der Minister in anderen befreundeten Ländern absolvierte.

Wörner besichtigte die Truppe und Fabriken für Rüstungsgüter. Unweit von Tel Aviv liegt die Fertigungsstätte für den Panzer „Merkawa" und nicht weit entfernt von der Stadt ist auch die Niederlassung der „Israel Aircraft Industries", wo gerade der erste Prototyp eines neuen Kampfflugzeuges mit dem Namen „Lavi" entsteht. Der deutsche Gast zeigte sich beeindruckt von der Leistungsfähigkeit dieser Betriebe, die bei der Produktion von Waffen einen Standard erreicht haben, der mit den Industrieländern Europas absolut vergleichbar ist.

Die Einsatzbereitschaft der Israelis wurde dem Minister auch bei einer Militärübung in der Wüste Negev demonstriert. Zwei Kompanien von Offiziersanwärtern zeigten ihren infanteristischen Abschlußtest, bevor sie in der nächsten Woche zum Leutnant befördert werden. Die Soldaten zeigten das Erobern von Widerstandsnestern mit Panzerunterstützung – und das alles mit scharfen Schüssen –. Vorher hatten Kampfflugzeuge und Hubschrauber mit Raketen die „feindlichen" Stellungen beschossen. Das Lagebild dafür liefert eine hoch über der Wüste surrende kleine Drohne mit einer Fernsehkamera, deren Aufnahmen sofort auf dem vor Wörner und seiner Delegation aufgebauten Bildschirm erscheinen. Das Feuer aus den automatischen Waffen der jungen Kämpfer lag zum Teil sehr nahe vor der eigenen *Linie*, so daß in *diesem steinigen Gelände* große Gefahr für Querschläger bestand.

Der Minister zeigte sich beeindruckt darüber, mit welchem Eifer und Einsatzwillen diese jungen Männer ihre infanteristusche Aufgabe meisterten. In der Bundeswehr wäre, so Wörner, nach dieser Demonstration dermaßen viel Risikobereitschaft wegen der strengen Sicherheitsbestimmungen kaum vorstellbar.

Der diplomatische Status schützt das Volksbüro

Man nennt sich Volksbüro, de jure ist man eine Botschaft, die Sicherheitsbehörden vermuten hinter den Mauern ein Zentrum des internationalen Terrorismus: Die Vertretung Libyens in Bonn.

Von WERNER KAHL

Die grasgrüne Flagge hängt schlaff am Fahnenmast der Botschaft. Hinter den breiten Fenstern macht sich jedoch Nervosität bemerkbar. Schnurrbärtige Angestellte schieben alle paar Minuten den Vorhang beiseite und starren auf die Beethovenstraße. Auf der gegenüberliegenden Straßenseite hat ein Kamera-Team der amerikanischen Fernsehgesellschaft NBC die Optik auf das fünfgeschossige moderne Bürohaus im Bonner Diplomatenviertel Bad Godesberg gerichtet.

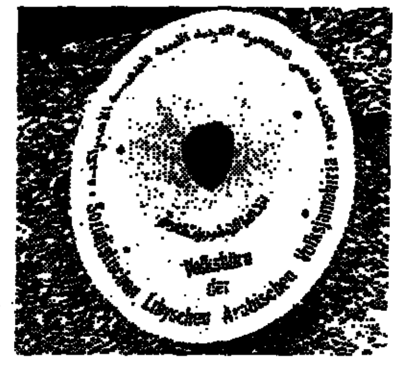
Doch der Zutritt in die diplomatische Vertretung Libyens in der Bundeshauptstadt ist den amerikanischen Reportern verwehrt – Khadhafi hat jeden Amerikaner, der nicht für seine revolutionären *Ziele* eintritt, zum Feind Nr. 1 erklärt. Gestern vor*mittag warteten die Reporter* in der Beethovenstraße 12 a darauf, ob die *Bundesregierung* Sanktionen gegen Libyer verhängt, die den Diplomatenstatus für geheimdienstliche und staatsterroristische Aktivitäten mißbrauchen.

„Alles amerikanische Lügen", versicherte ein Sprecher der Botschaft. „Wir haben uns nichts vorzuwerfen." Über die Kontakte mit der Regierungszentrale in Tripolis schweigen sich die Missionsangehörigen aus. Sie haben doppelten Auftrag: die offiziellen Beziehungen ihres Landes mit der Bundesrepublik Deutschland wahrzunehmen und gleichzeitig die Ideologie ihres Führers Khadhafi zu verbreiten. Der diplomatische Status macht es den Sicherheitsbehörden nicht nur in der Bundesrepublik, sondern auch in anderen west- und mitteleuropäischen Staaten schwer, auf terroristische Aktionen, an denen Missionsangehörige beteiligt sind, angemessen und wirksam zu reagieren.

Internationale Pflichten werden nicht beachtet

Auf dem ovalen Schild am Eingang steht als offizielle Bezeichnung „Volksbüro der Sozialistischen Libyschen Arabischen Volks-Jamahiria". Das System der Jamahiria *soll* „*Massendemokratie*" durch *Revolutionskomitees herstellen*. Als „*Volksvertretung*" nimmt die Bonner Mission wie andere libysche Auslandsvertretungen zwar alle Rechte akkreditierter *Botschaften für sich in Anspruch*, dazu gehört auch, diplomatische Immunität, ohne aber in allen Fällen die sich aus ihrem Beitritt zu internationalen Pakten ergebenden Pflichten zu beachten.

Das stellte das Auswärtige Amt der Bundesregierung beispielsweise bei der Freipressung inhaftierter Libyer fest, die wegen Mordes verhaftet, beziehungsweise bereits rechtskräftig verurteilt worden waren. Um ihre Landsleute Mustapha Zaidi und Abdullah Salem Yahia aus dem Gefängnis freizubekommen, waren in Libyen *tätige Deutsche* von der Straße weg verhaftet worden.



Bonn, Beethovenstr. 12 a
FOTO: DIE WELT

In dem bereits eröffneten Prozeß gegen die beiden Libyer ging es um *den Vorwurf der Folterung libyscher* Landsleute im Gebäude des Bonner „Volksbüros". „*Ungeheuerliche* Behauptungen sind im Raum stehengeblieben", erklärte der Richter nach der erzwungenen Freilassung. „Alle Staaten, die um die Rettung ihrer eigenen Landsleute bemüht sind, sind erpreßbar", bedauerte der Bonner Völkerrechtler Christian Tomuschat. Bei jedem Austausch werde ein Einbruch an Rechtsstaatlichkeit zu verzeichnen sein. Langfristig sei in diesem erpresserischen Bereich nur eine Lösung durch eine internationale Staatengemeinschaft zu erreichen. Gegenwärtig verbüßt wieder ein libyscher Agent eine lebenslange Freiheitsstrafe wegen Mordes.

Jüngste Aktivitäten des Bonner „Volksbüros" ließen neue Bemühungen Khadhafis erkennen, die Lobby in der Bundesrepublik Deutschland zu stärken und zu erweitern. Missionschef Mehdi Imberesch, im Rang eines Botschafters und zugleich Offizier, zeigte sich schon in den vergangenen Jahren auf Treffen mit Grünen und Gruppen aus der „Friedensbewegung". Aus diesem Bereich kamen auch in der libyschen Hauptstadt Tripolis im vergangenen Monat Deutsche mit rund 600 Vertretern von *angeblich 299 „Befreiungsbewegungen"* aus zahlreichen Ländern zusam*men*.

Auf dem Podium hingen weiße Spruchbänder in grüner Schrift: „Wir werden eine internationale Kampf*front gegen den Imperialismus* bilden." Frenetisch riefen die Versammelten in Sprechchören: „Khadhafi, unser Führer, nieder mit dem US-Imperialismus." Eine Passage seiner Rede war nach einem Erlebnisbericht der linken alternativen „Tageszeitung" der „alternativen Bewegung in Westeuropa und den Grünen in der Bundesrepublik gewidmet".

Getreu der Parole „Imperialismus ist unser gemeinsamer Feind" fanden die anwesenden Deutschen die Gemeinsamkeiten denn auch schnell: Kampf gegen die Stationierung der US-Raketen. Diesem Kampf für die „Zerstörung" amerikanischer Einrichtungen in Europa habe Khadhafi seine „moralische Unterstützung" zugesichert, heißt es in dem Bericht einer Deutschen, die als Mitglied einer „Delegation aus der Friedensbewegung" an der Strategiekonferenz vom 15. bis 19. März in der libyschen Hauptstadt teilnahm.

Den Schutz übernimmt Khadhafis Leibgarde

Kontakte mit Grünen, Mitgliedern autonomer Gruppen der „Friedensbewegung" und anderen Sympathisanten des Regimes werden jedoch nicht über das Bonner „Volksbüro" hergestellt. „Wir gehen davon aus, daß unser Telefon abgehört und der *Hauseingang beobachtet wird", sagte* ein Missionsangehöriger.

Selbst den Schutz des alljährlichen Empfangs zum Jahrestag der El-fatteh-(1. September)Revolution überläßt das „Volksbüro" nicht der Bonner Polizei. Für die Überwachung der Gäste in der Redoute werden Offiziere aus der Leibgarde Khadhafis an den Rhein gebracht.



Clint Eastwood: Als Bürgermeister hebt er die Hand, um seinen Sieg zu verkünden FOTO: AP

Aus dem Film-Bösewicht wurde ein Bürgermeister

Der Rächer, der Bösewicht, diese Rolle machte ihn als Filmstar berühmt und brachte ihm Millionen. Jetzt hat er „die Fronten" gewechselt: Clint Eastwood wurde Bürgermeister.

Von FRITZ WIRTH

Die Bürger von Carmel-by-the-Sea wollten die Revolution. Sie gingen dazu an die Urnen und wählten gestern das 20. Jahrhundert. Sie holten „Dirty Harry" in ihr *Rathaus – sie wählten* Clint Eastwood.

Ein Weltstar entdeckte den Charme und die Reize des Kommunalen. Seit Dienstag ist er Bürgermeister von Carmel-by-the-Sea zu einem Monatssalär von 200 Dollar. Dafür wird er sich um den Baumbestand, die Postzustellung und die Bürgersteige dieses verschlafenen Städtchens 200 Kilometer südlich von San Francisco kümmern. Und die 4850 Bürger des Ortes wissen: Carmel-by-the-Sea wird ab heute nicht mehr sein, was es einmal war.

Jahrzehntelang hatten sie das Brave, das Biedere und das Bewährte gepflegt in Carmel und waren damit ein hübsch antiquiertes Proteststädtchen gegen den Fortschritt und das Zeitgemäße geworden. In ihrem Ort wurde kein Neonlicht geduldet, durfte keine Eiskrem in Hörnchen geschleckt werden, waren keine „Fastfood-Läden" mit Plastik-Nahrung erlaubt und war das Herumlungern auf dem Rasen untersagt, womit Carmel ungeschoren die Hippie-Invasion der sechziger Jahre überstand. In Carmel war modern, was von gestern war.

Aus und vorbei. „Dirty Harry" wird das von heute an alles ändern. So jedenfalls fürchten es die unterlegenen Traditionalisten des Ortes, für die Clint Eastwood *schon im Wahlkampf* keine gute Nachricht hatte: „Wir können *hier doch nicht mehr so tun*, als sei die Zeit stehengeblieben", sagte er, *und die Botschaft führte ihn zum* Sieg. Von den 4125 Wahlberechtigten gaben *ihm* 72 Prozent ihre Stimme. Die bisherige Bürgermeisterin Charlotte Townsend mußte mit 799 Stimmen zufrieden sein.

„Dirty Harry" war ein Wahlkassenschlager und Clint Eastwood, der sich diesen Wahlkampf 40 000 Dollar kosten ließ, erinnerte seine Wähler in der Siegrede daran, daß er sich auch als Bürgermeister voll mit „Dirty Harry" identifiziere: „Auch ‚Dirty Harry' machte den Kampf gegen die Bürokratie zu seiner Hauptmission", verkündete er gestern seiner Champagner-trinkenden Gemeinde.

Die bisherige Bürgermeisterin, die 61jährige Großmutter Charlotte Townsend, die nur 3000 Dollar zur Hand hatte, um gegen Hollywood und einen großen Namen anzukämpfen, hatte für ihre einstigen Untertanen gestern nur die Warnung übrig, daß die 4850 Bürger von Carmel sich für ihr Votum für den Spaghetti-Western-Star den Kulturschock ihres Lebens eingekauft haben.

Clint Eastwood sieht das anders. Für ihn war dies keine Entscheidung *für Hollywood, sondern ein* Erdrutsch in die Neuzeit mit Neonlicht, Plastik und dem Recht, von nun an die Farbe ihrer Häuserfassaden selbst zu bestimmen und dies nicht dem Urteil und Geschmack der Bürokraten zu überlassen. Es waren diese restriktiven Geschmacksnormen, die Clint Eastwood im Januar veranlaßt hatten, eine Handvoll Dollar in diese Wahl zu investieren.

Er ist seit 14 Jahren Bürger von Carmel und offen genug zuzugeben, daß sein Weg in die große Politik im südlichen Kalifornien ein Produkt des Ärgers mit den örtlichen Behörden war. „Mein politischer Ehrgeiz beginnt und endet hier in Carmel", versicherte er gestern in der Stunde seines Sieges noch einmal jenen, die hier in Kalifornien den Aufbruch zu einer neuen politischen Schauspielerlegende wittern, die dereinst im Weißen Haus enden könnte.

Er hat in der Tat andere Sorgen. Die Eastwood-Doktrin sieht vor, Carmel-by-the-Sea der freien Marktwirtschaft, dem Tourismus und dem gesunden Menschenverstand zu erschließen. Seine Gegner indes vermuten nach wie vor hinter dieser Doktrin ein „Empire des Bösen". Sie *fürchten*, daß ihr Tempel der Unschuld namens Carmel von nun an zu *einem Refugium der Händler*, des Profits und der Spekulanten wird.

Der Wahlsieg des „Dirty Harry" zeichnete sich in den letzten Tagen ab, als Paul Laub, Hemden-Händler und politischer Gegner von Eastwood, seinen Umsatzzahlen entnahm, *daß T-Shirts* mit der *Aufschrift* „Clint for Mayor" besser verkauft wurden als seine eigenen mit dem *Aufruf* „Go to Bat for Laub". Er stieg aus dem Bürgermeister-Rennen aus und lief zu Clint Eastwood über. Als das einflußreiche Weltblatt „Carmel Pinecone" sich ebenfalls auf die Seite Eastwoods schlug, sogar Ähnlichkeiten mit größeren Vorbildern bei Eastwood entdeckte und feststellte, „er ist wie Ronald Reagan, man fühlt sich wohl bei ihm", war das Rennen für ihn gelaufen.

Ein letzter verzweifelter Versuch der Frauen-Liga von Carmel, einen möglichen Stimmenschwindel aufzudecken, brach in sich zusammen. Clint Eastwood, der neue Held von Carmel-by-the-Sea, ist in die Stadt geritten. Das 20. Jahrhundert ist zwar *nur noch kurz, doch es hat gestern* endgültig den Weg in diesen char*manten* Ort *staubgesegneter Zeitlo*sigkeit gefunden. Es wird Durchzug geben in Carmel-by-the-Sea.



Clint Eastwood: Als Filmstar hebt er die Hand, um zu schießen FOTO

Gericht: Anzeigen müssen nicht gedruckt werden

kru. **Stuttgart**

Der Abdruck von Anzeigen politischen Inhalts in Zeitungen liegt ausschließlich „im Ermessen des Verlages". Mit dieser Begründung hat jetzt das Landgericht Stuttgart eine Einstweilige Verfügung der örtlichen IG Metall abgelehnt. Die Gewerkschaft wollte Stuttgarter Zeitungen zum Abdruck eines Inserates – *ein Aufruf zur* „Gegenabstimmung" in den Betrieben – zwingen.

Die Geschäftsführer der „Stuttgarter Zeitung" und der „Stuttgarter Nachrichten", die eine Anzeigengemeinschaft bilden, hatten den Abdruck der Anzeige *unter anderem mit* der Begründung abgelehnt, die Passage „Die Gegenabstimmung läuft ab heute in den Betrieben und Verwaltungen" verweise auf eine rechtswidrige Aktion. Der DGB hatte dagegen auf die „marktbeherrschende Stellung" der Anzeigengemeinschaft hingewiesen und gemeint, hier werde „die Monopolstellung auf dem Stuttgarter Zeitungsmarkt mißbraucht".

Die Richter stellten in ihrer Urteilsbegründung fest, die Pressefreiheit erstrecke sich nicht nur auf den redaktionellen Teil einer Zeitung, sondern auch auf den Anzeigenteil. Es sei den Herausgebern nicht zuzumuten, im Anzeigenteil eine der politischen Richtung des redaktionellen Teils widersprechende politische Meinung abdrucken zu müssen. Der Ermessensspielraum von Verlagen würde in solchen Fällen erst dann überschritten, wenn sie ihre marktbeherrschende Stellung „aus sachfremden Gründen" mißbrauchten.

Die Richter beriefen sich in ihrer Entscheidung auf frühere Urteile des Bundesverfassungsgerichts. So hatte Karlsruhe in seinem Beschluß vom 24. März 1976 (BVG 2 BvP 1/76) der Presse ausdrücklich zugebilligt, „den Abdruck von Anzeigen einer bestimmten Richtung" zu verweigern. Daran ändere auch eine regionale Monopolstellung nichts.

Den Abwehrmechanismen der Beamten konnte Späths Regierung nicht trotzen

Der Versuch einer neuen Richtlinie für Beurteilungen scheiterte an der Quotenregelung

Von HARALD GÜNTER

Mehr als zwei Jahre hatte die Regierung Späth dem massiven Störfeuer aus allen Lagern – bis hinein in die eigenen Reihen – widerstanden. Dann wurden die seit Anfang 1984 geltenden „Richtlinien über die dienstliche Beurteilung von Landesbeamten" eingestampft. Grund: Die unterschiedliche Leistungsbeurteilung nach vorgegebenen Quoten hat zu „teilweise katastrophalen Ergebnissen" (Innenminister Dietmar Schlee) geführt. Jetzt muß eine weniger konfliktträchtige Ersatzlösung für das Jahr 1987 aufgelegt werden.

Der Fehlschlag kam nicht unvorhergesehen. Noch bevor in der Innenverwaltung, die das neue Beurteilungssystem unter ihrem damaligen Chef und jetzigen Verfassungsgerichts-Vizepräsidenten Roman Herzog ausgetüftelt hatte, der erste Bewertungsbogen ausgefüllt werden konnte, warnte Hartmut Kübler, Professor an der Fachhochschule für Verwaltung in Kehl, vor den zu erwartenden „Abwehrmechanismen". Sie, so analysierte er damals, ließen das ganze Unternehmen als „nicht erfolgversprechend erscheinen". Doch Dietmar Schlee übernahm – wenn auch mit Bauchgrimmen – das Richtlinienpaket aus Herzogs politischer Erbmasse. Gut 30 000 der in Frage kommenden 50 000 Beamten wurden beurteilt. Und mit jeder Runde wuchs der Ärger in den Amtsstuben.

Stein des Anstoßes war nicht so sehr der neuartige (höchst differenzierte) Befähigungs- und Leistungsnachweis der Probanden. Was DGB und Beamtenbund in seltener Eintracht als „groben Unfug" ablehnten, waren vielmehr die vorgegebenen Quoten, nach denen die Beurteilungsnoten von eins („entspricht nicht den Leistungserwartungen") bis acht („übertrifft alle Leistungserwartungen") gestreut werden mußten. Konkret: Nur fünf Prozent der Beamten einer „Vergleichsgruppe" durften mit der vollen Punktzahl rechnen.



ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Weiteren 15 Prozent war eine Sieben vorbehalten und 25 Prozent noch die ebenfalls überdurchschnittliche Note sechs. Der Rest, immerhin über die Hälfte, landete im Bereich der „Dummenquoten", wie die Gewerkschaft der Polizei (GdP) die unteren Ränge despektierlich getauft hatte.

Schuld an allem war – neben dem Erfindungsreichtum des Referats für Personalangelegenheiten im Innenministerium – die „Normalkurve" des Carl Friedrich Gauß. Dem 1855 verstorbenen Mathematiker nämlich verdanken wir die Erkenntnis, daß das natürliche Vorkommen von Eigenschaften und Qualitäten berechenbar ist und somit, auf den Beamtenapparat übertragen, ein bestimmter Personenkreis besser und ein anderer schlechter als der Durchschnitt sein muß. Die meisten Dienstvorgesetzten hingegen machten früher in ihrer Umgebung regelmäßig nur gute und sehr gute Mitarbeiter aus.

Dieser Inflation von Spitzenzeugnissen bei den bis 1984 üblichen „Bedarfsbeurteilungen" wollte die oberste Personalbehörde des Landes nicht länger tatenlos zusehen.

„Schwerwiegende Mängel" (Schlee) brachten die neuen Regelbeurteilungen jedoch bald in Verruf. Zu oft mußte das Urteil örtlicher Vorbeurteiler, die weiter unangemessen viele Bestnoten verteilt hatten, von einem Endbeurteiler in der Zentralbehörde nach unten korrigiert werden, obwohl dieser die fraglichen Beamten gar nicht kannte. So kam es, daß wirklich gute Leute zuletzt nur deshalb abgestuft wurden, weil die Quoten der besten Plätze schon ausgeschöpft waren. Im März reichten die ersten beiden Betroffenen mit Unterstützung des Beamtenbunds beim Verwaltungsgericht Sigmaringen Klage gegen ihre Beurteilungen ein.

Nun hat das Landeskabinett die verunglückte Aktion zwar kürzlich gestoppt. „Aus Rechtsgründen" glaubt die Regierung jedoch, die Ergebnisse der in weiten Bereichen der Innen- und Finanzverwaltung bereits abgeschlossenen Beurteilungsrunden nicht zurücknehmen zu können. Die bereits ausgegebenen Beurteilungsbescheide bleiben demnach bei den Personalakten der fraglichen Beamten.

Die Klage der beiden Beamtenbunds-Mitglieder ist also unverändert aktuell. Ihre Erfolgschancen stehen nicht schlecht: Im Zusammenhang mit einem anders gelagerten Rechtsstreit hatte das Verwaltungsgericht Karlsruhe bereits im letzten Oktober die Quotierung von Leistungsgruppen in der vorliegenden Form als „unzulässig" verworfen.

Zähneknirschend wird nun an einem neuen Richtlinienentwurf ohne Quotierungen und Vergleichsgruppen gearbeitet. Die Befürchtung, daß „das, was nachkommt, nicht viel besser sein wird", ist allerdings groß.

Bundeskabinett billigt das Kulturabkommen

gba. **Bonn**

In der ersten vom Bundeskanzler nach der politischen Osterpause geleiteten Sitzung hat das Bundeskabinett gestern das Kulturabkommen mit der „DDR" gebilligt und seiner Unterzeichnung im Mai zugestimmt. Regierungssprecher Ost wertete das Abkommen als „Ausgangs- und nicht Endpunkt" mit größeren Chancen für mehr Zusammenarbeit zwischen beiden deutschen Staaten. Berlin werde mit der sogenannten Frank-Falin-Formel befriedigend einbezogen.

Das Kabinett hatte zuvor einen Bericht des Innenministers über den Stand der Ermittlungen nach dem Berliner Bombenattentat sowie des Außenministers über die Hintergründe für die Ausweisung zweier libyscher Diplomaten gehört. Wirtschaftsminister Bangemann berichtete von seinem Moskau-Besuch, Finanz-Staatssekretär Voss über die Anpassung der Wechselkurse im Europäischen Währungssystem.

Der Kanzler leitete im Anschluß auch die erste Koalitionsrunde nach der Osterpause. Sie sollte der Vorbereitung der parlamentarischen Arbeit bis zum Sommer dienen. Eines der Hauptthemen war die Behandlung der geplanten Änderung im Betriebsverfassungsgesetz und die unterschiedlichen Meinungen in den Koalitionsfraktionen dazu (s. WELT v. 9.4.). Mit diesem Thema wird sich heute auch die „Mitbestimmungs-Kommission" der CDU/CSU-Fraktion unter Vorsitz des Abgeordneten Adolf Müller (Remscheid) befassen. Vor einer Entscheidung, ob neben der Regelung des Minderheitenschutzes in der Betriebsverfassung und der Einführung von Sprecherausschüssen der Leitenden Angestellten die Mitbestimmungsrechte des Betriebsrats bei Einführung neuer Technologien erweitert werden sollen, will die Union die Anhörung im Bundestag am 23. April abwarten.



1951 wurde Blüm (Mitte) mit 344 von 348 gültigen Stimmen zum Vorstand der Jugendvertretung bei der Adam Opel AG gewählt FOTO: DIE WELT

Norbert Blüm und die „Christenverfolgung"

GÜNTHER BADING, **Bonn**

Wenn Norbert Blüm auf den DGB und dessen Einzelgewerkschaften, voran *die IG Metall, angesprochen* wird, so antwortet er seit geraumer Zeit nur noch mit Ironie. So auch, wenn man ihn nach dem voraussichtlichen Ergebnis der DGB-Stimmzettelaktion wider die Änderung des Neutralitätspargraphen 116 befragt. „99,99 Prozent Ja-Stimmen" würden es wohl werden, sagt der Arbeitminister und lächelt. Die äußere Freundlichkeit täuscht über die Bitterkeit hinweg, die hinter dieser Ironie steckt. Im Grunde ist der Gewerkschafter auf dem Ministersessel tief verletzt wegen der Angriffe gerade aus „seiner" IG Metall.

Es ist natürlich nicht die gesamte Metallgewerkschaft mit ihren 2,5 Millionen Mitgliedern, die mit geradezu klassenkämpferischem Elan auf Blüm einschlägt. Der Minister kennt besser als manch anderer die Strömungen in der IG Metall; er weiß, daß für die beispiellosen Tiraden gegen seine Person und seine Politik in der Mitgliederzeitschrift „metall" (Auflage: 2,3 Millionen) jener linke Flügel verantwortlich ist, der mit dem Gedanken der Einheitsgewerkschaft im Grunde längst gebrochen hat. Eine regelrechte „Christenverfolgung" – gemeint sind die Mitglieder der C-Parteien – finde im DGB statt, formuliert Blüm. Die Forderung der IG-Metall-Jugend nach seinem Gewerkschaftsausschluß ist nur ein Beispiel.

Die zweiwöchentlich erscheinende „metall" ist jetzt allerdings mit ihrem Versuch gescheitert, dem Arbeitsminister seine Gewerkschaftervergangenheit zu bestreiten. Als „Suchmeldung" hatte das Blatt Anfang Februar seine Leser gefragt, ob denn jemand jemals Blüm habe Streikposten stehen sehen, wie der Minister es immer wieder behaupte. Bei Opel, wo Blüm in den fünfziger Jahren gearbeitet hat, habe sich „partout keiner erinnern (können), das tapfere Bürschlein auf dem gewerkschaftlichen Tugendpfad" des Streikpostens gesehen zu haben, schrieb die „metall".

Die Absicht war klar: Der Ruf Blüms als einer, der weiß, wo den Arbeiter der Schuh drückt, der selber an der Werkbank gestanden hat, sollte ruiniert werden. Das Geschoß geriet zum Rohrkrepierer, denn auch nach so langer Zeit fanden sich noch Zeugen, die sich sehr wohl an einen aktiven Jung-Gewerkschafter Norbert Blüm bei Opel in Rüsselsheim erinnern konnten. Und sie schrieben an „metall", angestoßen durch ein Telefonat Blüms. Der frühere Betriebsratsvorsitzende Fritz Zschiesche hielt fest: „Blüm war tatsächlich einer der aktivsten jungen Gewerkschafter bei Opel, der nach meiner damaligen Meinung nur einen Fehler hatte; in der falschen Partei zu sein", schrieb SPD-Mitglied Zschiesche. Und der frühere Betriebsratsvorsitzende Paul Lorenz schrieb: „Ich kann sehr gut beurteilen, daß sich Norbert Blüm immer rückhaltlos für seine jungen Kolleginnen und Kollegen eingesetzt hat, und ich sage dies, obwohl er nicht meiner Partei angehört. Aber was wahr ist, muß wahr bleiben, ob es Euch paßt oder nicht paßt."

Beide Betriebsratsvorsitzende bestätigten auch, daß Blüm Streikposten gestanden hat, als es 1951 bei Opel und mehr Lohn ging. Als Lehrling durfte er dies allerdings erst nach der Arbeitzeit tun. Blüm selber, damals Vorsitzender der Jugend-Vertretung bei Opel, erinnert sich sogar, daß er nicht nur Streikposten gestanden, sondern auch mit „Hand angelegt" hat: „Als der Generaldirektor mit seinem großen Cadillac kam, haben wir ihn am Hauptportal mitsamt dem Wagen hochgehoben, umgedreht und abfahren lassen."

Schematische Honorarkürzung nicht erlaubt

AP, **Kassel**

Das Bundessozialgericht in Kassel hat entschieden, daß Arzthonorare für die Behandlung von Kassenpatienten auch bei Überschreitung der Honorarforderung anderer Ärzte nicht schematisch gekürzt werden dürfen. Die Prüfungsinstanzen müssen vielmehr jeweils prüfen, ob Besonderheiten der ärztlichen Praxis vorliegen und ob diese zu berücksichtigen sind. Das Gericht hob deshalb die Honorarkürzung eines Kinderarztes in Bayern für insgesamt acht Quartale auf, der für den einzelnen Behandlungsfall durchschnittlich 40 Prozent höhere Honorare als vergleichbare andere Kinderärzte in Rechnung gestellt hatte. Die Prüfungsinstanzen haben aber nicht zum Ausdruck gebracht, inwieweit bei der Honorarkürzung die Praxisbesonderheiten des Arztes berücksichtigt worden sind.

Zwei Vorinstanzen hatten die Klage des Arztes abgewiesen. (Aktenzeichen: Bundessozialgericht 6 RKa 13/84).

Ehemalige SS-Männer vor der Ausweisung

AP, ***Washington***

Das amerikanische Justizministerium hat ein Verfahren zur Aberkennung der US-Staatsbürgerschaft gegen drei ehemalige Angehörige der SS eingeleitet, die in den 50er Jahren legal in die USA eingewandert waren. Als Folge droht die Ausweisung. Die drei Männer, der 76jährige Stefan Leili, der 59jährige Martin Bartesch und der 77jährige Josef Wieland, hätten in einem Totenkopf-Bataillon Dienst getan. Dies habe das Konzentrationslager Mauthausen in Österreich verwaltet und bewacht. Die Männer sollen an der Folterung und Ermordung von Tausenden von Juden und Osteuropäern beteiligt gewesen sein.

Grünen-Kandidat Mechtersheimer

dpa, **Pforzheim**

Die Pforzheimer Grünen haben den Starnberger Friedensforscher und ehemaligen Oberstleutnant Alfred Mechtersheimer als ihren Wahlkreiskandidaten zur Bundestagswahl nominiert. Mechtersheimer hatte sich nach eigenen Angaben darum nicht beworben. Er nehme die Kandidatur, die er als Stärkung der Friedensbewegung verstehe, aber an. „Ich bin nicht und werde auch nicht Mitglied der Grünen", sagte er gleichzeitig. 1981 war Mechtersheimer aus der CSU ausgeschlossen worden.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

„Mit ‚Eins Plus' ist das Faß voll"

Private Anbieter klagen „Besetzungsstrategie" der ARD an

PETER SCHMALZ, **München**

Rudolf Mühlfenzl, einst Chefredakteur des Bayerischen Fernsehens und inzwischen Präsident der bayerischen Landesanstalt für neue Medien, dem rechtlich-organisatorischen Dach der privaten Rundfunk- und Fernsehanbieter in Bayern, hat erhebliche Sorgen um die Zukunft des deutschen Privatfunks. „Für eine Entwicklung privater Anbieter bleibt kaum noch Raum, wenn den Expansionsabsichten der öffentlich-rechtlichen Anstalten nicht rasch und wirksam Einhalt geboten wird", erklärte er gestern in München vor der Presse.

Am Beispiel des ARD-Satellitenprogramms „Eins Plus" und des geplanten „Europa TV" erläuterte Mühlfenzl, daß die Intendanten der öffentlich-rechtlichen Anstalten ohne Rücksicht auf gesetzliche Vorgaben ihrer Länder in eigener Zuständigkeit Zahl und Umfang neuer Programme festlegen, um sich einen Platzvorteil zu verschaffen. Diese permanente Angebotsausdehnung erschwere jedoch die verfassungsrechtliche Vielfalt.

Für faire Startchancen

Erheblich schärfer im Ton formulierte der CSU-Landtagsabgeordnete und Vorsitzende des bayerischen Medienrats, Klaus Kopka, den Unmut über die Satelliten-Aktivitäten der ARD. Er sieht darin eine „Besetzungsstrategie" und einen gezielten Versuch, „alles zu stören, was Konkurrenz werden könnte". „Wir können nicht zulassen", fuhr Kopka fort, „daß den Privaten, die viele Risiken eingegangen sind, der Boden entzogen wird."

Die Landeszentrale, die durch das bayerische Mediengesetz den ausdrücklichen Auftrag erhalten hat, privaten Anbietern eine faire Startchance zu sichern, rechnete ohnehin mit zusätzlichen ARD-Satelliten-Programmen, wenn zumindest der Bayerische und der Westdeutsche Rundfunk ihre dritten TV-Programme bundesweit ausstrahlen. Kopka: „Das ist gelaufen, dagegen können wir nichts mehr machen. Aber mit dem Start von ‚Eins Plus' ist das Faß voll."

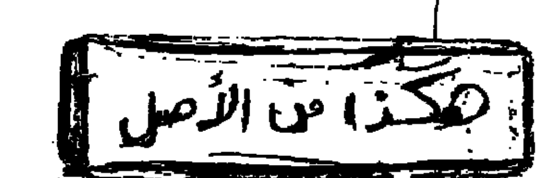
Sichtlich enttäuscht zeigte sich der *Medienrats-Vorsitzende* über das Verhalten des BR und verwies auf das bayerische Mediengesetz, an dessen Entstehung der CSU-Politiker wesentlichen Anteil hatte. *Dort sei* wie in keinem anderen Landesmediengesetz dem herkömmlichen Landessender eine umfassende Bestandssicherung, Entwicklungsgarantie und Sicherung der Finanzen durch Werbung und Gebühren eingeräumt.

Hoffen auf Gebührentopf

Wolf-Dieter Ring, Geschäftsführer der Medienzentrale, bezifferte den durch die ARD- und ZDF-Programme mittelfristigen Gebührenbedarf auf monatlich drei bis sieben Mark. Die befürchtete Folge: Die Bürger würden zögern, freiwillig noch zusätzliches Geld für Privatprogramme auszugeben.

Zumindest minimal hofft die Landeszentrale aber auch von den allgemeinen Gebühren zu profitieren: War bisher vorgesehen, die Kosten für die Zentrale und ihr Aufsichtsgremium, den Medienrat, bei den privaten Programmanbietern zu kassieren, so strebt man nach der Kündigung des Gebührenstaatsvertrags, die in München noch vor Herbst erwartet wird, eine bundesweit einheitliche Lösung an, wonach solche Einrichtungen – ähnlich dem Kabelgroschen für die Kabelpilotprojekte – aus dem Gebührentopf bezahlt werden.

Nachdem in München als erster deutscher Stadt bereits auf vier Frequenzen private Radioproramme gesendet werden, verzögert sich der Start des ersten deutschen terrestrischen Privatfernsehens. Die Bundespost hat zwar eine Lokalfrequenz für München gefunden, sie soll aber erst Ende dieses oder Anfang nächsten Jahres zur Verfügung stehen. Mühlfenzl will Bundespostminister Schwarz-Schilling bei einem Gespräch am 25. April drängen, die Frequenz möglichst noch im Sommer freizugeben.



Inmitten der Krise ruft Venezuela nach Jiménez

JÜRGEN LIMINSKI, Caracas

Das Stadtviertel ist schmutzig und trägt den Namen „Siedlung des 23. Januar". Das war der Tag, an dem 1958 der Diktator Jiménez gestürzt wurde. Vorher hieß das Viertel „Siedlung des 2. Dezember". Das war der Tag, an dem der Diktator 1952 die Macht ergriff. Später ließ er die Siedlung bauen, um die Wohnungsnot in Caracas zu lindern.

Jetzt, da die Krise im Ölstaat Venezuela wie ein schwarzer Fleck um sich greift, ist das Andenken an Jiménez nicht nur in dieser Siedlung wieder lebendiger. Vorbei sind die Zeiten, da es in den Hotels mehr Whisky als Wasser gab, Venezuela für Milliardenbeträge das schottische Naß importierte. Vorbei sind die Zeiten, wo Politiker und Unternehmer fabelhafte Summen im Bau- und Ölgeschäft verdienten – jeder auf seine Weise. Jetzt muß wieder um jeden Bolivar gefeilscht werden.

Lusinchi um internationale Glaubwürdigkeit bemüht

Es kümmert die Gläubiger im Ausland herzlich wenig, ob Jiménez verklärt wird und wie mächtig das Potential neu entdeckter Öl- und Erdgasfelder im Norden des Landes ist. Für sie zählt jetzt die Austerity in Caracas.

Darum bemüht sich die Regierung unter dem Sozialdemokraten Jaime Lusinchi mit großem Ernst. Sie will international Glaubwürdigkeit zurückgewinnen. Ihre Bemühungen werden freilich überschattet von den Perspektiven im Schlüsselbereich, der Erdölindustrie. 95 Prozent der Exporterlöse werden von dieser Industrie erwirtschaftet.

Durch Abmachungen, unter anderem auch mit der Veba-Öl, ist der Absatz von einer knappen halben Million Faß pro Tag garantiert. Aber was ist das bei einer Produktion von 1,56 Millionen Faß, sinkenden Ölpreisen und schwächer werdendem Dollar? Außerdem ist die Ölproduktion im Vergleich zu 1984 noch um 7,7 Prozent und der Wert der Ausfuhr von 14,8 Milliarden Dollar auf 12,4 Milliarden gesunken. Und jeder Dollar pro Faß weniger *kostet das Land runde* 500 Millionen pro Jahr. Dennoch hält *sich das Opec-Land Venezuela an die* vereinbarten Quoten.

Immerhin: Lusinchi hat den Abwärtstrend gestoppt. Die Inflation konnte auf *zwölf* Prozent gedrückt, die Leistungsbilanz durch eine drastische Reduzierung der Einfuhren wieder ausgeglichen, die Landwirtschaftsproduktion sogar zu Überschüssen bei Reis und Mais angekurbelt werden. Das löst zwar noch nicht das Problem der 35 Milliarden Dollar Auslandsschulden, und bringt das Land auch nicht aus der Rezession heraus, in der es sich nun im siebenten Jahr befindet. Aber die Trendwende zeichnet sich ab.

Wenig Hoffnung gibt es für die zahllosen Arbeitslosen – zahllos, weil die offiziellen Angaben (13,3 Prozent für 1985) auf Grund der nicht bezifferbaren Unterbeschäftigung wenigstens zu verdoppeln sind. Die Austerity trifft sie nachhaltig. Die konsequente Devisenkontrolle macht den Schwarzhandel noch schwieriger. Die Taxifahrer stöhnen über die Preiserhöhung des Benzins (um 50 Prozent *auf 30 Pfennig je Liter). Auch Brot,* Milchpulver und Kaffee gibt es in den *„Ranchos", den Slums der landflüchtigen* Zuwanderer ringsum Caracas *nicht mehr im Überfluß.*

Der ehemalige Kinderarzt Lusinchi hat ein *öffentliches* Investitionsprogramm versprochen. Etwa 600 000 *neue Arbeitsplätze sollen dadurch* geschaffen werden. Zielbereiche sollen die *Landwirtschaft, der Straßen- und* Wohnungsbau sein. Über die Finanzierung allerdings ist *man sich noch* nicht so recht im klaren. „Jiménez hat *nicht verkündet, sondern gebaut"*, sagen die Leute in der „Siedlung des 23. Januar". Sie können sich das Venezuela der „Nach-Öl-Ära", von dem die Politiker jetzt *so oft sprechen*, noch nicht so glänzend vorstellen.

Lusinchi ist aber nach wie vor populär. Nach den letzten Meinungsumfragen käme seine *Partei auf gut* 44 Prozent der Stimmen, die der *christdemokratischen Opposition* insgesamt auf gute 26 Prozent. Ein Viertel *der Wähler ist noch unschlüssig.* Die Mißwirtschaft der letzten *Präsidenten hat die Christdemokraten* viele Stimmen gekostet, und die *internen Personal- und Postenrangeleien* belasten das Ansehen noch mehr. *Man setzt auf* die Generation der vierziger oder eben auf den Elder Statesman *Rafael Caldera*, dessen Präsidentschaft schon so lange *zurückliegt, daß* man sich *nur noch* an die guten Taten und Tage erinnert.

Die Venezolaner sind freimütige, optimistische Leute. Sie sind stolz auf ihre funktionierende Demokratie mit der tatsächlich freien Presse und die „sechs ordentlichen Jahre Jiménez'". Schließlich ist Caracas Geburtsstätte der südamerikanischen Unabhängigkeitsbewegung: 1797 kam es zum ersten Aufstand gegen die Spanier.

Vom Tourismus noch weitgehend verschont

Auch auf die landschaftlichen *Schönheiten sind sie stolz*, die aber erstaunlicherweise vom Tourismus noch *weitgehend verschont* geblieben sind. Wer fährt schon zum höchsten Wasserfall der Welt, dem Salto Angel (800 Meter freier Fall) oder nach Colonia Tovar, dem Schwarzwalddorf im Dschungel? Ein paar Abenteurer und Amerikaner machen gerne einen Ausflug ins legendäre Gebiet von Eldorado, dem vielleicht letzten Goldgräberparadies der Erde. Ansonsten *konzentriert* sich das Leben Venezuelas auf die Dreimillionen-Metropole Caracas und die Industrie- und Ölhauptstadt Maracaibo.

Empörung über Peres' Äußerung: Wir erkennen die Palästinenser als Volk an

Kein Kurswechsel der Politik Israels / Hinweis auf Camp David / Modai tritt zurück

MARIE S. SOMMER, Jerusalem

Der israelische Finanzminister Yitzhak Modai ist gestern der Aufforderung von Ministerpräsident Shi*mon Peres gefolgt und hat seinen* Posten zur Verfügung gestellt. Er sagte: *„Wenn der Regierungschef das will,* dann gebe ich ihm das Ministerium *zurück ... Das soll mein Beitrag für* die Nation sein". Vor der Presse sagte *Modai*, er werde kein anderes Kabinettsamt annehmen. Der Wechsel in ein anderes Ressort war von Politikern der Arbeiterpartei als mögliche Kompromißlösung genannt worden.

Bei der Eröffnung des Parteitags seiner Arbeiterpartei hatte Peres seinen Entschluß betont, Modai abzulösen. Der Likud-Politiker hatte Peres vorgeworfen, von Wirtschaftspolitik nichts zu verstehen.

Dialog statt Terror

Aufmerksamkeit erregte auf dem Parteitag auch die erstmals von Peres *in direkter Form gemachte* Bemerkung über die Palästinenser. „... Wir *anerkennen die Palästinenser als* Volk," sagte Peres, der von den Palä*stinensern gleichzeitig forderte*, den Weg des Dialogs zu wählen und sich vom *Terror zu distanzieren*. Mit dem Vorschlag, für die Araber im West*jordanland und im Gaza-Streifen* Autonomie (Selbstverwaltung) einzuführen, soll es den Palästinensern schmackhaft gemacht werden, den Weg des Dialogs anzutreten. Die Nationalisten der oppositionellen Tehija-Partei, die eine Annektion der Gebiete und eine noch stärkere jüdische Ansiedlung in den besetzten Territorien anstrebt, reichten einen dringenden Mißtrauensantrag gegen die Regierung ein.

Eigentlich sagte Peres nichts Neues. Seine Bemerkung ist auch laut Regierungssekretär Jossi Beilin, der den Wirbel zu dämpfen versuchte, „nicht neu und stellt schon gar nicht eine Änderung der israelischen Haltung gegenüber den Palästinensern dar". Beilin weist darauf hin, daß bereits im Rahmenabkommen von Camp David 1978, die vom damaligen Ministerpräsidenten Menahim Begin mitunterzeichnet wurden, von der „Regelung des Problems des palästinensischen Volkes und seiner legitimen Rechte" die Rede war.

Die Äußerung war nur ein eingefügter Paragraph in einer langen politischen Rede. Aber Peres macht nichts ungedacht. Als er vor anderthalb *Jahren das Amt antrat, kündigte* er drei Ziele für die angeblich unmög*lich zusammengesetzte* Koalitionsregierung an: Den Truppenabzug aus Libanon, die Sanierung der Wirtschaft (bei damals über 400 Prozent Inflation) und die Förderung des Friedens.

Die beiden ersten Vorsätze wurden aus israelischer Sicht erfüllt. Jetzt aber *wartet* die am schwersten zu lösende Aufgabe: einen Friedensprozeß *in Gang zu setzen*. Begegnungen zwischen Peres und Verteidigungsminister *Rabin mit dem jordanischen Monarchen* Hussein haben keine kon*kreten Ergebnisse gebracht.*

Versuch gescheitert

Hussein konnte sich keinen Alleingang erlauben, ohne Zustimmung der *PLO und ihrem Chef*, Yassir Arafat. Ihre Abkommen vom Februar 1985 *über die Bereitschaft, Friedensgespräche* zu starten, platzten. Eine entsprechende Erklärung Arafats später in Kairo ging auch nicht in Erfüllung. Die USA *zogen sich aus dem ungeheuer* verworrenen Friedensprozeß vorübergehend zurück.

Bei dem Versuch, bei den Palästi*nensern* in den besetzten Gebieten eine Alternative für die noch immer *abgelehnte PLO zu bilden, sollten* Araber nach Peres' Vorstellung Ver*waltungsposten übernehmen*. Saafer El-Masri, der sich zum Bürgermeister *von Nablus ernennen ließ, wurde von* jenen ermordet, die eine Zusammen*arbeit mit* Israel *ablehnen*. Peres Versuch war somit gescheitert.

Fulham-Nachwahl als Stimmungstest

Labour setzt auf Sieg / Verweisen die Sozialliberalen die Tories auf den dritten Platz?

REINER GATERMANN, London

Labour-Chef Neil Kinnock hat für morgen bereits einen Tisch im Parlamentsrestaurant bestellt, sein Gast soll Nick Raynsford (41) sein. Kinnock und seine Wahlstrategen hegen keinen Zweifel mehr, daß Raynsford heute die Unterhaus-Nachwahl in der Westlondoner Gemeinde Fulham ge*winnen* wird.

Sie stützen sich dabei auf „eigene *Erfahrungen" und die Ergebnisse* der meisten Meinungsumfragen, die of*fenbar auch von der politischen Konkurrenz* akzeptiert werden. Denn zwischen der sozialdemokratisch-liberalen Allianz und den Tories ist die Redeschlacht darüber entbrannt, wer den zweiten Platz belegen wird.

Selbst wenn die Tories, die den Fulham-Sitz 1979 erobert und 1983 mit einer *Mehrheit* von knapp 5000 Stimmen verteidigt hatten, ihn wieder an Labour verlieren sollten, bleibt ihnen im Unterhaus noch eine stattliche Mehrheit von 133 Sitzen.

Premierministerin Margaret Thatcher schob den Urnengang bis zum letztmöglichen Termin hinaus, um die Nachwehen der verschiedenen Krisen, wie die Rücktritte des Verteidigungs- und des Industrieministers sowie die Westland-Affäre soweit wie möglich abklingen zu lassen und eventuell mit der Vorlage des Budgets Ende März neue Wählersympathien zu gewinnen.

Auch wenn die Konservativen *nach einem eventuellen* Verlust mit dem Argument, daß eine Regierungspartei bei Nachwahlen immer schlechter abschneide, das Resultat *herunterspielen* werden, können sie ihn nicht mehr mit Gleichmut hin*nehmen. Inzwischen hat die zweite* Halbzeit der laufenden Amtsperiode *begonnen. Jede Zusatzwahl wird jetzt* zum Stimmungsbarometer für die all*gemeine Wahl, die spätestens im* Frühjahr 1988, vermutlich jedoch im Herbst *1987* stattfinden wird.

Von großer Bedeutung ist die Fulham-Wahl auch für *Labour* und die Allianz. Nach der schlimmen Niederlage in Wales und dem andauernden offenen Kampf zwischen Neil Kinnock und seiner militanten Fraktion muß der Labour-Führer jetzt einen Wählererfolg vorzeigen. Andernfalls dürften die Stimmen derjenigen zunehmen, die in ihm einen unzulänglichen Kandidaten für das Amt des Premierministers sehen und ihm vorwerfen, mit dem Weg der ideologischen Mitte und der Isolierung der Radikalen eine falsche Wahl getroffen zu haben. Für Labour ist Fulham die Generalprobe für die allgemeine Wahl.

Die sozialdemokratisch-liberale Allianz war bei den bisherigen Nachwahlen die weitaus erfolgreichste Partei. Sie benötigt den Fulham-Sieg als Beweis ihrer These, daß der Wähler des Zweiparteien-Systems müde ist und nach einem neuen politischen Stil verlangt.

Allerdings deutet sich die Bestätigung eines bekannten Dilemmas an: Der Allianz gelingt es offenbar auch in Fulham nicht, in die Stammwäh*lerschaft der Labour Party* einzudringen. Sie nimmt anscheinend vor al*lem den Tories Stimmen ab.*

Die beiden Oppositionsparteien haben *ihre gesamte Prominenz* nach Fulham gebracht, während bei den *Tories lediglich der Einsatz des früheren* Verteidigungsministers Michael *Heseltine auffiel. Für sie geht es jetzt* in erster Linie darum, nicht auf den dritten Platz abzurutschen.

Das Votum hat auch einige kuriose Einschläge. Insgesamt stellen sich elf Kandidaten, darunter die Eine-Frau-Partei der 72jährigen Jane Birdwood („England fordert Rückführung der Ausländer"), die Anti-EG-Partei sowie die „Partei für die generelle Abschaffung der Parlamente". Die Ulster-Protestanten stellen unter der Bezeichnung „Demokratische Rechte für Nordirland" Kandidaten auf und wollen so gegen das anglo-irische Abkommen protestieren.

Malaysia verliert seinen Glanz als Musterstaat

Premier Mahathir steckt in seiner bisher schwersten Krise

MARTA WEIDENHILLER, Bonn

Südostasien konnte jahrelang mit einem Musterland aufwarten: Malaysia. Es galt als politisch stabil, wirtschaftlich aufstrebend, mit einem dynamischen Premier an der Spitze. Doch Mohammad Mahathir steckt mittlerweile in der tiefsten Krise seit seinem Amtsantritt im Juli 1981.

Krise Nummer eins: Die Nachrichten über die Wirtschaftslage sind alarmierend. Das potentiell reiche Land bekommt als Ölexport den Ölpreisverfall voll zu spüren. Fallende Weltmarktpreise für Kautschuk, Palmöl, Zinn, Malaysias wichtigste Exportgüter, reduzieren die Einnahmen um ein weiteres. Die Zahl der Arbeitslosen hat zehn Prozent überschritten.

Kuala Lumpur muß inzwischen einräumen, daß die Ziele der „Neuen Wirtschaftspolitik" nicht erreicht werden können. 1970 nach den Rassenunruhen formuliert, sollte sie bis 1990 30 Prozent des Gesellschaftsvermögens in den Besitz der Malaien bringen, um sie gegen die wirtschaftlich dominierenden Chinesen konkurrenzfähiger zu machen.

Still geworden ist es auch um die Politik des „look east", nach Japan und Südkorea. Im Handumdrehen sollte sie Malaysia in eine Industrienation verwandeln.

Muß sich dem Wähler bis 1987 stellen: Mohammad Mahathir

Krise Nummer zwei: Sie betrifft die Führung. Die beiden „M" wurden sie nur genannt, Mahathir und sein Vize Musa Hitam. Das verhieß Einheit und Einigkeit. Jetzt warf Musa dem Premier vor, diktatorisch zu regieren und die Macht für eigene politische Zwecke zu mißbrauchen. Er trat zurück und entschwand nach *London*. Führende Parteimitglieder reisten ihm im Auftrag Mahathirs *nach, konnten ihn aber nur begrenzt* zum Einlenken bewegen: Er bleibt *nur noch Stellvertreter Mahathirs* in der Umno, der größten Partei in der Regierungskoalition.

Daß Musa Ambitionen auf das Amt des Premiers hat, ist kein Geheimnis, auch nicht, daß er Mahathirs Wirtschaftspolitik nicht bedingungslos unterstützt. Die Frage stellt sich: Wie werden die beiden Politiker künftig zusammenarbeiten? 1987 stehen für die Umno Wahlen an. Wer wird Vize-Premier, eine Position, die traditionell der Vize-Parteichef – also Musa – innehat? Möglich ist, daß sich erneut Industrieminister Razaleigh Hamzah in den Vordergrund schiebt, Musas erfolgloser Rivale bei zwei vorausgehenden Parteiwahlen?

Krise Nummer drei: Der Bundesstaat Sabah kommt seit den Regionalwahlen des April 1985 nicht zur Ruhe. Die seit sechs Jahren regierende Berjaya Partei des Harris Salleh gewann damals nur noch sechs von 48 Sitzen, die erst sechs Wochen alte Parti Bersatu Sabah von Pairin Kitingan dagegen 25. Der Nicht-Moslem Pairin wurde vor allem vom christlichen Kadazan-Stamm sowie der chinesischen Minderheit unterstützt. Sabah wurde der einzige der 13 Bundesstaaten mit einer nicht-islamischen Regierung.

Das mochten die Verlierer nicht hinnehmen. Harris und der frühere Chief-Minister Mustapha Harun – seine Usno erhielt 16 Sitze – schürten die Unruhe. Es kam zu Bombenanschlägen, Demonstrationen; es gab Tote. Ziel war es offenbar, ein Chaos zu schaffen, um Kuala Lumpur zum Eingreifen zu zwingen. Doch den Ausnahmezustand über Sabah zu verhängen, konnte Mahathir sich nicht leisten. Landesweite Neuwahlen sind bis spätestens 1987 fällig. Er suchte den Kompromiß, der allerdings den Kontrahenten demokratische Reife nicht bescheinigen kann: Anfang Mai wird ein neues Landesparlament gewählt. Unabhängig vom Ergebnis wird eine Dreier-Koalition gebildet.

Krise Nummer vier: Noch steht der Termin für Parlamentswahlen nicht fest. Die Parteien bereiten den Wahlkampf jedoch schon vor. Doch Zulauf erhält vor allem die fundamentalistische Parti Islam (Pas): von der ländlichen Bevölkerung, vom städtischen Mittelstand. In zwei Bundesstaaten, Trengganu und Kelantan, könnten sich die Wähler für sie entscheiden.

Die Pas umwirbt sogar die Chinesen mit dem Hinweis, der Islam lasse eine Rassendiskriminierung nicht zu. Die Pas wird also für die Umno zur echten Herausforderung. In Mahathirs Heimatstaat Kedah gab es im November blutige Zusammenstöße zwischen Moslems und der Polizei. Einer der Toten, ein Moslem-Führer, wird inzwischen als Märtyrer gefeiert.

Krise Nummer fünf: Eine „saubere und effiziente" Regierung versprach *Mahathir*, als er, *mit* viel Vorschußlorbeeren bedacht, die Macht übernahm. Heute ist allenthalben von Korruption die Rede. Selbst Mahathir wird *von Vorwürfen nicht verschont*. Landesweite Empörung löste der Finanzskandal der Bumiputra Bank aus. Milliarden öffentlicher Gelder *wurden in Hongkong bei dubiosen* Immobiliengeschäften verschleudert.

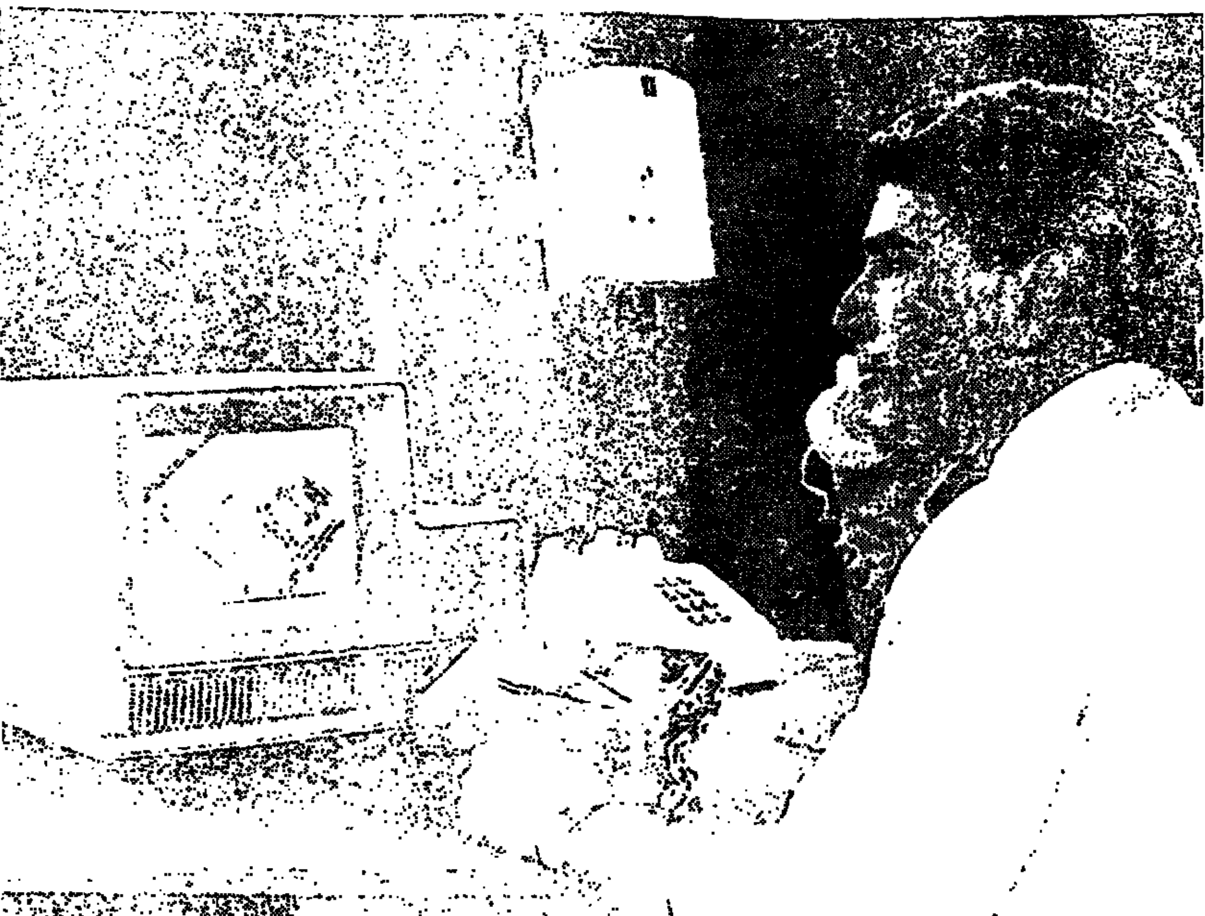


FOTO: TELESYSTEMS

Bildertausch per Telefon

Den Namen „Photophone" trägt ein Gerät, das sekundenschnell Standbilder über die normale Telefonleitung senden kann. Es erlaubt Gesprächspartnern an verschiedenen Orten der Welt den Dialog anhand einer als Schwarzweiß-Standbild übertragenen technischen Zeichnung oder anderer Vorlagen, die zuvor von einer beweglichen Videokamera aufgenommen wurden.

Das Gerät, so ein Firmensprecher, soll „hochbezahlten Mitarbeitern" Reisekosten und Zeitaufwand sparen. Seit die ersten Geräte in der Bundesrepublik eingetroffen sind, wartet die Herstellerfirma auf die Zulassung. „Das Gerät", so der Sprecher weiter, „ist mit seinen 14 Kilogramm zwar leicht zu transportieren, nur, wie ich die Bundespost kenne, wird sie den mobilen Einsatz nicht zulassen. In den USA kennen wir da keine Probleme." D. T.

„Chronische Krankheiten beginnen leise"

Mannheimer Internistenkongreß: Mediziner empfehlen, besser auf die Früherscheinungen von Erkrankungen zu achten

Von LOTTE LUDWIG

Ohne daß der Patient etwas davon merkt, beginnen zahlreiche chronische Krankheiten leise und schleichend. Und das über viele Jahre hinaus. Da sie am Anfang auch nicht schmerzhaft sind, wird auf die Frühsymptome kaum geachtet. Doch gerade diese zu erkennen ist um so notwendiger, weil durch eine frühe Behandlung der Übergang in ein chronisches Leiden vermieden werden kann und Spätfolgen gar nicht erst auftreten. Der Patient, so die Mediziner, solle in sich hineinhorchen, um frühe Unregelmäßigkeiten seines Kreislaufes und seiner Stoffwechselfunktion zu erkennen und sie dem Arzt vorzutragen.

In Anlehnung an den Weltgesundheitstag mit dem Motto „Gesund leben – es lohnt sich" beschäftigte sich der Wiesbadener Internistenkongreß, der heute zu Ende geht, mit dem Thema „Der leise Beginn chronischer Krankheiten". Heute gibt es, so betonte Prof. Arno Lison (Münster), im Bundesgebiet etwa 20 000 nierenkranke Patienten, die laufend an eine künstliche Niere angeschlossen werden müssen. Die meisten von ihnen warten auf eine Nierentransplantation, die sie von der Dauertherapie befreit, sofern genügend Organspender zur Verfügung stehen. Vielen dieser Patienten könnte diese beschwerliche Behandlungsmethode erspart werden, wenn sie nur rechtzeitig auf die Früherscheinungen ihres Leidens geachtet hätten.

Häufiger als angeborene Nierenleiden ist eine Nierenentzündung (Nephritis) Ursache der später chronischen Erkrankung. Erfolgt bereits im Frühstadium der Entzündung eine wirksame Therapie, kann der Übergang in die Chronizität oft vermieden werden. Eiweißbestandteile, roter und dunkler Urin und ein erhöhter Blutdruck sind, so Prof. Lison, untrügliche Zeichen einer Nierenerkrankung, die den Arzt den Beginn eines chronischen Nierenleidens erkennen lassen. Als Ursache kommen bakterielle Entzündungen oder auch ein zu hoher Konsum von Schmerzmitteln in Frage.

Auf Frühsymptome achten

Übersteigt der Verbrauch eine bestimmte Gesamtmenge, sind Nierenschäden die Folge. Deshalb sollten Patienten, welche laufend Schmerzmittel einnehmen, besonders auf die Frühsymptome achten, um rechtzeitig ein schweres Nierenleiden zu vermeiden.

Prof. Klaus O. Stumpe (Bonn) wies darauf hin, daß der Bluthochdruck ein wichtiger Risikofaktor für das Herz und die Gefäße ist. Er kann Vorläufer eines Schlaganfalles, eines Herzinfarktes, einer Herzinsuffizienz ebenso wie eines Gefäßverschlusses sein. Amerikanische Untersuchungen haben ergeben, daß ein 45jähriger Mann mit einem Blutdruck von 150/100 Millimeter Hg eine um elf Jahre kürzere Lebenserwartung hat wie sein Zeitgenosse mit normalem Blutdruck.

Wichtig, so der Mediziner, sei es daher, den Blutdruck laufend kontrollieren zu lassen. Mit erhöhten Werten ist zu rechnen, wenn der Blutdruck 140/90 Millimeter Hg übersteigt. Etwa zwölf bis 15 Prozent der erwachsenen Bundesbürger, das sind sechs bis sieben Millionen Menschen, haben eine leichte Hypertonie (Bluthochdruck) mit diastolischen Werten zwischen 90 und 105 Millimeter Hg. Viele Patienten jedoch wissen nichts von ihrer Erkrankung, weil diese keinerlei erkennbare Beschwerden verursacht. Erst wenn bereits ein Gefäßschaden vorhanden ist, treten Symptome auf.

Doch dann kann bereits eine koronare Herzkrankheit vorliegen, an deren Folgen die Hälfte aller Patienten sterben, die diastolische Werte unter 100 Millimeter Hg haben. Ein wichtiger Faktor für die Entstehung eines Bluthochdrucks ist neben einer erblichen Veranlagung auch das Übergewicht und ein zu hoher Salzkonsum. Bei Gewichtsreduktion und Ernährungsumstellung normalisieren sich häufig bereits die erhöhten Blutdruckwerte.

Das oftmals erste Zeichen einer Herzkrankheit ist für Prof. Hans Blömer (München) die Atemnot, die den Patienten veranlassen sollte, seinen Arzt aufzusuchen. Sie wird durch eine Lungenstauung bei einer Insuffizienz des Herzens hervorgerufen. Erkrankungen oder Schädigungen des Herzmuskels können zum Ausfall aktiver Muskelsubstanz führen. Ein zuverlässiges Zeichen einer koronaren Herzkrankheit sind Herzschmerzen – eine Angina pectoris. Fehlen diese Anzeichen, läßt sich trotzdem eine Erkrankung des Herzens nicht ausschließen.

Bei chronischen Lungenerkrankungen besteht nach Prof. Wolfgang T. Ulmer (Bochum) eine gute Möglichkeit, die Frühsymptome zu erkennen und durch vorbeugende Maßnahmen ihr Chronischwerden zu verhindern. Bedauerlicherweise nehmen viele Lungenkrankheiten einen chronischen Verlauf, wie z. B. die Bronchitis, das Lungenemphysem und die sog. obstruktive Atemwegskrankheit. Häufig ist der Husten das erste Früherkennungszeichen. Verschwindet er nicht innerhalb von 14 Tagen oder treten Pfeifgeräusche mit oder ohne Atemnot auf, muß eine sorgfältige Untersuchung und Abklärung der Erscheinungen erfolgen, die sich auf den bakteriellen Befund und allergische Zeichen zu erstrecken hat.

In diesen Fällen ist es wichtig, geeignete therapeutische Maßnahmen sofort zu ergreifen, mit Antibiotika allein oder in Kombination mit Corticosteroiden (den Nebennierenrindenhormonen), um eine Ausbreitung zu verhindern oder auch einer Allergie entgegenzuwirken. Durch vorbeugende Behandlung oder Dauertherapie kann damit einer Wiederholung entgegengewirkt werden.

Standardisierte Tests

Prof. H. D. Stähelin (Basel) ging auf die psychoorganischen Veränderungen bei alten Menschen ein. Mit Hilfe von standardisierten psychometrischen Tests lassen sich diese Krankheiten frühzeitig erkennen. Obwohl diese nicht spezifisch sind, geben sie aber in Verbindung mit Laboruntersuchungen doch wichtige Hinweise.

Bei alten Patienten sind Störungen ihrer geistigen Funktion häufige Merkmale. Treten vermehrt Depressionen auf, ist auch an eine Alzheimer Krankheit zu denken, deren eigentliche Ursache bis heute noch nicht bekannt ist. Es werden Ausfälle von Überträgersubstanzen (Transmitter) im zentralen Nervensystem vermutet, die sich in einem Nachlassen der Gedächtnisfunktionen und Verwirrtheitszuständen äußern.

Hat der Düsentrieb bald ausgedient?

Die Amerikaner melden Fortschritte bei der Entwicklung elektromagnetischer Kanonen

Von ANATOL JOHANSEN

Zu den Weltraumabwehrwaffen, die im Rahmen der amerikanischen SDI-Forschung entwickelt werden, gehören auch Abschußvorrichtungen, die ihre Projektile nicht mehr – wie bei der Artillerie üblich – mit einem Treibsatz beschleunigen, sondern mit Hilfe von elektromagnetischen Feldern. Dabei werden die Geschosse mit Hilfe dieser Felder auf Geschwindigkeiten gebracht, die auf konventionelle Weise gar nicht zu erzielen sind.

Fliegt eine Gewehrkugel heute mit etwa 800 m/sec, so will man mit elektromagnetischen Kanonen auf Geschwindigkeiten von 20 km/sec kommen. Dabei wird daran gedacht, die neu zu entwickelnden Waffen sowohl im Weltraum einzusetzen, von wo aus sie startende Raketen beschießen sollen, als auch am Erdboden, um auch noch anfliegende, sich dem Ziel bereits nähernde Raketen unter Feuer nehmen zu können.

Wie weit die Amerikaner noch von ihrem eigentlichen Ziel entfernt sind, derartige Waffen einsatzbereit zu machen, zeigen derzeit in San Diego (Kalifornien) laufende Versuche. Dort hat man eine experimentelle Abschußvorrichtung namens Checmate (compact high-energy capacitor module, advanced technology experiment) errichtet.

Zwei Schüsse pro Tag

Wie die Fachzeitschrift „Aviation Week" berichtet, ist diese Anlage in der Lage, kleine Plastikgeschosse von fünf mal fünf Zentimeter mit einem Gewicht von nur 100 Gramm bis auf 4000 m/sec zu beschleunigen.

Doch die sehr voluminöse Anlage, in der die Geschosse über einer Bahn aus Kupferlegierung beschleunigt werden, bringt es pro Tag nur auf zwei Schüsse. Eine der Schwierigkeiten ist die Bereitstellung genügend hoher elektrischer Energien, die sich pulsartig entladen müssen, um das Projektil zu beschleunigen. Weitere technische Schwierigkeiten liegen im Schockeffekt und einem elektromagnetischen Pulseffekt auf die Abschußvorrichtung beim Schießen. Zusätzlich treten thermische Probleme auf, die noch unter Kontrolle gebracht werden müssen.

Allerdings wird die Anlage in San Diego schon als Fortschritt angesehen. Eine ältere Versuchseinrichtung in Picatinny Arsenal, New Jersey, brachte nur einen einzigen Schuß pro Monat zustande. Man hofft, in den nächsten Jahren Projektile mit einem Gewicht bis zu einem Kilogramm auf eine Geschwindigkeit von zehn km/sec beschleunigen zu können.

Gleichzeitig wird eine schnelle Schußfolge angestrebt, so wie sie für die spätere militärische Nutzanwendung notwendig wird. Allerdings müssen Geschwindigkeiten von 20 km/sec erreicht werden, ehe elektromagnetische Kanonen tatsächlich zu einer Gefährdung für anfliegende Raketen werden können.

Sollten die Waffe je einsatzbereit werden, so hat auch die Navy bereits Bedarf angemeldet, um derartige „electromagnetic launchers" später einmal zur Verteidigung von Schiffen gegen Luftangriffe einzusetzen. Doch noch ist es nicht so weit. Derzeit bleibt zunächst abzuwarten, ob die erheblichen technischen Schwierigkeiten, die vor dem Bau einer einsatzbereiten elektromagnetischen Kanone liegen, in absehbarer Zeit und zu vertretbaren Kosten überwunden werden können.

Realistischer sind dagegen Versuche, anfliegende Raketen mit eigenen Raketen abzuschießen. Hier plant die US-Army, finanziert durch Gelder aus dem SDI-Programm, fünf Tests mit einer dreistufigen Abfangrakete über dem Raketenversuchsgelände von White Sands im US-Bundesstaat New Mexico, die 1989 anlaufen sollen. Im Ernstfall wird bei dieser Methode eine Schwierigkeit darin liegen, den anfliegenden nuklearen Sprengkopf von ihn begleitenden Attrappen und Täuschungskörpern zu unterscheiden.

Flugzeug als Abschußbasis

Inzwischen haben die Amerikaner auch neue Vorbereitungen für die Weiterentwicklung einer Satellitenabwehrwaffe getroffen. Diese Antisatellitenrakete soll von einem Flugzeug aus abgeschossen werden, dann in den Weltraum vordringen, den gegnerischen Satelliten selbständig ansteuern und ihn außer Funktion setzen.

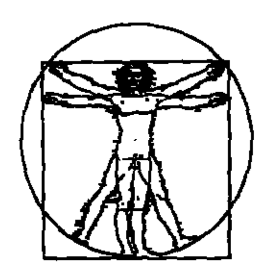
Die Rakete ist bereits einsatzbereit. Doch hat es bis heute keinen echten Weltraumtest gegeben. Denn der amerikanische Kongreß erlegte dem US-Verteidigungsministerium die Bedingung auf, einen solch realistischen Test so lange nicht durchzuführen, wie auch die Sowjetunion keine neuen Versuche zur Satellitenabwehr erkennen läßt.

Dennoch haben die Amerikaner vor kurzem zwei spezielle Ballon-Satelliten gestartet. Sie sollen als Ziel für einen ersten echten Weltraumtest der neuen amerikanischen Satellitenabwehrwaffe dienen und sind daher mit speziellen Meßeinrichtungen ausgestattet, die erkennen lassen sollen, wie gut das neue amerikanische Antisatellitengeschoß funktioniert. Ob die beiden Ballon-Satelliten jedoch wirklich beschossen werden, das ist zur Stunde noch offen. Bis zum Oktober dieses Jahres hat der Kongreß derartige Versuche erst einmal untersagt.

NOTIZEN AUS LABORS UND INSTITUTEN

Genehmigung widerrufen

Washington (dpa) – Das US-Landwirtschaftsministerium hat jetzt die Mitte Januar erteilte Genehmigung für einen Impfstoff aus genetisch veränderten Viren zurückgenommen, nachdem Umweltschützer gegen die Zulassung geklagt hatten. Das Unternehmen TechAmerica Group Inc. muß den Verkauf des Produkts nach einem Bericht der



„Washington Post" von gestern mindestens zwei Wochen einstellen. Inzwischen will das Ministerium untersuchen, welche Folgen die Viren bei ihrer Anwendung für die Umwelt haben. Der Impfstoff, der unter dem Namen Omnivac vermarktet wurde, soll gegen die sogenannte Pseudowut oder Juckseuche (Pseudorabies) eingesetzt werden. Die Krankheit, die Schweine und andere Haustiere befällt, führt in zwei Tagen zum Tode. Bei Menschen löst das Virus einige Tage lang starkes Hautjucken aus.

Ernsthafte Waldschäden

Ljubljana (dpa) – In Nordjugoslawien haben Forstexperten jetzt auf alarmierende Waldschäden durch Luftverschmutzung hingewiesen. Während 1976 erst sieben Prozent aller Wälder in der Republik Slowenien geschädigt waren, war im letzten Jahr ein Drittel des Baumbestandes „ernsthaft gefährdet". Das meldete gestern die amtliche jugoslawische Nachrichtenagentur Tanjug. In einzelnen Industrieregionen sind sogar 70 bis 80 Prozent aller Bäume geschädigt. In einigen Gebieten habe wegen des Waldsterbens bereits Bodenerosion eingesetzt, hieß es.

Meteor in der Erprobung

Hamburg (DW.) – Wissenschaftler und Schiffsführung bereiten zur Zeit das kürzlich in Dienst gestellte neue Forschungsschiff „Meteor II" auf erste Forschungsfahrten vor. Der Schiffsbetrieb der nächsten Wochen wird aus Justier- und Einweisungsfahrten bestehen, bevor ab Anfang Mai eine dreimonatige wissenschaftlich-technische Erprobung aller Systeme des Schiffes im Nordatlantik und im europäischen Nordmeer erfolgen soll. Dabei sollen dann schwerpunktmäßig die Lotanlagen, das Navigations- und Datenerfassungssystem sowie Winden und Kräne im Dauereinsatz über tiefem Wasser betrieben werden.

Arsenvergiftetes Wasser

Mexiko-Stadt (AFP) – Wegen Wasservergiftung durch Arsen hat das mexikanische Umweltministerium am Dienstag eine Region im Norden von Mexiko-Stadt zum Notstandsgebiet erklärt. Von dem verseuchten Wasser sind 400 000 Menschen betroffen, 900 000 weitere sind direkt bedroht. Die Konzentration von Arsen wurde inzwischen in 200 Brunnen der Region festgestellt. Sie wird von den Behörden einer zu großen Wasserentnahme zugeschrieben, die zu einer gefährlichen Senkung des Grundwasserspiegels führte. Zur Zeit sind mindestens drei Städte der Bundesstaaten Coahuila und Durango betroffen. In diesen Orten sind in den letzten beiden Jahren Krankheiten wie Gastritis, Krebs und Hautbeschwerden sowie Fehl- und Totgeburten sprunghaft angestiegen.

Aufarbeitung von Altöl

Bonn (DW.) – Die Frankfurter Degussa AG hat jetzt ein Verfahren zur Aufarbeitung von Altöl mit metallischem Natrium in feinverteilter Form vorgestellt, das es ermöglicht, organische Chlorverbindungen und andere Verunreinigungen aus dem Öl abzutrennen. Untersuchungen haben ergeben, daß durch dieses Verfahren auch die PCB-Anteile des Altöls zuverlässig zerstört werden, so daß Grenzwerte von maximal 10 ppm (parts per million) PCB im Endprodukt sicher einzuhalten sind. Das Umweltgift wird dadurch zerstört, daß sich das darin gebundene Chlor mit feinverteiltem Natrium zu NaCl (Kochsalz) verbindet. Durch fraktionierte Destillation können anschließend bis zu 80% des entgifteten und von Verunreinigungen befreiten Altöls zu qualitativ hochwertigen Ölen weiterverarbeitet werden.

Samstag auf der Wissenschafts-Seite

„Datenfriedhof in der Backröhre" – Arno Nöldechen berichtet über löschbare Bildspeicherplatten.

*

„Abfangaktion für unerwünschte Gäste" – Aachener Mediziner entwickelt verbesserten Filter zur Beseitigung von Blutgerinnseln.

*

Isabella Milch beschreibt den Stand der europäischen Fusionsforschung.

„El Niño" kündet seinen Besuch an

SAD, New York

Amerikanische Meteorologen glauben Anzeichen dafür entdeckt zu haben, daß „El Niño", eine in unregelmäßigen Abständen auftretende und ein bis zwei Jahre andauernde Änderung der Großwetterlage im Stillen Ozean, wieder im Anzug ist. Wenn „El Niño" die gleichen Auswirkungen hat wie bei seinem letzten Auftreten in den Jahren 1982-83, ist das eine Alarmnachricht für Millionen von Menschen in vielen Teilen der Welt.

Der Name „El Niño" bedeutet auf spanisch „Christkind" und wurde dem Wetterphänomen von peruanischen Fischern gegeben, weil es gewöhnlich um die Weihnachtszeit beginnt. Die Meteorologen Mark Cane und Stephen Zebiak von der Columbia University in New York haben eine Formel ausgearbeitet, mit der „El Niño" mit ziemlicher Sicherheit vorausgesagt werden kann, wenn Wassertemperatur und Luftdruck im pazifischen Raum Abweichungen von der Norm zeigen. Diese Formel wird von zahlreichen Meteorologen als zuverlässig angesehen.

Cane und Zebiak rechnen damit, daß der nächste „Niño" sich vermutlich im kommenden Herbst bemerkbar machen und im Winter und Frühjahr seinen Höhepunkt erreichen wird. Für die Westküste Nord- und Südamerikas bedeutet dies überdurchschnittliche Regenfälle, Überschwemmungen, Erosion und Erdrutsche. Im Inneren des nordamerikanischen Kontinents muß mit einem ungewöhnlich schneereichen Winter gerechnet werden. Ob „El Niño" das nächstemal wieder Dürreperioden in Afrika, Südasien und Australien mit sich bringt, läßt sich noch nicht voraussagen.



Stars und die Ohnmacht der Trainer

Es ist schmerzlich, wenn sich ein sechzigjähriger Bundestrainer von einem nicht halb so alten Jüngling mit einem ordinären Schimpfwort belegen lassen muß. Charles Roesch, dem Trainer des Deutschen Tischtennis-Bundes (DTTB), ist das widerfahren, weil er den stärksten deutschen Spieler, Georg Böhm, bei den EM in Prag wegen schlechter Leistungen für zwei Mannschaftsspiele nicht aufstellte.

Aber was kann so ein Trainer tun? Wenn die Spieler nicht auf ihn hören, diszipliniert er sie entweder – oder eben nicht. Diszipliniert er sie, dann erfährt er über kurz oder lang, daß die Spieler am längeren Hebel sitzen. Das Publikum will Erfolge. Es fragt, warum es Niederlagen mit den Zweitstärksten hinnehmen muß, während die Stärksten die Bank drücken. Der Einwand, daß der Stärkste den Bundestrainer beleidigt hat, verfängt nur eine gewisse Zeit; dann kommt unweigerlich der Verdacht auf: War der Bundestrainer schuld? Hat er den jungen Menschen falsch behandelt, sollten wir lieber einen neuen Trainer statt eines neuen Spielers einsetzen? Am Ende kommt heraus, was herauskommt, wenn der Bundestrainer von vornherein nicht versucht, die Spieler zu disziplinieren: Die Spieler spielen nach Laune, weil sie wissen, daß ihnen nichts passiert.

Und das Publikum fragt, wofür wir eigentlich den teuer bezahlten Trainer brauchen, wenn die Spieler ihm eh auf der Nase herumtanzen. Von seinen sechs stärksten Spielern im Laufe der letzten Jahre haben fünf dem DTTB Aufstellungs-Probleme bereitet. Die Tischtennisspieler verdienen den weitaus größten Teil *ihres Einkommens bei ihren* Bundesligavereinen. Der DTTB hat da kaum einen Hebel. Der Verein übrigens auch kaum, denn selbst ein Spitzenspieler, *der nicht sein Bestes* gibt, ist immer noch besser als jeder noch so eifrige Zweitbeste. Gelegentlich weichen die Bundestrainer *dann auf die Lösung* aus, *daß die* „Alten" ohnehin nicht mehr aufzubauen seien; man müsse „auf die Jugend setzen". Also werden Zweitklassige ohne Flaum auf der Oberlippe aufgeboten, was vom Publikum, Funktionäre eingeschlossen, auch nur eine gewisse Zeit geduldet wird. Zumal ja „die Jugend" nach einigen Jahren keine mehr ist.

Den Einfall mit der Flucht in den *Nachwuchs hatte übrigens nicht* Roesch, der mit den jugendlichen Fetzer und Roßkopf operiert (und aus der Europa-Liga geflogen ist), sondern Christer Johansson ein Jahrzehnt vor ihm. Die Jugend-Hoffnungen von damals sind längst in der weltweiten Mittelmäßigkeit verflogen – und übrigens hat der DTTB sogar schon Rebellionen im Jugendkader erlebt. Früh übt sich, was einem Bundestrainer graue Haare machen will. Aber wer diesen Beruf ergreift, ist wohl selbst schuld.

ENNO v. LOEWENSTERN

STAND ● PUNKT

FUSSBALL / Junioren besiegten die Schweiz 2:1

Vogts setzt auf Angriff mit drei Sturmspitzen

sid, Kehl

Berti Vogts, der ehemalige Verteidiger von Weltklasse, geht als Trainer der deutschen Fußball-Juniorenauswahl (U 21) in die Offensive. „Wir werden weiter *auf Angriff spielen*", sagte er nach dem 2:1 (1:0)-Sieg seiner Mannschaft über die Schweiz. Mit diesem *Konzept will* er in die *Qualifikation* zur Europameisterschaft 1988 gehen.

Die internationale Entwicklung, so Vogts, *erzwinge diesen Schritt nach* vorn. Und auch die Wünsche des Publikums machten eine Rückkehr zu zwei echten Außenstürmern erforderlich. Vogts: „Die 8500 Zuschauer in Kehl haben doch wieder interessante Spielertypen gesehen." Der Trainer meinte damit Daniel Simmes aus Dortmund und den Münchner Ludwig Kögl. Der „spielende Mittelstürmer" Dieter Eckstein vom 1. FC Nürnberg, der im Rheinstadion seines *früheren Klubs FV Kehl* neben dem Bochumer Uwe Leifeld für die deutschen Tore sorgte (Gegentreffer durch Stefan Bützer), ist aus Sicht von Vogts eine ideale dritte Spitze.

Die Auswahl für dieses mutige Konzept bleibt vorerst allerdings knapp bemessen. „Im letzten DFB-Schülerlager gab es unter 256 Spielern keinen Außenstürmer", sagte Vogts. *Daraus entstünden schon im* Jugendbereich taktische Zwänge, „und in der Bundesliga macht der *Erfolgsdruck den Angriffsfußball* doch noch schwieriger für die Trainer".

Seine eigenen Probleme beim Vergleich mit dem Nachwuchs der Schweizer lagen dagegen mehr auf personeller Ebene. „Wir hätten einen kompletten anderen Kader aufbieten können", faßte Vogts noch einmal die Flut von Absagen durch Nachholtermine und Verletzungen zusammen. Um so erfreulicher wertete er den durchaus ansehnlichen Auftritt der völlig neuen Formation: „Daß wir sehr gut angefangen haben, war für mich nach nur einer Trainingseinheit überraschend. *Deshalb bin ich mehr* als zufrieden. Ich bin zuversichtlich, daß wir für die EM eine sehr schlagkräftige Truppe zusammenbekommen."

In den Gruppenbegegnungen mit Bulgarien, Holland und Luxemburg *sollen dem Frankfurter Libero* Klaus Theiss als älterem Akteur (Vogts: „*Gut in Organisation und Aufbau*") und dem Münchner Reservisten Manfred Schwabl („Er bleibt mein Spielmacher") Schlüsselrollen zufallen. Die fünfmonatige Pause bei der EM-Vorbereitung kommt Vogts nun aber höchst ungelegen. „Mein Problem ist, daß wir uns jetzt erst im September in Dänemark wiedersehen." Deshalb appelliert er mit Nachdruck an den DFB *und die Bundesliga*: „*Wir* brauchen mehr Lehrgänge für diese Talente."

*

Für Franz Beckenbauer und die A-Nationalmannschaft gibt es seit gestern wieder einen kleinen Hoffnungsschimmer mehr: Anfang nächster Woche beginnt der Bremer Rudi Völler wieder mit Ballübungen. Zur *Zeit befindet er sich wieder bei zwei* Diplom-Sportlehrern in Frankfurt, mit denen er in einem Fitneß-Studio hauptsächlich ein Muskeltraining absolviert. Der Mittelstürmer, der am 23. November verletzt worden war und *danach* an der *Leiste* operiert wurde, sagt: „Ich bin voll im Plan. Die Weltmeisterschaft in Mexiko ist und bleibt mein großes Ziel. Alles andere ist zweitrangig."

Was Völler damit auch sagt, ist dies: Werder Bremen darf nicht mehr *darauf hoffen, den Mittelstürmer im* Kampf um die Meisterschaft noch einsetzen zu können. Er will am 5. *Mai* topfit sein, *wenn Franz Beckenbauer* seine WM-Spieler in die Sportschule Malente einrücken läßt. Völler: „*Ich wünsche* mir intensives gemeinsames Training mit der Nationalmannschaft und zwei erfolgreiche Testspiele." In diesen beiden Tests gegen Jugoslawien und Holland möchte er die fehlende Spielpraxis so schnell wie möglich zurückgewinnen.

Völlers Vertrag in Bremen läuft noch bis zum 30. Juni 1987. Bremens Manager Willi Lemke ist sicher, daß der Torjäger *mindestens bis zu* diesem Zeitpunkt bleibt. Auch Völler scheint seine Pläne, in Italien zu spielen, vorerst aufgegeben zu haben. Er sagt: „Nach einer derart langen Pause ist den Vereinen das Risiko, mich zu verpflichten, wohl zu groß." Manager Lemke hat bereits Freundschaftsspiele vor der nächsten Saison abgeschlossen, für die er die Teilnahme von Völler garantierte.

Bundesliga

DW. Bonn

Innerhalb von drei Jahren hatte Trainer Uwe Klimaschefski den 1. FC Saarbrücken von der Amateur-Oberliga über die zweite Liga in die Bundesliga geführt. Jetzt ist er für fanatische Rowdys der böse Bube, der den direkten Abstieg zu verantworten hat. Nach der 1:2-Niederlage im Nachholspiel gegen Uerdingen machten zwanzig Jugendliche Jagd auf den Trainer und bewarfen ihn mit Steinen. Erst nach einer Stunde konnte die Polizei Klimaschefski und seine Spieler aus einem Seiteneingang aus dem Stadiongelände führen. Saarbrücken war bereits 1964 und 1978 aus der Bundesliga abgestiegen.

DIE ERGEBNISSE

Köln – M'gladbach	0:2	(0:1)
Leverkusen – Mannheim	3:1	(2:1)
Saarbrücken – Uerdingen	1:2	(0:2)

DIE TABELLE

1. Bremen	30	20	7	3	81:37	47:13
2. München	30	19	5	6	73:31	43:17
3. M'gladbach	30	15	11	4	62:39	41:19
4. Stuttgart	30	15	6	9	60:40	36:24
5. Uerdingen	28	14	6	8	47:54	34:22
6. Leverkusen	30	13	8	9	56:47	34:26
7. Hamburg	29	14	5	10	45:30	33:25
8. Mannheim	30	10	10	10	39:38	30:30
9. Schalke	29	11	6	12	48:47	28:30
10. Bochum	29	11	4	14	49:51	26:32
11. Köln	30	8	10	12	41:52	26:34
12. Frankfurt	29	6	13	10	31:44	25:33
13. Nürnberg	*30*	*10*	*5*	*15*	43:46	25:35
14. Dortmund	29	8	7	14	43:56	23:35
15. K'lautern	30	7	9	14	37:50	23:37
16. Düsseldorf	30	8	7	15	44:70	23:37
17. Saarbrücken	30	5	9	16	36:59	19:41
18. Hannover	29	5	6	18	39:83	16:42

Die Torschützen: Köln – Mönchengladbach: 0:1 Criens (26.), 0:2 Criens (85.). – Leverkusen – Mannheim: 1:0 Tscha (6.), 1:1 Walter (10.), 2:1 Schreier (29.), 3:1 Schreier (58., *Foulelfmeter*). – Saarbrücken – Uerdingen: 0:1 Dämgen (5.), 0:2 Klinger (35.), 1:2 Blättel (88.).

DIE VORSCHAU

Morgen, 20.00 Uhr

K'lautern – Stuttgart	(0:2)
Bochum – Hannover	(2:1)
Uerdingen – Bremen	(1:6)
Samstag, 15.30 Uhr	
Düsseldorf – Hamburg	(0:4)
Mannheim – Saarbrücken	(1:2)
Dortmund – München	(1:0)
Nürnberg – Köln	(1:3)
Frankfurt – Schalke	(1:3)
Leverkusen – M'gladbach	(2:2)

In Klammern die Ergebnisse der Hinspiele.

Zweite Liga

Nachholspiele

Kassel – Freiburg	0:4 (0:2)
Aschaffenburg – Darmstadt	2:0 (1:0)
Duisburg – Karlsruhe	0:2 (0:1)
TB Berlin – Hertha BSC	0:4 (0:0)
Aachen – Homburg	2:2 (1:1)

NACHRICHTEN

Sieg für Brasilien

Goiania (dpa) – Die brasilianische Fußball-Nationalmannschaft gewann ein Länderspiel gegen die Auswahl der „*DDR*" mit *3:0 (2:0)*. 70 000 Zuschauer im ausverkauften Stadion von Goiania sahen das bisher beste Vorbereitungsspiel des Teams von Trainer Santana auf die Weltmeisterschaft in Mexiko. Santana rettete mit diesem Erfolg seiner Mannschaft seinen Posten als Trainer. Der Verbandspräsident hatte vorher vieldeutig angekündigt: „Ein weiterer Rückschlag, und wir müssen etwas ändern. Wir haben aber nur eine Mannschaft."

Wittenbrink gestorben

Hamburg (sid) – Der Ehrenpräsident des Bundes Deutscher Berufsboxer (BDB), Theodor Wittenbrink, ist nach schwerer Krankheit im Alter von 66 Jahren in Hamburg gestorben. Von 1971 bis 1984 stand der Gastronom an der Spitze des Fachverbandes der deutschen Box-Profis und war darüber hinaus Mitglied mehrerer internationaler Gremien.

Rekord-Preisgeld

Wimbledon (sid) – Das 100. Tennis-Turnier von Wimbledon ist mit fast drei Millionen Dollar (rund sieben Millionen Mark) dotiert. Der Sieger im Herren-Einzel erhält 460 000 Mark, bei den Damen sind 413 000 Mark zu gewinnen. Die Doppel-Sieger werden mit 160 000 Mark (Herren), 120 000 Mark (Damen) und 70 000 Mark (Mixed) belohnt.

Finnen sind Europameister

Düsseldorf (dpa) – Mit einem 10:5 über die UdSSR sicherte sich Finnland bereits am vorletzten Spieltag die Europameisterschaft der Eishokkey-Junioren. Der deutschen Nationalmannschaft verhalf ein 6:3 über Rumänien endgültig zum Klassenerhalt.

Sudes Karriere gefährdet

Mönchengladbach (dpa) – Die *Fortsetzung* der Karriere von Ulrich Sude, Torwart beim Fußball-Bundesligaklub Brussia Mönchengladbach, ist ernsthaft gefährdet. Bei einer Meniskusoperation, der sich der 29 Jahre alte Sude unterziehen mußte, stellten die Ärzte *zusätzlich noch einen* Abriß des vorderen Kreuzbandes im rechten Knie fest.

TISCHTENNIS / Deutschland Achter, aber die Bundesliga feiert Triumphe

Niemand will Ungarn Klampar haben

OLAF BROCKMANN, Prag

Die schwedischen Spieler der deutschen Tischtennis-Bundesliga triumphierten bei der Europa-Meisterschaft in Prag. *Im Mannschaftsfinale* ließen Erik Lindh (Jülich), Jörgen Persson (Düsseldorf) und Jan-Ove Waldner *(Saarbrücken) Titelverteidiger* Frankreich beim 5:0 nicht die Spur einer Chance.

Doch nicht die jungen Schweden, sondern der 33 Jahre alte Ungar Tibor Klampar schnitt in der Einzelbilanz (14 Siege/eine Niederlage) am besten ab. Und das *Paradoxe*: Der *bislang* beste Einzelspieler von Prag möchte für sein Leben gerne auch in die finanzkräftige Bundesliga wechseln – doch niemand will ihn haben.

Klampar erhielt im Vorjahr vom ungarischen Verband die *Freigabe* für den Westen und spielt seitdem für den österreichischen Club Langenlois. Dort erhält er aber im Vergleich zur Bundesliga mit umgerechnet 2100 Mark pro Monat nur einen Hungerlohn. Deshalb annoncierte er im Vormonat *im Fachorgan des Deutschen* Tischtennis-Bundes. Hinter dem Angebot unter Chiffre dts 2e/86 („Ungarischer Weltklassespieler *sucht einen* Verein der 1. oder 2. Bundesliga") verbirgt sich der mehrmalige Weltmeister. *Doch* nur ein einziger Club reagierte auf den ausgeworfenen Köder – der *viertklassige Verein* TTC Helga Hannover.

Jetzt erfuhr Klampar in Prag von dem Angebot aus *Norddeutschland*. Doch er winkte ab, ein unterklassiger Verein – das war ihm nun doch zu *wenig. Außerdem die Reise* von Hannover nach Budapest zu weit. Denn neben seinen normalen Spielen macht er ein günstiges Geschäft durch den Grenzverkehr zwischen Wien und Ungarn. Nicht durch Schmuggel, sondern durch jeweils erlaubte Einfuhren von den im Ostblock gefragten Elektrogeräten. Deshalb möchte Klampar nun doch lieber in Österreich bleiben und möglichst oft zwischen den Ländern pendeln.

Der Vereinsvertreter von Langenlois fuhr gestern dennoch nach Prag, um Klampar einen noch besseren Vertrag anzubieten. Denn auch andere österreichische Clubs sind jetzt hinter dem Ungarn her, nachdem er offenbar immer noch recht günstig zu haben ist.

Der Marktwert des schon manchmal abgeschriebenen Tibor Klampar stieg *jetzt zumindest noch einmal* an. Bei der EM in Prag verlor er nur gegen den Franzosen Patrick Birocheau. „Aber ich bin alles andere als der Favorit auf den Einzeltitel", sagt Klampar. Er weiß selbst, daß seine Leistungen schwanken, je nach dem, ob er Lust hat, oder nicht. „Hat er *Lust*, dann kann Tibor uns alle schlagen", sagt Jan-Ove Waldner. Der 20 Jahre alte Schwede, der im *Mannschafts-Finale den französischen* Haudegen Jacques Secretin im besten Spiel des Abends mit 22:20, 12:21, *21:17* bezwang, macht kein Hehl aus seinem Ehrgeiz: „Das Mannschaftsgold ist gut und schön. Aber das Einzel ist für mich viel, viel wichtiger." Wichtiger für seine persönliche Werbung, versteht sich. Er zählt sich selbst, „alle meine Landsleute *und Grubba zu den* Favoriten im Einzel": Andrzej Grubba, mit Polen Dritter in Prag, spielt – wie kann es anders sein – auch in der deutschen Bundesliga (TTC Grenzau).

Die Deutschen, die bisher bei den Herren höchstens die erwarteten Leistungen (Platz acht) brachten, sorgen *damit wenigstens durch ihre Bundes*liga für Schlagzeilen. Nach dem 3. Platz durch die Damen liegen jetzt natürlich in den Einzelwettbewerben alle deutschen Hoffnungen auf Olga Nemes. Und auch sie ist ja kein Eigengewächs, sondern in Rumänien *geboren*...

EISHOCKEY / 3:4 gegen kanadische Studenten

Proben mißglückt. Das Ziel bleibt der Klassenerhalt

dpa, München

Die Proben zur *großen Eishockey*-Gala sind allesamt mißglückt. Nun hoffen die deutschen Spieler wenigstens auf gute Vorstellungen bei der 52. Weltmeisterschaft, die am Samstag in Moskau beginnt. „Unser erstes Ziel ist der Klassenverbleib", sagt Xaver Unsinn. Nach der 3:4-Niederlage im letzten WM-Test am Dienstagabend in Rosenheim gegen die kana*dische Olympia-Auswahl ist das für* den Bundestrainer immer noch die unterste Grenze. „Alles, was über den siebten *Platz hinaus erreicht* wird, wäre für uns ein großer Erfolg", sagt auch Kapitän Udo Kießling.

Das ist nicht pessimistische, sondern sehr wohl realistische Einschätzung. Denn die sechs Vorbereitungsspiele gegen Finnland, die UdSSR und die kanadischen Studenten brachten fünf Niederlagen und ein Unentscheiden (4:4 gegen Kanada in München). „Die Ergebnisse wären nicht rosig, aber sie haben keine Bedeutung", sagte Unsinn nach der 3:4-*Niderlage*, „vielleicht sind sie sogar ein gutes Omen."

Neben aller Skepsis herrscht auch *Optimismus*, den Abstieg *zu vermeiden*. „Die Polen müßten zu schlagen sein, und damit ist der Klassenver*bleib gesichert*", *sagt Kießling. Zum* anderen spekuliert der Bundestrainer mit dem Spielplan: „Der ist diesmal günstig für uns. Ich hätte zwar lieber die *Finnen und nicht Kanada* als Auftaktgegner, aber bis zum Spiel gegen Polen am 21. April können wir nur an *Homogenität gewinnen*."

Die Zuversicht überrascht eigentlich. Denn das deutsche Team ist in der Vorbereitung arg gebeutelt worden. Neben den Niederlagen hatte Unsinn vor allem mit Verletzungen seiner Spieler zu kämpfen, und die *Hiobsbotschaften rissen nicht ab*. Zuletzt meldeten sich der Rosenheimer Mittelstürmer Markus Berwanger wegen *eines Anbruchs des Mittelfuß*knochens und Verteidiger Michael Schmidt (Düsseldorf) mit Adduktorenzerrung ab.

Dafür meldeten sich wenigstens die Mittelstürmer Ernst Höfner (Rosenheim) und Dieter Hegen (Kaufbeuren) als genesen zurück. Insgesamt kann Unsinn drei komplette Vereinsblöcke in den Kampf gegen den Abstieg *schicken. Was den Bundestrai*ner besorgt stimmt, ist die Tatsache, daß er bis auf Udo Kießling keine erstklassigen Verteidiger zur Verfügung hat. Er sagt fast resignierend: „Diese wichtigen Schlüsselpositionen sind in der Bundesliga durch Ausländer besetzt." Gestern nominierte Unsinn mit dem Kölner Uwe *Krupp (Abwehr)* und Georg Holzmann aus Schwenningen (Angriff) zwei WM-Neulinge für Moskau.

ZAHLEN

TISCHTENNIS

Europameisterschaften in Prag, Mannschaftswettbewerbe, **Männer**, Finale: Schweden – Frankreich 5:0, um Platz 3: Polen – CSSR 5:0, um Platz 5: Ungarn – UdSSR 5:3, um Platz 7: Jugoslawien – Deutschland 5:1 (Kalinic – Wosik 21:17, 22:20, Lupulescu – Roßkopf 21:19, 21:15, Primorac – Rebel 21:13, 17:21, 21:15, Kalinic – Roßkopf 22:20, 21:13, Promorac – Wosik 9:21, 21:8, 8:21, Lupulescu – Rebel 21:17, 24:17). – **Frauen**, Finale: Ungarn – UdSSR 3:2, um Platz 3: Deutschland – CSSR 3:1 (Nolten – Hrachova 21:18, 13:21, 15:21, Nemes – Kasalova 21:17, 23:21, *Nemes/Nolten* – Hrachova/Kasalova 21:17, 23:21, Nemes – Hrachova 17:21, 21:14, 21:16), um Platz 5: Frankreich – England 3:1, um Platz 7: Rumänien – *Niederlande* 3:0.

TENNIS

16. WCT-Weltmeisterschaft in Dallas/Texas, erste Runde: Noah (Frankreich) – Anger (USA) 7:5, 6:4, 6:2, Kriek – Gilbert (beide USA) 6:4, 6:1, 2:6, 4:6, 6:3. – **Grand-Prix-Turnier** in Bari, erste Runde: Schwaier (Deutschland) – Potier (Frankreich) 6:2, 6:1. – **Damenturnier** in Hilton Head Island, zweite *Runde*: Lloyd-Evert (USA) – Hanika (Deutschland) 7:6, 6:1, Mandlikova (*CSSR*) – *Cueto (Stuttgart)* 6:2, 6:0.

HANDBALL

Bundesliga: Günzburg – Großwallstadt 19:15.

EISHOCKEY

Junioren-Europameisterschaft, Finalrunde in Ratingen: Finnland – *UdSSR 10:5*, in Düsseldorf: Schweden – CSSR 4:3. – Abstiegsrunde in Krefeld: Schweiz – Norwegen 4:2.

HOCKEY

8. Champion's Trophy in Karachi (Pakistan), 5. Spieltag: Pakistan – Holland 0:0, Australien – England 2:2.

FUSSBALL

Englische Meisterschaft: Arsenal – Nottingham 1:1, *Ipswich* – Leicester 0:2, Sheffield – Queens Park 0:0, West Ham – Southampton 1:0. – **Länderspiel der Junioren** (U 21): Deutschland – Schweiz 2:1 (Torschützen für Deutschland: Eckstein, Leifeld).

FERNSEHEN

Beckers Spiel live in der Nacht

dpa, Hamburg

Das Erste Deutsche Fernsehprogramm (ARD) wird die großen sportlichen Ereignisse der nächsten Tage im Tennis und Fußball live übertragen. In der Nacht zum Samstag sendet die ARD von 1.05 bis etwa 3.30 Uhr aus *Dallas* das *Viertelfinalspiel* von Boris Becker gegen den Sieger der Begegnung Annacone (USA) gegen *Mecir* (CSSR). Vom anschließenden ersten Halbfinalspiel berichtet die ARD in einer Aufzeichnung am Samstag morgen von 8.00 bis 10.00 Uhr. *Die Berichterstattung* vom zweiten Halbfinalspiel und vom Finale (Sonntag) übernimmt das ZDF.

Am Mittwoch (16. April) wird das Rückspiel im Europapokal der Pokalsieger zwischen Bayer Uerdingen und Atletico Madrid ab 20.10 Uhr live übertragen. In der Halbzeit und nach dem Spiel wird außerdem von der Partie des 1. FC Köln beim SV Waregem (UEFA-Cup) berichtet.

TENNIS

Hanika vergab vier Satzbälle

sid/dpa, Hilton Head Island

Einen Satz lang zeigte die Münchnerin Sylvia Hanika (26) beim Tennis-Turnier *in Hilton Head Island* (South Carolina/USA) gegen die hohe Favoritin Chris Evert-Lloyd (USA) eine glänzende Vorstellung, doch dann siegte die Weltranglisten-Zweite zuletzt noch sicher mit 7:6 und 6:1. Ein Spielabbruch beim Stande von 5:4 und *30:30* im ersten Satz wegen Regens brachte Sylvia Hanika vom Siegesweg ab. Nachdem die Münchnerin insgesamt vier Satzbälle nicht verwerten *konnte*, war ihre Moral gebrochen. Sie verlor den Tiebreak mit 10:12 und gab anschließend den zweiten Satz in nur 22 Minuten ab.

Wieder einmal sind also *Steffi Graf* aus Heidelberg und Claudia Kohde aus Saarbrücken die letzten deutschen Hoffnungen bei einem großen *internationalen Damen-Tennistur*nier. Beide greifen erst heute in das Turnier ein.

Mittag trifft in Hannover Weizsäcker

dos, Hannover

Die Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland an der Strategischen Verteidigungsinitiative SDI birgt die Gefahr in sich, daß sich die Beziehungen der Bundesrepublik zu den Ostblock-Ländern schwieriger gestalten werden. Diese Ansicht vertrat SED-Politbüromitglied Günter Mittag gestern während seines Besuchs auf der Industriemesse in Hannover. Negative Auswirkungen für die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern erkennt Mittag allerdings nicht.

Die „DDR" betrachte den Handel mit der Bundesrepublik als „wichtigen stabilisierenden Faktor für die Gesamtbeziehungen zwischen beiden deutschen Staaten". Mittag geht davon aus, daß der innerdeutsche Handel im laufenden Jahr um vier bis fünf Prozent auf rund 17,5 Milliarden Verrechnungseinheiten ausgeweitet wird. Nach seinen Worten wurden allein während der Leipziger Messe mit westdeutschen Unternehmen Verträge über 600 Millionen Mark abgeschlossen. Als aussichtsreich bezeichnete er die Zusammenarbeit bei der Errichtung von Anlagen in Drittländern.

In Hannover seien bei seinem Besuch der Firmen Krupp und Salzgitter sowie bei Gesprächen mit Niedersachsens Wirtschaftsministerin Birgit Breuel sehr konkrete Projekte angesprochen worden. Für Einzelheiten aber sei es noch zu früh. Wie dazu am Rande verlautete, rechnet sich Salzgitter gute Chancen für den Bau einer Erdgas-Aufbereitungsanlage im Wert von weit über 100 Millionen Mark aus.

Der in Leipzig laut gewordene Unmut über die parallel stattfindende Hannover-Messe CeBIT hat nach den Worten Mittags nicht zu weiteren Komplikationen geführt. Allerdings gebe es Überlegungen, bessere Verkehrsbedingungen zwischen Hannover und Leipzig während des März-Termins zu schaffen.

Zusätzlich zu seinem Besuchsprogramm in Hannover kam es auf dem Messegelände zu einem kurzen Treffen Mittags mit Bundespräsident Richard von Weizsäcker und in Bonn mit Bundeskanzler Helmut Kohl. Bei seinen Gesprächen in der Bundeshauptstadt werde das Thema Swing-Erhöhung keine Rolle spielen, versicherte Mittag.

KPI-Chef Natta fordert linke „Gegenoffensive"

Parteikongreß sucht Schulterschluß mit Sozialdemokraten

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom

KPI-Generalsekretär Alessandro Natta hat bei der Eröffnung des 17. Nationalkongresses seiner Partei in Florenz an die Linkskräfte in der Europäischen Gemeinschaft (EG) appelliert, eine gemeinsame Plattform für eine anti-konservative „Gegenoffensive" auszuarbeiten. Er forderte alle Linksparteien der EG auf, sich gemeinsam mit den Gewerkschaften, den Kooperativen und den Kräften der christdemokratischen Linken in einem „programmatischen Treffen" zusammenzufinden.

Die gesamte europäische Linke, erklärte der Nachfolger Enrico Berlinguers, habe „eine große Umformung" nötig. „Die deutschen Sozialdemokraten arbeiten bereits daran - nach dem bedeutsamen Beitrag, den die schwedischen Sozialdemokraten unter Führung Palmes geleistet haben. Auch wir wollen auf diesem unseren Kongreß dafür arbeiten. Wir betrachten uns als integrierenden Bestandteil der europäischen Linken."

Natta verband seinen Appell mit einem Bekenntnis zur Marktwirtschaft und zur Atlantischen Allianz, machte freilich zu beiden Punkten präzisierende Einschränkungen.

Zum Thema Marktwirtschaft führte er aus: „Man muß uns nicht die Bedeutung des Marktes lehren. Aber wir sind es – und ich meine damit nicht nur uns Kommunisten, sondern die gesamte Linke –, die mit Stolz darauf hinweisen können, als erste erkannt zu haben, daß man ohne Regeln, ohne soziale Intervention, ohne Programmierung, ohne eine neue Rolle des Staates zu närrischen und verbrecherischen Ergebnissen kommt."

„Profit kein Erdmaßstab"

„Wir malen keineswegs ein Bild der entwickelten kapitalistischen Länder in schwarzen Farben, noch sind wir so schwachsinnig, die Möglichkeit der Aufhebung aller Gegensätze zu verkünden. Aber eine Sache ist es, den Profit als Maßstab für die Tüchtigkeit eines Unternehmens anzusehen, eine andere Sache ist es, ihn zum absoluten Erdmaßstab zu erheben."

Die Konzeption vom Staat als absolutem Wert, so fügte Natta hinzu, ende bei der Tyrannei. Die Theorie vom Profit als absolutem Wert ende damit, „daß man den Handel mit Drogen als das beste Geschäft betrachtet".

Sein Bekenntnis zur NATO verband Natta mit der Forderung, daß der defensive Charakter der Allianz ebenso wie deren geographische Begrenzung „und die Souveränitätsrechte unseres Landes" voll respektiert werden müßten.

Bei der Skizzierung der Haltung seiner Partei zu den USA machte Natta einen deutlichen Unterschied zwischen Volk und Regierung. „In unserer Partei gibt es keine Freunde des Reaganismus," sagte er, bekundete aber zugleich den Wunsch nach Kontakten zum amerikanischen Volk.

Kritik an US-Manövern

Eine große politische Kraft wie die KPI könne „nicht Politik machen, indem sie nur mit einem Teil der Welt Beziehungen unterhält, ohne über ihren eigenen Standpunkt ernsthaft und entschieden mit allen zu sprechen und zu diskutieren".

Trotz grundsätzlicher Verurteilung des internationalen Terrorismus und der Drohpolitik des libyschen Staatschefs Khadhafi übte Natta scharfe Kritik an den amerikanischen Manövern in der großen Syrte. Das SDI-Projekt lehnte er für seine Partei ab und berief sich auf ein von den sozialistischen Parteien der NATO-Staaten im November vorigen Jahres ausgearbeitetes Dokument.

So negativ Natta den „Reaganismus" beurteilte, so positiv äußerte er sich zur Politik Gorbatschows. Damit, so betonte er, ergreife die KPI keineswegs Partei für eines der beiden Weltlager. „Wir haben uns seit längerem geweigert, das zu tun. Mancher hat sich darüber gewundert, daß wir den neuen außenpolitischen Kurs der Sowjetunion positiv berurteilen. Die Sicht auf das, was sich in der Außenpolitik der UdSSR geändert hat, oder die Hoffnung auf den Erfolg der angekündigten radikalen Reformen kann uns nicht die Sicht auf viele schwere und ungelöste Fragen verdunkeln – angefangen bei der demokratischen Frage."

Die KPI sehe ihr Verhältnis zur Sowjetunion politisch, nicht ideologisch. An der sowjetischen Außenpolitik der Vor-Gorbatschow-Ära übte er deutliche Kritik.

Warnung aus der Berliner FDP: Der Senat ist noch nicht über den Berg

Vetter-Nachfolge nach Absagen weiterhin offen / SPD fordert Diepgens Rücktritt

D. GOOS/D. DOSE, Berlin

Der Rücktritt von drei Senatoren und die daraufhin vom Regierenden Bürgermeister Eberhard Diepgen (CDU) vorgenommene Senatsumbildung haben die durch den Bau- und Korruptionsskandal ausgelöste Krise in Berlin nicht beendet. SPD und Alternative Liste konzentrieren ihre Angriffe jetzt auf Diepgen.

In einer stürmischen Abgeordnetenhaussitzung, in der alle Parteien ihre „erste Garnitur" ans Rednerpult schickten, wurde Diepgen massiv attackiert. Nicht nur die zurückgetretenen Senatoren Lummer, Franke und Vetter, sondern er persönlich habe der Stadt schweren Schaden zugefügt – so der Tenor seitens der Opposition.

SPD-Fraktionsvorsitzender Walter Momper betonte, daß die Senatsumbildung nicht ausreiche, „neues Vertrauen in die Landesregierung zu setzen". In der nächsten Parlamentssitzung wird die SPD einen Mißtrauensantrag gegen den Senatschef stellen.

„Im Herzen kein Berliner"

Ein erregter, aber selbstbewußter Regierungschef antwortete, daß die SPD weder in der Sache noch personell der erfolgreichen Senatspolitik etwas entgegenzusetzen habe. „Wer Gift sät, Pfeffer in die Wunden streut und Gerüchte ungeprüft übernimmt, kann im Herzen kein Berliner sein, der schadet Berlin", erklärte Diepgen unter großem Beifall der Koalitionsfraktionen. Den Vorwurf, in der Affäre „etwas unter den Teppich kehren zu wollen", wies Diepgen, der häufig von Zwischenrufen, besonders der AL unterbrochen wurde, energisch zurück.

Der Regierende Bürgermeister distanzierte sich davon, daß 1971 aus der Parteischatulle und durch den damaligen Fraktionsvorsitzenden der CDU, Heinrich Lummer, 2000 Mark an eine rechtsextremistische Organisation übergeben worden sind. Diepgen: „Ich habe das schon damals nicht gutgeheißen."

Als die Sitzung, eingeleitet mit einer Aktuellen Stunde zum Berliner Bombenanschlag, begann, stand immer noch nicht fest, wer der fehlende „dritte Mann" im Berliner Senat wird. Denn die Freien Demokraten suchen weiterhin verzweifelt einen Umweltsenator, der die Nachfolge von Horst Vetter antritt. Nach der Absage aller westdeutschen Kandidaten ist wieder von einer sogenannten „Berliner Lösung" die Rede, das heißt die FDP fahndet nun nach dem neuen Senator in Berliner Reihen. Im Gespräch sind der Staatssekretär aus dem von der neuen Bürgermeisterin Hanna-Renate Laurien geleiteten Ressort Schulwesen, Berufsausbildung und Sport, Jochen Koch (FDP), und der Abgeordnete Peter Tiedt. Landes- und Fraktionschef Walter Rasch ist zunächst nicht mit der Fraktion nach Polen gereist. Er will die „Suche" erst zum Abschluß bringen.

Im Landesausschuß der FDP haben die Abgeordneten Jürgen Biederbick und Hermann Oxfort – Biederbick ist Mitglied des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Aufklärung des Skandals – ihre Parteifreunde vor der Annahme gewarnt, Diepgen und der Senat „sind schon über den Berg".

Neuer Gesprächsstoff

Für Gesprächsstoff am Rande der Abgeordnetenhaussitzung sorgte die am Dienstagabend ausgestrahlte „Panorama"-Sendung, in der Diepgen und CDU-Generalsekretär Klaus Landowsky, neben Diepgen einer der einflußreichsten Unionspolitiker in Berlin, angegriffen wurden. Kern der Vorwürfe: Entgegen seiner eidesstattlichen Erklärung kenne Diepgen den in den Skandal verwickelten Bordellwirt Otto Schwanz, zur Zeit in Haft, und habe ihn auch persönlich getroffen. Gegen Landowsky wurde der Vorwurf wiederholt, er sei an Fluchthilfeunternehmen beteiligt gewesen.

Dazu Senatssprecher Winfried Fest: „Es gibt keine Verbindungen zwischen Herrn Diepgen und Herrn Schwanz." Daß Bilder existieren könnten, die beide gemeinsam zeigen, etwa bei der Eröffnung des Internationalen Congress Centrums 1979 mit 5000 Gästen, sei nicht auszuschließen.

Die Suche nach NS-Straftätern geht weiter

AP, Ludwigsburg

Bei Staatsanwaltschaften und Gerichten in der Bundesrepublik Deutschland sind noch Verfahren wegen nationalsozialistischer Verbrechen gegen 1302 Personen anhängig, bei der Ludwigsburger Zentralstelle laufen derzeit 101 Vorermittlungsverfahren. Daß sich die Verfolgung der Straftäter aus der Zeit des NS-Regimes dennoch dem Ende zuneigt, zeigt eine weitere Ziffer in der neuesten Statistik der Zentralstelle: Die Zahl der seit dem Mai 1945 von westdeutschen Gerichten rechtskräftig verurteilten Täter hat sich im vergangenen Jahr um einen auf 6479 erhöht.

Die gestern von der Zentralstelle veröffentlichte Statistik bezieht sich auf die Entwicklung bis zum 1. Januar 1986. Aus ihr geht hervor, daß sich die seit dem 8. Mai 1945 von Staatsanwaltschaften in der heutigen Bundesrepublik eingeleiteten Ermittlungen wegen NS-Verbrechen gegen insgesamt 90 921 Beschuldigte richteten. Die insgesamt 6479 rechtskräftigen Urteile teilten sich so auf: In zwölf Fällen wurde noch die Todesstrafe verhängt, 160mal wurden lebenslange Freiheitsstrafen, in 6192 Fällen zeitliche begrenzte Haftstrafen und 114mal Geldstrafen verhängt. In einem Fall wurde eine Verwarnung nach dem Jugendrecht ausgesprochen. Gegenwärtig sind in der Bundesrepublik vier Prozesse wegen NS-Verbrechen im Gange. Nur noch ganz wenige werden angesichts des hohen Alters der Beschuldigten und auch der Zeugen folgen.

Oberstaatsanwalt Streim, der Leiter der Zentralstelle, erläuterte die erhebliche Differenz zwischen der Zahl derjenigen, gegen die ermittelt wurde, und der Verurteilten: Die Staatsanwaltschaften hätten in einer Vielzahl von Verfahren ganze Einheiten und Dienstellen, „deren Angehörige für eine Tatbeteiliging in Betracht kamen, systematisch überprüft". Eine förmliche Beschuldigung sei auch die Voraussetzung gewesen, um vorsorglich eine Unterbrechung der drohenden Verjährung zu erreichen. Die Zentralstelle selbst hat seit Beginn ihrer Tätigkeit 1958 insgesamt 4954 Vorermittlungsverfahren „gegen eine nicht genau feststellbare Zahl von Verdächtigen eingeleitet". 4853 wurden erledigt, so daß am 1. Januar dieses Jahres 101 übrigblieben.

Tambo sieht Ende der Apartheid

AP, Bonn

Der im sambischen Exil lebende Präsident des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC), Oliver Tambo, rechnet fest mit einem Ende der Rassentrennung in Südafrika. Tambo hält sich gegenwärtig auf Einladung der SPD in der Bundesrepublik Deutschland auf. „Die Regierung (in Pretoria, d. Red.) weiß nicht mehr weiter, das Ende steht bevor", erklärte der Führer der von der südafrikanischen Regierung als illegal bezeichneten Opposition. Tambo befürchtet jedoch, daß der Weg zu einer freien Gesellschaft in Südafrika von viel Gewalt begleitet sein wird.

Prüfungen auch ohne Betriebsrat

dpa, Kassel

Der Betriebsrat hat kein Recht, bei Prüfungen der betrieblichen Weiterbildung generell zugegen zu sein. Mit diesem Entscheid wies der erste Senat des Bundesarbeitsgerichts in Kassel jetzt die Beschwerde des Betriebsrats des Kernkraftwerks Würgassen (Nordrhein-Westfalen) zurück, der bei mündlichen Prüfungen von Schichtleitern, deren Vertretern oder Reaktorfahrern anwesend sein will.

Einen Anspruch auf Anwesenheit, so die Kasseler Richter in ihrem Urteil, gebe es nur bei vorheriger innerbetrieblicher Einigung (Az. BAG 1 ABR 49/83).

SED erwartet Gorbatschow

W. K. Bonn/Berlin

Die „DDR"-Führung bereitet sich offenbar auf den ersten in Kürze stattfindenden Besuch des sowjetischen Generalsekretärs Gorbatschow in der „DDR" vor. Das erfuhr die WELT aus politischen Kreisen in Bonn und Berlin. Der Aufenthalt werde vermutlich mit einer Einladung zum XI. SED-Parteitag verbunden, der am 17. April in Ost-Berlin beginnt. Seit 1971 war kein sowjetischer Generalsekretär auf einem SED-Parteitag vertreten. Die Botschaft der UdSSR in Ost-Berlin erklärte der WELT, es läge noch „keine Mitteilung" über einen Besuch Gorbatschows vor.

...nttäuschte ...rwartungen

...– Trotz einer deutlichen Ge-...verbesserung kein Bonbon für ...Aktionäre der Deutschen Bank. ...e Dividendenerhöhung, keine ...tisaktien, womit die Börsianer ...rechnet hatten. Kein Wunder, daß ...enttäuscht waren. Doch von sei-...h anfänglichen Schwäche hat ...ch der Markt später erholt. Die ...tie der Deutschen Bank mußte ...lerdings Federn lassen. Sie verlor ...und zehn Mark, während andere ...ankaktien fester tendierten, be-...nders die der BHF-Bank, die ihre ...tionäre mit einer Dividendener-...hung von 10,50 auf zwölf Mark ...glückt.

Die Deutsche Bank hat bei der ...winnverwendung einer Kapital-...stärkung Priorität eingeräumt. ...mmt man die Kapitalerhöhung ...m Ende 1985, das Aufgeld aus der ...sjährigen Optionsanleihe und ...Dotierung der offenen Rückla-...n zusammen, so steigen die Ei-...nmittel im Konzern um fast zwei ...illiarden auf 9,7 Milliarden Mark. ...e größte deutsche Bank klotzt al-...o bei der Vorbereitung der Basis ...r neue Geschäfte; und da diese ...keine schlechten Erträge abwerfen, ...nn man vielleicht auf eine höhere ...ividende im nächsten Jahr hoffen.

Nachdem sich der Kurs der Deut-...che-Bank-Aktie seit Anfang 1985 ...weitaus mehr als verdoppelt hat, ...ann man sich natürlich fragen, ob ein oder zwei Mark mehr Dividende jetzt für den Aktionär überhaupt ein relevanter Zusatzertrag wäre und ob die Substanzanreicherung nicht letztlich über einen höheren Börsenkurs mehr einbringt. Doch die Aktionärsfreundlichkeit eines Unternehmens wird immer noch an der Dividende gemessen.

Schmackhaft

J. Sch. (Paris) – Die Privatisierungspläne der neuen französischen Regierung übertreffen die Erwartungen. Von der ursprünglich geplanten „Denationalisierung" der von den Sozialisten verstaatlichten Unternehmen über die „Reprivatisierung" früher verstaatlichter Banken ist man schließlich zur „Privatisierung" solcher Unternehmen vorgestoßen, die von vornherein als Staatsunternehmen gegründet worden waren, wie der Mineralölkonzern Elf-Aquitaine oder der Medienkonzerne Hava. Damit soll wohl das Programm selbst für den sozialistischen Staatspräsidenten Mitterrand schmackhaft gemacht werden. Denn es geht jetzt ja nicht mehr nur um „seine" Verstaatlichungen, sondern um eine globale Liberalisierung der französischen Wirtschaft. Und schließlich hofft die Regierung auch die Bedenken der Gewerkschaften durch die Emission von Belegschaftsaktien zu zerstreuen. Ob diese geschickte Rechnung aufgeht, wird sich allerdings erst noch zu zeigen haben.

...Warenhäuser vor der Wende

Von JOACHIM GEHLHOFF

...e reden vom Aufschwung der ...Konsumkonjunktur, wir spüren ...(noch) nicht. So etwa kommentie-...n die Vorstände der vier deutschen ...renhauskonzerne nach dem ersten ...artal des Jahres die Lage. So übel ...r's mit der Umsatzentwicklung ei-...entlich nicht, in der Summe aus Hi-...tsraten (Hertie) und Plusraten (vor ...em Karstadt und Kaufhof) lag der ...samtumsatz des Quartetts denn ...ch um etwa 1,5 Prozent höher als ...r Jahresfrist. Das könnte nach nur ...-Prozent Umsatzplus aller Waren-...user in 1985 und drei Prozent Um-...minus in 1984 ein erstes Zeichen ...r Wende zum Positiven sein.

Eine Wende, die alle Konjunktur-...opheten dem gesamten Einzelhan-...l für 1986 vor allem aus einem ...und voraussagen: Die Netto-Mas-...einkommen werden nun mit einer ...ssrate von circa sechs Prozent drei-...al so stark wie im Jahresdurch-...hnitt 1981/85 steigen und erstmals ...it langem den privaten Verbrauch ...ieder zur wichtigsten Stütze des ...ufschwungs machen.

Die Warenhaus-Konzernvorstände ...doch sehen das erste Quartal-Um-...tzergebnis dieses Jahres noch diffe-...nziert. Einerseits wird darauf ver-...wiesen, daß das Ostergeschäft schon ...den März (zuvor in den April) fiel, ...in Trendurteil also erst nach dem ...rsten Tertial 1986 sinnvoll sei. Ande-...rseits wird betont, daß dem frühen ...Ostern-Effekt" nun im April ja auch ...wei Verkaufstage mehr als im Vor-...ahr gegenüberstehen.

Völlig kalt läßt offensichtlich sol-...he noch dilatorische Einschätzung ...er aktuellen Warenhaus-Geschäfts-...ge das Börsenpublikum. Die drei ...otierten Konzern-Aktien (Karstadt, ...Kaufhof, Horten) liegen unverändert ...och im Kurs und zwei- bis dreimal ...och wie der für die Masse aller ...eutschen Publikums-Aktien anzu-...etzende Kurs-Gewinn-Faktor von 13.

Selbst der kleinste Konzern (Hor-...ten) macht da trotz der jetzt für ...985 angedeuteten weiteren Senkung ...er schon für 1984 von sechs auf vier ...ark gekürzten Dividende kei-...e Ausnahme. Hier wie bei Karstadt ...984: sieben DM Dividende) und ...aufhof 6,50 DM) antizipiert das Bör-...enpublikum vertrauensvoll solche ...rognosen wie die der Analysenfirma ...ab (Deutsche Bank-Konzern), ...aß neu erwachte Konsumlust den börsennotierten Warenhauskonzernen 1986 bis zu 40 Prozent Gewinnsteigerung bescheren werde.

In solcher Prognose steckt Sinn. Diese kapitalschwere und personalintensive Branche zeigt aus nur wenigen Prozent Umsatzveränderung rasante Ausschläge im Ertrag. Für 1983 beispielsweise brachte schon ein Prozent Umsatzplus deutliche Dividendenzulagen, die im flauen Handelsjahr 1984 nur Karstadt nicht zurücknahm. Geheimnisvoll bleibt notabene, daß dieser mit Eigenkapital besonders reich gepolsterte Branchengrößte im Kurs deutlich unter dem Branchenzweiten Kaufhof rangiert, obwohl er schon aus der Zinslast-Differenz zu Kaufhof netto bis zu zwei DM Dividende darstellen kann.

Da wirken wohl die unterschiedlich hohen Lasten der mitunter mißglückten „Diversifikation" in neue, wachstumsträchtige Handelsfelder im Börsenurteil mit. Rückschläge bei solchen Vormärschen aus dem bekanntermaßen nur noch dürftig expansionsfähigen Geschäft der City-Warenhäuser haben nun alle drei Börsennotierten auf dem Konto.

Am stärksten Karstadt mit dem unerwartet langen und großen Verlustdebakel der Neckermann-Übernahme. Vergleichsweise bescheiden Kaufhof mit (beendetem) Ausflug zu Schnellimbiß-„Restaurants" und bislang verlustreichen Mauricius-Modehäusern. Am gravierendsten auch in der Dividendenkonsequenz nun Horten mit großen Verlusten aus Geschenkartikel- und Modefilialen.

Solche Rückschläge dürfen den Aktionären nicht den Blick darauf trüben, daß in den Unternehmen unverändert großes Ertragspotential lauert. Auch der Sonderfall des Hertie-Familienkonzerns, wo verschleppte Strukturanpassung nun die Radikalkur der Schließung von 15 Verlustfilialen mit einem Zehntel des Konzernumsatzes erzwingt, ist kein branchentypisches Menetekel.

Typisch für die Branche vielmehr bleibt, daß zumal die drei Börsennotierten über ungewöhnlich große Finanzkraft und noch größeren Immobilienschatz verfügen. Aus dessen besserer Nutzung ist, jenseits der „Konsumwende" an den Ladenkassen, für die Diversifikationspolitik der Zukunft nicht unbeträchtlicher Ertragssegen zu erwarten.

JUNGE UNTERNEHMER / „Wir lehnen ein Mittelstandsbonbon entschieden ab"

Steuerfreie Investitionsrücklage ist kein Anreiz für neue Investitionen

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Der Bundesverband Junger Unternehmer (BJU) lehnt eine steuerfreie Investitionsrücklage auch aus ordnungspolitischen Überlegungen heraus entschieden ab. „Wir als Unternehmer wollen kein Mittelstandsbonbon", sagte gestern der BJU-Bundesvorsitzende Carl-Dieter Ostermann zu den Forderungen, die seit längerem von einigen Mittelstandsverbänden, von der SPD und auch von Teilen der Koalition erhoben werden. „Wir wollen vielmehr verbesserte Rahmenbedingungen für alle Unternehmen."

Von Politikern und Unternehmern, die gerne auf den Zug einer steuerfreien Investitionsrücklage aufspringen, werde übersehen, daß es sich dabei nur um eine Steuerstundung im geringen Umfang handelt. Bei Übertragung der Rücklage auf ein Investitionsgut trete die Nachholwirkung durch entsprechende Verminderung des Abschreibungsvolumens ein. Die Rücklage wirke wie eine vorgezogene Abschreibung. Werden die Rücklagen aufgelöst, müßten die üblichen Steuern gezahlt werden.

Ein Beispiel: Falls eine Investitionsrücklage von 25 000 Mark eingeführt würde – gefordert werden in der Regel 40 000 Mark –, so würde dies bei einer 40prozentigen Steuerbelastung zu einer Steuerstundung von rund 10 000 Mark führen. Dies komme einer Zinsersparnis von 1000 Mark jährlich, also von 80 Mark monatlich, gleich.

Die Investitionsrücklage bringe dem Unternehmen zwar einen Liquiditätsvorteil. Die endgültige Entlastung beschränke sich jedoch auf die eingesparten Zinsen. „Ein wirklicher Anreiz für neue Investitionen ist nicht zu erwarten", sagte der BJU-Vorsitzende.

Eine Investitionsrücklage sei schon deshalb abzulehnen, weil sie zwangsläufig zur Forderung nach öffentlicher Mitsprache hinsichtlich der vorzunehmenden Investitionen führt. Als Beleg dafür wird auf eine Äußerung des SPD-Fraktionsvorsitzenden in Nordrhein-Westfalen, Friedhelm Farthmann, verwiesen, wonach staatliche Hilfen für Unternehmen mit Auflagen zur Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen verbunden werden müßten.

Die betriebliche Bindung des Gewinns aus steuerlichen Überlegungen schränke die Anpassungsfähigkeit des Unternehmens und die Beweglichkeit des Kapitals ein. Der BJU-Vorsitzende zitierte in diesem Zusammenhang den Grundsatz der Betriebswirtschaftslehre: „Nicht nach Steuern steuern." Jede Investitionsrücklage berge tendenziell die Gefahr einer Fehlleitung von Kapital in sich. Viele Bauherrenmodelle hätten dies gerade in der jüngsten Vergangenheit belegt. Überdies erzeugten Investitionsrücklagen eine neue Bürokratie.

Eine moderne Steuer-Philosophie setze auf Tarifsenkung, verbunden mit einer weitgehenden Einschränkung von Ausnahmen und Vergünstigungen. Die Investitionsrücklage passe nicht in dieses Konzept. Sie sei ein Rückschritt in die Steinzeit des Steuerrechts. Notwendig sei vielmehr in erster Linie eine Tarifabsenkung der Einkommensteuer.

Jeder Subventionsstaat sei gleichzeitig immer ein Hochsteuerstaat. Zu dem Ärgernis der absoluten Steuerhöhe komme im Bereich der Subventionen die fehlende Transparenz über Zweck und Verwendung, die nach Ansicht des BJU zur Leistungsverweigerung und Staatsverdrossenheit führt. Nach einer jetzt vorgelegten Umfrage des BJU ist ein Drittel der Bevölkerung nicht in der Lage anzugeben, was sie unter einer Subvention verstehen. Zu einer genauen Definition seien nur 54,6 Prozent der Befragten in der Lage. Der BJU-Vorsitzende erinnerte noch einmal an eine Untersuchung des Kieler Instituts für Weltwirtschaft, wonach ein 50prozentiger Subventionsabbau innerhalb von fünf Jahren eine Million neue Arbeitsplätze schaffen könne, wenn gleichzeitig das Steuersystem grundlegend reformiert werde.

Nach der jüngsten Konjunkturumfrage unter den BJU-Mitgliedsfirmen stehen alle Zeichen auf beschleunigtes Wachstum. Dieser Verband rechne mit einer Wachstumsrate von vier Prozent in diesem Jahr.

FERTIGWAREN-IMPORTEURE

EG-Zölle für Radios und Rechner „rabiate Methode"

JAN BRECH, Hamburg

Die drastische Zollanhebung von 14 Prozent für netzunabhängige Kofferradios und Taschenrechner ist von dem Hamburger Verband der Fertigwarenimporteure als weiterer Beweis für die „rabiaten Methoden der EG-Kommission" bewertet worden. Mit dieser völlig überraschenden Maßnahme werde nicht zum ersten Mal rigoros und ohne Vorankündigung in laufende Geschäfte eingegriffen. Nach Angaben des Verbandes sind in der Bundesrepublik rund 100 Import-Firmen betroffen.

Mit der Zollanhebung, die für alle Drittware gilt, die nach dem 15. April in die EG eingeführt wird, nimmt die Kommission Ausgleichsmaßnahmen von Ende 1985 zurück. Damals waren zur Kompension von zusätzlichen Handelsbarrieren bei hochwertigen Gütern der Unterhaltungselektronik die Zölle für Kofferradios und Taschenrechner auf null gesetzt worden. Die Maßnahme der EG, so erklärt der Verband in Hamburg anläßlich seiner Mitgliederversammlung, ließe Schlimmes für die anstehenden handelspolitischen Auseinandersetzungen mit den USA befürchten.

Zurückhaltend hat sich der Verband auch zu den Aussichten über den Abschluß eines 4. Welttextilabkommens geäußert. Zwischen den Lieferanten aus den Entwicklungsländern und vor allem den USA gehe der Streit darüber, ob die neue Vereinbarung ein Auslaufabkommen sein soll, um bis Ende der achtziger Jahre zu den Prinzipien des GATT zurückzufinden, oder ob der Welttextilmarkt reglementiert bleiben soll. Während sich die EG zu einer liberaleren Haltung durchgerungen habe, plädiere die USA für stärkere Restriktionen.

Die Fertigwaren-Importeure vertreten die Meinung, daß die Industriestaaten ihren Verpflichtungen gegenüber den Entwicklungsländern nur nachkommen können, wenn in einer kurzbemessenen Übergangsphase die Diskriminierung der Entwicklungsländer beendet werde. Die Entwicklungsländer seien im übrigen nicht Verursacher des Importdrucks bei Textilien und Bekleidung. Von den 1985 im Wert von 37 Mrd. DM nach Deutschland eingeführten Textilien und Bekleidung stammen nach Angaben des Verbands lediglich Waren im Wert von acht Mrd. DM aus Ländern, mit denen Mengenbeschränkungen bestehen. Auch spreche die seit Jahren feststellbare Nichtausnutzung der meisten Lieferkontingente gegen den immer wieder zitierten Importdruck. Als „volkswirtschaftlichen Wahnsinn" bezeichnet der Verband die Kosten, die durch das Welttextilabkommen entstehen. Das laufende Abkommen habe etwa bei Hemden in Deutschland einen Preisanstieg von mehr als 50 Prozent bewirkt; das mache 80 Prozent des Gesamtimportwertes dieser Produkte aus und entspreche einem jährlichen Mehraufwand von rund 700 Mill. DM.

AUF EIN WORT

„Ein rohstoffarmes Land wie die Bundesrepublik Deutschland kann seine internationale Wettbewerbsfähigkeit nur bewahren, wenn auf Dauer anspruchsvolle und hochwertige Erzeugnisse angeboten werden können. Nur dann können auch langfristig Arbeitsplätze in ausreichender Zahl gesichert werden."

Dr. Erich Häußer, Präsident des Deutschen Patentamtes, München

FOTO: DIE WELT

Bauindustrie meldet „Ende der Talfahrt"

AP, Bonn

Bei im letzten Jahr unveränderten Auftragsbeständen in Höhe von 27,9 Mrd. DM wird am Bau das „Ende der Talfahrt" gemeldet. Der Hauptverband der Deutschen Bauindustrie wies in diesem Zusammenhang auf die gesunkenen Zinsen und die anhaltend lebhafte Investitionstätigkeit hin. Während die Auftragsbestände im Wohnungsbau zu Jahresbeginn 1986 um 19 Prozent unter dem Stand des Vorjahres lagen, nahmen sie im Wirtschaftsbau um zehn Prozent und im öffentlichen Tief- und Hochbau um drei Prozent zu. Das günstige Wetter im Januar habe eine relativ rege Bautätigkeit erlaubt.

DIW

Durchschnitts-Einkommen um drei Prozent gewachsen

AP, Berlin

Eine weitere Besserung der Lage am Arbeitsmarkt hängt nach Ansicht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin davon ab, ob und in welcher Zeit die Umstellung von sich abschwächender Auslandsnachfrage auf zusätzliche Inlandsnachfrage gelingt. Wie das Wirtschaftsinstitut in seinem jüngsten Wochenbericht mitteilte, müßte die Beschäftigungsexpansion „auf weitere Bereiche des verarbeitenden Gewerbes übergreifen", soll das exportabhängige Investitionsgütergewerbe in seiner Vorreiterrolle abgelöst werden.

Die durchschnittlichen Einkommen der Arbeitnehmer dürften zu Beginn des Jahres 1986 in ähnlichem Tempo wie 1985, nämlich mit drei bis 3,5 Prozent gewachsen sein, hieß es in dem DIW-Bericht. Die sich für die neue Lohnrunde, beispielsweise im öffentlichen Dienst, andeutende leichte Beschleunigung habe sich in den ersten Monaten noch nicht in der Bezahlung zeigen können. Mit einer deutlichen Verstärkung in der Steigerung der Tariflohnsätze sei auch in den noch ausstehenden Abschlüssen kaum zu rechnen.

Die anhaltende konjunkturelle Aufwärtsbewegung in der Bundesrepublik hat dem Bericht zufolge auch im vierten Quartal 1985 zu einem deutlichen Wachstum der Beschäftigung in der Gesamtwirtschaft geführt. „Allerdings hat sich – anders als von vielen erwartet – der Anstieg nicht weiter beschleunigt", hieß es weiter. „Insgesamt gesehen hat die Wirtschaftsentwicklung im Jahre 1985 mit einer Zunahme der beschäftigten Arbeitnehmer um rund 170 000 durchaus positive Akzente auf dem Arbeitsmarkt gesetzt", berichteten die Wirtschaftsforscher.

ENTWICKLUNGSPOLITIK

Bonn will die Hilfe für Zentralamerika steigern

HEINZ HECK, Bonn

Die Bundesregierung steigert ihre Entwicklungshilfe für Zentralamerika und die Karibik. Der Parlamentarische Staatssekretär im Entwicklungsministerium, Volkmar Köhler (CDU), mißt vor allem der verstärkten Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den sechs zentralamerikanischen Staaten Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras, Nicaragua und Panama „große politische Bedeutung" bei, wie er jetzt vor Journalisten in Bonn erklärte.

Das im November 1985 in Luxemburg unterzeichnete Kooperationsabkommen werde dem Interesse und Wunsch Zentralamerikas gerecht, auch wenn es nicht alle Erwartungen vor allem hinsichtlich der Höhe der EG-Hilfe erfüllen dürfte. Weit größer sei aber die politische Dimension: „Die Vertiefung der Beziehungen zu Europa ist geeignet, die Abhängigkeit der Region von den Vereinigten Staaten zu verringern sowie den Abbau von Spannungen und die regionale Zusammenarbeit und Integration zu fördern."

Die deutsche Hilfe solle zur Verbesserung der Lebensbedingungen der armen Mehrheit der Bevölkerung beitragen und damit die wirtschaftliche Not als eine der wesentlichen Ursachen auch für Guerrilla-Bewegungen und Terrorismus beseitigen helfen. Der Bundestag hatte der Bundesregierung im Januar 1985 empfohlen, diesem Raum auch in der Entwicklungshilfe verstärkt Beachtung zu schenken. Köhler belegte mit Zahlen unter anderem über die Neuzusagen, daß dieser Beschluß „bereits in wichtigen Punkten umgesetzt" worden sei.

WIRTSCHAFTS JOURNAL



In den Weinbaubetrieben sind die Einkommen jetzt schon zweimal hintereinander zurückgefallen. Im Bundesdurchschnitt fielen die Winzereinkommen in den Vollerwerbsbetrieben im Wirtschaftsjahr 1984/85 um rund 10 Prozent. Regional waren die Ergebnisse allerdings unterschiedlich. Die Ernte 1985 war mengenmäßig sehr klein, aber qualitätsmäßig gut. Da der Glykol-Skandal die Weinnachfrage zumindest vorübergehend gedrückt hat, geht es mit den Winzereinkommen nach ersten Schätzungen weiter bergab. QUELLE: WH

Einzelhandel profitiert von neuer Konsumwelle

Wiesbaden (dpa/VWD) – Der deutsche Einzelhandel profitiert offenbar von einer neuen Konsumwelle. Im Januar und Februar setzte die Branche nach Angaben des Statistischen Bundesamtes (Wiesbaden) 4,2 Prozent mehr um. Allein im Februar machte der Umsatzzuwachs 4,1 Prozent aus. Am besten schnitt der Einzelhandel mit Fahrzeugen und Fahrzeugteilen ab, der im Februar 15 Prozent mehr umsetzte.

Belgien senkt Leitzinsen

Brüssel (dpa/VWD) – Die belgische Nationalbank hat gestern eine zweite Senkung der Leitzinsen bekanntgegeben. Der Diskontsatz wurde zum 10. April um 0,5 Punkte auf 8,75 Prozent und der Lombardsatz um 0,75 Punkte auf 9,0 Prozent reduziert.

Abbau beschleunigt

Bremen (rtr) – Der Abbau der Welt-Tankerflotte hat sich nach einer gestern veröffentlichten Untersuchung des Bremer Instituts für Seeverkehrswirtschaft und -logistik erheblich beschleunigt. Allein im Verlauf der vergangenen vier Jahre sei die Tonnage für den Transport von Mineralöl um mehr als ein Fünftel geschrumpft.

Steigende Kapitalerträge

Köln (dpa/VWD) – Das Kölner Institut der deutschen Wirtschaft (IW) hat das starke Anwachsen der Kapitalerträge aus Auslandsinvestitionen sowie der Einnahmen aus Geschäften mit ausländischen Militärdienststellen als Hauptgründe des rapiden Abbaus des Defizits der deutschen Dienstleistungsbilanz bezeichnet.

Bundesbank interveniert

Frankfurt (rtr) – Die Deutsche Bundesbank hat am Devisenmarkt gegen den Französischen Franc interveniert. Ein Sprecher der Notenbank bestätigte auf Anfrage, die Bundesbank habe beim amtlichen Fixing rund 37,8 Mill. FF verkauft, da der Franc mit 31,41 DM je 100 FF erneut an seinem oberen Interventionspunkt im Europäischen Währungssystem (EWS) notierte.

Verminderte Rendite

Bonn (AP) – Die Zinssenkungen bei den Daueremissionen des Bundes geben unvermindert weiter. Wie das Finanzministerium mitteilte, wird der Verkaufskurs der 5,50-Prozent-Bundesobligationen, Serie 63 von 1986 (1991), mit Wirkung von heute von 100,20 Prozent auf 100,80 Prozent heraufgesetzt. Dadurch vermindert sich die Rendite von 5,45 Prozent auf 5,31 Prozent.

Berliner Messe-Know-how

Berlin (dpa/VWD) – Mit der Vermittlung von deutschem Messe-Know-how und der Planung und Organisation von Messen im Ausland haben deutsche Veranstalter in den letzten Jahren einen neuen Markt entdeckt. „Mit der Ausrichtung von Messen in der Golfregion und der Volksrepublik China verdienen wir inzwischen Geld und sind hier in den schwarzen Zahlen", erklärte Manfred Busche, Geschäftsführer der Berliner Ausstellungsgesellschaft AMK.

Lösung in Sicht

Stuttgart (nl) – In der Diskussion um eine Neuordnung der öffentlich-rechtlichen Bankenstruktur im Südwesten ist offenbar eine Lösung in Sicht. Der baden-württembergische Ministerpräsident Lothar Späth sowie Spitzen des Württembergischen Sparkassen- und Giroverbandes haben sich auf einen Kompromiß geeinigt, der eine erste Stufe auf dem Wege zur angestrebten „Vierer-Lösung" – also Verschmelzung der Landesgirokasse, der beiden Kommunalen Landesbanken in Mannheim und Stuttgart sowie der Landeskreditbank in Karlsruhe – sein könnte.

...RANKREICH

...rivatisierungs-Programm ...ird erheblich erweitert

J. Sch./rtr. Paris

...e französische Regierung hat ge-...n bei der Nationalversammlung ...Vollmacht für die Durchführung ...s großangelegten Privatisie-...ngsprogramms und anderer Wirt-...haftsreformen durch Verordnun-...n beantragt. Danach sollen nicht ...r die von den Sozialisten durchge-...hrten Verstaatlichungen von 39 ...nken, der beiden Finanzgruppen ...ez und Paribas sowie der fünf In-...strie-Konzerne Thomson, Péchiney, ...ne-Poulenc, Saint-Gobain und ...e rückgängig gemacht werden. ...über hinaus ist die Privatisierung ...drei 1945 verstaatlichten Groß-...ken BNP, Société Générale und ...dit Lyonnais, der drei Versiche-...gsgesellschaften AGF, GAN und ...sowie der Mediengesellschaften ...und Sofirad vorgesehen.

...ferdem will die Regierung die unter den Sozialisten in staatlichen Mehrheitsbesitz geratenen Industrieunternehmen Bull, Matra und CGCT (ehemalige ITT-Tochter) sowie den schon zuvor staatlich kontrollierten Mineralölkonzern Elf-Aquitaine voll privatisieren. Die Ende 1981 durch Umwandlung staatlicher Forderungen in Kapitalbeteiligungen „stillschweigend" nationalisierten Stahlkonzerne Sacilor und Usinor werden voraussichtlich teilprivatisiert. Das gleiche gilt für Renault.

Frankreichs Staatspräsident François Mitterrand will der geplanten Privatisierung nicht zustimmen. Er kündigte gestern an, er werde das Gesetz nicht unterzeichnen. Damit bahnt sich der erste Streit über die verfassungsmäßigen Kompetenzen zwischen dem sozialistischen Staatspräsidenten und der von Jacques Chirac geführten Regierung an.

DEUTSCHE SEEHÄFEN / Forschungsministerium: Logistik sollte attraktiver werden

Stärkung gegenüber Rotterdam

GEORG BAUER, Kiel

Die Seehäfen Bremen und Hamburg sollen in ihrer Konkurrenzstellung vor allem zu dem niederländischen Hafen Rotterdam, aber auch zu Antwerpen, durch eine verbesserte Infrastruktur gestärkt werden. Wie aus einer Studie des Bundesministeriums für Forschung und Technologie hervorgeht, soll die Lage der beiden größten Häfen in der Bundesrepublik Deutschland durch die Einrichtung eines sogenannten Computerterminals 2000 und durch ein eng geknüpftes Informations- und Kommunikationsnetz zwischen allen am Umschlag Beteiligten verbessert werden.

Hintergrund des Vorhabens sind in erster Linie die Bemühungen des Umschlagplatzes Rotterdam. Um für das nächste Jahrtausend gerüstet zu sein, hat eine niederländische Gesellschaftergruppe aus privaten Unternehmen, Staat und Post einen Plan entwickelt, der auf eine Steigerung der Leistungsfähigkeit Rotterdams zielt. Unter anderem ist daran gedacht, mit finanzieller Unterstützung Den Haags in den nächsten 15 Jahren Rotterdam mit einer Investitionssumme von rund 250 Millionen Gulden zu modernisieren. Auch Rotterdam konzentriert dabei seine Anstrengungen auf den Aufbau eines Kommunikationsnetzes.

Um gegenüber dem niederländischen Hafen nicht weiter an Boden zu verlieren, schlägt die im Auftrag des Ministeriums entwickelte Studie vor, die Logistik an den Umschlagplätzen an der Elbe und der Nordsee attraktiver zu gestalten. Schwerpunkt ist dabei ein sogenanntes Container-Umschlagsystem, das alle am Umschlag beteiligten Geräte steuern soll. Verfahren und Systeme, die den Geräteeinsatz optimieren und Container bei der An- und Auslieferung sowie Lagerung platzsparend stapeln, müßten entwickelt werden. Ferner sollen automatisierte Großtransporter die Container transportieren.

Um den Informationsfluß zu erleichtern, ist ein sogenannte „gemeinsame Kommunikationssteckdose" der Häfen Bremen und Hamburg gedacht. Alle an der Transportkette Beteiligten sollen mit Hilfe dieses Systems mit allen Unternehmen der Seeverkehrswirtschaft kommunizieren können.

Nach einer Schätzung des CDU-Abgeordneten Dietrich Austermann müßte für die Realisierung des Technologieschubs eine Summe von etwa 70 Millionen DM aufgewendet werden. Nach dem bisherigen Stand der Diskussion sollten in der nächsten Zukunft rund 10 Millionen DM pro Jahr für das Vorhaben aufgebracht werden. Wie es heißt, könnte sich auch Bonn mit einem Betrag von bis zu 50 Prozent beteiligen.

LLOYDS BANK

Fusionsbemühungen nicht erloschen

fu. London

Die in London beheimatete internationale Bank Standard Chartered hat das Übernahmeangebot der britischen Großbank Lloyds in Höhe von knapp 1,2 Mrd. Pfund (4,07 Mrd. DM) entschieden zurückgewiesen. Der Vorstand der Standard Chartered Bank ließ die Kollegen von der Lloyds Bank wissen, daß weitere Diskussionen fruchtlos wären. Damit *wächst die Möglichkeit eines feindlichen Übernahmeversuchs* seitens der Lloyds Bank, obwohl Sir Jeremy Morse, Chairman der viertgrößten britischen Geschäftsbank, bei der Bekanntgabe des Übernahmeangebots betont hatte, er sei nicht zu einem „Übernahmegefecht" bereit.

In der Londoner City wird nun spekuliert, daß ein weiterer Übernahmeinteressent im Inland oder aus dem Ausland auftreten könnte. Der Kurs der Standard Chartered-Aktie ist inzwischen auf 860 Pence gestiegen; die Lloyds Bank bot 750 Pence je Aktie. Der Vorstand von Standard *Chartered begründet seine einstimmige* Ablehnung damit, daß das Lloyds-Angebot weder im Interesse der Aktionäre noch in dem der Mitarbeiter und Kunden liege.

Eine kürzlich angefertigte interne Strategie-Studie hätte ergeben, daß die Zukunft der internationalen Bank in ihrer Unabhängigkeit liege. Mit einer Übernahme der Standard Chartered Bank würde die Lloyds Bank zur größten Bankgruppe Großbritanniens mit einer Bilanzsumme von mehr als 72 Mrd. Pfund (knapp 245 Mrd. DM). Allerdings würde sich die Vergrößerung auf das Inlandsgeschäft von Lloyds kaum auswirken.

Standard Chartered, ursprünglich eine britische Kolonialbank, verfügt nur über 35 Niederlassungen in Großbritannien, dafür aber über rund 2000 im Ausland, verstreut über 60 Länder vor allem im asiatischen Raum, in Afrika und in den USA.

Im Vergleich dazu unterhält die Lloyds Bank in Großbritannien ein Netz von 2700 Filialen und Zweigstellen und über rund 500 Niederlassungen in 47 Ländern. Entsprechend stammen rund 80 Prozent der Lloyds-Gewinne aus dem inländischen Geschäft. Diese Abhängigkeit vom inländischen Markt möchte die Lloys Bank mit der Übernahme abschwächen. Die Lloyds-Bankgruppe würde damit mit Abstand zu der am stärksten international ausgerichteten *Clearingbank Großbritanniens.*

SCHWEIZ / Marcos' blockierte Konten haben Zweifel an der Verschwiegenheit der Kreditinstitute ausgelöst

Bankgeheimnis deckt nur kriminelle Geschäfte nicht

ALFRED ZÄNKER, Genf

Das legendäre Bankgeheimnis der Schweiz ist wieder einmal ins Rampenlicht gerückt, seit Bern am 25. März die Konten des gestürzten Diktators Ferdinand Marcos blockieren ließ. Unter Androhung von Sanktionen „bis zum Entzug der Geschäftsbewilligung" wurden alle *Institute aufgefordert,* der eidgenössischen Bankenkommission unverzüglich sämtliche Marcos-Vermögenswerte bekanntzugeben und einstweilen keine Transaktionen aus diesen Guthaben mehr vorzunehmen.

Der überraschende Schritt steht im krassen Widerspruch zur früheren Praxis. *Denn es galt immer noch,* daß Schweizer Konten so lange unantastbar sind, bis seinem Inhaber oder dessen *Hintermännern ein auch in der* Schweiz strafbares Delikt nachgewiesen worden ist. Die neue Regierung in Manila aber hat bis heute weder gegen Marcos Anklage erhoben noch bei der Schweiz offiziell Rechtshilfe begehrt. Bern griff aus politischen Gründen zum Notrecht.

Marcos ist ein Sonderfall. Dennoch fragen nun besorgte Kunden im Ausland, ob Schweizer Konten noch sicher sind. Ist die Marcos-Affäre nur ein weiterer Schritt auf dem Wege zur allmählichen Aushöhlung des einst sakrosankten Bankgeheimnisses? Im Kampf gegen organisiertes Verbrechen wurde schon *1977 ein* „Staatsvertrag über Rechtshilfe in Strafsachen" mit den Vereinigten Staaten abgeschlossen, um den Mißbrauch Schweizer Konten zu verhindern.

Im gleichen Jahr kam es auch zu einer „Vereinbarung über die Sorgfaltspflicht der Banken" zwischen den helvetischen Behörden und der Bankier-Vereinigung. Sie verpflichtet die Banken bei jeder Kontoeröffnung, die Identität des Inhabers und eventuellen Auftraggebers „zuverläs*sig abzuklären". Dabei müssen zum* Beispiel amtliche Ausweise oder schriftliche Empfehlungen ausländischer Banken oder bekannter Kunden vorgelegt werden. Das gleiche gilt für Mieter von Bankfächern. Aber auch ein Schweizer Anwalt oder Treuhänder kann das Konto eröffnen, wenn er erklärt, ihm sei der Inhaber bekannt. Die Banken verpflichten sich außerdem, keine aktive Beihilfe zur Kapitalflucht oder Steuerhinterziehung zu leisten. „In kaum einem anderen Land bestehen so scharfe Vorschriften bei der Eröffnung eines Bankkontos", betont Kurt Schiltknecht, *Generaldirektor der Nordfinanz-Bank* in Zürich. „Aber eine Bank ist weder eine Kriminalpolizei noch eine supranationale Behörde."

Mißachtung der „Sorgfaltspflicht" kann zu Bußen bis zu 10 Mill. *Franken* und sogar zum Verlust der Geschäftsbewilligung führen.

Seit 1983 besteht auch ein allgemeines „Bundesgesetz über internationale Rechtshilfe in Strafsachen". So können die Regierungen fast aller Länder, wenn kriminelle *Handlungen nachgewiesen werden,* Einblick in Schweizer Konten erhalten. Ausgenommen sind allerdings *politische und militärische Straftaten:* Fälle, in denen Einnahmen verschwiegen oder unvollständig deklariert wurden.

Bei der Suche nach mutmaßlichen „Steuerflüchtlingen" können die Behörden anderer Länder also nicht auf Schweizer Hilfe rechnen. Anders verhält es sich bei schweren Steuervergehen. Denn „Abgabebetrug" ist seit *einigen Jahren auch hierzulande ein* Strafdelikt. Hier handelt es sich um Fälle, bei denen Urkunden gefälscht, Rechnungen und Bilanzen frisiert oder die Behörden durch „arglistiges Verhalten" getäuscht wurden.

Harte Auseinandersetzungen hat es mit den USA über „Insidergeschäfte" an der New Yorker Börse gegeben, die mit Hilfe von Schweizer Konten getarnt worden waren. In Amerika sind solche Transaktionen illegal, in der Schweiz bisher nicht. Schweizer Banken wurden schließlich zur „freiwilligen" Zusammenarbeit mit der amerikanischen Börsenaufsichtsbe*hörde SEC bewogen, um Insidergeschäfte* aufzudecken. Auch Bern will solche Geschäfte in der Schweiz nun strafbar machen.

Nun werden im Falle Marcos erstmals die Konten eines fremden Potentaten geöffnet. Noch 1979 hatte sich die Schweiz geweigert, bei der Suche nach Geldern des ehemaligen Schahs von Persien mitzuwirken. Die angeblich in der Schweiz liegenden Vermögen andererer abgedankter Machthaber blieben unberührt – von Kubas Batista bis zu Nicaraguas Somoza, Boliviens General Banzer oder Zaires Mobutu. Doch *hier bahnt sich mit der Marcos-Affäre* eine Wende an.

Es stellt sich die Frage, was ein Konto in Zürich beispielsweise dem deutschen Anleger heute noch bieten *kann? Von Bankenseite wird immer* wieder betont, daß alle Einschränkungen und Vorsichtsmaßnahmen sich nur gegen fragwürdige Gelder krimineller Herkunft richten.

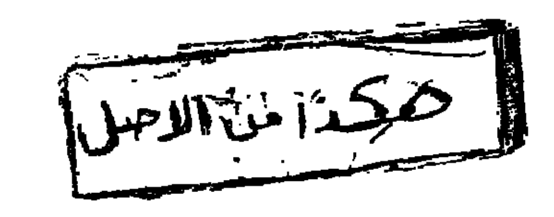
Auf der Plusseite stehen weiterhin: die beispielhafte wirtschaftliche und politische Stabilität des neutralen Landes, seine relative Sicherheit auch in Kriegszeiten. Ins Gewicht fällt auch die Solidität des Bankensystems mit nur begrenzten Risiken in stark verschuldeten Ländern und hohen Eigenmitteln.

Dazu kommt ein weitgehender Schutz der Privatsphäre durch Schweizer Recht und durch ein – im Normalfall – immer noch ziemlich dichtes Bankgeheimnis. Verletzungen der Schweigepflicht werden – im Unterschied zu anderen Ländern – *hier strafrechtlich geahndet mit* Gefängnis bis zu sechs Monaten. Nummernkonten, bei denen nur wenige Personen eingeweiht sind, bieten Kunden, die auf äußerste Diskretion Wert legen, zusätzlichen Schutz.

Zu den Minuspunkten zählen die niedrigen Schweizer Zinsen, die be*grenzten Anlagemöglichkeiten im eigenen* Lande. Die Schweiz kennt keine Geldmarktfonds, keine Einlagezertifikate. Die Banken müssen deshalb immer mehr auf die Dienste fremder Finanzplätze – New York, London, Frankfurt – zurückgreifen, um ihren Kunden eine breite Anla*gepalette zu bieten.*

Es gibt auch steuerliche Nachteile: Zinsen und Dividenden werden mit einer Quellensteuer von 35 Prozent belastet, die deutsche Anleger allerdings aufgrund des Doppelbesteuerungsabkommen verrechnen können. Dazu kommen relativ hohe Abgaben *bei Aktien, Emissionen und Stempel*steuern auf den Umsatz von Wertschriften. Das Goldbarrengeschäft unterliegt einer Warenumsatzsteuer von sechs Prozent.

Mit der Liberalisierung der internationalen Kapitalmärkte hat auch der Wettbewerbsdruck zugenommen. In *den USA ist die „Withholding Tax"* auf Obligationen im ausländischen Besitz, in der Bundesrepublik die „Kuponsteuer" abgeschafft worden. Luxemburg bietet Steueranreize und *ein strengeres Bankgeheimnis.* Österreich hat anonyme Konten eingeführt. Singapur will die Geheimhaltungspflicht verschärfen.



ZEICHNUNG: BOHLE

NIEDERLANDE / Fallende Erdgaspreise belasten Budget

Steuererhöhungen notwendig

HELMUT HETZEL, Den Haag

Mit einem lachenden und einem weinenden Auge verfolgt man in den Niederlanden den rapiden Ölpreis*verfall. Denn mit dem Öl* vermindern sich gleichzeitig auch die an diesen Energieträger und dessen Preis gekoppelten Erdgaserlöse *für Holland.* Und die Niederlande sind einer der größten Erdgasproduzenten und -exporteure der Welt. Die durch Untersuchungen eindeutig nachgewiesenen Erdgasvorräte des Landes betragen 1830 Milliarden Kubikmeter. Daneben, so schätzt man, soll es *auch weitere Funde auf niederländischem* Territorium von mindestens 335 Milliarden Kubikmeter geben. Der Erdgasverkauf und -export beschert dem niederländischen Finanzminister, der die Einnahmen von dem staatlichen Förderungsunternehmen „Gasunie" auf sein Haager Konto überwiesen *bekommt,* durchschnittlich Einkünfte in Höhe von 20 Milliarden Gulden.

Dem holländischen Finanzminister Onno Ruding und seinen Kollegen aus der christlich-liberalen Regierungskoalition ist die Freude an niedrigen Ölpreisen daher genommen. „Wir müssen *im Laufe dieses Jahres* voraussichtlich mit Mindereinnahmen von mindestens 13 Milliarden Gulden rechnen," seufzt ein Sprecher des Finanzministeriums.

Fieberhaft wird im Haager Kabinett an einem neuen Sparpaket geschnürt, das die neue Situation berücksichtigen soll und, so will es der energische christdemokratische Regierungschef Ruud Lubbers, noch vor den Parlamentswahlen am 21. Mai verabschiedet werden muß. Insgesamt, so sickerte in Den Haag durch, müssen Lubbers und sein Kabinett wegen der sinkenden Erdgaseinnahmen 9 Milliarden Gulden entweder einsparen oder durch Steuererhöhungen eintreiben.

Angesichts der Wahlen gibt es harte Auseinandersetzungen im Kabinett. Dennoch zeichnet sich bereits ein Kompromiß ab. *Noch* mehr gespart werden soll künftig bei den *staatlichen* Sozialleistungen, aber auch die Unternehmen müssen mit einer Reduzierung ihrer Steuerfreibeträge auf verschiedenen Gebieten rechnen. Der niedrige Zins und die Preisstabilität glichen diese steuerlichen Mehrbelastungen aus, *meint* Premier Lubbers.

Im neuen Haager Sparpaket ist auch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer vorgesehen – um einen Prozentpunkt auf 20 *Prozent* ab 1. Januar 1987. Daraus ergeben sich Mehrein*nahmen* über 2 Mrd. Gulden (1,8 Mrd. DM). Angehoben wird möglicherweise auch die Mineralölsteuer. Auch dies, *so die Regierung,* könnten die Verbraucher angesichts der rapiden Gaspreisverringerungen verkraften.

Für den privaten Abnehmer – 95 Prozent aller niederländischen Haus*halte beziehen Erdgas* – ermäßigt sich der Preis für einen Kubikmeter ab 1. Juli um 9 Cent auf dann 59,7 Cent. Industrie und Großabnehmer wie etwa die zahlreichen Gartenbaubetriebe zahlen schon seit 1. Januar 1986 weniger und können seit 1. April von einer neuerlichen Preissenkungswel*le profitieren.* Ihr Kubikmeterpreis: 30,6 (Industrie) und 31,1 Cent (Großabnehmer). Verglichen mit dem hohen Gaspreis von 1985 (49 Cent pro Kubikmeter) ergeben sich hieraus für die niederländische Industrie ebenso wie für die ausländischen Abnehmer enorme Kostenvorteile.

„Ähnliche Preisanpassungen werden aber auch mit unseren ausländischen Abnehmern im Rahmen der bestehenden Lieferverträge, meist alle drei Monate, getroffen," sagte *Ben* Warner, Sprecher der niederländischen Gasunion, in Groningen gegenüber der WELT. Das gelte natürlich auch für den größten *Gaseinkäufer in* Holland, die Bundesrepublik. Be*fürchtungen,* daß die Holländer ihre Gasgewinnung bei einem weiter sinkenden Preis erheblich drosseln könnten, schlägt *Warner in den Wind.*

FRANKREICH / Handel investierte zu wenig im Ausland

Abwertung hilft Exporten

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Von der Franc-Abwertung ver*spricht sich die französische Regie*rung vor allem eine Verstärkung des Exports und damit günstige Auswirkungen für die Beschäftigungslage. Sie setzt dabei insbesondere auf die Bundesrepublik, den mit Abstand größten Auslandskunden. Dies um so mehr, als sich die deutsche Konjunktur in letzter Zeit wesentlich verbessert hat. Aber welchen Nutzen Frankreich daraus ziehen kann, hängt auch noch von anderen Faktoren ab.

Zunächst fragt es sich, wie weit die französischen Exporteure ihren Abwertungsvorteil an den ausländischen Kunden weitergeben. Bei früheren Abwertungen hatten sie ihn meist in die eigene Tasche gesteckt, um ihre Gewinnspannen aufzubessern. Diese Versuchung wird auch diesmal vor allem bei den Unternehmen groß sein, die wegen des überbewerteten Franc im Ausland kaum *noch verdienten – wie Frankreichs* Automobilindustrie auf dem deutschen Markt. Vielfach kann der *französische Exporteur aber auch aus* qualitativen Gründen nicht ohne weiteres durch Herabsetzung seiner Preise im Ausland mehr verkaufen.

Allgemein leidet die französische Industrie darunter, daß sie sich im Ausland nicht auf eine schlagkräftige *Absatzorganisation mit einem breit* angelegten Kundendienst stützen kann. Das ist – teilweise – die Folge davon, daß die französischen Investitionen im Ausland wegen der Devisenbewirtschaftung nicht genügend vorangetrieben werden konnten. Dank der jetzt ergriffenen Liberalisierungsmaßnahmen kann sich das allerdings ändern.

Abgesehen davon fehlt es in Frank*reich oft an den geeigneten Produk*tionskapazitäten, um zusätzliche Exportaufträge zu erfüllen. Daraus erklärt es sich, daß die von den ausländischen Kunden verlangten Lieferfristen vielfach nicht akzeptiert oder nicht eingehalten werden. Oft scheut man sich auch für „Gelegenheitsaufträge", *zusätzliches Personal* einzustellen, auf dem man dann sitzenbleibt. Deshalb hat die französische Industrie auch bei einer Belebung der Binnenkonjunktur der *ausländischen Konkurrenz Inlandsauf*träge überlassen.

Vorerst hat der deutsche Export nach Frankreich wenig zu befürchten. Vor der Abwertung wurden hohe Gewinne erzielt; leichte Einbußen aufgrund der monetären Belastung können ausgeglichen werden. In den letzten Jahren hatte sich das französische Defizit im Außenhandel mit der *Bundesrepublik* trotz der schwachen französischen Nachfrage und der guten deutschen Konjunktur weiter bis auf 28,5 Mrd. Franc (1985) erhöht. Davon dürften etwa 20 Mrd. *Franc auf den rein strukturell bedingten* Einfuhrüberschuß fallen, der kurzfristig nicht aus der Welt zu schaffen ist.

Rohdiamanten werden teurer

fu. London

Der größte Diamanten-Produzent der Welt, De Beers, wird von Anfang kommenden Monats an die Preise für ungeschliffene Rohdiamanten um durchschnittlich 7,5 Prozent erhöhen. *Die Preisanhebung, die mit der nächsten sogenannten „Besichtigung" am* 6. Mai in Kraft tritt (diese Verkaufs-Besichtigungen finden zehnmal im Jahr statt), gilt für alle rohen *Schmuck-Diamanten, die vom Verkaufsarm von De Beers,* der Central Selling Organisation CSO, für die verschiedenen Diamanten-Produzenten vermarktet werden. Über die CSO werden 80 Prozent der Welt-Diamantenförderung verkauft.

Die Preiserhöhung um durchschnittlich 7,5 Prozent wird sich auf die verschiedenen Qualitäten und *Größen unterschiedlich auswirken.* Wie ein Sprecher von De Beers gegenüber der WELT betonte, reflektieren die höheren Preise eine spürbare Nachfrageverbesserung nach Rohdiamanten in den Schleifzentren. Unverkennbar sei auch ein Anziehen der Nachfrage nach hochkarätigeren und teureren Rohdiamanten.

Bereits Anfang des Jahres hatte De Beers bei der Vorlage der Verkaufszahlen für 1985 erklärt, daß am Weltmarkt für Rohdiamanten nach Jahren der Depression eine merkliche Besserung eingetreten ist. So besserte sich das Verkaufsergebnis der CSO in der zweiten Hälfte 1985 auf Dollar-Basis um 18 Prozent gegenüber dem in der *gleichen Vorjahreszeit.*

EG-Erdöl reicht bis zum Jahr 2000

WILHELM HADLER, Brüssel

Die Erdölvorkommen *in der EG* werden, falls es bei den Fördermengen des Jahres 1984 bleibt, noch bis zum Ende dieses Jahrhunderts ausreichen. Dies geht aus Berechnungen *des Statistischen Amtes der Europäischen* Gemeinschaft hervor. Auch die Sowjetunion kann bei Aufrechterhaltung der bisherigen Förderung nur bis zur Jahrhundertwende auf eine eigene Produktion zählen. In den USA dürften die Ölquellen sogar schon 1993 versiegen.

Dagegen verfügt Saudi-Arabien noch über Vorräte von 93 Jahren, gefolgt von Iran (63 Jahre), Libyen (53 Jahre) und Mexiko (45 Jahre). Beim Erdgas kann die EG (ohne Spanien und Portugal) ihre gegenwärtige Erzeugung noch 21 Jahre lang aufrecht erhalten. Die Vorkommen in den USA reichen noch für zwölf Jahre, die der Sowjetunion für 64 Jahre.

Die größten Gasvorräte gibt es im Nahen und Mittleren Osten. Beim bisherigen Förderrhythmus kann mit einer Ausbeute für einen Zeitraum von 575 Jahren gerechnet werden. Die Vorräte Algeriens würden nach 79 Jahren zu Ende gehen.

Für Europa erweist sich die Kohle noch immer als die dauerhafteste der herkömmlichen Energiequellen. Die zu wirtschaftlichen Bedingungen auswertbaren Bestände beliefen sich 1984 auf 522 Produktionsjahre verglichen mit 336 in Australien, 317 in Südafrika, 308 in der UdSSR, 282 in *den USA und 229 in Polen.*

KERNTECHNIK '86 / Kampf gegen anklagendes Vokabular

Kein Zweifel an Sicherheit

HANS BAUMANN, Aachen

Mit einer „Aachener Erklärung" und einer großangelegten Unterschriftenaktion versuchen Wissenschaftler und Wirtschaftler auf der *Jahrestagung Kerntechnik '86 in Aachen* den bis vor kurzem durch alle etablierten Parteien gehenden Konsens über die friedliche Nutzung der Kernkraft wiederherzustellen.

Mit der Unterschriftenaktion der Kerntechnischen Gesellschaft, in der rund 2500 Fachleute der Kernenergie aus Wissenschaft und Wirtschaft zusammengeschlossen sind, soll *erreicht werden, daß in den Wahlkampfveranstaltungen* nicht länger ein Vokabular angewendet wird, das die Befürworter der Kernkraft in die Nähe von Verbrechern stellt.

Wie der *Vorsitzende* der Kerntechnischen Gesellschaft, Claus Berke, der auch Mitglied der Geschäftsführung des Deutschen Atomforums ist, vor der Presse in Aachen sagte, emp*finde die deutsche Kernindustrie* Freude darüber, daß der Wirtschafts- und Technologieminister von Nordrhein-Westfalen, Reimut Jochimsen, in Aachen erklärt habe, daß zwischen Technik und Politik auf dem Gebiet der Kernenergie differenziert werden müsse. Zu großer Hoffnung gebe auch Anlaß, daß Jochimsen verkündete, die Beamten in Nordrhein-Westfalen, die mit Kernkraftentscheidungen beschäftigt seien, würden unabhängig von politischen Tagesströmungen über die Inbetriebnahme des *Schnellen Brüters* von Kalkar entscheiden.

Kernpunkt der Aachener Erklärung ist, daß der Kernenergie zentrale Bedeutung zukomme, wenn sich Eu*ropa in der Spitzengruppe* der wirtschaftlichen und technologischen Entwicklung halten wolle. Sie habe die Aufgabe, gemeinsam mit dem Energierohstoff Kohle die Brücke in das Nach-Ölzeitalter zu schlagen.

Auf die Frage, ob die Stimmen im Recht seien, die der Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoff nachsagen, sie sei technisch nicht ausgereift, ant*wortet Berke mit dem Hinweis,* daß die Wiederaufarbeitung militärisch und wirtschaftlich seit Jahrzehnten erprobt sei. Karlsruhe beherrsche diese Technik, wenn auch die Anlage *nur ein Zehntel so groß sei wie* die, die jetzt in Wackersdorf entstehe. 69 Prozent der Bürger stimmten heute der Kernenergie zu, weil sie mithelfe, die Energieversorgung für Generatio*nen zu sichern. Jetzt werde die* Wiederaufarbeitung als letztes Glied des geschlossenen Brennstoffkreislaufes gebaut. Man sei sicher, daß die Anlage in der dafür vorgesehenen Zeit ihren Betrieb aufnehmen werde. Das gleiche gelte für den Schnellen Brüter von Kalkar, der wahrscheinlich im Mai beladen werde. Die erforderlichen Genehmigungen erwarte man von der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen. Die letzte Teilerrichtungsgenehmigung werde im September erwartet.

IWF-FRÜHJAHRSTAGUNG / Kritik an Budgetdefiziten – Stoltenberg mit Gesprächen zufrieden – Keine Zielzonen für Währungen vorgesehen

Mitglieder wollen an eingeschlagenem Kurs festhalten

H.-A. SIEBERT, Washington

Auf der Frühjahrstagung des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank in Washington hat sich der Zehnerklub, dem die größten westlichen Industriestaaten und die Schweiz angehören, für die Fortsetzung des bisherigen Kurses ausgesprochen, der auf ein inflationsfreies Wirtschaftswachstum und einen expandierenden Welthandel zielt. Voraussetzung dafür bleiben, wie es im Kommunique heißt, gesunde Wirtschaftspolitiken und der Verzicht auf protektionistische Schranken.

Die Schuldnerländer, Geschäftsbanken und multilateralen Organisationen werden aufgefordert, wo immer zweckmäßig, ihre Bemühungen um eine makroökonomische und strukturelle Anpassung zu verstärken, damit dauerhaftes Wachstum und tragbare externe Zahlungspositionen erreicht werden können. Die Finanzminister bestätigen die Bereitschaft der Industriestaaten, den inter*nationalen Institutionen* ausreichende Mittel zur Verfügung zu stellen. Der Pariser Klub bietet Ländern, die vom IWF unterstützte Anpassungsprogramme durchführen, Umschuldungen an. Zugesagt wurde auch, bei der erneuten Vergabe von Exportkrediten zusammenzuarbeiten.

Die Diskussion über die Funktionsweise des Währungssystems und die internationale Liquidität wird weiter im *Rahmen des IWF* geführt. Eine Schlüsselrolle kommt der Überwachung der Wirtschaftspolitiken zu, *die mit den internationalen* Erfordernissen in Einklang stehen sollen. Mit keinem Wort erwähnt wurden die Zielzonen.

Entsprechend zufrieden zeigte sich Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg über den Verlauf der Währungsgespräche. Vor Journalisten sagte der Minister, er habe überwiegend Zustimmung für die deutsche Position gefunden, wonach Zielzonen für die wichtigsten Währungen wie Dollar, Yen und D-Mark, neue Diskussionsgremien oder eine *große* internationale Währungskonferenz nicht der richtige Weg seien.

Die Benutzung von Indikatoren für die Feststellung der wirtschaftspolitischen Konvergenz wurde als nützlich angesehen. Der IWF wurde mit einer *Studie über mögliche Indikatoren* und ihre Verwendung beauftragt.

Nicht zufrieden ist andererseits der Stab des IWF mit den Fortschritten, die in den Industrienationen bei der Kontrolle der Staatsausgaben, dem Abbau der Haushaltsdefizite und der Rückkehr zu den Kräften des Marktes erzielt worden sind. In seinem jetzt vorgelegten „Weltwirtschaftlichen Ausblick" beklagt er die Schwachen, die aus der ungleichmäßigen Umsetzung dieser vielversprechenden Strategie resultieren. Gescholten werden vor allem die USA, aber auch Kanada und Italien wegen ihrer nach wie vor zu hohen Lücken im Budget.

Nach Auffassung des IWF sind die enormen Haushaltsdefizite der Grund dafür, daß die Realzinsen historisch hoch bleiben. Sie wirken sich überdies negativ auf die Wechselkurse und Zahlungsbilanzen aus, *was die* Gefahr einer destabilisierenden Verschuldung vergrößert. Den europäischen Ländern wird der geringe Erfolg bei der Beseitigung der struktu*rellen Rigiditäten vorgeworfen,* das Ergebnis sei die hartnäckige Arbeitslosigkeit. Japan hat sich schuldig gemacht, weil es die Aufblähung seiner Leistungsbilanzüberschüsse nicht verhindert. Ein kritischer Punkt bleibt der Protektionismus.

Der Fonds begrüßte den Versuch der USA, mit Hilfe des Gramm-Rudman-Gesetzes den Rekord-Haushaltsdefiziten zu Leibe zu rücken, empfiehlt aber eine größere Flexibilität. Mittelfristig seien die Folgen positiv; anfangs wurde die Inlandsnachfrage gebremst. Die US-Zinsen würden *sinken, unter Druck gerate* die Dollar-Parität. Laut IWF erhalten Deutschland und Japan einen größeren wirtschaftspolitischen Spielraum. Für Bonn heißt das, daß sich bei einer *Abschwächung des Wachstums ein* Vorziehen der zweiten Steuersenkung anbietet, vorausgesetzt, die Nachfrage bleibt schwach.

Um die strukturellen Starrheiten auf den europäischen Arbeitsmärkten abzuschleifen, schlägt der Stab eine größere Beweglichkeit in der Entlohnung vor und verweist auf das japanische Bonussystem. Empfohlen werden überdies steuerliche Entlastungen sowie eine verbesserte Umschulung und Umzugshilfen. In die *Reformen einbezogen* werden sollten auch die Investitionspolitiken.

*Zusammengefaßt wiesen die Lei*stungsbilanzen der Industrienationen in diesem Jahr einen Überschuß in Höhe von 13,5 Mrd. Dollar aus, in der gesamten Dritten Welt beträgt das Defizit 69 Mrd. Dollar. 1987 rutschen die Industriestaaten mit 9,3 Mrd. Dollar wieder ins Minus, während sich das Defizit der Entwicklungsländer vermindert. Das Realwachstum in der Dritten Welt beträgt in beiden Jahren 3,0 und 3,4 *Prozent.*

Konjunktureller Datenkranz der „Großen Sieben"

Veränderungen in Prozent (1986/87)	Industriestaaten	USA	Deutschland	Frankreich	Italien	Großbritannien	Kanada	Japan
Realwachstum	3,9 3,2	2,9 3,5	3,7 2,7	2,4 2,3	3,3 2,3	2,6 2,1	3,3 3,3	3,0 3,2
Reale Inlandsnachfr.	3,6 3,4	3,8 3,3	4,1 3,6	3,0 2,9	3,5 3,4	3,3 2,4	3,0 2,7	4,2 4,4
Verbraucherausgaben	3,3 3,4	2,8 3,5	4,4 3,7	2,8 2,6	3,2 3,4	3,9 3,7	3,2 2,3	3,5 4,0
Öffentl. Verbrauch	1,6 1,4	1,4 1,1	2,3 2,0	1,0 1,6	2,0 2,0	0,8 0,4	2,8 2,4	2,0 2,0
Bruttoinvestitionen	5,6 4,2	6,2 4,0	4,7 4,8	5,1 5,2	4,0 3,0	4,4 0,5	4,0 3,1	6,0 5,5
Außenposition / BSP	-0,7 -0,2	-0,8 0,2	-0,4 -0,3	-0,7 -0,6	-1,1 -1,0	-0,4 -0,3	0,3 0,6	-1,2 -1,1
Verbraucherpreise	2,8 2,9	3,1 3,1	- 1,0	2,2 2,1	6,0 5,3	3,8 3,0	5,5 4,0	0,5 1,3
Arbeitslosenrate	8,1 7,9	7,0 6,7	7,8 7,6	11,0 11,0	10,6 10,8	13,1 13,0	10,0 9,8	3,0 3,1
Stundenlöhne	4,7 4,6	3,9 4,2	4,4 3,4	4,9 3,9	9,5 6,5	6,6 7,9	4,7 4,5	3,4 3,5
Produktivität	2,5 2,9	2,5 3,4	2,7 2,3	4,3 3,7	2,2 2,3	3,1 3,0	1,3 0,9	1,5 2,3

Quelle: Internationaler Währungsfonds

SÜDKOREA / Große Bindung an USA und Japan

Interesse an Europa steigt

dpa/VWD, Seoul

Mit dem heute beginnenden Arbeitsbesuch des südkoreanischen Präsidenten Chun Doo Hwan in Bonn und seinen Visiten in London, Paris und Brüssel verbindet Südkoreas Wirtschaft die Hoffnung, sich schrittweise von der bisherigen Dominanz der Haupthandelspartner USA und Japan zu lösen. Wie mit anderen Ländern der EG will Korea auch mit der Bundesrepublik die Handelsbeziehungen ausweiten. Außerdem hofft Seoul auf Technologietransfer und deutsche Direktinvestitionen. Ob die Diversifizierung kurzfristig gelingt, bezweifeln westliche Beobachter in Seoul.

Mit einem Handelsvolumen von 1,96 Mrd. US-Dollar (bei ausgeglichener Bilanz) war die Bundesrepublik 1985 größter Handelspartner Südkoreas in Europa. Auch bei den Direktinvestitionen lagen deutsche Unternehmen mit 10,7 Mill. Dollar in der EG an erster Stelle. Verglichen mit *den USA und Japan* ist das deutsche europäische Engagement in Südkorea jedoch gering. Mehr als die Hälfte des koreanischen *Handels* entfallen auf Japan und die USA. Unternehmen aus beiden Ländern halten bei den bisherigen Direktinvestitionen einen Anteil von 75 Prozent.

Die Abhängigkeit von seinen traditionellen Partnern wird in Seoul als zunehmend schmerzhaft empfunden: Wachsende protektionistische Neigungen in Washington gefährden koreanische Exporte in die USA, gleichzeitig sorgt die Aufwertung des japanischen Yens für eine weitere Verteuerung der Importrechnung der in vielen Bereichen von japanischen Vorprodukten abhängigen koreanischen Industrie. 1985 mußte das Land im Handel mit Japan ein Defizit von 2,45 Mrd. Dollar hinnehmen.

Eine Verlagerung koreanischer Exporte nach Europa bei gleichzeitig höheren Importen aus der EG würde nach Auskunft von Seouler Wirtschaftsplanern den protektionistischen Druck Washingtons lindern und die Abhängigkeit von Einfuhren aus Japan mildern. Textilien, Schuhe und Lederprodukte sind die klassischen Angebote Südkoreas in Europa und der Bundesrepublik. Getreu der Devise der Regierung, daß die Zukunft des Landes in Entwicklung und Verkauf von Spitzentechnik liege, will Seoul in absehbarer Zeit jedoch auch mit hochwertiger Elektronik erfolgreich sein. Den – inzwischen schon mit einem EG-Einfuhrzoll von 14 Prozent belegten – koreanischen Videorekordern sollen Halbleiter und Computer folgen.

Für deutsche Unternehmen könnte Südkorea als Zwischenhändler auch zum Sprungbrett nach China werden. In Korea sehen die Deutschen Chancen beim Absatz von hochwertigen Chemieprodukten, Maschinen und Zubehör für die Automobilindustrie.

Morgan Guaranty baut mit Anleihen in immer mehr Währungen ihre herausragende Stellung auf den internationalen Kapitalmärkten aus

Erstklassige Schuldner nutzen in steigendem Maße die internationalen Kapitalmärkte zur Sicherstellung ihres Finanzierungsbedarfs. Und sie beauftragen Morgan Guaranty mit der Federführung von Anleihen in immer mehr Währungen. Die Mandate gehen an Morgan, weil wir über die erforderliche Kapitalausstattung und die weltweite Expertise verfügen, um die vorteilhafteste Finanzierung zu verwirklichen – in jeder Währung.

Erste Adressen brauchen eine Führungsbank, die an den wichtigsten internationalen Wertpapiermärkten vertreten ist und dort attraktive Finanzierungen nachweisen kann. Bei einer Zusammenarbeit mit Morgan erhalten unsere Kunden aber noch wesentlich mehr.

Sie haben erkannt, daß unsere starke Kapitalausstattung – mit Eigenmitteln von mehr als $5 Milliarden – bei Arbitragegeschäften weniger Kosten und geringeres Risiko bedeutet. Außerdem können Ihnen unsere Zins- und Währungsspezialisten langfristige Dollarmittel zu erheblich geringeren Kosten beschaffen.

Im vergangenen Jahr haben sich die internationalen Emissionsaktivitäten überwiegend im Nicht-Dollar-Bereich abgespielt. Hier Beispiele, wie wir die internationalen Märkte für unsere Kunden genutzt haben:

Deutsche Mark. Morgan Guaranty GmbH führte eine Anleihe über DM 265 Millionen für R. J. Reynolds, die mittels Swaps in U.S. Dollar umgewandelt wurden. Dies war die erste Euro-DM-Festsatzanleihe unter der Federführung einer Auslandsbank.

Französische Franken. Wir waren Co-Lead-Manager für acht Francs-Anleihen. Gemeinsam mit zwei französischen Banken haben wir den Euro-Francs-Markt mit einer Anleihe für Gaz de France wiedereröffnet. Danach führten wir die Francs-Anleihen für IBM France, das Königreich Schweden, Mobil, Electricité de France und Unilever.

ECU. Morgan war Lead- oder Co-Lead-Manager bei zehn ECU-Anleihen, darunter eine über ECU 100 Millionen für Security Pacific Australia, die in U.S. Dollar geswapt wurde.

Schweizer Franken. Morgan Guaranty (Switzerland) Ltd führte Schweizer Franken-Anleihen für PepsiCo, Olivetti, R. J. Reynolds, die Weltbank, ITT und Chrysler und wirkte bei 42 Anleihen als Co-Lead oder Co-Manager mit. Die Weltbank-Emission war die erste Zero-Coupon-Anleihe im Schweizer Markt, während die Anleihe für R. J. Reynolds mit SF 275 Millionen die größte bis dahin in der Schweiz begebene Anleihe einer U. S. Gesellschaft darstellte.

Pfund Sterling. Morgan führte Euro-Sterling-Anleihen für British Petroleum, Sterling Drug und N.V. Amev. Ferner leitete Morgan das Anleihekonsortium einer US $ 100-Millionen-Anleihe für Minnesota Mining & Manufacturing, bei der es sich um die erste Sterling-Dollar-Anleihe überhaupt handelte.

Australische Dollar. Morgan führte sieben A$-Anleihen; unter anderem für die Bank of Tokyo und für die Dresdner Bank.

Neuseeland Dollar. Im letzten Jahr haben wir zehn N.Z. Dollar-Anleihen geführt, darunter eine NZ$ 75 Millionen-Emission für Coca-Cola Financial, die in U.S. Dollar geswapt wurde.

Italienische Lire. Morgan war Co-Lead-Manager für die erste Lire-Anleihe einer U.S. Gesellschaft: mit Lit 50 Milliarden für United Technologies.

Dänische Kronen. Die ersten beiden Anleihen im Euro-DKr-Markt, der sich im letzten Jahr etabliert hat, erfolgten unter Morgan's Federführung.

Yen. J. C. Penney haben wir über Euro-Yen-Anleihen in Kombination mit einem Währungsswap U.S. Dollar beschafft, und zwar zu einem Zinssatz, der unter der Rendite von U.S. Treasury Bonds liegt.

Stellen Sie uns auf die Probe. Lassen Sie uns beweisen, daß unser Kapitalmarktservice dem für die Morgan Bank traditionellen hohen Standard an Qualität und Können entspricht.

Eine Auswahl der von Morgan Guaranty geführten Nicht-Dollar-Emissionen in 1985

Emittent	Währung	Betrag
Bank of Tokyo	A$	50 Mio
British Petroleum	¥	17 Mrd
British Petroleum	£	50 Mio
Chrysler Financial	SF	160 Mio
Chrysler Financial	NZ$	65 Mio
Coca-Cola Financial	NZ$	75 Mio
Europäische Investmentbank	DKr	250 Mio
Ferrovie	£	100 Mio
Gaz de France	FF	500 Mio
IBM Credit	NZ$	60 Mio
IBM France	FF	700 Mio
IBM World Trade	ECU	150 Mio
Königreich von Schweden	FF	500 Mio
Marubeni	C$	200 Mio
Mass Transit Railway (Hong Kong)	HK$	700 Mio
McDonald's	¥	25 Mrd
Mobil	FF	500 Mio
Nordische Investmentbank	DKr	200 Mio
N.V. Amev	£	50 Mio
Olivetti	SF	100 Mio
PepsiCo	SF	130 Mio
Peugeot	FF	500 Mio
R. J. Reynolds	DM	265 Mio
R. J. Reynolds	SF	275 Mio
Security Pacific	ECU	100 Mio
Sterling Drug	£	30 Mio
Syntex	¥	20 Mrd
Unilever	FF	250 Mio
United Technologies	Lit	50 Mrd
Weltbank	SF	600 Mio

Morgan Guaranty GmbH, Mainzer Landstraße 46, 6000 Frankfurt 1, ☎ (0 69) 72 25 02

Morgan Guaranty Ltd, 30 Throgmorton Street, London EC2N 2NT, ☎ (1) 600-7545

The Morgan Bank

MOTO METER

Investitionstempo stark beschleunigt

nl. Stuttgart

Ein kräftig beschleunigtes Investitionstempo legt die Moto Meter AG, Leonberg, einer der führenden Hersteller von Kfz-Armaturen, vor. In 1985 investierte das Unternehmen mit 12 Mill. DM fast zweieinhalb Mal soviel wie im Jahr davor, wobei die Schwerpunkte bei der Erweiterung des Betriebsgeländes und der -gebäude lagen. Der Umsatz der Firma hat sich im Berichtsjahr um 14,1 Prozent auf 141 Mill.DM erhöht. Im wichtigsten Geschäftszweig, nämlich der Lieferung von Instrumenten für die Kfz-Erstausrüstung, sei die Marktposition weiter ausgebaut worden.

Auch der Vertrieb von Kfz-Zubehör-Instrumenten (einschließlich EG-Fahrtenschreiber) stieg kräftig und macht nunmehr gut 18 Prozent des Umsatzes aus. Die Exportquote vergrößerte sich auf *21,9 (19,5)* Prozent. Auf Sachanlagen wurden 5,4 (3,2) Mill. DM abgeschrieben. Es wird ein Jahresüberschuß von 3,01 (2,04) Mill. DM ausgewiesen, von dem 1,5 Mill. DM in die Rücklagen eingestellt werden. Der HV am 21. Mai wird vorgeschlagen, für 1985 eine Dividende von unverändert 12 Prozent und einen Bonus von 2 Prozent auf das auf 12 (10) Mill. DM erhöhte Aktienkapital auszuschütten. Die jungen Aktien sind dabei zur Hälfte dividendenberechtigt. Am Grundkapital ist die Thesaurus Continentale Effekten Gesellschaft, Zürich, *mit mehr als 25* Prozent beteiligt.

Die Zahl der Mitarbeiter hat sich aufgrund der günstigen Geschäftsentwicklung um 100 auf 1135 Mitarbeiter erhöht. Im Hinblick auf die weitere Geschäftsentwicklung gibt sich die Verwaltung „hoffnungsvoll". Die nochmals aufgestockte, solide finanzielle Ausstattung bilde eine wesentliche Grundlage der Entwicklung.

ENERGIEPOLITIK / Veba-Chef von Bennigsen: Zersplitterung der deutschen Stromlandschaft überdenken

Billige Kernenergie nützt auch der Kohle

HANS BAUMANN, Düsseldorf

„Kläger wäre es – auch im Interesse der heimischen Kohle – wenn sich Nordrhein-Westfalen des billigen Stroms aus Kernenergie bedienen *könnte, weil der Kohlevorrang gegenwärtig kontraproduktiv ist.*" Rudolf von Bennigsen-Foerder, Vorstandsvorsitzender der Veba AG, Düsseldorf, *und Aufsichtsratsvorsitzender* der Ruhrkohle AG, Essen, verweist auf die Probleme der stromintensiven Betriebe, die in ihrer Existenz vom *hohen Strompreis in der Bundesrepublik* bedroht seien. „Wir arbeiten hier an Lösungen", sagte er vor der Wirtschaftspublizistischen Vereinigung in Düsseldorf, *man müsse* dabei auch die Möglichkeit der Arbeitsteilung *im Auge haben.*

Zum erstenmal nach dem Zweiten Weltkrieg gerieten in der Industrienation Bundesrepublik Deutschland Industriezweige wegen *hoher* Energiekosten in Bedrängnis. Diese Tatsache *werde die politische Akzeptanz der* Energieversorgungsunternehmen belasten. Daher hält von Bennigsen es für ratsam, die „Zersplitterung der deutschen Stromlandschaft" zu überdenken. „Da bekommt man zwar die Kommunen an den Hals", meint von Bennigsen, aber das Fürchten habe er sich abgewöhnt.

Mit Sorge betrachtet der Veba-Chef die Kommunalisierung der Energiepolitik. Das Bundesenergieprogramm sei zuletzt 1981 fortgeschrieben worden. Jetzt erwäge Bonn lediglich eine Situationsbeschreibung ohne Zahlen und ohne Programme. In diese Lücke, so von Bennigsen, stießen die Länder, die mit eigenen Programmen das entstandene Vakuum zu füllen versuchten. Energiepolitik aber müsse Bundespolitik bleiben. Hierher gehört nach seiner Meinung auch die volkswirtschaftlich so schädliche Wiederbelebung der Kernkraftkontroverse. „Man muß wohl sehen, *daß am kürzeren Hebel* die Kohle sitzen wird", meint von Bennigsen.

Wie stark gerade die Kohle vom Ölpreisverfall bedroht sei, zeige allein die Tatsache, daß die Preisdifferenz zwischen heimischer Kokskohle und der am Weltmarkt rund 100 Mark je Tonne betrage. Bei einem Volumen von rund 30 Mill. Tonnen im Jahr stehe der Staat vor Kokskohlesubventionen in der Größenordnung von 2,5 bis 3 Mrd. Mark.

Zur Diskussion um eine Heraufsetzung des Kohlepfennigs sagte von Bennigsen, daß man Verständnis für die Länder haben könne, die keine Kohle förderten, aber erneut zur Kasse gebeten werden sollten. Bei einer Heraufsetzung des Kohlepfennigs kassierten die Kohleländer Saar und Nordrhein-Westfalen rund 250 Mill. Mark mehr als bisher. Bisher kassierten die Kohleländer 1,2 Mrd. Mark im Jahr, *bezahlten aber nur 750 Mill.* Mark. Komme es doch zu der diskutierten Heraufsetzung, so bezahlten sie künftig 1,3 Mrd. Mark und nähmen 2 Mrd. ein.

Rudolf von Bennigsen-Foerder
FOTO: WOLF P. PRANGE

Von Bennigsen spricht sich gegen jede Art von Abgaben aus – auch beim Kohlepfennig. Er zitierte Bayerns Wirtschaftsminister Jaumann, der sich dafür ausgesprochen hat, den Kohlepfennig unverändert zu lassen, weil es uneinsichtig sei, daß ausgerechnet elektrische Energie gerade in Zeiten fallender Energiepreise teurer werden solle.

Wann werden denn im Ölpreiskrieg die Waffen gestreckt? Von Bennigsen sieht sich nicht in der Lage, „mehr als Kaffeesatzleserei" zu betreiben. Er fragt zurück, ob Saudi-Arabien wirklich die Randpositionen in der Weltölförderung ausschalten wolle, etwa neue Felder in der Nordsee. *Ferner will auch er gern wissen,* ob die Saudis überhaupt die politische Kraft dazu haben. Der Besuch des US-Vizepräsidenten George Bush jedenfalls habe am Rohölmarkt ein kleines Zwischenhoch beschert, das durch die *Kampfmaßnahmen* in Norwegen gestützt worden sei. Nicht übersehen werden dürfe, daß Saudi-Arabien im März 4,2 Mill. Faß Öl pro Tag gefördert habe und damit nach wie vor unter seiner Förderquote von 4,35 Mill. Faß geblieben sei. Er zitiert auch den internationalen Ölberater in London, Paul Frankel, der sicher ist, daß Ende 1986 die Mengen am internationalen Ölmarkt wieder ausgeglichen sein werden.

HOECHST / Dividende wird auf guter Basis angehoben

Doppellast aus den USA

JOACHIM WEBER, Frankfurt

„Die Hoechst AG wird einen guten Jahresabschluß vorlegen", heißt es lakonisch, aber vielsagend im vorläufigen Jahresüberblick des Chemiekonzerns. Und, sehr viel klarer: „Der Vorstand wird dem Aufsichtsrat vorschlagen, die Dividende anzuheben." Für 1984 hatten die Hoechster 9 DM pro Aktie ausgeschüttet.

Die Basis für eine Erhöhung sieht gesund aus. Obwohl der Chemieriese Ertragseinbußen bei den US-Töchtern zu verkraften hatte und zusätzlich der für die Umrechnung maßgebliche Dollarkurs um mehr als 20 Prozent zurückging, steigerte er den weltweiten Gewinn vor Steuern um elf Prozent auf 3,16 (2,85) Mrd. DM.

Das Stammhaus legte demgegenüber noch das doppelte Tempo vor. Verbesserungen im laufenden Geschäft, und bei den Beteiligungen, geringere Zinslasten und Rückstellungen ließen den Gewinn vor Steuern der AG um 22 Prozent auf 1,62 (1,33) Mrd. DM steigen. Damit erreichte die Mutter eine Umsatzrendite von 10,6 (9,3) Prozent, die deutlich über den – gleichfalls alles andere als unbefriedigenden – 7,4 (6,9) Prozent der Weltgruppe lag.

Hinter den Ertragszuwächsen stehen, wie in der gesamten Großchemie, vergleichsweise bescheidene Umsatzsteigerungen. Mit 42,7 (41,5) Mrd. DM setzte der Konzern weltweit nur 3 Prozent mehr um als im Vorjahr. *Die Zunahme war überwiegend* mengenbedingt. Erstmals wurde sie wieder stärker vom Inlandsgeschäft getragen, das um 5 Prozent auf 10,6 (10,2) Mrd. DM wuchs.

Die Auslandsumsätze nahmen nur um gut 2 Prozent auf 31,9 (31,2) Mrd. DM zu, obwohl die Umsätze aus ausländischer Produktion um gut 4 Prozent auf 17,3 Mrd. DM ausgeweitet wurden. Gut liefen die Geschäfte vor allem in Westeuropa, während die US-Umsätze auch in Landeswährung zurückgingen, Folge vor allem des Preisdrucks in mehreren Bereichen.

Freude bereiteten in erster Linie die Bereiche Farbstoffe, Pigmente und Vorprodukte, Industriegase und Schweißtechnik (Messer-Griesheim), Pharma sowie Tenside und Hilfsmittel. Zudem seien neue, zukunftsorientierte Tätigkeitsfelder aufgenommen oder intensiviert worden, heißt es im Zwischenbericht.

Auch beim Umsatz legte die AG stärker zu als der Weltkonzern. Mit 15,3 (14,3) Mrd. DM übertraf sie ihr Vorjahresvolumen um gut 7 Prozent. Dabei legte das Inlandsgeschäft um 9 Prozent auf 6,84 (6,26) *Mrd.* DM, das Auslandsgeschäft um 6 Prozent auf 8,51 (8,04) Mrd. *DM zu. Ohne die* deutlich erhöhten konzerninternen Lieferungen *hätten die – mit dem Vorjahr* vergleichbaren – Zuwachsraten bei *gut 4 und gut 7* Prozent gelegen.

DEUTSCHE BANK / Stärkung des Eigenkapitals

Enttäuschung an der Börse

cd. Frankfurt

Enttäuschung hat in Börsenkreisen gestern der Verzicht der Deutschen Bank auf eine Dividendenerhöhung oder die Ausgabe von Berichtigungsaktien ausgelöst. Wie im größten Teil unserer gestrigen Ausgabe berichtet, zahlt die Bank eine unveränderte Bardividende von 12 Mark, was unter Berücksichtigung der vollen Dividendenberechtigung der jungen *Aktien aus der Kapitalerhöhung* von Ende 1985 einem Satz von effektiv 12,72 DM entspricht. Die Bank *hat* im Konzern und in der AG einer deutlichen *Eigenkapitalverstärkung* den Vorrang gegeben. Aus den 1985 erwirtschafteten Jahresüberschüssen erhöht sie die offenen Rücklagen im Konzern um 481 Mill.DM, wovon 278 (150) Mill.DM auf die AG entfallen.

Darüber hinaus stellt die Deutsche Bank im Konzern 230 Mill.DM aus aufgelösten stillen Reserven in die offenen Rücklagen ein – 100 Mill. DM bei der AG, je 40 Mill. DM bei den beiden Hypothekenbanktöchtern und 50 Mill. DM bei der Berliner Tochter.

Die auf den ersten Blick überraschend erscheinende Auflösung stiller versteuerter Reserven (gem. Paragraph 26 KWG) hat steuerliche Gründe und ist nicht etwa, wie gelegentlich vermutet, damit zu erklären, daß die Bank einen kleinen Teil ihrer auf Länderrisiken *gebildeten* Vorsorge nicht mehr benötigt und deshalb auflöst. *Die hinter der Reserveauflösung* und gleichzeitigen Bildung neuer stiller *Reserven steckende* Philosophie ist eine Verbesserung der „steuerlichen Qualität" der stillen Reserven. Im Falle eines Rückgriffs auf die jetzt aufgelösten und noch vor der Körperschaftsteuerreform gebildeten stillen Reserven müßte die Bank nämlich höhere Steuern zahlen als bei Verwendung von nach der Reform gebildeten stillen Reserven.

CREDITREFORM / Umfrage beim Handwerk

Wieder mehr Investitionen

adh. Frankfurt

Eine günstige Ordersituation, die „alles in allem" zu einer optimistischen Grundhaltung im Handwerk führt, sieht die Wirtschaftsauskunftei Creditreform nach einer Handwerks-Befragung. Der mit erheblicher Zeitverzögerung beim Handwerk eingetretene Konjunkturaufschwung zeige sich jedoch von Branche zu Branche mit großen Unterschieden. Beim Bauhandwerk und eng damit verbundenen Zweigen gebe es nach wie vor deutliche Schwächeanzeichen.

Insgesamt sind die Handwerksmeister weitaus optimistischer als noch vor Jahresfrist. Belegen läßt sich das auch mit den Investitionsplänen: *Erstmals seit 1983 ist die Zahl der* Investitionswilligen in diesem Frühjahr deutlich *auf gut 43 Prozent* angestiegen, dabei werden von 11,5 Prozent *der Betriebe Erweiterungsinvestitionen* geplant. Mehr als 60 Prozent planen für dieses Jahr auch wieder Neueinstellungen, nur 16 Prozent aber glauben, *ihren Bedarf* über das Arbeitsamt decken zu können.

Bei ihren Umsatzerwartungen sind die Handwerksbetriebe noch zurückhaltend. Mehr als die Hälfte rechnet mit stabilen, ein Drittel sogar mit sinkenden Umsätzen. Denn die bessere Auftragssituation wird nach Beobachtungen von Creditreform in vielen Fällen mit gesunkenen Angebotspreisen erkauft. Dadurch habe sich in vielen Betrieben die ohnehin unbefriedigende Ertragssituation weiter verschlechtert. Dies und auch ein merklich schlechteres Zahlungsverhalten der Handwerkskunden hat auch die Zahlungsmoral der Handwerksbetriebe negativ beeinflußt: *Für Januar und Februar meldet Creditreform einen Anstieg der „schleppend" zahlenden* Handwerksbetriebe auf 14,4 (1985: 12) Prozent.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Viag an der Börse

Berlin (dpa/VWD) – Berlin wird die Heimatbörse der bundeseigenen Vereinigten Industrieunternehmen AG (Viag), die im Juni in einem ersten Schritt privatisiert wird. Dies teilten die Vorstandssprecher Werner Lamby und Rudolf Escherich bei einer *Präsentation des Konzerns in Berlin* mit. Der Bund als bisheriger Haupt*aktionär bietet 40 Prozent* des Grundkapitals von nominell 580 Mill. DM, *das sind* 232 Mill. DM, *privaten* Anlegern an. Die Aktien werden vom 11. Juni an gehandelt und notiert. Der Ausgabekurs werde auf der Bilanzpressekonferenz am 28. Mai festgelegt, das Volumen dürfte in der Größenordnung von 0,5 bis 1 Mrd. DM liegen. Bis auf Belegschaftsaktien werden normale Aktien ohne Stimmrechtsbeschränkung ausgegeben. Sie sind für 1986 dividendenberechtigt. Die Plazierung wird von einem Bankenkonsortium unter Führung der Deutschen Bank vorgenommen. Zeichnungsfrist ist der 3. bis 5. Juni.

Bayernwerk erhöht

München (dpa/VWD) – Die Hauptversammlung der Bayernwerk AG, München, hat beschlossen, für das Geschäftsjahr 1984/85 (30. 9.) eine Dividende von zehn Prozent auszuschütten. 1983/84 waren neun Prozent gezahlt worden. Am Grundkapital von 932 Millionen DM sind der Freistaat Bayern mit knapp 60 Prozent sowie die bundeseigene Viag AG (Bonn) mit rund 40 Prozent beteiligt. Der Jahresüberschuß für das Geschäftsjahr 1984/85 belief sich auf 126 Millionen DM nach 105 Millionen DM im Vorjahr.

Reprivatisierung?

Paris (J.Sch.) – Die Familie Rothschild bereitet sich auf den Rückerwerb ihres unter der sozialistischen Regierung verstaatlichten Pariser Bankhauses und auf die Übernahme anderer, von der Privatisierungsaktion der neuen Regierung betroffenen Unternehmen vor. *Zu diesem Zweck* haben jetzt die privat gebliebene Compagnie Financière von Edmond de Rothschild und die PO-Banque von David de Rothschild zusammen mit Rothschild & Sons in London unter der Bezeichnung „Saint-Honoré-Matignon" eine Investmentgesellschaft gegründet, die mindestens 200 Mill. Franc für entsprechende Finanztransaktionen bereitstellen soll. Die Gesellschaft hofft sich dabei auf mindestens 200 Investoren zu stützen. Die britischen Rothschilds haben sich bereits bei der Privatisierung der British Gas den Ruf eines Denationalisierungsspezialisten erworben.

Anhebung plus Bonus

München (sz.) – Die Ausschüttung *einer auf 12 (9) DM erhöhten Dividende* je 100-DM-Aktie sowie einen Jubiläumsbonus von 1 DM für das 100. Geschäftsjahr 1985 plant die Wanderer Werke AG, München. Die jungen Aktien aus der Kapitalerhöhung auf 14 (12) Mill. DM des vergangenen Jahres sind zur Hälfte dividendenberechtigt. Die Hauptversammlung findet am 11. Juli in München statt.

ZF-Lizenz für Iran

Stuttgart (nl.) – Die Zahnradfabrik Friedrichshafen AG (ZF) hat einen *Vertrag über technische Zusammen*arbeit mit der Idustrial Development and Renovation Organization of Iran, Teheran, abgeschlossen. Der Koope*rationsvertrag sieht die Fertigung von* jährlich 43 500 Getrieben für die in Iran *bereits produzierten Nutzkraft*wagen vor. ZF übernimmt die Planung der Getriebefabrik, deren Produktion bereits 1986 anlaufen soll.

Sony-Lizenz für Bosch

Stuttgart (nl.) – Die Robert Bosch GmbH, Stuttgart, hat für ihren Geschäftsbereich Fernsehanlagen mit der Sony Corporation Vereinbarungen über den Austausch von Lizenzen auf dem Gebiet professioneller Video-Kameras und -Aufzeichnungsgeräte abgeschlossen. Damit erweitere Bosch, wie mitgeteilt wird, sein Programm auf dem Gebiet der elektronischen Berichterstattung um Geräte des Beta- und des Beta-S-P-Formats für die elektronische Außenproduktion.

BADENIA BAUSPARKASSE / Zuteilungsfristen stabil

Neugeschäft kräftig erhöht

nl. Stuttgart

Mit deutlich überdurchschnittlichen Zuwachsraten im Neugeschäft kann die Badenia Bausparkasse AG, Karlsruhe, die unter den privaten Bausparinstituten den vierten Rang einnimmt, aufwarten. Im vergangenen Jahr ist die Zahl der neueingelösten Verträge um 25,7 Prozent auf 72 578 Verträge gestiegen; den Bausparsummen ist das Neugeschäft um *16 Prozent* auf *2,46 Mrd.* DM gewachsen. Damit hat sich sich die durchschnittliche Bausparsumme im Neugeschäft auf 33 900 (36 800) DM verringert.

Der Marktanteil der Badenia hat *sich im vergangenen Jahr von 3,1 auf* nunmehr 4,5 Prozent vergrößert. Der *Badenia-Vorstandsvorsitzende* Achim Zink sieht die wesentlichen Ursachen für diesen Erfolg darin, daß das Institut seine Geschäftspolitik vor allem auf den langsam ansparenden Kunden aus dem finanziellen Mittelfeld ausgerichtet habe. Großverträge und sogenannte Sofortauffüllungs-Verträge spielten auch in Zukunft in der Vertriebspolitik des Unternehmens nur Nebenrollen. Dieses Konzept sei aufgegangen, denn auch in den ersten drei Monaten des laufenden Jahres liege das Neugeschäft bereits wieder bei einer Mrd. DM Bausparsumme. Der Vertragsbestand der Bausparkasse hat sich im Berichtsjahr um 6,3 *Prozent* auf 18,4 Mrd. DM Bausparsumme erhöht.

Beim Geldeingang verzeichnete die Badenia einen Zuwachs um 5,8 Prozent *auf 781 Mill. DM, wobei* auch die Spareinlagen um 4,8 Prozent auf *479 Mill. DM zugenommen haben.* Zu den Zuteilungsfristen heißt es, sie *hätten sich seit nahezu 15 Jahren* unverändert stabil gehalten. Die gesamten *Bauspareinlagen* belaufen sich auf 1,9 Mrd. DM (plus 4,2 Prozent), die *Bauspardarlehen* auf 1,5 Mrd. DM (plus 5,9 Prozent). Aus dem auf 9,1 (8,9) Mill. DM gestiegenen Jahresüberschuß werden wieder 20 Prozent Dividende auf 25 Mill. DM Aktienkapital ausgeschüttet.

EBERSPÄCHER / Umsatzrendite deutlich gesteigert

Auftrieb durch Katalysator

nl. Esslingen

Der Abgaskatalysator sorgt, nachdem die Nachfrage *nach* entsprechend ausgerüsteten Pkw im Inland *deutlich* angezogen hat, bei der Eberspächer-Firmengruppe, Esslingen, *für einen kräftigen Umsatz*schub. Im Geschäftsjahr 1985 steigerte die Gruppe ihre Katalysator-Auslieferungen auf 240 000 (1984: 200 000) Stück, davon *gingen* 35 000 Stück an westeuropäische Abnehmer.

Für das laufende Jahr 1986 erwartet das Esslinger Unternehmen ein *Absatzwachstum um fast 50 Prozent* auf 355 000 Katalysator-Anlagen. Überhaupt sieht Helmut Eberspächer, geschäftsführender Gesellschafter, für die Gebiete der Abgasreinigung wie auch der Schalldämpfung noch so viel Wachstumsmöglichkeiten, daß die Frage nach einer weiteren Programmverbreiterung derzeit nicht akut sei.

Der Umsatz der Firmengruppe erhöhte sich im Berichtsjahr 1985 um 21 Prozent auf 564 Mill. DM, wovon 250 (209) Mill. DM auf die Stammfirma J. Eberspächer und gleichfalls 250 (206) Mill. DM auf die Eberspächer KG, Neunkirchen/Saar, entfielen. Real lag das Umsatzwachstum bei 19 Prozent. Der Auslandsanteil machte 22 (21) Prozent des Gruppenumsatzes aus. Getragen wurde die Umsatzexpansion *ausschließlich* von der Sparte Fahrzeugteile und -zubehör (Auspuffanlagen, *Fahrzeugheizungen*) mit einem Wachstum von 28 Prozent, was *zu einem* Anstieg des Umsatzanteils dieser Sparte auf 82 (78) Prozent führte.

Etwas rückläufig entsprechend der gedrückten Branchenkonjunktur war hingegen der Geschäftsbereich Bau, in diesem Falle also hauptsächlich Tageslicht- und Lüftungselemente *für Hochbauten.* Trotz phasenweise schlechter Beschäftigungslage in die*sem Bereich war infolge des hohen* Auftragseingangs bei Fahrzeugprodukten die Kapazitätsauslastung insgesamt gut. Umsatzsteigerung und verstärkte *Automatisierungsmaßnahmen* bewirkten eine deutliche Ergebnisverbesserung *auf eine Umsatzrendite* von 2,6 (2,2) Prozent nach Steuern.

Investiert wurden im Berichtsjahr in der Gruppe 47 (28) Mill. DM, *wobei* eine Werkserweiterung in Neunkirchen im Vordergrund stand. Für das laufende Jahr ist ein Investitionsvolumen von 30 Mill. DM in der Gruppe eingeplant. Das Umsatzwachstum dieses Jahres wird vorsichtig mit 7 Prozent prognostiziert. Die Firmengruppe beschäftigt derzeit 3350 Mitarbeiter, das sind etwa 200 mehr als zu Beginn vergangenen Jahres.

NAMEN

Dr. **Karl-Peter Kress**, bis vor zwei Jahren Geschäftsführer der Edeka-Fruchtkontor-GmbH, Hamburg, wechselt zur Spar-Handels-AG. Als Geschäftsführer im Spargroßhandels-Zentrum Nord soll sich Kress zunächst um den Ausbau des Obst- und Gemüse-Geschäfts kümmern und später auch das Marketing für die Produktgruppen Frischfleisch, Wurstwaren und Molkereiprodukte übernehmen.

Dr. **Joachim Schweim** wurde als Nachfolger **Eberhard Elsässers** zum neuen Vorsitzenden der Geschäftsführung der SCS Scientific Control Systems GmbH, Hamburg, ernannt. Er ist seit 1975 Geschäftsführer und seit *1978* stellvertretender Vorsitzender des Unternehmens.

Günter Darass, bisher Geschäftsführer der Kienzle Vertriebsregion Mitte, Frankfurt, hat die Verkaufsleitung Inland Datensysteme in der Hauptverwaltung der Mannesmann Kienzle GmbH, Villingen-Schwenningen, übernommen.

Leo Schmidt, Geschäftsführer der RMS Regelungs- und Meßtechnik Dipl.-Ing. Schmidt KG GmbH & Co., Reinbek/Hamburg, übergab zum 1. April die Geschäftsführung an seinen Sohn **Ralph Schmidt**.

Dr. **Ilse Rinn**, von *1953* bis *1969* Leiterin der Abteilung Presse und Öf*fentlichkeitsarbeit* bei der Wirtschaftsvereinigung Bergbau, Bonn, ist am 6. April im Alter von 80 Jahren gestorben.

***Hans Strien**, Bremsentechnik-Spezialist*, der bis 1977 die Bremsenent*wicklung* der Alfred Tewes GmbH, Frankfurt, leitete, ist am 8. April im Alter von 74 Jahren gestorben.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Aachen: Diestel GmbH, Würselen; **Esslingen:** *Betoma* Bauunternehmung GmbH, Ostfildern-Kemnat; **Hamburg:** KUFE Speisen GmbH; **Homburg:** Heinrich Petri GmbH, Bexbach; **Höxter:** Gar*disette GmbH*, Beverungen 1; **Krefeld:** Pöttgen Kfz. GmbH, Tönisvorst; **Lampertheim:** Klara Rieger, Ladenburg; **Leer:** „Wasserweibchen" Gastronomie-Betriebs-GmbH; **Limburg:** Nachl. d. Mina Auguste Weber; **Ludwigshafen:** Nachl. d. Lucia Margarete Hinz, Speyer; **Mannheim:** Nachl. d. Eugen Engelhorn, Altlußheim; **Münster:** Albert Bruens GmbH, Telgte; **Nördlingen Donauwörth:** Andreas Michael Baierl, Schreinermeister, Langenmosen; **Offenburg:** Carl Kist GmbH; ***Rheine:** NK Kunststofftechnik GmbH*, Neuenkirchen; **Siegburg:** Winfried Gräter, Kaufmann, St. Augustin-Menden; **Tettnang:** SIB Spenninger Wohnbau GmbH, Friedrichshafen; **Wesel:** *Ute Idem, Dinslaken.*

Vergleich eröffnet: Stuttgart: OFRA Rauchwarenhandelsges. Franke, Würker & Ohanian, Murrhardt.

HAPAG-LLOYD / Für 150 bis 180 Millionen Mark sollen 50 Prozent des Grundkapitals abgegeben werden

Den Banken fällt die Brautschau nicht leicht

Hinter den Kulissen der Hapag-Lloyd AG, Hamburg, gibt es zur Zeit rege Aktivitäten. Die Deutsche Bank und die Dresdner Bank, *die mit* jeweils 40 Prozent an Deutschlands größter Reederei beteiligt sind, suchen intensiv nach Partnern, denen sie insgesamt mindestens die Hälfte des Grundkapitals der Reederei anvertrauen möchten.

Der geplante Teilrückzug der Banken kommt weder in der Sache noch vom Zeitpunkt her überraschend. Im Zuge der erfolgreichen Sanierung sind beide Banken mit gemeinsam 80 Prozent Anteil in eine alles entscheidende Rolle bei der Reederei gerutscht, die mehr Kapital und vor allem mehr Top-Management-Kapazitäten bindet, als ihnen recht ist. Nach vollendeter Tat vertreten sie nun die Meinung, daß es nicht Aufgabe der Banken sein kann, die Reederei gleichsam als Betriebsabteilung weiterzuführen.

Massive Hilfen genutzt

Was den Zeitpunkt angeht, so wird er durch den sehr soliden Zustand der Hapag-Lloyd AG bestimmt. Die Reederei hat dank der massiven Hilfe der Großaktionäre die kostspieligen Fehler der Vergangenheit bewältigt. Sie fährt stattliche Gewinne ein, verfügt über eine glänzende Liquidität und ist finanziell und bilanziell gut strukturiert. Gleichwohl fällt es den Bankern *offenbar* schwer, das nach ihrer Meinung wieder *„schöne Mädchen" an den Mann zu bringen.* Wundern kann das nicht, denn schließlich ist eine Reederei-Beteiligung kein festverzinsliches Wertpapier. Im Gegenteil. In der seit Jahren krisengeschüttelten Schiffahrt stehen die Zeichen erneut auf Sturm, und in den Jahren 1986 und 1987 droht sogar Orkan. Im Binnenland laufen potentiellen Kapitalgebern allein schon bei dem Wort „Deutsche Schiffahrt" kalte *Schauer über den Rücken.*

Bei dieser Sachlage ist an der Küste sofort spekuliert worden, daß die Banken, wenn überhaupt, einen Käufer für Hapag-Lloyd nur im Ausland finden werden. In Europa gibt es immerhin einige private und auch staatliche Reedereien, denen es leicht fiele *und ins Konzept paßte, die zur Disposition stehenden 50 Prozent zu einem Preis zwischen 150 und 180 Mill. DM* zu übernehmen.

Daß den Banken konkrete Interessenbekundungen vorliegen, ist kein Geheimnis. Sie haben trotz lauter Proteste von allen Seiten relativ viel Zeit verstreichen lassen, bevor sie erklärten, daß „for the time being" keine Veranlassung für einen Verkauf ins Ausland bestehe. Sie haben in diesem Punkt gute Gründe, politisch folgsam zu sein. Die Bundesregierung hat sich für den Erhalt einer nationalen Flotte ausgesprochen, und *für den strukturschwachen Norden* und seine beiden großen Nordseehäfen Bremen und Hamburg hätte ein Verkauf Hapag-Lloyds ins Ausland katastrophale Folgen. Ein ausländischer Großaktionär, der deutsche Schiffahrt nicht mehr als Teil „vaterländischer Aufgaben" zu verstehen braucht, würde vermutlich aus Kostengründen die Hapag-Lloyd-Flotte unverzüglich zu den Rheinmündungshäfen umdirigieren. Die beiden ersten deutschen Bankadressen *könnten sich, wie sie selbst realistisch vermuten, „an der Küste nicht mehr sehen lassen".*

Zwei Wunschkandidaten

In der Konsequenz haben sie die Fühler nach neuen Interessenten ausgestreckt und sich dabei der Adressen des Hapag-Lloyd-Beirats bedient, in dem die Spitze der deutschen Industrie und die großen Transportpartner versammelt sind. *Als* Wunschkandidaten aus diesem erlauchten Kreis haben die Banken sofort die Deutsche Lufthansa und die Bundesbahn ausgemacht, die als Beteiligte vorzüglich in einen großen nationalen Transportverbund auf Schiene und Straße, in der Luft und zu Wasser passen würden. Bei der Verfolgung dieses – im übrigen wettbewerbspolitisch völlig unerwünschten – Ziels dürften die Banken allerdings *im politischen Gestrüpp hängenbleiben.*

So müssen sie den mühsamen Weg gehen, bei der verladenden Wirtschaft im Binnenland *unternehmerisches* Interesse für Hapag-Lloyd zu wecken. Auf den auch moralisch begründeten Appell, daß die Verantwortung für eine Reederei, die schließlich deutsche Flagge auf allen Weltmeeren zeige, breiter verteilt werden müßte, haben die Umworbenen bislang offenbar unterschiedlich reagiert. Der Vermutung, daß Angst vor der Krise ihr Motiv zum Verkauf sei, begegnen die Banken mit dem Hinweis, daß sie maßgebliche Anteilseigner bleiben wollen.

Die Großaktionäre und mittlerweile auch die Reederei selbst sind stark genug, um zunächst auch ohne weitere Partner die bevorstehenden Stürme abzuwettern. Insofern besteht kein Grund zur Hektik. Auf der anderen Seite ist es der Ruhe in und im Umfeld der Reederei sicher nützlich, wenn die Banken ihre wohlbegründete Absicht nicht verschleiern, die Beteiligungsverhältnisse unter Berücksichtigung politischer Zwänge neu ordnen zu wollen. Ob die Lösung über eine breite Streuung den Erfordernissen einer unternehmerischen Verantwortung bei Hapag-Lloyd entspricht, steht auf einem anderen Blatt.

JAN BRECH

ESSO / Rohöl-Förderung um knapp zwei Prozent gesunken

Hohe Verluste der Opec

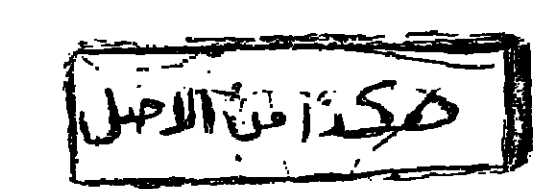
JB. Hamburg

Der Anteil der Opec an der weltweiten Ölproduktion ist 1985 zum ersten Mal unter 30 Prozent gesunken. Wie aus einem Überblick der Esso AG, Hamburg, hervorgeht, förderten die 13 Mitgliedsstaaten mit 831 Mill. Tonnen acht Prozent weniger als im Vorjahr. Den Rückgang der weltweiten Ölproduktion um 1,7 Prozent auf 2,8 Mrd. Tonnen tragen sie fast allein. Vom Förderrekord (1979) von 1,56 Mrd. Tonnen ist die Opec mehr als 45 Prozent entfernt. Ihr höchster Marktanteil lag 1972 bei fast 54 Prozent.

Die übrige Welt (mit Ausnahme des Ostblocks) steigerte demgegenüber die Erzeugung von Rohöl um drei Prozent. In Westeuropa betrug der Zuwachs sogar vier Prozent. Mit einer Förderung von 187 Mill. Tonnen, was gegenüber 1975 einer Verachtfachung entspricht, deckt Westeuropa 34 Prozent des eigenen Bedarfs.

Daß die Bedeutung der Opec langfristig wieder zunehmen wird, ergibt sich aus der Statistik über die Ölreserven. Von den bestätigten Reserven der Welt, die Ende 1985 rund 95,5 Mrd. Tonnen betrugen und für 34 Jahre reichen, verfügt die Opec allein über zwei Drittel. Von den zehn ölreichsten Ländern der Welt gehören sieben zur Opec. Die übrigen drei sind die UdSSR, Mexiko und die USA. Im Nahen Osten liegen 57 Prozent der weltweiten Ölreserven.

Als Produzenten verlieren in den nächsten Jahren die UdSSR, der übrige Ostblock und die VR China. In diesen Regionen haben sich die Reserven seit 1975 um insgesamt 21 Prozent verringert und reichen heute *nur* noch für 15 Jahre. Der Ölverbrauch in der Welt ist *1985 im Gegensatz zum* Vorjahr wieder zurückgegangen. Mit 2,8 Mrd. *Tonnen (minus ein Prozent)* liegt er auf dem Niveau von 1983 und elf Prozent unter dem Höchststand von 1979.





WELT-Korrespondenten berichten von der Hannover-Messe

Eisen- und Stahlindustrie – Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke – BBC – Drägerwerk – Werkzeugindustrie



Keine Lücke bei der Technologie

Eine technologische Lücke Europas gegenüber den USA und Japan sieht Siegfried Heinze, Leiter des Geschäftsbereichs Meß- und Regeltechnik der Brown, Boverie & Cie AG, Mannheim, nicht, zumindest nicht im eigenen Unternehmen. „Wir sind gegen jede Konkurrenz auf dem Weltmarkt wettbewerbsfähig", meint der BBC-Manager selbstbewußt. Die vielbeschworenen Standortnachteile eines Hochlohnlandes verlören mit abnehmendem Personalkostenanteil bei der Herstellung hochintegrierter Bauteile ohnehin an Bedeutung.

Zwei Voraussetzungen nennt Heinze, um mit Japanern und Amerikanern mithalten zu können: Die Hersteller müssen immer die neuesten verfügbaren Bauelemente einsetzen und vor allem die Entwicklungszeit der Produkte verkürzen. „Denn wenn heute neue Bauelemente im Durchschnitt nach drei Jahren veraltet sind, hat man keine Zeit, um an einem neuen Produkt zwei Jahre zu arbeiten", betonte Heinze. BBC Mannheim verspricht sich von diesem Markt schneller Innovation weiteres Wachstum; in diesem Jahr wird mit zehn Prozent Umsatzplus gerechnet.

Die beiden Unternehmen des Geschäftsbereichs, die Metrawatt GmbH in Nürnberg (800 Mitarbeiter) und die Goerz Electro Ges. m. b. H. in Wien, seit 1969 BBC-Töchter, kamen 1985 zusammen auf 165 Mill. DM Außenumsätze. Den Ertrag bezeichnete Heinze als zufriedenstellend. Metrawatt exportiert ein Drittel, Goerz sogar 90 Prozent der Produktion. Das Produktprogramm umfaßt u. a. Meßumformer und Regler, Temperaturmeßgeräte, Multimeter, Oszilloskope sowie Aufzeichnungsgeräte.

Als Weltneuheit präsentiert BBC in Hannover ein Digital-Speicher-Oszilloskop mit integriertem Graphikdrucker, bei dem auf Tastendruck ein stehendes Bild erzeugt und dieses dann ausgedruckt werden kann.

(stw.)

Das gewachsene Selbstvertrauen der deutschen Unternehmen im technologischen Bereich und die allseits günstigen Prognosen zur wirtschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik prägen die Stimmung auf der Hannover-Messe Industrie. Selbst das unwirtliche Wetter vermag das gute Klima nicht zu beeinträchtigen. Lediglich der schwache Besucherstrom, der am ersten Messetag allerdings immer zu beobachten ist, wird als Wermutstropfen empfunden. Ob sich daraus ein Zusammenhang mit der Ausgliederung des CeBIT-Bereichs konstruieren läßt, wird sich erst in den nächsten Tagen zeigen. Im Mittelpunkt des Messegeschehens standen gestern die Eröffnung des Bulgarien-Pavillons und der Besuch des für Wirtschaftsfragen zuständigen SED-Politbüro-Mitglieds Günter Mittag. Der Messerundgang der Ehrengäste, an ihrer Spitze Bundespräsident Richard von Weizsäcker, bildete den Abschluß des „zeremoniellen" Teils des ersten Messetages. Zur Eröffnung des Niedersachsen-Pavillons hatte sich Wirtschaftsministerin Birgit Breuel mit dem Botschafter der Volksrepublik China, Guo Feng-min, einen Vertreter des „Partnerlandes" 1987 eingeladen.



ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

„Gutes Aussehen nicht mit Gesundheit verwechseln"

Optimismus, wenn auch nicht ungeteilt, herrscht in der deutschen Stahlwirtschaft hinsichtlich der weiteren Entwicklung im laufenden Jahr. Ruprecht Vondran, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie, sieht für den Markt der Bundesrepublik Deutschland sogar „eine stabile, möglicherweise gute Wetterlage", was den Bereich der Nachfrageentwicklung betreffe. Nachdem zum Jahresbeginn der inländische Stahlverbrauch um rund ein Prozent über dem Vorjahresniveau gelegen hatte, rechnet die Wirtschaftsvereinigung für das Gesamtjahr 1986 mit einem Plus von gut zwei Prozent.

Gänzlich anders sieht es nach Vondrans Angaben dagegen an der Außenfront aus. Die im internationalen Vergleich sehr feste Deutsche Mark wecke begehrliche Blicke der Ausländer. Bereits Anfang 1986 habe der Anteil der Einfuhren an der Marktversorgung bei über 40 Prozent gelegen, „und die Tendenz ist steigend".

Die größten Risiken für das laufende Jahr erwartet Vondran jedoch im Export der deutschen Stahlerzeuger. Die USA, der größte Stahlmarkt der Welt, hätten „den Laden dichtgemacht", so daß 5 Mill. t, die dort vorher feste Käufer fanden, „nun vagabundieren und andere Märkte suchen müssen". Zudem wollten „hochverschuldete" junge Stahlländer wie Brasilien und Südkorea neue Kapazitäten beschäftigen. Gleichzeitig erschwere die harte Mark den deutschen Unternehmen die Fortsetzung ihrer Exporterfolge. Die letztes Wochenende erfolgte Aufwertung der D-Mark im Europäischen Währungssystem lasse auch auf dem EG-Markt die gesteckten Ziele schwieriger erscheinen.

Produktionsrückgang

Vondran wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß die Erfolge des letzten Jahres mit einem Export von 15 Mill. t Walzstahl und einem Außenhandelsüberschuß von knapp 5 Mill. t in 1986 kaum gehalten werden können. Unter Berücksichtigung all dieser Faktoren halte der Verband eine 86er-Produktion von 39 bis 40 Mill. t Rohstahl für realistisch. Gemessen am Vorjahr wäre dies zwar ein Minus von knapp drei Prozent, sei aber tatsächlich ein „ganz gutes Mengenergebnis". Denn in den Jahren 1982 und 1983 habe die Produktion bei erst 36 Mill. t Rohstahl gelegen.

„Ein Schatten" falle aber dennoch dieses Jahr auf die Stahlindustrie: Das gute Erlösergebnis des Jahres 1985 werde sich nicht wiederholen. Im letzten Jahr hätten nahezu alle deutschen Stahlunternehmen schwarze Zahlen geschrieben, im laufenden Jahr gingen aber mit den erwarteten stagnierenden Mengen im Export auch verschlechterte Erlöse einher. Und auf der Kostenseite zeichnen sich nach Vondras Ansicht einige Verteuerungen ab, insbesondere beim Strom und beim Personal.

Hohe Umweltkosten

Zudem gebe es für die deutschen Stahlunternehmen „zunehmend schwereres Marschgepäck" auf dem Weg einer dauerhaften Gesundung. Einmal habe die „Sondersteuer Stahl" – so bezeichnet Vondran den Beitrag, der den Stahlwerken zur Aufrechterhaltung des deutschen Kohlebergbaus abverlangt wird – im letzten Jahr bereits 140 Mill. DM erreicht. Zum anderen belaste der staatlich reglementierte innerdeutsche Güterverkehr mit gut 150 Mill. DM pro Jahr. So koste 1 t Importstahl von Rotterdam nach Mannheim 12 DM Fracht für 600 km, eine in Duisburg produzierte deutsche Tonne Stahl nach Mannheim zu transportieren (350 km) koste dagegen fast das Doppelte.

Ein weiteres Problem für die deutsche Stahlindustrie ist die unterschiedliche Handhabung des Umweltschutzes innerhalb Europas. Die jetzt verabschiedeten Umweltgesetze würden die bereits hohen „Umweltkosten" je Tonne Rohstahl (50 DM) in der Bundesrepublik verdoppeln, in den übrigen EG-Staaten lägen sie aber auf absehbare Zeit nicht höher als 25 DM.

Trotz dieser Dämpfer sehe die deutsche Industrie dem Stahljahr 1986 dennoch mit Zuversicht entgegen. Langfristig seien allerdings „noch einige Bewegungen in der Firmenlandschaft nötig, bis wir zum Weltmaßstab gefunden haben". In Europa und in der Bundesrepublik sei man gut beraten, wenn man „gutes Aussehen nicht mit Gesundheit verwechselt", meinte Vondran.

HENNER LAVALL

Trafos: Große Kapazitätsreserven

Die deutsche Transformatorenindustrie kann vom Konjunkturaufschwung nur bedingt profitieren. Denn bei den Leistungstransformatoren, deren wichtigste Abnehmer die öffentliche Elektrizitätswirtschaft ist, bleibt die Nachfrage schwach. Der Grund: Die Stromerzeugungs- und Verteilungskapazitäten sind seit der Mitte der siebziger Jahre schneller angewachsen als der Stromverbrauch, so daß es heute beträchtliche Kapazitätsreserven gibt. Auch die Auslandsmärkte bringen keine Entlastung, da einige der früheren Kunden in der Dritten Welt in ihrem Land eigene Transformatorenfertigungen aufgebaut haben.

Deshalb ist nach Angaben des Fachverbandes Transformatoren im Zentralverband der Elektrotechnischen Industrie (ZVEI) noch ungewiß, ob 1986 die Vorjahresumsätze von 625 Mill. DM wieder erreicht werden können.

Viel positiver ist das Konjunkturbild bei den Kleintransformatoren. Hier rechnen die Hersteller für 1986 mit einer zweistelligen Zunahme des Umsatzes der 1985 erstmals die 600-Millionen-DM-Marke überschritten hat. Die Kleintransformatoren-Industrie ist Zulieferer für typische Wachstumsindustrien. Ihre Kunden sind beispielsweise die Hersteller von Büromaschinen und EDV-Anlagen.

stw

Impulse durch neue Produkte

Die Drägerwerk AG, Lübeck, wird für das Geschäftsjahr 1985 zusätzlich zur Dividende in Vorjahreshöhe (8 DM auf Vorzugsaktien und Genußscheine, 7 DM auf Stammaktien) einen Bonus von 1 DM pro Aktie ausschütten. Vertriebsvorstand Fritz A. Lohmann begründete diesen Vorschlag, über den der Aufsichtsrat am 6. Mai entscheiden wird, mit der erfolgreichen Geschäftsentwicklung, die auch im laufenden Jahr anhält. Dies gelte sowohl für den Umsatz wie für den Ertrag, sagte Lohmann auf der Hannover-Messe.

Im Jahre 1985 stieg der Umsatz des Unternehmens um 13,6 Prozent auf 605 (526) Mill. DM. Daran seien alle drei Sparten – Medizin-, Sicherheits- und Gasmeßtechnik – beteiligt gewesen. Innerhalb der Gruppe, deren Zahlen erst später veröffentlicht werden, sei die 800-Mill.-DM-Umsatzgrenze deutlich überschritten worden. Der Anteil des Auslandsgeschäfts liege mittlerweile bei 60 Prozent. Im vergangenen Jahr habe Dräger eine Beteiligung an dem brasilianischen Medizingeräte-Hersteller Oftec in São Paulo erworben.

Die Geschäftsentwicklung im Jahre 1986 wird nach den Worten Lohmanns vor allem durch den Ausbau der Fertigung in der Elektronik, die weiterhin hohe Innovationstätigkeit und die Stärkung des weltweiten Vertriebs- und Servicenetzes geprägt. In besonderem Maße gelte das für Fernost; die Präsenz in China, Singapur, Hongkong, Südkorea und Japan werde erheblich gestärkt. Dräger investiere 1986 über 50 (40) Mill. DM in Sachanlagen.

Wachstumsimpulse, so Lohmann, werden von der hohen Zahl neuer Produkte erwartet, die noch in diesem Jahr auf den Markt kommen. Eine dieser Neuheiten ist das Atemalkoholmeßgerät Alcotest 7110, das ähnliche Dräger-Alcotest-Systeme ergänzt und auf der Messe vorgestellt wird.

dos

Der Umweltschutz treibt die Preise für Strom in die Höhe

Für große Teile der deutschen Unternehmen und der Verbraucher werden in den kommenden drei Jahren weitere Strompreiserhöhungen ins Haus stehen. Wie Horst Magerl, Hauptgeschäftsführer der Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke (VDEW), einem Zusammenschluß von 718 Elektrizitäts-Versorgungsunternehmen, gestern erklärte, hänge dies vor allem mit der Struktur des Primärenergie-Einsatzes beim jeweiligen Unternehmen zusammen. In Folge der Maßnahmen zur weiteren Verbesserung des Umweltschutzes hätten zahlreiche Unternehmen danach hohe Mehrkosten zu verkraften.

Das gelte insbesondere für Energieversorgungsunternehmen, die mit hohem Anteil an Stein- und Braunkohlenstrom leben müssen. Allein die Investitionen für die Entschwefelung der Kraftwerke der öffentlichen Versorgung (es gibt rund 1000) belaufen sich nach den Schätzungen der VDEW auf 10 bis 15 Milliarden DM bis Ende 1988. Ende 1985 arbeiteten allerdings bereits 11 000 Megawatt-Kraftwerksleistung mit Entschwefelung. Das war fast ein Drittel der insgesamt zur Nachrüstung vorgesehenen Leistung. Die Minderung der Stickoxyde erfordere zusätzlich mindestens 5 Milliarden DM bis zum Beginn der neunziger Jahre.

Sauberen Strom erzeugten aber schon jetzt Kernkraftwerke. Sie lieferten nach Magerls Angaben im vergangenen Jahr rund 125 Milliarden Kilowattstunden, womit ihr Anteil an der Stromerzeugung der öffentlichen Versorgung bereits 36 Prozent ausmache. Rund 60 Prozent des Stroms wurden von herkömmlichen Kohle-, Gas- oder Öl-Wärmekraftwerken produziert. Der Anteil der Wasserkraft sank im vergangenen Jahr wegen des harten Winters leicht auf 4,5 (5) Prozent.

Industrie verbraucht weniger Energie, aber mehr Strom

	1955 bis 1973	1973 bis 1984
spezifischer Stromverbrauch	+15%	+8%
spezifischer Gesamtenergieverbrauch	-43%	-23%

Veränderungen; bezogen auf eine Produktionseinheit. Quelle: BDI

Die deutsche Industrie hat auch schon zu Zeiten niedriger Energiepreise große Einsparerfolge erzielt (1955 bis 1973: minus 43 Prozent). QUELLE: IMU/BDI

Magerl bezifferte den größten Vorteil der Kernenergie in der Grundlast im Vergleich zur Steinkohle mit 3 bis 5 Pfennig je Kilowattstunde. Dieser Kostenvorsprung habe die Unternehmen, die schon seit längerer Zeit über einen höheren Anteil an Kernenergie verfügen könnten, in die Lage versetzt, ihre Strompreise mehrere Jahre unverändert zu lassen. Die Stromkunden in Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Bayern, aber auch in Teilen Hessens und Baden-Württembergs brachte der Kernenergieanteil eine Entlastung von mindestens 4 Mrd. DM, erklärte Magerl.

Die deutschen Stromversorger sind allerdings sicher, daß nach dem Kostenschub für sauberen Kohlestrom wieder eine Stabilisierung der Strompreise eintritt. Gerechnet wird etwa ab dem Jahr 1989 mit einer Parallelentwicklung zur allgemeinen Preissteigerungsrate.

HENNER LAVALL

BDI gegen Ölimportsteuer

Die günstige Perspektive im Energiesektor dürfe keinesfalls durch hausgemachte Verteuerungen, zum Beispiel durch eine Ölimportsteuer, gefährdet werden. Diese Auffassung vertrat der Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Siegfried Mann. Damit würde unmittelbar wirksames Investitionskapital einem überflüssigen und schädlichen Umverteilungsprozeß unterworfen, der die Rentabilität mindere und die deutsche Industrie im internationalen Wettbewerb belaste.

Die Rohölrechnung der Bundesrepublik Deutschland werde 1986 voraussichtlich erheblich niedriger ausfallen, nachdem bereits die ersten beiden Monate dieses Jahres im Vergleich zum Vorjahr eine Verbilligung um 2,5 Mrd. DM gebracht hätten. Der damit verbundene Stabilitätsgewinn bedeute gesamtwirtschaftlich eine entscheidende Stärkung der Realeinkommen mit positiven Wirkungen für Wachstum und Beschäftigung, meinte Mann.

Auch ohne hohe Energiepreise habe die Industrie in der Vergangenheit Energie eingespart, betonte der Hauptgeschäftsführer des BDI. Der auf die Produktionseinheit bezogene gesamte Energieverbrauch der deutschen Industrie habe sich bereits von 1955 bis 1973 bei hoher Investitionsdynamik um mehr als 40 Prozent verringert. Der BDI-Hauptgeschäftsführer folgert: „Der direkteste Weg zur Energieeinsparung sind hohe Investitionen als Folge günstiger wirtschaftlicher Voraussetzungen."

In einer soeben erschienenen Studie setzt sich der BDI unter dem Titel „Marktwirtschaftliche Energiepolitik – Erfolge als Wegweiser für die Zukunft" mit der zukünftigen Gestaltung der Energiewirtschaft auseinander. Themen unter anderem: Energie in der Welt, Strukturwandel, Rolle von Staat und Markt, Wettbewerbsfähigkeit und Diversifizierung mit Erdgas.

tl.

Firmen beklagen Facharbeitermangel

Spektakuläres hat die Werkzeugindustrie selten zu zeigen, und dennoch ist sie für die Hannover-Messe so unentbehrlich wie ihre Produkte für die Industrie. Für die deutsche Werkzeugindustrie, der Billigimporte aus Fernost und Osteuropa seit Jahren schwer zu schaffen machen, geht es in Hannover darum, Flagge zu zeigen und bei den Kunden in der Industrie den entscheidenden Trumpf auszuspielen: den hohen Qualitätsstandard deutscher Werkzeuge.

Bei den überwiegend mittelständischen Unternehmen der Branche überwiegt die Zuversicht. 89 Prozent beurteilten bei der jüngsten Mitgliederbefragung des Fachverbandes Werkzeugindustrie (FWI) im Remscheid ihre wirtschaftliche Situation als günstig bis befriedigend. Wie Verbandsgeschäftsführer Frank-Rainer Billigmann gegenüber der WELT weiter mitteilte, schätzten 91 Prozent der Unternehmen die Perspektive für die nächsten sechs Monate noch günstiger oder gleichbleibend gut ein. Die Geschäftsentwicklung im letzten Jahr rechtfertigt die Zuversicht und das gesunde Selbstbewußtsein. Obwohl mit dem Baugewerbe ein wichtiger Kunde schwer angeschlagen war, konnte die deutsche Werkzeugindustrie mit 3,48 Milliarden DM 6,8 Prozent mehr umsetzen als ein Jahr zuvor. Auch real gelang mit plus drei Prozent wiederum eine Steigerung. Das kräftige Plus in der Ausfuhr (6,6 Prozent) ließ die Exportquote auf 62 Prozent klettern. An Aufträgen wurden 5,6 Prozent mehr hereingeholt. Die hohe Auslastung von 87 Prozent zeigt, daß kaum noch Kapazitätsreserven vorhanden sind. Schon 1985 stieg die Zahl der Beschäftigten in den 300 Unternehmen um 1,8 Prozent auf 29 280. Dazu kommen weitere 700 Betriebe mit weniger als 20 Beschäftigten, die 14 Prozent des Gesamtumsatzes der Branche von 4 Milliarden DM erwirtschaften.

Positiv wertet Billigmann, daß sich die mittelständische Struktur der Branche „gut stabilisiert" habe und in den letzten beiden Jahren keine großen Insolvenzfälle zu beklagen waren. Hier hat sich sicherlich auch eine gewisse Konsolidierung bei den Erträgen ausgewirkt. „Das hat aber nicht ausgereicht, um die großen Löcher, die in den letzten Jahren gerissen wurden, zu schließen", betont Billigmann. Zwischen 1980 und 1984 ist die durchschnittliche Umsatzrendite nach Billigmanns Angaben um volle drei Prozentpunkte auf „unter fünf Prozent" gefallen. Noch 1984 habe sich die Eigenkapitalquote weiter verschlechtert.

Inzwischen beginnt sich das Blatt zu wenden. Mit wachsendem Optimismus registriert der Verband auch eine verstärkte Investitionsneigung, aber auch neue Probleme: „17 Prozent der Unternehmen klagten im Februar 1986 darüber, daß sie ihren zusätzlichen Bedarf an Facharbeitern nicht decken konnten", berichtet Billigmann. Werkzeugbauer sei zwar ein attraktiver, aber derzeit eben kein Modeberuf, kommentiert der Verbandsgeschäftsführer.

Aber auch die alten Sorgen bleiben der Werkzeugindustrie erhalten, angefangen bei den Plagiaten, den oft täuschend echten Nachahmungen von Markenprodukten, bis hin zum Importdruck aus Fernost. „Über die Hälfte der Zangen und Hämmer kommen heute aus China", klagt Billigmann. Jedes dritte Werkzeug auf dem deutschen Markt sei ein ausländisches Erzeugnis. Insgesamt wurden 1985 für 1,27 Milliarden DM (plus 12,4 Prozent) Werkzeuge importiert, 80 Prozent davon allerdings aus Europa und Nordamerika. Die gefürchteten Billiganbieter Taiwan und China rangierten unter den 64 Importländern an 11. und 14. Stelle.

Die billigen minderwertigen Werkzeuge gefährden nach Billigmanns Ansicht die Handhabungssicherheit. Dem Heimwerker mag er keinen Vorwurf daraus machen, wenn er sich für den billigeren von zwei Schraubenschlüsseln entscheidet. Nicht selten werden aber auch Fachleute zum Narren gehalten, durch bewußt falsche Angabe von Ursprungsmärkten etwa. Der FWI fordert deshalb, endlich auf europäischer Ebene einheitliche Kennzeichnungsvorschriften für Werkzeuge zu erlassen.

HEINZ STÜWE

Schwankungen bei den Aktien

Deutsche Bank produzierte Unsicherheit

DW. – Enttäuschung herrschte über die Entscheidung der Deutschen Bank, den Dividendensatz nicht zu erhöhen und auch keine Gratisaktien auszugeben. Der Kurs der Deutschen Bank schloß dennoch nur geringfügig unter dem Vortagsstand. Bei den Standardaktien kam es zu Schwankungen. Auf Basis der hohen Kurse wurden Gewinne realisiert. Es dürfte sich um vorgezogene Verkäufe aus Optionsgeschäften handeln. Der Optionsabrechnungstermin vom 15. April scheint nunmehr stärkeren Einfluß auf die Tendenz zu gewinnen.

Insgesamt wurde der Markt der Bankaktien durch die Dividendenentscheidung der Deutschen Bank nicht belastet. Dafür sorgten nicht zuletzt die positiv aufgenommenen Ausführungen auf der Commerzbank-Bilanzpressekonferenz. Von der fortschreitenden Zinssenkung, die als Grund für die meist freundliche Tendenz der Bankaktien angeführt wird, konnten Versorgungswerte bisher kaum profitieren. Die Prognose des Mannesmann-Vorstandes für das laufende Geschäftsjahr mit voraussichtlichen Verlusten im Röhrengeschäft hat nicht nur hier, sondern auch bei anderen Stahlaktien ernüchtert. Zu einer gewissen Beruhigung kam es bei den Fahrzeugwerten. Nach wie vor lebhafter Handel in VW, aber auf bisheriger Kursbasis. Ähnliches gilt für die Masse der Chemieaktien. „Entdeckt" wurden Henkel-Vorzüge, die einen neuen Höchststand seit ihrer Börseneinführung erreicht haben.

Frankfurt: Köbau Vz. zogen um 25 DM und Leifheit um 18 DM an. Weiter fest tendierten DUB-Schultheiß mit plus 15 DM und Henkel mit plus 17 DM. Contigas und VDO verloren je 10 DM.

Düsseldorf: AEG-Kabel gaben um 20 DM nach, Dyckerhoff St. verminderten sich um 13 DM und Kabelmatel sanken um 3 DM. DAT zogen um 20 DM an, DAB erhöhten sich um 5 DM und Heinrich stiegen um 3 DM.

Hamburg: Bremer Vulkan konnten sich um 2,70 DM und Hapag Lloyd um 2,80 DM erholen. HEW wurden mit plus 3,50 DM bezahlt. Haller Meurer wurden um 1 DM und Reichelt um 3 DM zurückgenommen.

Berlin: DUB-Schultheiß zogen um um 23 DM an. Bergmann konnten sich um 5 DM und Herlitz St. um 4 DM erholen. Orenstein lagen um 8 DM, Schering um 3,50 DM und Herlitz Vz. um 2,50 DM niedriger.

München: Aigner befestigten sich um 16 DM, Agrob St. um 15 DM und Leonische Draht um 30 DM. Bay. Hartstein verminderten sich um 10 DM und Deckel AG gaben um 5 DM nach.

Stuttgart: WMF St. waren um 7,50 DM anziehend. Württembergische Feuerversicherung setzten ihre Aufwärtsbewergung um 26 DM fort. DLS waren um 6 DM gebessert. Fuchs verbilligten sich um 6 DM und Hohner um 9 DM.

Nachbörse: etwas schwächer

WELT-Aktienindex: 306,39 (306,97)
WELT-Umsatzindex: 7719 (6521)
Advance-decline-Zahl: 99 (117)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Inland

		9.4.	8.4.
H	Aach M Bell 10	2790	2800
H	Aach. M. Vers 7	1640	1640
D	Aach. Ruck. 9	3600	3700
D	Aseag *4	470T	465G
M	Act-Gögg 6	174,9	173bG
H	Adca 3	188	194
D	Adler 9	316G	316G
F	AEG 0	329	329,7
D	AEG KABEL 9	450	470T
S	Aesculap 9	496	497
F	AGAB 5	130	135

Freiverkehr

Ungeregelter Freiverkehr

Unnotierte Werte

Ausland in DM

Ausland

Optionshandel

Auslandszertifikate

Inlandszertifikate

WELT-Aktien-Indizes

Chemiewerte. 186,53 (187,72); Elektrowerte 340,59 (340,34). Autowerte: 825,78 (825,05). Maschinenbau: 181,05 (183,14). Versorgungsaktien: 184,58 (185,80). Banken 448,68 (446,40). Warenhäuser: 160,41 (161,23); Bauwirtschaft 545,82 (528,37). Konsumgüterindustrie 181,43 (179,88); Versicherung 1627,98 (1609,61); Stahlpapiere: 182,09 (185,70)

Kursgewinner (Frankfurt):

Agiv	449,00	+45,00	+11,1%
Alte Leipz C	900,00	+90,00	+11,1%
Chem. Brockh.	660,00	+60,00	+10,0%
Colonia Vers.	895,00	+65,00	+7,8%
Alte Leipz. A	870,00	+60,00	+7,4%
Hageda	161,00	+11,00	+7,3%
Brau AG	534,00	+29,00	+5,7%
IKB	318,00	+17,00	+5,6%
Stöhr	210,00	+10,00	+5,0%
Otavi	121,80	+5,70	+4,9%

Kursverlierer (Frankfurt):

Mercedes-H.	1245,00	-171,0	-12,0%
Gerling NA Gr.	5300,00	-300,0	-5,3%
Sp. Zehlend.	2750,00	-150,0	-5,1%
V. Seidenw.	205,00	-10,00	-4,6%
Veith-Pirelli	440,00	-20,00	-4,3%
P & S	192,00	-8,00	-4,0%
Balcke-Dürr	365,00	-15,00	-3,9%
AGAB	130,00	-5,00	-3,7%
Drägerw. Vz.	410,00	-15,00	-3,5%
Helik	270,00	-10,00	-3,5%

Junge Aktien

Berlin: Hermes 750G, Kölitzer 1850T, VAB 3000T **Düsseldorf:** BASF 312, Bayer 328, BHF 550, Contigas 371, Dresdner Bk. 472,5, IWK 306T, KSB St. 199T, KSB Vz. 188T, Linde 696, Metallges. 345T, Nixdorf 610, Rütgers 415, Salamander 315, VEW 173 **Frankfurt:** Adt 57,9, Allweiler St. 286G, Allweiler Vz. 219G, BASF 315,5, Bayer 326,5, BHF 555T, Commerzbk. 334, Contigas 370T, Contigummi 235T, Dresdner Bk. 470, Hoechst 311, IWK 308, KSB 200T, KSB Vz. 200T, Linde 690, Magdeburger Feuer NA 675G, Magdeburger Feuer 1460B, Metallges. 355, Moto Meter 279, Nixdorf 613, Pfaff 255, Salamander 335T, Schering 575, VEW 173, Wella 800, Ymos Vz. 195 **Hamburg:** Doag 405, Schering 575. **München:** BASF 315, Bayer 324, Bay. Hdlbk. 500, Br. Wolfk. 268bG, Contigas 375G, Dresdner Bk. 465bG, Hoechst 302G, IWK 319,5bB, Linde 680, Nixdorf 612, Salamander 317, Schering 576, Stumpf 170B, VAB 2850TGr, VEW 178, Wanderer 600bB.

Bezugsrechte: Frankfurt: Pittler Masch. 7,7, Br. Vulkan 13,5. **München:** Knürr 18, Münch. Rück 660bG

Devisenmärkte

Der plötzliche Kursverfall des US-Dollar konnte am 9. April abgefangen werden. Die US-Bondmärkte wiesen zwar am Vortag auf eine weitere US-Diskontsenkung hin, aber Gerüchte, daß auf dem G5-Meeting über eine weitere Dollarabwertung diskutiert wurde, wurden von Fed-Chef Volcker zurückgewiesen. Am Morgen wurde der US-Dollar mit 2,3[illegible] bewertet. Noch lebhaftem Geschäft befand er sich am Nachmittag bei 2,323. Die amtliche Notiz wurde zuvor mit 2,32[illegible] ermittelt. Der Japanische Yen fiel gegen D-Mark um [illegible] Promille auf 1,2925. Für das Britische Pfund wurde nach der Zinssenkungsrunde ein Abschlag von 1,7 Prozent auf 3,397 registriert. Der Französische Franc verharrte am oberen Interventionspunkt gegen D-Mark. Zur Notiz betrug die Abgabe der Bundesbank 37,8 Mill. FF. Der Belgische Franc stieg auf 4,918, die erneute Diskontsenkung auf 8½ Prozent blieb ohne Wirkung. US-Dollar in Amsterdam 2,6235; Brüssel 47,[illegible]; Paris 7,4155; Mailand 1595,80; Wien 16,347; Zürich 1,9599; Ir. Pfund/DM 3,047; Pfund/Dollar 1,4602, Pfund/DM 3,397

Devisen und Sorten

9.4.1986	Frankf. Devisen Geld	Frankf. Devisen Brief	Wechs. Ank.-Kurs[4]	Frankf. Sorten* Ankauf	Frankf. Sorten* Verkauf
New York[1]	2,3224	2,3304	2,3147	2,27	2,37
London[2]	3,39	3,404	3,355	3,34	3,49
Dublin[2]	3,04	3,054	2,999	2,95	3,10
Montreal[1]	1,678	1,686	1,665	1,65	1,75
Amsterd.	88,685	88,905	88,60	88,00	[illegible]
Zürich	118,60	118,80	118,77	117,50	[illegible]
Brüssel	4,908	4,928	4,86	4,77	[illegible]
Paris	31,33	31,49	31,16	30,50	[illegible]
Kopenh.	27,15	27,27	27,01	26,25	28,00
Oslo	31,895	32,015	31,285	31,25	[illegible]
Stockh.**	31,515	31,675	31,165	31,00	32,75
Mailand[3]**	1,4555	1,4655	1,432	1,41	[illegible]
Wien	14,233	14,273	14,218	14,15	[illegible]
Madrid**	1,577	1,587	1,545	1,52	[illegible]
Lissabon**	1,51	1,53	1,449	1,25	[illegible]
Tokio	1,291	1,294	-	1,26	[illegible]
Helsinki	44,355	44,555	43,825	43,75	[illegible]
Buen.Air.	-	-	-	-	[illegible]
Rio	-	-	-	0,03	[illegible]
Athen* **	1,583	1,637	-	1,20	[illegible]
Frankf.	-	-	-	1,71	[illegible]
Sydney*	1,665	1,687	-	1,60	[illegible]
Johannbg.*	1,128	1,162	-	0,77	[illegible]
Hongkong*	29,71	29,99	-	28,50	[illegible]

Alles in Hundert; [1]1 Dollar, [2]1 Pfund, [3]1000 Lire
[4]Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; * nicht amtlich notiert
** Einfuhr begrenzt gestattet.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber:
Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure:
Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur:
Dr. Günter Zehm

Berater: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke, Rüdiger v. Wolkowsky, Bonn: Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Armin [illegible] (stellv.); Diethart Goos (Deutschland-[illegible]); Ausland: Jürgen Liminski, Marin [illegible] (stellv.); Seite 3: Burkhard [illegible] Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Bildungs- und Kulturpolitik, Geisteswissenschaften: Dr. Paul F. Reitze; Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Detlev Ahlers; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Herbert Koch, Dr. Rudolf Zewell (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. [illegible]); WELT-Report: Heinz [illegible]; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt; Fotoredaktion: Bettina Rathje.

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Dr. Rainer Nolden, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Knut Teske, Klaus [illegible] (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: [illegible] Sadlaff (Leiter), Heinz Heck, [illegible] Gösch, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

[illegible] Korrespondent: Bernt Conrad

[illegible]-Korrespondenten Berlin: [illegible] Karutz, Dieter Dose, Klaus [illegible]; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim [illegible], Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Harald Günter, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein, Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Kopenhagen: Gottfried Mehner; Miami: Werner Thomas; Moskau: Rose-Marie Borngässer; Paris: Peter Ruge, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf 1, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main) 1, Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Telefon (0 69) 77 90 11 – 13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart 1, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Telefon (0 89) 8 30 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 27,10 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 37,10 einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 64 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 14 gültig ab 1. 10. 1985, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 50.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 5, gültig ab 1. Oktober 1985.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp.

FINANZANZEIGE

Deutsche Bank
Aktiengesellschaft

Frankfurt am Main
Wertpapier-Kenn-Nr. 804010

Wir laden unsere Aktionäre zu der am Donnerstag, dem 22. Mai 1986, 10.00 Uhr, in der Liederhalle Stuttgart, Berliner Platz 1, Stuttgart, stattfindenden ordentlichen Hauptversammlung ein.

Tagesordnung:

1. Vorlage des festgestellten Jahresabschlusses und des Geschäftsberichts für das Geschäftsjahr 1985 mit dem Bericht des Aufsichtsrats

   Vorlage des Konzernabschlusses und des Konzerngeschäftsberichts für das Geschäftsjahr 1985

2. Verwendung des Bilanzgewinns

   Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, den zur Verfügung stehenden Bilanzgewinn von 383.775.096 DM zur Ausschüttung einer Dividende von 12 DM je Aktie im Nennbetrag von 50 DM zu verwenden.

3. Entlastung des Vorstandes für das Geschäftsjahr 1985

   Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, Entlastung zu erteilen.

4. Entlastung des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 1985

   Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, Entlastung zu erteilen.

5. Wahl des Abschlußprüfers für das Geschäftsjahr 1986

   Der Aufsichtsrat schlägt vor, die Treuverkehr AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt am Main, zum Abschlußprüfer für das Geschäftsjahr 1986 zu bestellen.

6. Ermächtigung zur Ausgabe von Optionsschuldverschreibungen, Schaffung bedingten Kapitals und Satzungsänderung

   Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, folgende Beschlüsse zu fassen:

   a) Der Vorstand wird ermächtigt, bis zum 30. April 1991 Optionsrechte mit längstens 15jähriger Laufzeit auf Aktien der Deutsche Bank Aktiengesellschaft im Zusammenhang mit der Ausgabe von Optionsschuldverschreibungen zu gewähren, die entweder durch die Deutsche Bank Aktiengesellschaft oder durch unmittelbare oder mittelbare 100%ige ausländische Beteiligungsgesellschaften der Deutsche Bank Aktiengesellschaft ausgegeben werden.

   Die Optionsschuldverschreibungen können – auch in Teilbeträgen – in einem Gesamtnennbetrag von bis zu 1.000.000.000 DM oder dessen Gegenwert (berechnet nach dem amtlichen Devisenmittelkurs der Frankfurter Börse am Tage der Beschlußfassung zur Begebung der Optionsschuldverschreibungen) in US-Dollar oder in einer anderen gesetzlichen, amtlich notierten Währung eines OECD-Landes oder in Europäischen Währungseinheiten (ECU) ausgegeben werden.

   aa) Werden die Optionsschuldverschreibungen unmittelbar durch die Deutsche Bank Aktiengesellschaft begeben, so ist den Aktionären der Bank ein Bezugsrecht einzuräumen; der Vorstand ist jedoch ermächtigt, Spitzenbeträge von dem Bezugsrecht der Aktionäre auszunehmen und das Bezugsrecht auch insoweit auszuschließen, als es erforderlich ist, um den Inhabern der von der Deutsche Bank Aktiengesellschaft ausgegebenen Optionsscheine und Wandelschuldverschreibungen ein Bezugsrecht auf neue Optionsschuldverschreibungen in dem Umfang zu gewähren, wie es ihnen nach Ausübung des Options- oder Wandlungsrechts zustehen würde.

   Der Optionspreis für eine Aktie im Nennbetrag von 50 DM beträgt dann mindestens 80% des durchschnittlichen Börsenkurses der Aktien der Deutsche Bank Aktiengesellschaft – Einheitskurs an der Frankfurter Wertpapierbörse – an den 10 Börsentagen vor dem Tag der Beschlußfassung durch den Vorstand über die Begebung der Optionsschuldverschreibungen.

   ab) Werden die Optionsschuldverschreibungen durch unmittelbare oder mittelbare 100%ige ausländische Beteiligungsgesellschaften der Deutsche Bank Aktiengesellschaft ausgegeben, so ist das Bezugsrecht der Aktionäre der Deutsche Bank Aktiengesellschaft ausgeschlossen.

   Der Optionspreis für eine Aktie im Nennbetrag von 50 DM entspricht dann dem Durchschnitt der an der Frankfurter Wertpapierbörse festgestellten amtlichen Einheitskurse der Aktien der Deutsche Bank Aktiengesellschaft an den der Beschlußfassung über die Begebung der Optionsanleihe vorausgehenden 10 Börsentagen. Von diesem Durchschnittswert kann ein Abschlag oder ein Aufschlag bis zu 5% vorgenommen werden.

   Der jeweils festgesetzte Optionspreis wird aufgrund einer Verwässerungsschutzklausel ermäßigt, wenn die Deutsche Bank Aktiengesellschaft während der Laufzeit der Optionsschuldverschreibungen unter Einräumung eines Bezugsrechts an ihre Aktionäre entweder ihr Kapital erhöht oder Wandel- oder Optionsrechte begründet und den Inhabern der Optionsscheine kein Bezugsrecht eingeräumt wird. § 9 Abs. 1 des Aktiengesetzes bleibt unberührt.

   Die Optionsschuldverschreibungen werden auf den Inhaber lauten. Jeder Optionsschuldverschreibung werden Inhaber-Optionsscheine beigefügt, die den Inhaber nach näherer Maßgabe der Optionsbedingungen berechtigen, Aktien der Deutsche Bank Aktiengesellschaft im Nennbetrag von je 50 DM zu beziehen. Der Nennbetrag der je Optionsschuldverschreibung zu beziehenden Aktien darf 20% des auf DM lautenden oder auf DM umgerechneten Nennbetrages der Optionsschuldverschreibung nicht übersteigen; der Gesamtnennbetrag der zu beziehenden Aktien ist auf 200.000.000 DM beschränkt.

   Der Vorstand wird ermächtigt, gegebenenfalls im Einvernehmen mit den Organen der ausländischen Beteiligungsgesellschaften, die die Optionsschuldverschreibungen ausgeben, alle weiteren Einzelheiten der Ausgabe und Ausstattung der Optionsschuldverschreibungen festzulegen.

   b) Das Grundkapital der Deutsche Bank Aktiengesellschaft wird um bis zu 200.000.000 DM durch Ausgabe von bis zu Stück 4.000.000 auf den Inhaber lautenden Aktien im Nennbetrag von je 50 DM zur Gewährung von Optionsrechten nach Maßgabe der Optionsbedingungen an die Inhaber der Optionsscheine aus den ausgegebenen Optionsschuldverschreibungen bedingt erhöht. Die Ausgabe der Aktien erfolgt zu dem gemäß aa) und ab) jeweils festgelegten Optionspreis. Die bedingte Kapitalerhöhung ist nur soweit durchzuführen, als die Optionsschuldverschreibungen ausgegeben werden und die Inhaber der Optionsscheine von ihren Optionsrechten auf Bezug der Aktien Gebrauch machen. Die neuen Aktien nehmen vom Beginn des Geschäftsjahres an, in dem sie durch Ausübung von Optionsrechten entstehen, am Gewinn teil.

   Der Vorstand wird ermächtigt, die weiteren Einzelheiten der Durchführung der bedingten Kapitalerhöhung festzulegen.

   c) In § 4 der Satzung wird folgender neuer Absatz 8 eingefügt:

   Das Grundkapital ist um weitere 200.000.000 DM, eingeteilt in Stück 4.000.000 auf den Inhaber lautende Aktien in Nennbeträgen von je 50 DM, bedingt erhöht. Die bedingte Kapitalerhöhung wird nur insoweit durchgeführt, als die Inhaber von Optionsscheinen, die den von der Deutsche Bank Aktiengesellschaft oder von unmittelbaren oder mittelbaren 100%igen ausländischen Beteiligungsgesellschaften der Deutsche Bank Aktiengesellschaft bis zum 30. April 1991 auszugebenden Optionsschuldverschreibungen beigefügt sind, von ihren Optionsrechten Gebrauch machen. Die neuen Aktien nehmen vom Beginn des Geschäftsjahres an, in dem sie durch Ausübung von Optionsrechten entstehen, am Gewinn teil.

   d) Die in § 4 Abs. 8 (künftig Abs. 9) der Satzung enthaltene Ermächtigung des Vorstandes, das Bezugsrecht der Aktionäre bei der Ausnutzung des genehmigten Kapitals insoweit auszuschließen, als es erforderlich ist, um den Inhabern der von der Deutsehe Bank Aktiengesellschaft ausgegebenen Optionsscheine und Wandelschuldverschreibungen ein Bezugsrecht auf neue Aktien in dem Umfang zu gewähren, wie es ihnen nach Ausübung des Options- oder Wandlungsrechts zustehen würde, wird auf die Optionsscheine aus den Schuldverschreibungen gemäß a) erweitert.

   Die in dem bisherigen Abs. 8 (künftig Abs. 9) enthaltenen Worte „aus den in Abs. 4, 5 und 7 genannten Optionsanleihen" werden demgemäß durch die Worte „aus den in Abs. 4, 5, 7 und 8 genannten Optionsanleihen" ersetzt.

Zur Teilnahme an der Hauptversammlung und zur Ausübung des Stimmrechts sind diejenigen Aktionäre berechtigt, die ihre Aktien spätestens am Mittwoch, dem 14. Mai 1986, bis zur Beendigung der Hauptversammlung bei einer der nachstehend genannten Hinterlegungsstellen hinterlegen. Die Hinterlegung ist auch dann ordnungsgemäß, wenn Aktien mit Zustimmung einer Hinterlegungsstelle für sie bei anderen Kreditinstituten bis zur Beendigung der Hauptversammlung gesperrt gehalten werden.

Hinterlegungsstellen sind
in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West):
  Sämtliche Niederlassungen der
  Deutschen Bank AG, Frankfurt am Main,
  Deutschen Bank Berlin AG, Berlin,
  Deutschen Bank Saar AG, Saarbrücken,
  Handelsbank in Lübeck AG, Lübeck,
in Belgien:
  Generale Bank N.V., Brüssel und Antwerpen,
  Deutsche Bank AG, Succursale de Bruxelles und Filiaal Antwerpen,
in Frankreich:
  Société Générale, Paris,
  Deutsche Bank AG, Succursale de Paris,
in Großbritannien:
  Midland Bank plc, London,
  Deutsche Bank AG, London Branch,
in Luxemburg:
  Banque de Luxembourg S.A., Luxemburg,
  Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg S.A., Luxemburg,
in den Niederlanden:
  Amsterdam-Rotterdam Bank N.V., Amsterdam,
  Algemene Bank Nederland N.V., Amsterdam,
  H. Albert de Bary & Co. N.V., Amsterdam,
in Österreich:
  Creditanstalt-Bankverein, Wien,
in der Schweiz:
  Sämtliche Niederlassungen der
  Schweizerischen Kreditanstalt, Zürich, der
  Schweizerischen Bankgesellschaft, Zürich, des
  Schweizerischen Bankvereins, Basel, und der
  Deutschen Bank (Suisse) S.A., Genf.

Die Aktien können auch bei einem deutschen Notar oder bei einer Wertpapiersammelbank hinterlegt werden. In diesem Falle bitten wir, die von dem Notar bzw. der Wertpapiersammelbank auszustellende Bescheinigung spätestens einen Tag nach dem letzten Hinterlegungstag bei einer Hinterlegungsstelle einzureichen.

Für die Ausübung des Stimmrechts verweisen wir auf § 18 Abs. 1 unserer Satzung:

„Das Stimmrecht jeder Aktie entspricht ihrem Nennbetrag. Gehören einem Aktionär Aktien im Gesamtnennbetrag von mehr als 5% des Grundkapitals, so beschränkt sich sein Stimmrecht auf die Zahl von Stimmen, die Aktien im Gesamtnennbetrag von 5% des Grundkapitals gewähren. Zu den Aktien, die einem Aktionär gehören, rechnen auch die Aktien, die ein Dritter für Rechnung des Aktionärs innehat. Ist ein Unternehmen Aktionär, so rechnen zu den Aktien, die ihm gehören, auch die Aktien, die ein herrschendes, von ihm abhängiges oder ein mit ihm konzernverbundenes Unternehmen oder ein Dritter für Rechnung solcher Unternehmen innehat."

Der in § 18 Abs. 1 genannte Anteil von 5% des Grundkapitals entspricht zur Zeit einem Nennbetrag von 80.141.330 DM = 1.602.826 Aktien zu je 50 DM.

Frankfurt am Main, im April 1986

Der Vorstand

Renten sehr fest

Seitdem sich die Ansicht immer mehr durchsetzt, daß die Zinssenkung in der Bundesrepublik ihr Ende noch nicht erreicht hat, scheinen auch inländische institutionelle Anleger ihre bisher gegenüber festverzinslichen Papieren geübte Zurückhaltung aufzugeben. Das drückt sich vor allem in Renditerückgängen bei den Pfandbriefen aus. Fünfjährige Laufzeiten bringen im Großgeschäft eine Rendite von 5,52 Prozent, 10jährige von 6,42 bis 6,45 Prozent. Öffentliche Langläufer wurden wegen Aufleben der Auslandsnachfrage bis zu 1,50 Prozentpunkten heraufgesetzt.

Bundesanleihen

Bundesbahn

Bundespost

Länder – Städte

Sonderinstitute

Industrieanleihen

Optionsscheine

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Frankfurt

DM-Auslandsanleihen

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

Anmerkung: *Zinsen steuerfrei. PF = Pfandbrief, KO = Kommunalobligation, KS = Kommunalschatzanweisung, IS = Inhaberschuldverschreibung, RS = Rentenschuldverschreibung, S = Schuldverschreibung. Kurse ohne Gewähr. B = Berlin, Br = Bremen, D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Ha = Hannover, M = München, S = Stuttgart

---

Am Dienstag, dem 8. April 1986, entschlief nach kurzer, schwerer Krankheit unsere liebe Mutti

Ursula Scheder-Bieschin

geb. Rompel

* 16. März 1935

In stiller Trauer

Jorge Scheder-Bieschin
Miguel Scheder-Bieschin
André Scheder-Bieschin
und Angehörige

Königgrätzstraße 15
2000 Hamburg 52

Trauerfeier und Beisetzung am Freitag, dem 11. April 1986, um 14.00 Uhr, Friedhof Limburg-Lindenholzhausen.

Was gewesen kehrt nie wieder
aber ging es leuchtend nieder,
leuchtet's lange noch zurück.
Goethe

Nach einem bewegten Leben voller Freude an seinem Beruf, verstarb heute in den frühen Morgenstunden mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwiegervater und Großvater

Dr.-Ing. Erich Scholz

* 25. 11. 1903 † 7. 4. 1986

In stiller Trauer
Lilo Scholz geb. Witzenhausen
Peter Scholz
Monika Scholz geb. Oppelt
Klaus Scholz
Lis Scholz geb. Schmuck
Jens, Dirk und Anverwandte

5210 Troisdorf, Parzellistr. 4

Die Beerdigung findet statt am Freitag, dem 11. April 1986, um 11 Uhr von der Trauerhalle des Waldfriedhofes Troisdorf aus.

Hilde Cadow

19. Mai 1923 6. April 1986

Wir nehmen Abschied in Liebe, Dankbarkeit und großer Trauer.

Gertrud Cadow geb. Marcus

Beate Brune

Carl Heinz und Helga Cadow
Rüdiger Cadow
Renate Cadow

Wolfgang und Lore Cadow
Astrid Alexander geb. Cadow
und Familie
Ingrid Möller geb. Cadow
und Familie

2000 Hamburg 65, Dweerblöcken 62

Die Trauerfeier mit anschließender Beisetzung findet statt am Montag, dem 14. April 1986, um 14 Uhr auf dem Friedhof Hamburg-Ohlsdorf, Kapelle 10.

Am 7. April 1986 verstarb im 85. Lebensjahr Herr

Dr. jur. Eitelfritz Albrecht

ehemaliges Vorstandsmitglied und Mitglied des Aufsichtsrates der Nordwestdeutschen Kraftwerke AG

Mehr als zwei Jahrzehnte, von 1957 bis 1978, hat der Verstorbene die Unternehmensgeschichte der jetzt durch Fusion mit der Preussen Elektra AG verschmolzenen Nordwestdeutschen Kraftwerke AG zunächst als kaufmännisches Vorstandsmitglied, später als Mitglied des Aufsichtsrates geprägt und mitverantwortet. Seine noble Haltung, sein Verständnis für menschliche Belange machten ihn beliebt bei Mitarbeitern wie Geschäftspartnern des Unternehmens.

Wir werden seinen Namen und sein Wirken dankbar in Erinnerung behalten.

Preussen Elektra Aktiengesellschaft
Vorstand und Aufsichtsrat

Hannover, 10. April 1986

FINANZANZEIGE

WestLB
International S.A.

Zusammengefaßte Bilanz per 31. 12. 1985

AKTIVA	in Mio. DM	Vorjahr
Forderungen an Banken	4.792,0	3.638,8
Forderungen an Kunden	4.858,8	6.464,2
Wertpapiere	806,5	464,9
Sonstige Aktiva	358,7	418,7
	10.816,0	10.986,6

PASSIVA	in Mio. DM	Vorjahr
Verbindlichkeiten gegenüber Banken	8.899,2	9.228,2
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	732,0	723,3
Sonstige Passiva	292,7	277,6
Kapital	125,5	125,5
Rücklagen	226,7	214,3
Rückstellungen	491,4	405,1
Bilanzgewinn	48,5	12,6
	10.816,0	10.986,6

WestLB International S.A.
32 – 34, boulevard
Grande-Duchesse Charlotte
Postfach 420
L-2014 Luxembourg
Telefon 44 74 11

Tochterunternehmen der Westdeutsche Landesbank Girozentrale Düsseldorf/Münster

Die vollständige Bilanz sowie die Gewinn- und Verlustrechnung werden im MEMORIAL, Amtsblatt des Großherzogtums Luxemburg, Ausgabe C, veröffentlicht.

Warenpreise – Termine

Kräftige Abschläge verzeichneten am Dienstag die Kupfernotierungen an der New Yorker Comex. Gold und Silber lagen uneinheitlich. Kakao war knapp behauptet, Kaffee notierte deutlich schwächer.

Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/bush)

	8.4.	7.A.
Mai	294,50	301,00
Juli	253,50	251,00
Sept.	254,50	253,00

WEIZEN Winnipeg (can.$/t) Wheat Board cif. St.L. 1 CW

Am Durum	275,40	276,45
	272,34	273,39

ROGGEN Winnipeg (can.$/t)

Mai	99,60	99,70
Juli	103,40	103,50
Okt	105,50	105,60

HAFER Winnipeg (can. $/t)

Mai	88,50	90,10
Juli	85,40	88,00
Okt	83,10	85,00

HAFER Chicago (c/bush)

Mai	99,50	101,25
Juli	102,25	104,00
Sept	107,50	108,00

MAIS Chicago (c/bush)

Mai	233,25	235,00
Juli	227,25	229,00
Sept	206,50	208,25

GERSTE Winnipeg (can.$/t)

Mai	96,90	100,10
Juli	97,20	100,20
Okt.	93,70	96,80

Genußmittel

KAFFEE New York (c/lb)

	8.4.	7.A.
Mai	226,50	228,25
Juli	232,25	233,00
Sept.	237,75	237,50

KAKAO New York ($/t)

	8.4.	7.A.
Mai	1805	1812
Juli	1850	1863
Sept.	1900	1910
Umsatz	2777	2753

ZUCKER New York (c/lb)

Nr. 11 Mai	9,21	9,37
Juli	9,?9	9,33
Sept	9,??	9,30
Okt.	9,09	9,27
Jan.	9,25	9,10
Umsatz	3924	–

I-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb) 8,90 8,53

KAFFEE London (£/t) Robusta

	8.A.	7.A.
Mai	2274-2278	2271-2275
Juli	2315-2320	–2324
Sept	2360-2365	2372-2375
Umsatz	5153	6669

KAKAO London (£/t)

Mai	1383-1384	1365-1366
Juli	1394-1395	1393-1395
Sept.	1415-1419	1420-1421
Umsatz	6247	5220

ZUCKER London (£/t) Nr. 6

	8.4.	7.A.
Mai	[illegible]	226,80-227,80
Aug	[illegible]	227,00-229,60
Okt	[illegible]	225,00-225,20
Umsatz	207	208

PFEFFER Singapur (Straits-Sing. $/100 kg)

	9.4.	8.4.
New spez.	770,00	775,00
[illegible]	1185,00	1200,00
[illegible]	1200,00	1215,00

[illegible]SAAT New York (c/lb)

	8.4.	7.A.
Mai	94,75	95,00
Juli	93,70	94,25
Sept	93,00	92,60
Nov.	92,80	92,85
Jan.	92,60	92,90
Umsatz	800	

Öle, Fette, Tierprodukte

ERDNUSSÖL New York (c/lb) Südstaaten fob Werk

	8.4.	7.A.
	23,00	23,00

MAISÖL New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk

	18,625	18,625

SOJAÖL Chicago (c/lb)

Mai	17,98	18,27
Juli	18,30	18,58
Aug.	18,40	18,68
Sept.	18,55	18,70
Okt.	18,55	18,68
Dez.	19,00	19,20
Jan.	19,00	19,25

BAUMWOLLSAATÖL New York (c/lb) Mississippi-Tal fob Werk.

	16,50	16,25

SCHMALZ Chicago (c/lb)

loco lose	12,00	12,00
Choise white hog 4 % fr. F.	–	–

TALG New York (c/lb)

top white	11,75	11,75
fancy	11,25	11,25
bleichf.	11,00	11,00
yellow max. 10% fr.F	10,00	10,00

SCHWEINE Chicago (c/lb)

April	40,50	38,95
Juni	41,95	40,55
Juli	42,07	41,00

SCHWEINEBÄUCHE Chicago (c/lb)

Mai	52,35	51,20
Juli	53,60	55,55
Aug.	52,27	51,60

HÄUTE Chicago (c/lb)

	8.4.	7.A.
Ochsen einh. schwere River Northern	61,00	61,00
Kühe einh. schwere River Northern	48,00	48,00

SOJABOHNEN Chicago (c/bush)

Mai	529,00	527,00
Juli	527,00	525,25
Aug.	526,00	523,25
Sept.	517,00	514,75
Nov.	514,50	512,75
Jan.	523,50	522,50
März	532,50	532,00

SOJASCHROT Chicago ($/sht)

Mai	154,60	152,10
Aug.	154,60	152,20
Sept.	154,50	151,90
Okt.	152,60	150,00
Dez.	149,50	147,00
Jan.	150,50	148,10
März	151,00	149,50

LEINSAAT Winnipeg (can. $/t)

	8.4.	7.A.
Mai	289,60	291,00
Juli	297,10	298,50
Okt.	301,10	301,50

KOKOSÖL New York (c/lb) – Westk. fob Werk

	8.4.	7.A.
	15,00	15,00

ERDNUSSÖL Rotterdam ($/t) jegl. Herk.

	9.4.	8.4.
cif	575,00	575,00

LEINÖL Rotterdam ($/t) jegl. Herk. ex Tank

	475,00	475,00

PALMÖL Rotterdam ($/lgt) – Sumatra

cif	260,00	265,00

SOJAÖL Rotterdam (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk

	97,50	96,00

KOKOSÖL Rotterdam ($/lgt) – Philippinen

cif	280,00	295,00

LEINSAAT Rotterdam ($/t) – Kanada Nr. 1

cif	222,00	223,80

Wolle, Fasern, Kautschuk

BAUMWOLLE New York (c/lb)

Kontr. Nr2	8.4.	7.A.
Mai	60,90	61,30
Juli	62,15	62,55
Okt.	38,95	39,00
Dez.	38,80	39,00
März	39,75	39,95
Mai	40,44	40,53

KAUTSCHUK New York (c/lb) Händlerpreis loco RSS-1

	39,00	39,25

WOLLE London (Neus. c/kg) – Kreuzz.

	9.4.	8.4.
Mai	500-505	500-501
Aug.	517-519	517-520
Okt.	524-525	522-524
Umsatz	76	62

WOLLE Roubaix (F/kg) Kammz.

	9.4.	8.4.
Mai	45,00	45,00
Juli	45,00	45,00
Okt.	45,00	45,00
–	–	–
Umsatz	0	0

Tendenz: ruhig

WOLLE Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißw. Standard

	9.4.	8.4.
Mai	608,00-612,00	605,00-620,00
Juli	623,00-627,00	–
Dez.	–	–
Umsatz	0	0

SISAL London ($/t) cif eur. Haupthäfen

	9.4.	8.4.
EA	680,00	680,00
UG	570,00	570,00

SEIDE Yokohama (Y/kg) AAA ab Lager

	9.4.	8.4.
April	12465	12468
Mai	12358	12399

KAUTSCHUK London (p/kg)

	8.4.	7.A.
RSS 1 Mai	53,25-54,25	53,50-54,50
RSS 1 Juni	53,75-54,75	54,00-55,00
RSS 2 Mai	52,25-52,75	52,25-53,25
RSS 3 Mai	51,00-52,00	51,25-52,25

Tendenz: ruhig

KAUTSCHUK Malaysia (mal. c/kg)

	9.4.	8.4.
Mai	194,00-196,00	191,00-193,00
Juni	196,50-198,50	193,50-195,50
Nr. 2 Mai	193,00-194,00	191,00-192,00
Nr. 3 Mai	190,50-191,50	188,50-189,50
Nr. 4 Mai	185,50-186,50	183,50-184,50

Tendenz: ruhig

JUTE London (£/lgt)

	9.4.	8.4.
BWC	395	390
BWD	360	355
BTC	395	383
BTD	360	350

Erläuterung – Rohstoffpreise

Mengenangaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g; 1lb = 0,4536 kg; 1 R. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–)

Westd. Metallnotierungen

(DM je 100 kg)

	9.4.	8.4.
ALUMINIUM: Basis London		
lfd. Mon.	272,66-272,00	274,96-275,31
dritt. M.	278,45-278,79	280,50-280,68
BLEI: Basis London		
lfd. Mon.	87,14-87,31	88,83-89,00
dritt. M.	88,16-88,50	90,90-91,08
NICKEL: Basis London		
lfd. Mon.	934,40-936,10	941,94-945,40
dritt. M.	959,93-961,63	962,72-964,45
ZINK: Basis London		
lfd. Mon.	138,54-139,56	142,68-144,41
Prod.-Pr.	163,13	164,50
REINZINN 99,9 %	unerh.	unerh.

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring/kg)

	9.4.	8.4.
	14,95	ausg.

NE-Metalle

(DM je 100 kg)

	9.4.	8.4.
ELEKTROLYTKUPFER für Leitzwecke DEL-Not.*	338,70-341,08	341,62-344,05
BLEI in Kabeln	94,75-95,75	96,50-97,50
ALUMINIUM für Leitzwecke (VAW) Rundb.	455,00-458,50	455,00-458,50
Vorz.dr.	464,00-464,50	464,00-464,50

* Auf Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller

Messingnotierungen

	9.4.	8.4.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	300-305	303-307
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	345-347	340-347
MS 63	326-329	328-332

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM/100 kg)	9.4.	8.4.
Leg. 225	333-335	333-335
Leg. 226	335-337	335-337
Leg. 231	370-372	370-372
Leg. 233	380-382	380-382

Preise für Abnahme von 1 bis 5 t frei Werk

Edelmetalle

	9.4.	8.4.
PLATIN (DM/g)	33,45	34,15
GOLD (DM/kg Feingold)		
Bank-Vkfpr.	25840	26500
Rückn.-Pr.	25090	25750
GOLD (DM/kg Feingold) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vkfpr.	25880	26500
Rückn.-Pr.	25200	25800
verarbeitet	27140	27800
GOLD (Frankfurter Börsenkurs) (DM/kg)	25410	25950
SILBER (DM je kg Feinsilber) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vkfpr.	409,00	412,80
Rückn.-Pr.	396,70	400,30
verarbeitet	427,00	430,90

Internationale Edelmetalle

GOLD (US-$/Feinunze) London	9.4.	8.4.
10.30	338,65	340,65
15.00	337,85	339,40
Zürich mit.	338,70-339,20	340,80-341,30
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	80250	82700
SILBER (p/Feinunze) London		
Kasse	364,55	361,85
3 Mon.	370,70	371,30
6 Mon.	381,55	379,60
12 Mon.	398,85	396,19

PLATIN (£/Feinunze) London	8.4.	7.A.
fr. Markt	285,20	281,70

PALLADIUM (£/Feinunze) London	8.4.	7.A.
f. Händl.-Pr.	73,90	73,55

New Yorker Metallbörse

	8.4.	7.A.
GOLD H & H Ankauf	339,65	337,90
SILBER H & H Ankauf	522,50	550,50
PLATIN		
f.Handl.-Pr.	420,00-427,00	420,00-427,00
Prod.-Pr.	475,00	475,00
PALLADIUM		
f. Händl.-Pr.	108,50-109,50	106,00-107,00
Prod.-Pr.	150,00	150,00

SILBER (c/Feinunze)

April	537,60	532,00
Mai	539,50	534,00
Juli	543,20	538,00
Sept.	546,00	544,00
Dez.	553,00	553,00
Jan.	563,00	559,00
März	565,80	566,00
Umsatz	28000	19400

KUPFER (c/lb)

	8.4.	7.A.
April	63,05	64,20
Mai	63,30	64,40
Juli	63,90	65,00
Sept.	63,75	64,75
Dez.	64,50	65,60
Jan.	65,15	66,30
März	65,45	66,50
Umsatz	15500	–

Londoner Metallbörse

ALUMINIUM (c/lb)	9.4.	8.4.
mitt. Kasse	801,00-802,00	793,50-794,50
3 Mon.	818,00-819,00	811,00-811,50
BLEI (£/t)		
mitt. Kasse	256,00-256,50	255,50-256,00
3 Mon.	259,00-260,00	260,50-261,00
KUPFER Highergrade (£/t)		
mitt. Kasse	976,00-977,00	968,00-968,50
3 Monate	ausg.	ausg.
ab. Kasse	–	967,00-968,00
3 Monate	–	ausg.
KUPFER-Standard		
mitt. Kasse	ausg.	ausg.
3 Monate	988,00-990,00	981,00-983,00
ZINK Highergrade (£/t)		
mitt. Kasse	449,00-449,50	447,50-448,50
3 Monate	460,50-461,00	459,00-460,00
ZINN (£/t)		
mitt. Kasse	ausg.	ausg
3 Monate		
QUECKSILBER ($/Fl.)	–	230-235
WOLFRAM-ERZ ($/T-Einh.)	–	45-55

Energie-Terminkontrakte

HEIZÖL Nr. 2 – New York (c/Gallone)

	8.4.	7.A.
Mai	38,75-39,25	44,05-44,80
Juni	37,20-37,40	41,17
Juli	37,00-37,10	40,92
Aug.	37,25	41,17

GASÖL – London ($/t)

	8.4.	7.A.
April	169,00-169,25	165,25-165,25
Mai	142,00	144,00-144,25
Juni	130,50	134,00-134,50
Juli	126,25-127,00	132,00-132,50
Aug.	127,50-130,00	132,50-133,25
Sept.	128,50-131,50	136,00-137,00
Okt.	133,00-134,00	136,00-139,50

BENZIN – New York (c/Gallone)

	8.4.	7.A.
Mai	41,40-41,45	45,00-45,50
Juni	40,70-41,00	44,10
Juli	40,50-40,40	43,75
Aug.	39,75	43,35
Sept.	39,30	42,90

ROHÖL – New York ($/Barrel)

	8.4.	7.A.
Mai	12,40-12,60	14,25-14,40
Juni	12,42-12,55	13,87
Juli	12,50-12,55	13,99
Aug.	12,68	14,17
Sept.	12,81	14,30

ROHÖL-SPOTMARKT ($/Barrel) mittlere Preise in NW-Europa – alle fob

	8.4.	7.A.
Arabian Lg.	–	–
Arabian Hv.	–	–
Iran Lg.	–	–
Forties	13,90	14,00
N. Sea Brent	–	13,85
Bonny Light	–	–

Kartoffeln

London (£/t)

	8.4.	7.A.
April	110,20	117,50
Mai	142,10	145,30
Nov.	87,50	85,50
Febr.	95,00	95,00

New York (c/lb)

	8.4.	7.A.
April	1,81-1,90	1,80-1,88
Mai	2,00-2,01	2,00-2,01
Nov.	3,36-3,37	3,36-3,37
März	3,59-3,60	3,58-3,60

Bauholz

Chicago ($/1000 Board Feet)

	8.4.	7.A.
Mai	193,60	188,50
Juli	187,10	182,00
Sept.	179,60	174,60
Nov.	172,70	168,30

Devisenterminmarkt

Die Abschwächung der Euro-Dollar-Depots setzte sich am 9. 4. weiter fort. Terminabschläge nochmals enger.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,51-0,41	1,46-1,36	2,88-2,68
Pfund/Dollar	0,49-0,48	1,53-1,30	2,20-2,15
Pfund/DM	2,50-1,10	5,80-4,40	9,70-8,40
FF/DM	16-p	37-16	58-42

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 9.4.: Tagesgeld 4,35-4,45 Prozent; Monatsgeld 4,35-4,50 Prozent; Dreimonatsgeld 4,35-4,50 Prozent. FIBOR 3 Mon 4,50 Prozent, 6 Mon. 4,50 Prozent.

Privatdiskontsätze am 9.4.: 10 bis 29 Tage 3,05 G–2,90B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,05 G–2,90B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 9.4.: 3,5 Prozent, Lombardsatz 5,5 Prozent.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Hochstkurse im Handel unter Banken am 8.4.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr

	US-$	DM	sfr
1 Monat	7-7⅛	4⅜-4½	3⅝-4⅛
3 Monate	6⅞-7⅛	4¼-4½	3⅞-4⅛
6 Monate	6⅞-7⅛	4¼-4½	3¾-4
12 Monate	6⅞-7⅛	4⅜-4⅝	3⅞-4⅛

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxemburg

Ostmarkkurs am 9.4. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 16,00; Verkauf 19,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 16,25; Verkauf 19,25 DM West

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 9.4. folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1060,00	o.W
5 US-Dollar (Indian)**	710,00	866,70
5 US-Dollar (Liberty)	400,00	535,00
1 £ Sovereign alt	197,75	242,54
1 £ Sovereign Elizabeth II.	182,75	231,14
20 belgische Franken	142,25	190,67
10 Rubel Tscherwonez	190,75	244,82
2 südafrikanische Rand	174,50	220,59
Krüger Rand, neu	750,50	929,67
Maple Leaf	798,00	949,62
Platin Noble Man	1004,00	1184,46
Außer Kurs gesetzte Münzen*		
20 Goldmark	221,75	281,30
20 schweiz. Franken „Vreneli"	159,50	210,33
20 franz. Franken „Napoléon"	161,50	212,61
100 österr. Kronen (Neuprägung)	745,00	905,16
20 österr. Kronen (Neuprägung)	148,75	192,38
10 österr. Kronen (Neuprägung)	76,50	104,31
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	345,75	428,36
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	80,50	114,57

*Verkauf inklusive 14 % Mehrwertsteuer
**Verkauf inklusive 7 % Mehrwertsteuer

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Mai 1986 an, Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1986/5 (Typ A) 3,00 (3,00) – 4,50 (3,74) – 5,00 (4,14) – 5,50 (4,46) – 6,50 (4,82) – 7,50 (5,21). Ausgabe 1986/6 (Typ B) 3,00 (3,00) – 4,50 (3,75) – 5,00 (4,16) – 5,50 (4,50) – 6,50 (4,89) – 7,50 (5,32) – 8,00 (5,70). Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 3,63, 2 Jahre 4,40. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 5,50, Kurs 100,80, Rendite 5,31.

Nullkupon-Anleihen (DM)

Deutsche Emittenten	Rückzahlung Preis	Rückzahlung Datum	Kurs 9.4.	Rendite in %
BW-Bank E.69	100,00	1.7.95	56,411	6,40
BW-Bank E.70	197,16	1.7.95	108,41	6,40
Berl. Bk. E.54	100,00	1.7.95	56,40	6,40
Berl. Bk. E.55	100,00	1.7.00	40,00	6,65
Commerzbank	100,00	22.5.95	56,60	6,44
Commerzbank	100,00	4.8.00	39,90	6,62
Deutsche Bk. S	287,00	23.1.95	132,50	9,03
DSL-Bank R.264	137,01	2.7.90	109,23	5,50
DSL-Bank R.265	100,00	2.7.90	79,72	5,50
DSL-Bank R.266	100,00	1.8.95	56,36	6,35
Fr. Hyp. KO 468	196,72	1.6.95	109,65	6,60
Hbg. Ldbk. A.2	100,00	15.8.96	52,75	6,36
Hess. Ldbk. 245	100,00	1.6.95	57,94	6,15
Hess. Ldbk. 246	100,00	1.6.00	41,64	6,39
Hess. Ldbk. 247	100,00	1.6.95	57,44	6,25
Hess. Ldbk. 248	100,00	1.7.05	29,79	6,50
Hess. Ldbk. 251	100,00	2.11.05	29,70	6,40
SGZ-Bank 060	100,00	12.6.95	56,84	6,35
WestLB 600	100,00	2.5.95	58,00	6,21
WestLB 601	100,00	2.5.00	41,30	6,41
WestLB 603	100,00	1.6.01	39,05	6,41
WestLB 602	100,00	3.10.05	29,20	6,53
WestLB 500	126,86	16.2.89	111,80	4,56
WestLB 501	137,01	16.2.90	113,90	4,93
WestLB 503	115,76	3.10.88	104,25	4,34
WestLB 504	141,85	1.10.91	107,35	5,24
Emittenten (DM) Ausland				
Österreich	200,00	24.5.95	109,75	6,39
Österreich	294,12	24.5.00	111,50	6,91
All. Richfield	$ 100	4.2.92	147,80	11,12
Campbell Soup	$ 100	21.4.92	148,20	10,70
Prua Realty	$ 100	15.1.99	69,40	11,54
Emittenten (Dollar)				
Wells Fargo (AA)	100,00	4.2.88	–	9,28
Pepsi-Co (AA)	100,00	4.3.92	64,00	7,95
Beatrice Foods	100,00	9.2.92	56,75	10,18
Xerox (AA)	100,00	11.2.92	62,00	8,51
Gulf Oil (AAA)	100,00	2.5.92	61,375	8,61
Gen. Elec. (AAA)	100,00	17.2.93	59,00	7,99
Caterp. Fin (AA)	100,00	11.2.94	51,50	8,82
Penney (A+)	100,00	17.2.94	51,25	8,87
Sears (AA)	100,00	27.5.94	51,875	8,39
Philip Morris/A	100,00	8.6.94	51,125	8,55
Gen. Elec (AAA)	100,00	4.3.95	50,25	8,03

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

Laufzeit Jahre	Rendite* ca.% (Vortag)	Orientierungspreise** bei Nominalzinsen von 5%	6%	7%	8%	9%	10%
1	4,40 (4,50)	100,6	101,5	102,4	103,4	104,3	105,3
2	4,75 (4,85)	100,5	102,2	104,0	105,9	107,8	109,6
3	5,08 (5,20)	99,80	102,2	105,0	107,7	110,4	113,1
4	5,35 (5,50)	98,40	102,0	105,5	109,0	112,5	116,0
5	5,53 (5,68)	97,50	101,6	105,9	110,1	114,4	118,6
6	5,80 (5,91)	95,55	101,0	105,5	110,4	115,3	120,2
7	6,03 (6,20)	93,70	99,85	104,9	110,4	116,0	121,5
8	6,32 (6,40)	91,35	98,05	103,6	109,7	115,8	121,9
9	6,40 (6,52)	90,00	96,65	103,4	110,0	116,7	123,5
10	6,44 (6,56)	88,95	96,15	103,3	110,5	117,7	124,9
15	6,70 (6,86)	83,40	92,60	101,9	111,1	120,3	129,5

*Die Rendite wird auf der Basis aktueller Kupons berechnet (ca. %)
**Aufgrund der Marktrendite errechnete Preise, die von den amtlich notierten Kursen vergleichbarer Papiere abweichen können.

Commerzbank Rentenindex: 113,696 (113,201)
Performance-Rentenindex: 241,372 (240,633)
Mitgeteilt von der COMMERZBANK

New Yorker Finanzmärkte

Fed Funds	8. April	6,625-7,125
Commercial Paper (Direktplazierung)	30–59 Tage	6,90
	60–270 Tage	6,55
Commercial Paper (Händlerplazierung)	30 Tage	6,95
	60 Tage	6,85
	90 Tage	6,75
Certificates of Deposit	1 Monat	6,65
	2 Monate	6,65
	3 Monate	6,65
	6 Monate	6,60
	12 Monate	6,53
US-Schatzwechsel	13 Wochen	6,15
	26 Wochen	6,12
US-Staatsanleihe	10 Jahre	7,28
	30 Jahre	7,37
US-Diskontsatz		7,00
US-Primerate		9,00
Geldmenge M1	27. März	638,3 Mrd $ (+ 1,0 Mrd $)

NYSE-Aktienindex (New York)

Juni	136,75	135,10
Sept.	138,50	134,75

Mitgeteilt von Hornblower Fischer & Co., Frankfurt

Dollar-Anleihen

	8.A.	7.A.
9⅞ EEC 90	104,75	104,625
11⅞ dgl. 90	110,25	109,375
10⅞ EIB 93	109,875	109,75
11 dgl. 91	112,125	113
11½ dgl. 90	113,75	113,75
11⅝ dgl. 93	119,75	119,875
12 dgl. 95	122,625	122,75
12½ dgl. 90	115,75	115,875
12⅞ dgl. 95	125,875	125,75
13 dgl. 96	121,5	121
10⅞ Wld Bk 95	113,875	113,75
10⅞ dgl. 88	106,125	106
10⅞ dgl. 90	109,75	109,75
10⅞ dgl. 95	114,625	114,5
11 dgl. 97	113,875	113,75
11¼ dgl. 88	107,625	107,25
11¼ dgl. 90	112,625	112,25
11⅜ dgl. 89	109,375	109,25
11½ dgl. 90	113,625	113,25
12 dgl. 93	120,125	120,125
12¼ dgl. 94	124	124
12⅞ dgl. 94	126,625	126,875
6⅞ Sears 91	103,75	103,75
6⅞ Swed.Ex.91	101,375	101,625
7 TRW 94	101,25	101,375
6⅞ Un.Tech.92	101,875	102
6⅞ World Bk98	102,75	103,125
6⅞ dgl. 94	104,375	104,5
7 dgl. 94	106,375	106,625
7⅞ dgl. 93	109,125	109,375
8 dgl. 93	111,5	111,5

Euro-Yen

	8.A.	7.A.
6⅞ ALCorp 91	101,25	101,375
6⅞ Allied 93	100,25	100,25
7⅞ ADB 94	107,125	107,25
7 Austria 95	105,875	106
7 BP 97	103,125	103,25
6⅞ Denmark 92	102,375	102,5
7 Denm.Bk. 92	105,375	105,5
7 Dow Chem.94	101,375	101,375
6⅞ EDF 95	105,5	105,625
6⅞ Eurofima86	99,75	99,75
6⅞ dgl. 92	102,25	102,25
6⅞ dgl. 93	101,75	101,75
7⅞ dgl. 94	105,375	105,375
6⅞ Faennie 92	102,5	102,625
6⅞ Finl.Rep90	102,375	102,5
6⅞ GMAC 90	101,5	101,375
7⅞ Goodyear95	101,75	101,75
6⅞ dgl. 94	101,375	101,5
6⅞ ITT 92	100,375	100,5
6½ McDonal.92	101,125	101,25
6⅞ Montreal95	101,625	101,75
7⅞ N.Bruns.95	105,375	105,375
7⅞ N.Zeala.90	104,375	104,5
7⅞ dgl. 89	105,375	105,5
7 Pac.Gas 94	101,75	101,75
6⅞ Penney 97	101,25	100,375
6⅞ Procter 97	102	102,125
6⅞ Sallie 92	102	102,125

Lux. Franc Bonds

	8.A.	7.A.
9⅞ Akzo 87	100	100
9⅞ Asea 89	101,75	101,75
6⅞ Aslon Dv87	98	98
10⅞ BFG Lux90	105	105
11 BNP 90	105	105
9 dgl. 93	103	103
10⅞ Coca 94	105	105
11 dgl. 92	105	105
13 dgl. 91	101	101
12⅞ Corseal92	105,5	105,5
8 Coptal 88	99	99
8⅞ dgl. 89	99,5	99,5
11 Cr.Lyon.88	105,5	101,5
13 dgl. 89	109,5	107
7⅞ Den.Mtg 88	98	98
10⅞ Euratom96	111	111
11 dgl. 93	106	106
12⅞ dgl. 88	100,75	100,75
12⅞ dgl. 92	101	101
9 Eurofima 95	107	107
10 dgl. 91	106	106
10 dgl. 94	106	106
11⅞ dgl. 89	100,5	100,5
8 EIB 91	99	99
9⅞ dgl. 95	104,75	104,75
9⅞ dgl. 88	102	102
9⅞ dgl. 93	103,75	103,75
10⅞ dgl. 94	109,75	109,75
11⅞ dgl. 88	100,5	100,5
12¼ dgl. 90	100,5	100,5
9⅞ Hypo Bk.88	102,75	102,75
9⅞ Ind.B.F.95	104	104
11 Kredlet.93	107	107
7⅞ dgl. 87	99	99
10 dgl. 90	100,5	100,5
11⅞ dgl. 89	100,5	100,5
8 Luxair 87	99	99
8½ dgl. 87	99,75	99,75
10⅞ Lux Bk.91	102,25	102,25
9 Mat.Colm 95	103	103
10⅞ N.Lx.Al92	102,75	102,75
12½ Nord L.89	101	101
8 Norgas 86	99,75	99,75
8 Oslo 89	99,75	99,75
8⅞ dgl. 87	100	100
9 Paribas 92	102,75	102,75
10⅞ Paribas89	101	101
8 Philips 89	99	99
7⅞ Renault 88	98,5	98,5
9½ Sogenal 92	103	103
10⅞ Solvay 87	100	100
10⅞ Stockh.86	99,75	99,75
8 Sveriges 88	99	99
9⅞ Volvo 87	101	101
9⅞ WorldBk.90	106	106
10⅞ dgl. 89	104,5	104,5

Rechnungs-Einheiten
RE 9 DM 2,52832

	8.A.	7.A.
8⅞ Cop City91	96	96
12⅞ dgl. 92	102	103
8⅞ CCA 91	96	97
11⅞ Ned. G.88	99,75	101
9⅞ Queb. P.94	99	99
8½ SDR 94	96,5	98

ECU

	8.A.	7.A.
9⅞ ABN 92	109,375	109,25
All Nippon 95	110,625	110,25
9⅞ ANZ 92	109,25	108,875
10⅞ Austria93	114,125	114,25
8⅞ B.d.Roma93	101	101
10 BNDA 92	106,75	106,5
9 M.-Hope 92	106,5	106,375
9 Bk.Hels.96	104,875	105
9⅞ Bk.Tok.90	107,25	107
10⅞ dgl. 91	104,125	103,375
8⅞ BNP 95	106,375	105,75
8⅞ Bay Vbk.88	105,375	105,25
8⅞ BFCE 93	104	103,625
9⅞ dgl. 92	111,5	110,625
9⅞ dgl. 95	111,625	111
9½ Bull 92	104,625	104,75
9⅞ CNT 92	111,75	111
9⅞ dgl. 95	111,5	110,75
8⅞ Cargill 95	106,5	106,25
10⅞ Coca 89	109,625	109,625
11⅞ dgl. 94	114,125	113,875
9 Chrysl. 92	99,625	99,75
9⅞ dgl. 94	101,25	100,875
10 dgl. 91	103,25	103,125
10⅞ dgl. 93	103,875	103,25
9 ClubMed 88	103,625	103,25
9 Colgate 91	102,125	101,625
9⅞ Conseil 97	109	108,5
9 Cop City 95	111,25	110,75
9⅞ CCF 95	108,75	108,5
9⅞ CrdNord 91	108,125	107,25
11⅞ CrdFonc90	109,75	109,5
11⅞ dgl. 90	111,5	110,375
8⅞ CrdNat 96	109,25	109,125
10⅞ dgl. 94	113,625	113,375
8⅞ Crdonst.94	107,375	106,875
9⅞ Crediop 92	107,125	106,25
10⅞ Denmark91	107,25	[illegible]
9⅞ Dresd.bk93	109,375	[illegible]
9 EDF 97	109,375	[illegible]
8⅞ EEC 95	109,25	[illegible]
8⅞ ELFAqu. 88	101,625	[illegible]
9 Eneo Gur 91	103,75	[illegible]
9⅞ dgl. 93	103,875	[illegible]
10 Euratom 97	112,75	[illegible]
9⅞ Eurofima95	109,75	[illegible]
11 dgl. 92	110,375	[illegible]
8⅞ EIB 90	109,5	[illegible]
8⅞ dgl. 93	108,375	[illegible]
8⅞ dgl. 92	109,375	[illegible]
9⅞ dgl. 95	115	[illegible]
10⅞ dgl. 94	114	[illegible]
10⅞ dgl. 94	114	[illegible]
10⅞ dgl. 90	113,625	[illegible]
11⅞ dgl. 92	111,125	[illegible]
11⅞ dgl. 94	–	[illegible]
9 Eutelsat 93	104,875	[illegible]
8⅞ Fiat 90	103,875	[illegible]
9 IBKFinnl 95	105	[illegible]
8⅞ Ford C.95	106	[illegible]
10⅞ Giroz. 95	112,625	[illegible]
10 IADB 93	112,875	[illegible]
8⅞ IBM 90	106,375	[illegible]
8⅞ IKB 93	101,75	[illegible]
9 Imatran 96	104,5	[illegible]
9⅞ Italie 89	105,25	[illegible]
10⅞ dgl. 92	111,25	[illegible]
11½ dgl. 90	110,625	[illegible]
9⅞ Kansai 92	106,625	[illegible]
9⅞ Kbifima 92	109	[illegible]
10⅞ Megal 95	110	109,5
8⅞ Mits.Tr.93	105,25	105
9 MoetHen.91	108	107,5
9⅞ Mai 90	103,75	103,875
8⅞ Morgan 90	106,375	106,25
8⅞ Motorola97	107,5	107,5
9 Nerva 95	107,375	106,25
8½ N.S Wal.93	108	107,875
9⅞ N.Zeal. 90	106,75	106,625
9½ N.Zeal.92	108,5	108,25
9 OstLbk. 89	103,75	103,75
8⅞ Olivetti93	109	109
8⅞ Parisel 89	102,875	132,5
10 Pechin.90	106,875	106,75
9 Petroc.93	105,625	103,5
10⅞ Paugt. 90	107	107,25

9⅞ dgl. 90	107,125	107
8½ Phibro 96	102,75	102,375
9 Philips 93	109,5	109,5
9⅞ Pibo 92	109	109,125
11⅞ dgl. 93	113,5	113,5
10 Prvbk. 92	106,5	106,5
11⅞ dgl. 91	111,5	111,375

ECU-Tageswerte

Lira	1480,59	1480,28
I-£	0,70852	0,709829
Skr	1,8196	1,80883
öS	15,1818	15,1852
Peseta	136,931	136,659
Skr	6,80968	6,75379
Nkr	6,71796	6,67678
Kan-$	1,27501	1,24862
Esc	141,494	140,607
Fmk	4,83476	4,80224
Yen	166,106	163,33
Drachma	134,746	134,055

SZR-Wert

	8.4.	7.A.
Dollar	1,1?99	1,1?61
DM	2,65075	2,65677

Kaltenbrunners sieben konservative Gedankengänge

Eine Wende immerhin

Die Tugend kennt – wie das Laster – Krisen und Konjunkturen; wenn man sie erst in den Plural setzt und mit dem Epitheton „sekundär" verhunzt, dann gilt für sie sogar die Hektik des Modenwechsels: Ordnung, Sauberkeit, Fleiß, Pünktlichkeit, Sparsamkeit, Höflichkeit, igitt! – das war zeitenweise schlimmer als Mundgeruch. Mitte der sechziger Jahre jedenfalls, als diese Erziehungsziele in die Baisse gerieten, gab keiner für ein Comeback solcher Sekundärtugenden einen Heller mehr. Ja, viele meinten, daß da bourgeoiser Ballast abgeworfen werde.

Heute nun sind sie fast schon wieder „in", *diese* Trendwende wenigstens hat stattgefunden, und die alte Einsicht kehrt langsam wieder (Kaltenbrunner), „daß jede Kultur auf ‚Triebverzicht' beruht und daß Selbstverwirklichung und Selbstbeherrschung ohne die Ablösung von



außen *kommenden* Fremdzwanges durch innengeleiteten Selbstzwang nicht zu gewährleisten seien".

Rousseaus berühmter Satz, der Mensch sei „frei geboren", heißt es in Gerd-Klaus Kaltenbrunners Essay-Sammlung „Wege der Weltbewahrung", stimme eigentlich nur in der Umkehrung: „Der Mensch wird abhängig geboren, bleibt zeitlebens abhängig und gewinnt seine Freiheit, seine relative Autonomie und sich selbst nur, indem er seine Grenzen erfährt und . . . Bindung annimmt."

Wieder einmal zeigt sich Kaltenbrunner, Jahrgang '39, in Wien geboren und im Schwarzwald schreibend, den Lesern seit Jahren als WELT-Autor vertraut, in seiner Lieblingsrolle: als ein konservativer Publizist von Graden, der gegen den Strich denkt und wider den Strom schreibt. Wir haben nicht viele von dieser Sorte im *Land*.

Auch wenn die Mehrzahl der hier versammelten Essays bereits an anderer Stelle veröffentlicht worden ist – es bleibt Vergnügen und Gewinn, an der profunden Belesenheit dieses Mannes teilzuhaben, seine Deduktionen und Argumentationsreihen gewissermaßen lesend abzuschreiten. Denn Kaltenbrunner ist eine Art von schreibendem Peripathetiker, der die Geschichte des Abendlandes wie ein imaginäres Museum durchwandert, um mit den großen Staatsdenkern und Philosophen Zwiesprache zu halten.

So gründet er seine Warnung vor einem „Abreißen der Tradition" auf einen Verhaltensforscher wie Konrad Lorenz, der „das Festhalten am einmal Erprobten" zu den Lebensnotwendigkeiten eines jeden zivilisatorischen Apparates zählt, „dem in der Kulturentwicklung eine analoge Aufgabe zufällt, wie sie im Artenwandel vom Genom geleistet wird" (Lorenz).

Das Festhalten und Bewahren, Ur-Bedeutung des Wortes „konservativ", ist *folglich* unter diesem entwicklungsgeschichtlichen und anthropologischen Aspekt wichtiger noch als das notwendige Hinzuerwerben, die Fähigkeit also, dazuzulernen.

Klar, daß Kaltenbrunner ein überzeugter Abendländer ist, durchdrungen vom Glauben an den Genius eben dieses Abendlandes. Gleich sein erster Essay in der vorliegenden Sammlung („Wider den Euro-Masochismus") stellt dies programmatisch heraus: Die Menschheit in ihrer gegenwärtigen Verfassung wie die Weltzivilisation gehen auf *die Kraft und* Ausstrahlung Europas zurück.

Kaltenbrunners Euro-Masochismus erweist sich folglich als ein Synonym für den in Europa, vornehmlich aber in der Bundesrepublik, grassierenden Ungeist, die Existenz von Gewalt, Unterjochung und Ausbeutung in aller Welt selbstbeschmutzerisch zu europäischen Erfindungen zu erklären. Wenn viele Intellektuelle, wenn viele junge Leute einen gewis*sen Exotismus pflegen und die eigene* Art, Herkunft und Geschichte für beliebig halten, so deshalb, weil wir die gewachsenen Werte, die tradierten Gedanken und Formen selber nur halbherzig vermittelt haben.

„Weltbewahrung", um vom Titel zu sprechen, meint indes mehr, als nur den Weltuntergangs-Propheten entgegenzutreten; das Wort meint zugleich „hegende Bewahrung" dessen, was Schöpfung heißt.

HORST STEIN

Gerd-Klaus Kaltenbrunner: „Wege der Weltbewahrung, Sieben konservative Gedankengänge", MUT-Verlag, Asendorf, 287 Seiten, 38 Mark.



Die Psychiaterin (Jane Fonda, rechts) glaubt nicht an die Unschuld der jungen Nonne (Meg Tilly). Szene aus Norman Jewisons Film FOTO: WARNER COLUMBIA

Kloster contra Justiz: Norman Jewisons Film „Agnes – Engel im Feuer"

Alles beginnt mit einem grellen Schrei

„Agnes – Engel im Feuer" ist entgegen allen Versicherungen des *Produzenten (Columbia)* weder ein spannender Kriminalfilm noch ein Psychothriller, sondern die messerscharf geführte Auseinandersetzung, ob man sich eine religiöse oder eine rationale Ausdeutung eines recht heiklen Ereignisses gefallen lassen will.

Es beginnt alles mit einem grellen-Schrei, der nachts die altertümlichen Mauern eines Nonnenklosters erschüttert. Eine junge Novizin hat ein Kind geboren und auf der Stelle umgebracht. Es stellt sich heraus, daß sie weder von dem Vorgang der Geburt noch von dem der vorangegangenen Empfängnis etwas bemerkt hat und von allen biologischen Dingen überhaupt nur unvollständige Vorstellungen besitzt.

Das Gericht entsendet zur Aufklärung des Falles und der Schuldfrage eine junge Psychiaterin (Jane Fonda), die sich mit großer Verve an die Arbeit macht. Mißbilligend blickt schon die diensthabende Schwester an der Klosterpforte auf die Zigarette in der Hand der Besucherin, und ebenso kühl ist der Empfang bei der Schwester Oberin, die von *Anne Bancroft* dargestellt wird.

Jane Fonda spielt, mit der Intensität und Beredsamkeit, die sie als Privatmensch auf dem politischen Felde auszuzeichnen pflegt, sich selbst, in ihrer ganzen Wohlansehnlichkeit. Anne Bancroft muß als „Mother Superior" auch im Äußeren etwas zurückstecken, kann aber andererseits auch zur Verteidigung ihres jungen Schützlings eine beträchtliche Suada entwickeln.

Die junge Nonne (Meg Tilly) ist süß und ahnungslos und meint, die guten Kinder kämen direkt vom Himmel und nur die schlechten aus dem Unterleib. Man traut ihr wirklich keine Eskapaden zu, am wenigsten mit dem rührenden alten Beichtvater, dem einzigen Mann, der offiziell das Kloster betritt.

Die Seelenärztin will sich mit diesem Stand der Kenntnis nicht abfinden, sie wühlt in Archiven alter Baudenkmäler und entdeckt einen unterirdischen Gang, der aus einer Kapelle in eine Art Hühnerhof führt – der Fluchtweg, der zu einem lieblich singenden Knaben führt, über den man weiter nichts erfährt.

Man merkt diesem Film des an ähnlichen Sujets schon erprobten kanadischen Regisseurs Norman Jewisons an, daß er auf ein Schauspiel des Drehbuchverfassers John Pielmeier zurückgeht und deshalb gern auf dramatische Ausbrüche und jähe Enthüllungen aus ist. Sehr effektvoll hat Jewison auch den Gegensatz der fast zeitlosen Innenwelt des Klosters mit dem Modernismus der Justizbehörden kontrastiert, die sich mit einem Wunder *nicht abfinden wollen.*

Die deutsche Synchronisation hat ein paar französisch gesprochene Sätze erhalten, um auf die Zweisprachigkeit Kanadas hinzuweisen. Doch so treffend das Milieu auch gezeichnet ist, als Thesenstück kann „Agnes – Engel im Feuer" nicht überzeugen, liefe das Ganze doch darauf hinaus, daß man allen Kindsmörderinnen verzeihen sollte, wenn sie den nötigen Grad der Unwissenheit vorzuweisen haben und so lieb und unschuldsvoll aus ihrer Schwesternhaube schauen wie Meg Tilly.

HELLMUT JAESRICH

Basel zeigt Beuys, Cucchi, Kiefer und Kounellis

Kunst-Ritual Erinnerung

Im ersten Raum steht ein großer, abgenutzter Tisch mit acht Stühlen davor. Es ist sozusagen das greifbare Relikt – wenn nicht gar die Reliquie – eines Rituals. Denn um diesen Tisch versammelten sich im vorigen Jahr Joseph Beuys, Enzo Cucchi, Anselm Kiefer und Jannis Kounellis, um über die gemeinsame Ausstellung (und noch sehr viel mehr) zu sprechen, die jetzt in der Baseler Kunsthalle stattfindet. Die Gesprächsprotokolle, inzwischen als Buch erschienen, liegen deshalb auch auf dem Tisch, jedoch vor der allzu realen Aneignung durch die Besucher mit einem Stahlseil gesichert.

Joseph Beuys, obwohl im Januar 1986 gestorben, ist also präsent. Und er schließt das Gespräch mit der nun recht ambivalenten Feststellung: „Das stimmt doch gar nicht, daß der Künstler erst nach seinem Tode zum Sprechen kommt. Aber vielleicht ist das wahr, daß der tote Künstler besser als der lebende ist."

Um diesem Exempel nachgehen zu können, muß man zuerst drei Säle durchschreiten, in denen jeweils ein großes Fresko von Cucchi, zwei „ohne Titel", eines „Ankunft eines Schiffs im Hafen mit einer roten Rose an Bord" benannt, zelebriert wird. Dann folgen zwei Säle mit den dicht bei dicht gehängten 93 Zeichnungen, die Beuys 1959 bis 61 in sechs Heften unter dem Titel „Joseph Beuys verlängert im Auftrag von James Joyce den Ulysses um 6 weitere *Kapitel*" schuf. Hier allerdings beschränkte man sich auf die Kapitel 1 und 2 sowie die Versicherung, außer zwei, drei Leuten habe bisher noch niemand die Blätter gesehen.

Der Betrachter, der hier homerischen Nachwirkungen in Joyce-Beuys'scher Verrätselung nachspüren möchte, wird allerdings durch ein lautes gleichmäßiges Fauchen irritiert. Jannis Kounellis hat einen Raum weiter riesige schwarze Wände installiert, unregelmäßig mit leicht ansteigenden Kupferrohren überzogen, die in Brennern mit geräuschvollen Gasflammen enden.

Über allem dann Kiefer im oberen Geschoß mit sieben großen Tafeln. Nur zweien konnte allerdings ein Raum für eine Soloinszenierung zu*gebilligt* werden, eine *muß sich mit* dem Treppenhaus begnügen, während den übrigen vieren jeweils die Wand eines Sales zugewiesen wurde. Es sind Tafeln, die sich in der groben Struktur der Oberfläche gleichen, den schwarzen, grauen, braunen Tönen, die gelegentlich mit Weiß aufgebrochen und mit sparsamem Rot gefärbt werden. Sie begnügen sich jedoch nicht mit der Fläche, sondern tragen große Bleiklumpen, blecherne Trichter und einmal auch trockene Halme. Die Titel beschwören Nordisches und Biblisches. Da gibt es zwei „Ausgießungen" und zweimal „Midgard" sowie jeweils ein „Yggdrasil", „Die Königin von Saba" und „Die Küste".

Der Verdacht, daß es sich infolgedessen um eine „Mythos"-Ausstellung handeln könnte, läßt Entsetzen im Auge von Jean-Christophe Ammann, dem Organisator, aufglimmen. Er will sie als „Vergegenwärtigung der Erinnerung" gesehen wissen – und leistet damit zumindest der Mystifizierung wacker Vorschub. Denn die Werke und ihre Inszenierung sollen auf höhere Zusammenhänge verweisen.

Es ist also wieder eine der Ausstellungen, bei denen die Anschauung nichts – oder so gut wie nichts –, *die* Interpretation aber alles sein will. Hier in Basel kommen die Kunstobjekte dem trefflich entgegen, denn sie sind unbestimmt – oder positiv ausgedrückt: offen. Angesichts von Kounellis Flammen läßt sich trefflich über „des Feuers Macht" phantasieren, und ein Bild, das „Yggdrasil" heißt, fordert natürlich – gleichgültig, was es dem Auge bietet – zum *Philosophieren über Anfang und Ende* heraus. *Das wäre nicht anders,* hätte Kiefer sich für „Lignum vitae" oder „Arbor philosophica" entschieden.

Ähnlich ist es mit den Zeichnungen von Beuys, die genausogut als Fortschreibung der „Göttlichen Komödie", des „Faust" oder des „Mannes ohne Eigenschaften" firmieren könnten, denn Joyce entdeckt in dem kruden Lineament nur, wer seinen Joyce projektionsbereit im Kopf hat. Und Cucchis Fresken erinnern an den Ratschlag, den sein berühmter Landsmann Leonardo da Vinci den Adepten der Schönen Künste gab: „Ich habe sogar in Wolken und an fleckigen Mauern Konfigurationen gesehen, die in mir wunderbare neue Ideen für die verschiedensten Dinge wachgerufen haben."

Mit Geduld ist hier in alle Werke ein Sinn hineinzusehen – mit der Geduld eines Anglers an einem fischlosen Gewässer. PETER DITTMAR

Bis 4. Mai; Kurzführer 6 sfrs; Protokoll „Ein Gespräch", Parkett-Verlag, 38 sfrs.

Fühlte sich in Nietzsches Tradition: Der Dramatiker Georg Kaiser

Menschliches, Übermenschliches

„Tut dem Geist nicht weh!", flehte Georg Kaiser 1920 das Gericht an, vor dem er wegen Unterschlagung, Betruges und anderem angeklagt war: „Geist ist schon eine unheilbare Wunde." Kaiser wußte, wovon er sprach, denn der von New York bis Moskau zwischen 1917 und 1933 meistgespielte deutsche Dramatiker litt an der Wirklichkeit und haßte sie. Und doch wimmelt es von Darstellungen der Wirklichkeit in den 74 Dramen, die er von 1897 bis zu seinem Tode 1945 schrieb.

„Der Grund, weshalb er fast wahllos jeden Stoff ergriff und bearbeitete", hat Willy Haas einmal geschrieben, „liegt in seiner Besessenheit, ununterbrochen zu produzieren." Das war es freilich nicht allein. Kaiser begriff sich als Vollstrecker eines Auftrags. „Ein Drama schreiben ist: einen Gedanken zu Ende denken", sagte er und nannte das Stückeschreiben „in Gestaltung vordringende Denkenergie". Jeder Stoff wurde umgeschmolzen zu dem, was Kaiser seine Vision nannte: Alle seine Figuren suchen die Selbstvollendung – „den neuen Menschen", wie Kaiser das nannte, oder auch „den gekonnten Menschen".

Dahinter stand, vermischt mit Schopenhauers Forderung nach Entsagung und Rousseaus Postulat einer Rückkehr zur Natur, vor allem Friedrich Nietzsches „Zarathustra" und die Idee vom „Übermenschen". Deshalb steckt in allen Figuren dieses Verkündigungs-Dramatikers ein Zug zum titanischen Größenwahn, der uns viele von ihnen heute suspekt erscheinen läßt.

Klawitter – ARD, 23 Uhr

Grotesk ist, daß die Nationalsozialisten nicht erkannten, wie sich seine Werke hätten nutzen lassen – sie paßten ihnen stilistisch nicht. Am 18. Februar 1933 kam es zu SA-Krawallen gegen Kaisers „Der Silbersee", zu dem Kurt Weill die Musik geschrieben hatte. Am 5. Mai wurde er aus der Preußischen Akademie der Künste ausgeschlossen. Am 10. Mai wurden seine Bücher verbrannt. Als im Juni 1938 eine Durchsuchung seines Hauses in Grünheide drohte, floh Kaiser in die Schweiz.

Er hatte gute Gründe: Schließlich hätten die Beamten in seinem Hause auch das Manuskript „Napoleon in New Orleans" gefunden, die 1937 entstandene Komödie um einen Verbrecher, der einem französischen Nationalisten den von St. Helena geflohenen Kaiser vorspielt. Eine Figur, in der man die Hitler-Karikatur nicht übersehen kann. „Klawitter" dagegen entstand erst 1939/40 in der Schweiz, als erstes des Dramen-Diptychons „NSDAP", zu dem noch „Der englische Sender" gehört.

Was „Klawitter" vorführt, ist Kaisers Schicksal: eine Diktatur verwehrt einem Dramatiker, sein Werk aufführen zu lassen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß er mit dem Gedanken gespielt hat, einen Strohmann als Verfasser vorzuschieben, wie er den Schriftsteller Ernst Hoff in diesem Stück vorschiebt – nicht um Geld zu verdienen, sondern seiner Botschaft zuliebe. Zwölf Jahre lang durfte Kaiser in Deutschland nicht gespielt werden. Seit dem Kriege wird er nur noch vom Fernsehen, kaum mehr vom Theater wahrgenommen.

HORST ZIERMANN

KRITIK

Brüsseler Spritzen

Was das ZDF am *Dienstag* als **Unser täglich Fleisch** auftischte, ging über das benannte Thema hinaus. Denn angesichts übervoller Kühlhäuser ist dem Versorgungsaspekt kaum noch etwas abzugewinnen. So untersuchte der Beitrag, was passiert, wenn ein genossenschaftlicher Konzern mit massiver öffentlicher Hilfe abseits von München einen neuen Schlachthof eröffnet.

Kann dieses den Verbrauchern gleichgültig sein, oder leiden sie darunter, daß die Metzgereien in München möglicherweise keine frisch geschlachtete Ware mehr verarbeiten können? Muß der Landwirt sich auf schlechtere Preise einstellen, weil es unter seinen Abnehmern weniger Wettbewerb gibt? Eine schlüssige Antwort konnte auch diese Sendung nicht geben, weil der neue Schlachthof noch nicht steht. Aber deutlich wurde, daß er trotz vorhandener Überkapazitäten nur gebaut wird, weil es massive Subventionen aus Brüssel, von der Landesregierung und der Gemeinde gibt. Konzentration, gefördert durch öffentliche Mittel – ein Thema, daß über den Bereich der Landwirtschaft hinausgeht.

Auch wenn die Formulierungen mancher Überleitung übertrieben klangen, haben die Verfasser die selbst gestellte Aufgabe gut gemeistert. Sicher, die Bilder konnten bei *einem solchen noch wenig konkreten* Thema wenig hergeben; die Ansichten wurden an einem runden Tisch von den Beteiligten ausgetauscht. Obwohl in der Fülle der Argumente die klare Linie etwas unterging, konnte sich die Sendung sehen lassen. HANS-JÜRGEN MAHNKE

Die Würger mit Halbseidenem

Wann immer **Panorama** in diesem Jahr sein Magazin ausstrahlt, auf eine Strecke ideologisch munitionierten Bordellmilieus muß sich der Zuschauer gefaßt machen. Die jüngste Sendung am Dienstagabend zu den Vorgängen um die Berliner Senatsumbildung bestätigte die Tendenz, auf den Strich zu gehen, um den politischen Gegner mit Halbseidenem zu würgen.

Nun also in der zweiten Sendung aus diesem Milieu der Blick in das Planschbecken eines Bordellwirts. Aber wo planschten dort die Politiker? Zu dieser Frage ließ Panorama einen Zuhälter-Freund auftreten, der nur behauptete, er könne bestätigen, daß . . . Auch ein Foto habe er gesehen – mit Politikern! Doch mit welchen? Darauf erhielt der Zuschauer keine Antwort. Man kann eine Sache mit einer solchen Frage auch „totrecherchieren", *heißt es in der Bran*che. Der Berliner Regierende Bürgermeister war schlecht beraten, als er sich, mit diesem Milieu schon im Januar auf dem Bildschirm konfrontiert, dazu hergab, eine eidesstattliche Versicherung abzugeben.

Der Sender Freies Berlin hatte sich für die erste derartige Ausstrahlung entschuldigt. Da bahnt sich mit der ungenierten Fortsetzung in der deutschen Medientradition eine unsägliche Entwicklung an, gab es doch unter Print- wie unter elektronischen Nachrichtenträgern bisher den stillschweigenden Kodex, den Bereich der Prostitution nicht mit Gerüchten und unbewiesenen Behauptungen für die politische Auseinandersetzung auszuschlachten.

Das Kesseltreiben wurde in derselben Sendung nicht nur im Freudenhaus angeheizt. Daß ein früherer angeblicher Offizier des „DDR"-Geheimdienstes, der Fluchthilfe-Unternehmen unterwanderte, nun als Zeuge gegen Politiker ins Spiel gebracht wird, bietet der östlichen Seite die Chance, weitere Minen zu zünden. Aber der Panorama-Redaktion ist offenbar jeder Partner recht.

WERNER KAHL

Koka-Blätter, Kola-Nüsse und viel Werbung

Kein zweites Konsumprodukt hat je den Bekanntheitsgrad erreicht, den Coca-Cola verbuchen kann: Die Flasche erkennt man auch mit verbundenen Augen. Das Produkt mit der meisten Werbung ist zum meistgekauften Erfrischungsgetränk der Erde geworden: Rund 300 Millionen Menschen in 155 Ländern trinken einmal täglich „Coke".

Den 100. Geburtstag von Coca-Cola haben Christian Berg von Radio Bremen und Cordt Schnibben von der „Zeit" zum Anlaß genommen, den Erfolg nachzuzeichnen. In einer schnellen Abfolge von Bildern und Szenen, die in Tempo und Stil der Werbung nachempfunden sind, entwerfen sie – so erzählt Berg – eine „unterhaltsame Collage aus Geschichte und Analyse von Coca-Cola", das sich über Dali, Warhol und Beuys auch einen Platz in der Kunst ergattert hat.

Die größte Flasche des Jahrhunderts – ARD, 20.15 Uhr

Als Kopfschmerzmittel hatte Drugstore-Besitzer John Pemperton aus Georgia am 6. Mai 1886 den Saft in einem Kupferkessel gebraut. *Er mixte unter anderem mit Koka-*Blättern, die zur Herstellung von Kokain verwendet werden, und Kola-Nüssen, einem Aufputschmittel aus Westafrika. Schließlich hatte er nach monatelangem Rühren und Mischen einen wohlschmeckenden Sirup im Kessel, den er fortan in Halbliter-Flaschen auf den Markt brachte.

Als „köstlich erfrischendes und belebendes Getränk mit wohltuender Wirkung bei nervösen Leiden" trat das als Putschmittel konzipierte „Coke" den Siegeszug an, der schon 1887 den Absatz von 100 auf 4000 Liter hochschnellen ließ. 1892 hat Pempertons Nachfolger Asa Chandler 36 000 Liter verkauft, und 1902 war Coca-Cola mit fast anderthalb Millionen Litern Absatz zum meistbekannten Produkt auf dem amerikanischen Markt geworden.

Wie einen Schatz hüten die Erben des Südstaatlers die Rezeptur, die als „X 7" im Safe der „Trust Company of Georgia Bank" hinter einer 13,5 Tonnen schweren Stahltür verwahrt wird. Es sollen nur jeweils zwei Chemiker die Zusammensetzung des Sirups kennen, der freilich „entschärft" ist. Denn die Brause enthält seit rund achtzig Jahren kein Kokain mehr.

MARIA GROHME

ARD

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.45 ZDF-Info
10.00 heute
10.03 Harald Juhnke in
Wir vom Preußenkorso
11.35 Treffpunkt
12.10 Kennzeichen D
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

15.50 Tagesschau
16.00 Bocksprünge
Plaudereien mit Heinz Schenk
Gäste: Professor Heinz Haber, Helmut Schön und Maria Mucke
16.45 Die Abenteuer von Tom Sawyer und Huckleberry Finn
In der Höhle verirrt
17.10 Fußballschule
Abwehrspiel
17.45 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
19.57 Heute im Ersten
20.00 Tagesschau
20.15 Die größte Flasche des Jahrhunderts: 100 Jahre Coca-Cola
21.00 Der 7. Sinn
21.03 Musikantenstadl
Interpreten aus den Alpen
Moderation: Karl Moik
Regie: Kurt Pongratz
Aus St. Veit in Kärnten
22.30 Tagesthemen
23.00 Klawitter
Schauspiel von Georg Kaiser
Mit Gerhard Olschewski, Dieter Kirchlechner, Rosel Zech u. a.
Regie: Günter Gräwert
Dem erfolgreichen Bühnenautor Ernst Hoff wird Aufführungsverbot erteilt. Da kommt Hoff die Idee, sein neuestes Stück gegen ein kleines Entgelt einem Unbekannten zu überlassen . . .
1.10 Tagesschau
1.15 Nachtgedanken
Späte Einsichten mit Hans Joachim Kulenkampff

ZDF

16.00 heute
16.04 Daten-Schatten
8. Folge: Das neue Gedächtnis
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Der Stein des Marco Polo
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.45 Der rosarote Panther
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Wanderjahre
3. Teil: Die Zirkusprinzessin
Endlich ist Jan Matthiessen mit den „Rechtschaffenen Fremden" auf der Walz. Doch das Wanderleben ist alles andere als lustig – der erste Abend endet mit Blasen an den Füßen.
19.00 heute
19.30 Der große Preis
Ein Spiel für gescheite Leute mit Wim Thoelke
20.50 Die große Hilfe
Eine Bilanz der Deutschen Behindertenhilfe Aktion Sorgenkind
21.00 Telemotor
Mit Harry Valérien
21.45 heute-journal
22.05 Journalisten fragen – Politiker antworten: Mit Johannes Rau
Gesprächsleitung: R. Appel
23.20 Das kleine Fernsehspiel
Der Wächter Murtaza
Nach dem Roman „Murtaza – oder das Pflichtbewußtsein des kleinen Mannes"
von Orhan Kemal
1.00 heute



SAT 1

15.00 Marco
15.30 Lassie
16.00 Musicbox
17.00 Drei Engel für Charlie
18.00 Boomer, der Streuner
Oder: Regionalprogramme
18.30 APF blick
18.45 Zu Gast bei Carl Spiehs
19.45 Bretter, die die Welt bedeuten
Englischer Spielfilm (1962)
Mit Judy Garland u. a.
Regie: Ronald Neame
Ihrer Sängerkarriere zuliebe hat sich Jenny von Mann und Kind getrennt. Als sie beide nach Jahren wiedersieht, erwacht in ihr ein tiefer Konflikt.
21.30 APF blick
22.15 Konzert in SAT
Venedig
Ottokar Runzes mit dem Bundesfilmpreis ausgezeichnetes musikalisches Venedig-Bild und eine Zeichentrick-Kurzversion aus Vivaldis „Vier Jahreszeiten"
22.45 High Chaparral
23.30 APF blick



19.00 Nachbar Europa
Fünf Spitzenköche aus vier Ländern
19.45 Europa – Deine Weine
2. Champagne
20.00 Tagesschau
20.15 Polizeiinspektion 1
20.40 Die Schraiers
4. Leichenschmaus
21.05 Rafael Kubelik dirigiert
Anton Bruckner: Symphonie Nr. A-Dur
22.00 Premiere
Österr. Spielfilm (1937)
Mit Zarah Leander u. a.
Regie: Geza von Bolvary
23.15 Nachrichten

III.

WEST
18.00 Telekolleg II
18.30 Die Sendung mit der Maus
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Mein Onkel
Französischer Spielfilm (1957)
Mit Jacques Tati u. a.
22.00 Notfälle
Mit Notärzten unterwegs
22.30 Südstadt in Aspik
Ein Spaziergang durch Köln
23.35 Wladimir Majakowskij
Ein Dichter der Revolution
0.25 Nachrichten

NORD
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Journal: Kirche
19.15 Die Erde lebt (1)
Eine Reihe von D. Attenborough
Ein Planet entsteht
20.00 Tagesschau
20.15 Der große Coup
Amerikanischer Spielfilm (1972)
Mit Walter Matthau u. a.
Regie: Don Siegel
22.00 Bücherjournal
22.50 Ich und Du
23.50 Nachrichten

HESSEN
18.30 Hessen Drei heute
18.33 Hobbythek
19.20 Hessenschau
19.55 Drei aktuell
20.00 Im Kittchen ist kein Zimmer frei
Franz.-ital. Spielfilm (1959)
21.20 Bacchus und *Ariadne auf Naxos*
21.30 Drei aktuell
21.45 Kulturkalender
22.15 Halluzinationen?
23.05 Frankfurter Poetikvorlesungen

SÜDWEST
18.58 Schlagzeilen
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Gemeinschaftsprogramm:
19.26 Sandmännchen
19.30 Grog
Italienischer Fernsehfilm
Mit Franco Nero u. a.
21.00 Die Welt im Dorf
Der Schweizer Maler
Albert Anker (1831–1910)
Nur für Baden-Württemberg:
21.45 Freiplatz
Nur für Rheinland-Pfalz:
21.45 Sich fügen heißt lügen
Das Kabarett-Archiv in Mainz
22.30 Landesspiegel

BAYERN
18.45 Rundschau
19.00 Hat jemand meine Braut gesehen?
Amerikanischer Spielfilm (1952)
20.30 Wege über dem Abgrund
20.45 Botschaft der Bilder: Gottesgeburt
21.15 Geistliche Musik
21.30 Rundschau
21.45 Werkbesuch – In Rosenheim
22.30 Z. E. N.
22.35 Der Sportstammtisch
23.20 Rundschau
23.25 Außer Atem
Französischer Spielfilm (1959)

3SAT

18.00 Mini-ZIB
18.15 Sport-Zeit
18.30 295 km auf dem Fluß
Vom Aaregletscher an den Rh
19.00 heute
19.20 3SAT-Studio
19.30 Derrick
Die Entscheidung
Von Herbert Reinecker
20.30 Rundschau
Aus Schweizer Sicht
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 Willie & Phil
Amerikanischer Spielfilm (19
Mit M. Ontkean, R. Sharpe, Kidder u. a.; Regie: P. Mazur
23.40 3SAT-Nachrichten

RTL-plus

18.35 Komm doch mal in die Küche
18.53 7 vor 7
19.22 Karlchen
19.30 Knight Rider
20.15 RTL-Spiel
20.20 Filmvorschau
20.30 Ein Halleluja für Spirito Sa
Ital.-span. Spielfilm (1972)
21.53 RTL-Spiel
22.00 Blick in die Welt
22.12 Neu im Kino
22.22 Nichtraucher durchs Ferns
23.22 Wetter / Horoskop / Betth

Einfach umfallen

... – Noch im 19. Jahrhundert haben die Menschen Angst gehabt vor dem plötzlichen Tod. Man wollte sich richtig Abschied nehmen, noch einmal all jene, die einem nahe gewesen, um sich versammeln und ihnen danken, und ihnen von diesem Orte aus, wo man für sich nun schon nichts mehr wünschte oder wollte, einen deshalb zweifelsfrei uneigennützigen Rat noch mitgeben: ihnen die eigene Haltung, den eigenen Anstand als bleibendes Erbe vermachen. Wir kennen das aus zahllosen Biographien seit der Antike.

Heute hingegen preist man den *plötzlichen* Tod, den gleichsam bewußtlosen und deshalb auch schmerzlosen Tod. Man will vom Tod nichts wissen und vom Sterben schon gar nichts; man will einfach umfallen, weg sein, so, als ob nie was gewesen wäre.

Früher hat man zum Sterben sich hingelegt: hat – ein Gebet oder ein Bonmot auf den Lippen, ein Kreuz oder ein Glas Sekt in der Hand – den Tod akzeptiert. Doch heute wiegt man sich in die Hoffnung, dem Unvermeidlichen, also dem Gottgewollten, das heißt also: Gott, am Ende doch noch ein Schnippchen zu schlagen.

Der „Umfall"-Wunsch wirkt im ersten Moment ein bißchen schäbig und feige. Aber verständlich wird er, sobald man daran denkt, welch ausgedehnte und schmerzhafte Tode die Medizin heute ermöglicht, indem sie technisch einen Kadaver tagelang, wochenlang, monatelang am doch nur noch biologischen Leben hält.

Ja, die Kunst des Arztes mitsamt aller Technik – sie soll durchaus, wo es möglich ist, das Leben verlängern. Aber um Gottes willen (und das heißt allemal noch „um des Menschen willen"): Sie sollte das Sterben nicht über Gebühr prolongieren – und uns damit *schäbig* machen.

Fleckenstein verabschiedet sich von der Bühne

Wo der Kranich tanzte

„Im Pensionsalter bin ich ja noch nicht", sagt Günther Fleckenstein, der nach 20 Jahren Amtszeit seinen Vertrag als Intendant des Deutschen Theaters in Göttingen nicht verlängert hat. „Angebote – etwa aus Stuttgart – gab es ja schon wenige Jahre nach meinem Start hier. Die Theaterwirklichkeit in Göttingen ist aber eine besondere Herausforderung; deswegen bin ich lieber hier geblieben."

Etwas mehr als 130 000 Einwohner hat die Stadt an der Leine, bei der man früher von „Provinz" gesprochen hätte, und auch das nur durch die einst selbständigen Randgemeinden. 600 Besucher passen pro Abend in den intimen Zuschauerraum des klassizistischen Theaterbaus, in dem unmittelbar nach Kriegsende Heinz Hilpert residierte. Er konnte sich sogar den Luxus leisten, 1950 das Musiktheater einzustellen: In Göttingen gab es die „Aufbau"-Film, und die dort spielten – Stars wie Brigitte Horney, Carl Raddatz oder Erich Ponto –, konnte Hilpert aus seiner Berliner Zeit am Deutschen Theater in der Schumannstraße.

Dessen Namen – und den seinen – brachte er mit. „Das war kein leichtes Erbe", sagt Fleckenstein heute: „Ausschließlich Sprechtheater und ganz *ohne Stars*, das ist kaum möglich." Göttingen sei [illegible] Universitätsstadt. Da gebe es, was nicht unterschätzt werden dürfe, einen interessierten guten Stamm des Publikums. Und weil es keine allgemeine Theaterwirklichkeit gebe, sondern immer eine spezielle, deswegen könne man in Göttingen einen Spielplan bieten, der anderswo tollkühn wäre.

So hat es einen umfangreichen Antiken-Zyklus gegeben, nicht nur die Werke der *drei* großen Tragiker, sondern auch sieben Komödien des Aristophanes. Auf den deutschen Klassikern lag ein weiterer Akzent. „Aber wir haben durchaus nicht nur die bekannten Stücke gespielt. Ein besonderer Erfolg ist gerade eben Goethes 'Satyros' gewesen; den hätten wir noch 50mal spielen können."

Selbstverständlich hat man auch die Novitäten vorgestellt – Thomas Bernhard, Botho Strauß, auch Kroetz –, niemals hat es aber Stücke gegeben, die im Augenblick „gängig" waren. „Hemmungen und Scheu vor *dem Risiko hatten wir nie*", setzt der mit 62 Jahren scheidende Intendant hinzu, „aber wir haben auch nicht auf Deibel komm raus experimentiert, um uns wichtig zu tun".

Um Marcel Pagnol hat man sich gekümmert, Ödön von Horváth stand mehrfach auf dem Spielplan. Und immer wieder Zuckmayer. „Das ist so eine Vaterfigur von mir", sagt Fleckenstein, „und so haben wir unsere Aufmerksamkeit sehr auf unbekannte Werke von ihm gerichtet." Der Einakter „Kranichtanz" wurde in Göttingen uraufgeführt, mit seinem eigentlich kaum aufzuführenden Erstling „Prometheus" wurde das Studio eröffnet. Derzeit versucht man den „Belmann" wiederzugewinnen, die Urfassung von „Ulla Windblad".

So kann Fleckenstein von der Treue zu einem Autoren sprechen. Und er nennt einen zweiten Namen: Peter Hacks, von dem man in den letzten 20 Jahren in Göttingen 17 Stücke gezeigt hat, viele davon als Uraufführungen. „Aber es kommt ja nicht nur auf die Stücke an: Es geht ja immer auch um die Entwicklung von Schauspielern und Regisseuren. Ein Spielplan läßt sich ja erst entwerfen und realisieren, wenn man das Ensemble dafür hat. Mir ist es in den 20 Jahren darauf angekommen, gestützt auf das Ensemble mit bewährten Stücken ein Theater für den Tag zu machen. Und das, ohne ein Stück ‚auf den Kopf zu stellen'. Wir haben immer *hinter* einem Stück gestanden, nie davor. Es ist ja viel schwerer, ein Stück im Sinn des Autors neu zu sehen, als gegen den Autor."

So hat er es gehalten, und so hat es das sogenannte „Regisseur-Theater" mit seiner Willkür in Göttingen nie gegeben. „Die letzten Tage der Menschheit" von Karl Kraus dagegen wurden jüngst zu einem kaum vorstellbaren Erfolg: Außer den elf Abonnements-Vorstellungen konnte man noch zwölf weitere im freien Verkauf füllen.

So verabschiedet sich Fleckenstein auch nicht, wie üblich, mit den beiden Teilen der „Faust"-Tragödie, sondern mit dem „Seidenen Schuh" von Paul Claudel. „Dem Niedergang im Geistigen wollte ich den Aufstieg zur Erlösung gegenüberstellen", merkt er dazu an: „Außerdem verfügt Claudel schon in diesem Stück, also 1919 und 1924, über alle Mittel des ‚modernen' Theaters einschließlich des Absurden, von denen man denkt, daß sie viel später ‚erfunden' wurden. Und unter den vielen Komponenten des gegenwärtigen Theaters *kommt* durch dieses Stück auch das Religiöse wieder zu Wort."

HORST ZIERMANN



Tollkühne Spielpläne und viel Mut zum Risiko: Der scheidende Göttinger Intendant Günther Fleckenstein FOTO: ZIERMANN

KULTURNOTIZEN

Bei den „Schillertagen 86" vom 19. bis 25. Mai am Mannheimer Nationaltheater wird als einzige ausländische Inszenierung Schillers „Don Carlos" vom Stary Teatr aus Krakau in polnischer Sprache gezeigt.

Der XII. Clara Haskil Klavierwettbewerb findet vom 23. August bis 2. September in Vevey statt.

Charles Dutoit, schweizer Dirigent, hat seinen Vertrag mit dem Montrealer Symphony Orchestra bis 1991 verlängert.

Ein Kulturabkommen mit einer Laufzeit von drei Jahren haben die Türkei und Südkorea abgeschlossen.

Eine wertvolle romanische Christusfigur aus dem 13. Jhd. ist in einer Kirche der Gemeinde Camarco in Nordspanien gefunden worden. Sie wurde von Restauratoren entdeckt, als sie einen Altaraufbau zum Reparieren abnahmen.

„DDR"-Filmtage mit einer Werkschau von Konrad Wolf veranstaltet das Tübinger Programmkino „Arsenal" vom 24. bis 29. April.

Georg Lukács, lange wegen seiner Beteiligung am Ungarnaufstand 1956 persona non grata, ist in Budapest ein Denkmal errichtet worden.

Boris Gutnikow, sowjetischer Geiger, ist im Alter von 55 Jahren in Leningrad gestorben.

Von der elektronischen Musik zur Live-Elektronik

Der Mensch siegt über den Apparat

Die elektronische Musik ist tot, es lebe *die* Live-Elektronik! So etwa läßt sich der gegenwärtige Stand der elektronischen Musik umschreiben, die einst als *die* avantgardistische Musik schlechthin galt. 1952 war am Nordwestdeutschen Rundfunk Köln das erste elektronische Studio gegründet worden, die unabdingbare Arbeitsvoraussetzung für die Komposition elektronischer Musik war damit geschaffen. Ein Jahr später bereits wurden im Rahmen des „Neuen Musikfestes 1953" die ersten Studioarbeits-Ergebnisse der Öffentlichkeit vorgestellt; 1953/54 komponierte Karlheinz Stockhausen seine beiden „Studien", wenig später folgte der „Gesang der Jünglinge im Feuerofen" – allesamt rein elektronische Werke.

Der Unterschied zwischen ihnen und der herkömmlichen Instrumental- oder Vokalmusik war beträchtlich: Die elektronische Komposition bestand *nicht* mehr in der *Notation* des Stückes, sondern in der – meist recht komplizierten – Herstellung eines Tonbands, das bei jeder Aufführung einfach abgespielt wurde. Eine Partitur existierte folglich nicht, ein Interpret wurde nicht mehr benötigt.

War damit jener „Endzustand" erreicht, von dem die Konstrukteure der ersten und noch sehr unvollkommenen elektrischen Musikinstrumente in den 20er und 30er Jahren geschwärmt hatten, war die Entwicklung wirklich „bis an die letzte Grenze, die ‚komponierend' noch erreichbar" ist, fortgeschritten", wie der Tonmeister und Komponist Robert Beyer mutmaßte?

Nun, 25 Jahre später hat sich die Situation grundlegend geändert. Nicht, daß die Zahl der elektronischen Studios abgenommen hätte, Arbeitsmöglichkeiten für Komponisten und Kompositions-Studenten gibt es inzwischen in ganz Deutschland, in Köln und in Hannover, in Essen und in Freiburg, in Darmstadt und in Düsseldorf – von den zahllosen privaten Studios mit rein kommerziellem Hintergrund ganz zu schweigen, deren Zahl weltweit auf etwa 500 geschätzt wird. Geändert hat sich dagegen die Musik, die dort produziert wird.

Hans-Peter Haller leitet das Experimentalstudio der Südwestfunk-eigenen Heinrich-Strobel-Stiftung, eines der führenden Studios für elektronische Musik. Die Frage, wer denn heute noch rein elektronische Kompositionen verfasse, irritiert ihn ein wenig: „Rein elektronisch arbeitet kein einziger mehr", sagt er nach kurzer Bedenkpause.

Die Klangfarben können beliebig erweitert werden

Das neue Zauberwort heißt, wie gesagt, Live-Elektronik. Bei dieser Kompositionsweise sind zwar weiterhin Musiker mit ganz normalen Instrumenten am Werk, die Töne aber, die sie produzieren, werden an Ort und Stelle elektronisch bearbeitet. Ein Beispiel für viele: Kazimierz Serockis „Pianophonie" für Klavier und Orchester von 1978. Das Orchester klingt unverfremdet, der Klavierklang aber wird im Verlauf des Stückes – nach genau festgelegten Maßgaben des Komponisten – durch Filter, Verzögerungsmaschinen und verschiedene Generatoren in seinem Charakter total verändert.

„Die Live-Elektronik", sagt Hans-Peter Haller, „hat die Funktion eines zusätzlichen Instruments. Mit ihrer Hilfe kann das Klangfarbenspektrum des Klaviers nach Belieben erweitert werden. Der Schritt vom natürlichen Klang zur Live-Elektronik ist also durchaus vergleichbar mit dem vom Clavichord zum Hammerflügel – auch damals ging es schließlich um eine Erweiterung des Klangraums, um eine Überschreitung der bisherigen Klanggrenzen."

Verantwortlich für diese Entwicklung sind zunächst einmal die enormen technischen Fortschritte der letzten Jahrzehnte. Es wäre mit den Geräten der 50er Jahre einfach nicht möglich gewesen, einen Live-Klang noch im Konzert zu verändern – die damaligen Komponisten hatten also gar keine andere Wahl, als in wochenlanger Studioarbeit rein elektronische Bänder zu erarbeiten.

Teil der rasanten technischen Entwicklung ist die leichtere Bedienbarkeit der Geräte. Haller: „Die Technik bestimmt nicht mehr die Zeitform eines *musikalischen* Werkes, sondern sie kann sich den Wünschen des Komponisten unterordnen."

Kein Auditorium hält still vor toten Lautsprechern

Natürlich sind die Geräte inzwischen – wie jeder CD-Player oder Video-Recorder – programmierbar. Ein Knopfdruck des Technikers an einer bestimmten Stelle der Partitur genügt – und schon hat der Klavierklang kaum noch Ähnlichkeit mit sich selbst. Und: Die Geräte werden handlicher. Während Haller und seine Crew früher manchmal mehr als eine Woche Arbeit allein für den Geräte-Aufbau veranschlagten, sind sie heute in der Regel in zwei bis drei Stunden fertig. Haller: „Das spart natürlich enorm Kosten. Die Live-Elektronik ist heute nicht viel teurer als ein zusätzlicher Solist."

Zu der Abkehr von rein elektronischen Kompositionsformen hat allerdings auch eine Erfahrung beigetragen, die der Komponist Wolfgang Rihm so umschreibt: „Eine Lautsprecher-Formation wirkt auf das Publikum anonym. Nicht nur für die Zuhörer, auch für die Komponisten ist die Verbindung von leibhaftigen Interpreten und Elektronik lebendiger und spannender." Hans-Peter Haller pflichtet ihm bei: „Rein elektronische Musik hat wohl erst dann wieder Chancen, wenn sich die traditionelle Konzertform ändert, wenn zum Beispiel Klangräume geschaffen werden, die man nach eigenem Gutdünken betreten und wieder verlassen kann. Aber 1000 Menschen, die stundenlang vor ein paar Lautsprechern still sitzen – das geht nicht."

Der Hörer von neuer Musik wird es also auch in den nächsten Jahren mit einer immer weiter verfeinerten Live-Elektronik zu tun haben. Selbst ein Komponist wie Wolfgang Rihm, der bisher ausschließlich „natürliche", unverfremdete Musik komponierte, hält die live-elektronische Klangerweiterung in seinen zukünftigen Werken durchaus für möglich: „Bisher bestand dazu keine Notwendigkeit – die Klänge, die ich haben wollte, konnte ich auch so erzeugen. Aber sobald ich den Eindruck habe, daß ich ohne Live-Elektronik nicht weiter komme, werde ich natürlich Gebrauch davon machen."

Während die Live-Elektronik also weiter auf dem Vormarsch ist, teilen die längst zu Klassikern gewordenen rein elektronischen Werke der ersten Stunde das Schicksal von Bachs Partitur-Blättern, die vom Tintenfraß befallen sind und sich allmählich selbst zersetzen. An den Bändern, auf denen die Kompositionen gespeichert sind, nagt der Zahn der Zeit. Die Werke müssen immer wieder auf neue Bänder überspielt werden – doch längst nicht dem gesamten elektronischen Vermächtnis der 50er Jahre wird soviel Sorgfalt zuteil.

STEPHAN HOFFMANN



„Voltri" auf dem Wagen: David Smith vor einer seiner Stahlskulpturen, die er 1962 in Italien schuf FOTO: KATALOG

Eiserne Skulpturen – David Smith in Düsseldorf

Fische aus Fundstücken

Langweilig ist er nicht. Und gewiß auch nicht monoman. Das sind Eigenschaften, die bei zeitgenössischen Künstlern keineswegs als selbstverständlich erwartet werden können. Denn der Versuchung, einen besonderen Stil (der dann schnell zur Masche degeneriert) als Markenzeichen zu pflegen, können viele nicht widerstehen. Bei David Smith ist das anders. Das zeigt sich auf der ersten Wechselausstellung im neuen Haus der Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf.

Sie ist in mehrfacher Hinsicht programmatisch. Zum einen will das Museum die Möglichkeiten des großen Ausstellungsraumes demonstrieren, der, damit er durch Tageslicht von oben erhellt wird, durch drei Stockwerke reicht. Das sind natürlich gute Voraussetzungen für Plastiken, soweit sich diese nicht mit Kleinformaten begnügen. Bei Smith gilt das vorwiegend für die späten Arbeiten, die viel Luft brauchen und hier auch haben. Einige wurden allerdings auf ein ansteigendes Podest in der Saalmitte gehoben, wohl um den Raum zu gliedern und zugleich zusätzliche Wände für die Zeichnungen zu schaffen. Das ist nicht sonderlich glücklich, denn die meisten Plastiken – und die von Smith bilden da keine Ausnahme – gewinnen nicht, wenn sie auf einer schiefen Ebene stehen. Sie geraten dabei optisch aus dem Gleichgewicht. Außerdem werden durch den „Raumteiler" die kleinen frühen Werke recht eng und damit ihre Wirkung einengend zu einem Skulpturen-Labyrinth auf schmalem Platz zusammengeschoben.

Aber auch, daß die erste Wechselausstellung einem Bildhauer und seinen Zeichnungen gilt, hat seine Bedeutung. Die Kunstsammlung beschränkte sich bisher weitestgehend auf Gemälde, verzichtete also – abgesehen von einigen Objekten – auf Druckgraphiken, Zeichnungen und plastische Werke.

Die Arbeiten von David Smith, der 1906 in Amerikas Mittelwesten geboren wurde und der 1965 in Vermont bei einem Autounfall starb, fügen sich mit ihrer gediegenen Abgeklärtheit gut in den Stil der Schmalenbach'schen Sammlung. Smith war nie ein Bildhauer im klassischen Sinne. Er hat seine Skulpturen zuerst aus eisernen Fundstücken, oft bäuerlichem Gerät, zusammengeschweißt. Anfangs waren das kleine Werke, die nicht ohne Witz Teile verbanden, die eigentlich nicht zusammengehören. Sie erinnern meist an die Gräten seltsamer Fische oder Pflanzen aus einem exotischen Sumpf.

Später dann verarbeitet Smith große Werkstücke zu bizarren Konstruktionen, wobei er mehr und mehr von dünnen, leicht wirkenden Elementen zu massiven Stahlplatten und Rundteile wechselt, die er häufig noch bemalte. Und schließlich schweißt er Würfel und andere eckige Körper zu bizarren Wegmalen zusammen. Die großen Werke hat er außerdem wiederholt auf Räder gesetzt, jedoch ohne damit mobile Plastiken kreieren zu wollen, denn normalerweise umlagern diese Skulpturen sein Haus und sein Atelier in Bolton Landing im nördlichen Teil des Staates New York.

Die Auswahl für die Düsseldorfer Ausstellung umfaßt alle Werk- und Stilphasen, ergänzt durch ein Konvolut von Zeichnungen, die den Weg vom Surrealismus zu einer nichtfigurativen Gestaltung erkennen lassen. Dabei wird deutlich, wie wenig sich Smith an irgendwelche Vorbilder band oder bestimmten Schulen zuordnete.

Seine Plastiken entstanden in der Einsamkeit, weitgehend ohne Kontakt zu Künstler-Kollegen. Man mag deshalb darüber streiten, ob Smith trotz oder wegen dieser Einsamkeit zur Vielfalt seiner Gestaltungen kam. Langeweile lassen sie jedenfalls nicht aufkommen.

PETER JOVISHOFF

Bis 27. April; Frankfurt: 19. Juni bis 28. Sept.; London: 7. Nov. bis 4. Jan.; Katalog 30 Mark, im Buchhandel, Prestel-Verlag, 54 Mark.

Neue Schallplatte: Der Nürnberger Organist Werner Jacob spielte Bachs Arnstädter Orgelchoräle ein

Auch Instrumente können wahre Philosophen sein

Vor Jahresfrist berichtete die WELT von neu aufgefundenen Orgelchorälen aus J. S. Bachs Arnstädter Jugendzeit. Der Fund gestaltete sich dramatisch: gleichzeitig waren der Pfälzer Organist Wilhelm Krumbach und der Heidelberger Bachforscher Christoph Wolff von der Harvard-Universität auf die Abschrift aus dem Nachlaß des Darmstädter Organisten Christian Rinck in der Bibliothek der Yale-Universität gestoßen. Beim Leipziger Bach-Kongreß im März 1985 wurde die Entdeckung präsentiert, Überlegungen weckend, was denn noch alles vom Werk Bachs verlorengegangen und wiederauffindbar sein müßte.

Man weiß ja von verlorenen Kantatenjahrgängen, oder daß aus dem Nachlaß von Hans Georg Nägeli, einem der frühesten Bach-Enthusiasten und -verleger vieles, wofür sich die Berliner Königliche Bibliothek leider nicht interessierte, nach England verkauft wurde. So kennt man verschollene Bach-Werke in Umrissen – vielleicht tauchen sie irgendwann irgendwo auf, denn die Musikwissenschaft ist nicht allwissend.

Die Arnstädter Orgelchoräle Bachs, seinerzeit von Wilhelm Krumbach in Utrecht zum zweiten Mal uraufgeführt, weckten nun endlich das Interesse der Fachwelt, und so gibt es jetzt bei EMI eine Gesamteinspielung durch den Nürnberger Organisten Werner Jacob, der sich in den Sätteln der alten wie der neuen Orgelmusik in vieler Hinsicht gerecht zeigte. Er wählte dafür die Silbermann-Orgel im Dom des schweizerischen Arlesheim, die in ihrer historischen Gestalt rekonstruiert wurde.

Silbermann-Orgeln sind ein Kapitel Musikgeschichte für sich. Diese baute Johann Andreas Silbermann, während Bach mit dessen in Sachsen tätigem Bruder Gottfried Silbermann zu tun hatte, und es ist eine verblüffende Erfahrung, wie sehr die Orgeln im alemannischen Bereich denen in Sachsen bis in die Nuancen ähnlich klingen. Die Brüder betrieben das gleiche Handwerk und hatten verwandte Intentionen. Intentionen hatte Bach selbst auch: Er liebte die tiefen, kräftigen Register, verlangte von jeder Orgel, daß das volle Werk anhörbar sei. So greift auch Werner Jacob gelegentlich kräftig in den Klangbrei. Er liebt mehr die kräftige Farbe als die Transparenz.

Freilich haben in dieser Hinsicht die Silbermann-Orgeln ihr „Maß", das niemals im spätromantischen Sinne Grenzen überschreitet: Eigentlich wundert man sich immer wieder, wie „modern" das Klangbild dieser historischen Werke anmutet, wie nahe selbst den Effekten unserer Unterhaltungsmusik. Diese Spielart alter Musik ist überhaupt nicht esoterisch.

Auf den historischen Orgeln der Bach-Zeit hat Werner Jacob nicht nur diese neuaufgefundenen Stücke eingespielt, sondern das ganze Bachsche Orgelwerk, soweit bekannt.

Auf 19 Langspielplatten in einer Kassette kann man diese Musik nun genießen, ohne auf einer harten Kirchenbank sitzen und frieren zu müssen, und das im authentischen Klang der Orgeln von Arp Schnitger in Steinkirchen, Cappel, von Frans Caspar Schnitger in Zwolle und Alkmaar, von Friedrich Stellwagen in Stralsund, von Gottfried Silbermann in Rötha, Ponitz, Forchheim, Großhartmannsdorf und Freiberg, von Johann Andreas Silbermann in Straßburg, Arlesheim, Ebersmünster und von manchen anderen.

Was für ein Farbreichtum entfaltet sich und gibt Zeugnis von der einstigen Souveränität des deutschen Protestantismus, der sich ein musikalisches Universum schuf. Diese Orgeln sind bis heute ein Stück Philosophie, und es bleibt Amerikanern, Russen und Japanern nichts anderes übrig als sie nachzubauen, was sie denn auch kräftig tun.

Etwa zehn Jahre hat Werner Jacob an diesen Aufnahmen gearbeitet, nicht nach der Ordnung der Peters-Bände, jede Platte hat eigentlich Konzertcharakter: Einer Fuge folgt eine Reihe von Choralvorspielen oder eine Partita. Es ist ein Denkmal musikalischer Identität.

Nur leider verfährt EMI bei der Identifizierung dieser Einspielungen ziemlich lustlos: Man erfährt weder aus den Plattenetiketten noch aus dem ansonsten beredten Begleitheft, welche Aufnahme nun eigentlich auf welcher Orgel zustande kam. Auch wenn eine Reihe davon „in Zusammenarbeit mit VEB Deutsche Schallplatten Berlin (DDR)" aufgenommen wurde, dürfte dies doch eigentlich kein Betriebsgeheimnis sein.

DETLEF GOJOWY

J. S. Bach: Die Arnstädter Orgelchoräle. EMI 2 LP 165/27 0331 3. J. S. Bach: Das Orgelwerk 19 LP 127 EMI 27 0197 3.

JOURNAL

Fürstengrab aus der Bronzezeit entdeckt

dpa, Bochum

Ein offenbar noch unversehrtes Fürstengrab aus der Bronzezeit haben Wissenschaftler der Bochumer Ruhr-Universität in Verbindung mit dem Deutschen Archäologischen Institut Madrid in der südspanischen Provinz Almeria freigelegt. Es barg einen mit reicher Bronzebewaffnung ausgestatteten Mann, der am linken Unterarm einen massiven Goldring trug. Dieser Ring von fast 200 Gramm Gewicht gilt als das wichtigste Fundstück jener Region aus dem zweiten Jahrtausend vor Christi. Das Grab liegt innerhalb der Bronzezeit-Siedlung Fuente Alamo, wo seit 100 Jahren Ausgrabungen stattfinden.

Neue Zeitschrift für italienische Kultur

dpa, München

„Zibaldone" *heißt eine neue* Zeitschrift für italienische Kultur der Gegenwart, die der Piper Verlag in München künftig zweimal im Jahr herausbringt. Die erste Nummer des Periodikums, das von Helene Harth und Titus Heydenreich herausgegeben wird, hat den Schwerpunkt Italo Calvino: Neben einem Gespräch über das letzte Buch „Herr Palomar" des im letzten Jahr verstorbenen Erzählers werden Essays über sein Werk und ein Interview mit ihm abgedruckt. Weitere Beiträge gelten der Wirkung Heinrich Bölls in Italien, dem italienischen Theater der Gegenwart und den italienischen Intellektuellen und ihrem Verhältnis zur Macht (Einzelheft 9,80 Mark).

Filmtheater-Seminar: Kino von morgen

dpa, Baden-Baden

Mit der Präsentation eines Architektenwettbewerbs „Das Kino von morgen" hat in Baden-Baden das 16. Filmtheaterseminar des Hauptverbands Deutscher Filmtheater begonnen. Rund 250 Experten aus dem ganzen Bundesgebiet befassen sich dort mit Kinowerbung, der Konkurrenz der Neuen Medien und Vorschlägen zur Abwendung der Strukturkrise der Filmtheater. Ferner werden Referenten aus dem Ausland über ihr Kinogeschäft berichten.

Auswahl für Berliner Theatertreffen

dpa, Berlin

Ein zahlenmäßig geringeres Hauptprogramm, dafür mehr Rahmenveranstaltungen zu Themen wie NS-Zeit und Porträts kleinerer Bühnen prägen das diesjährige 24. Theatertreffen deutschsprachiger Bühnen vom 3. bis zum 19. Mai in Berlin. Der Leiter der Berliner Festspiele, *Ulrich Eckhardt*, trat dem weitgehend negativen Echo auf die diesjährige Auswahl von nur sieben Stücken, die die besten der Saison repräsentieren sollen, entgegen und erklärte, daß das diesjährige Treffen keineswegs weniger spannend werde als das vorangegangene. Der Sprecher der Jury, Peter von Bekker, wies die Kritik an der Auswahl mit dem Hinweis zurück, daß etwa die Hälfte der Theater, die sonst oft beim Treffen dabei seien, in dieser Saison ein reduziertes Premierenangebot hätten.

Der Literaturpreis von Westermanns'

hd, München

Zum 25. Mal verleiht das Kulturmagazin „Westermanns" als Nachfolger der 130 Jahre alten „Westermanns Monatshefte" den inzwischen mit 15 000 Mark dotierten Literaturpreis. Damit ausgezeichnet werden soll ein Autor, dessen Kurzgeschichte von der Jury unter den eingesandten Arbeiten als die beste ausgesucht wird.

Honorare für Autoren von Untergrundsverlagen

JGG, Köln

Die polnischen Verlage und Publikationen im Untergrund sind jetzt dazu übergegangen, Honorare an ihre Mitarbeiter zu zahlen. Das berichtet die Untergrundzeitschrift „CDN". Die Honorarsätze für Schriftsteller und Journalisten werden sich dabei an den staatlich vereinbarten Honorarsätzen orientieren, heißt es. Ehrenamtliche Mitarbeiter-Autoren wird es nur noch in Ausnahmefällen geben. Gleichzeitig wurde beschlossen, daß Publikationen und Bücher des Untergrunds nicht mehr gratis vertrieben werden. Bücher werden sogar teilweise teurer als im Staatshandel sein, weil sie Werke dem Staat nicht genehmer Schriftsteller und von der Zensur nicht zugelassene Themen bringen.

Ost-West-Rocktreffen mit Lakes und Ace Cats

HS, Wunsiedel

Am 18. und 19. April findet in Wunsiedel das zweite Ost-West-Rocktreffen mit grenzüberschreitender Beteiligung statt. Gruppen aus der CSSR, Polen, Ungarn, „DDR" und der Bundesrepublik gestalten das Programm.

Wein-Kontrolle mit „äußerster Strenge“

H.-H. HOLZAMER, **Bonn**

Nur einen Teilerfolg konnte Italiens Landwirtschaftsminister Filippo Maria Pandolfi bei seiner Blitz-Visite in Bonn verbuchen: Sein deutscher Amtskollege Ignaz Kiechle erklärte sich zwar zu einem Verzicht auf einen generellen Importstopp italienischer Weine bereit, nicht akzeptieren wollte er dagegen den Verzicht auf eine Kontrolle der Importe durch Lebensmittelchemiker des deutschen Zolls.

Pandolfi hält dies wegen der neuen gesetzlichen Regelung in Italien für überflüssig. Das Bundeslandwirtschaftsministerium bestätigte, daß die Kontrollen „mit äußerster Strenge durchgeführt“ würden, ein Verzicht darauf „stehe außerhalb jeder Diskussion“.

Wie die WELT vom Bundesgesundheitsministerium in Bonn erfuhr, soll ein Gedankenaustausch mit italienischen Fachleuten bereits am 17. April unter Einbeziehung der Bundesländer durchgeführt werden. Möglich sei, daß man dann zur EG-Praxis, das heißt zu Stichproben, zurückkehre. Denkbar sei auch, daß dann keine Vollanalysen sondern nur mehr Untersuchungen auf Methanol erfolgen. Die Italiener müßten allerdings zuvor zweierlei erläutern: einmal ihr Analyse-Verfahren und zum anderen die Auswahl der Laboratorien.

Die in Rom verabschiedete Verordnung sieht die Labor-Analyse für alle Weine und weinhaltige Getränke, also auch Wermut, vor, die Italien im Exportwege verlassen. Die Liste der Laboratorien entspreche aber, so das Bundesgesundheitsministerium in Bonn, nicht der amtlichen Liste der Europäischen Gemeinschaft.

Pandolfi sieht für das deutsche Mißtrauen keinen Anlaß, es müsse sich in Europa eine Behörde auf die andere verlassen können, und immerhin hätten italienische Stellen den Skandal aufgedeckt. Auch sei heute das Ausmaß des Schadens schon erkenn- und damit begrenzbar: In der Zeit vom 5. Dezember 1985 bis zum 10. März 1986 seien 2621 Quintali (à 1000 Kilo) des giftigen Methylalkohols mit falschen Papieren an vier Firmen gelangt, deren Verantwortliche alle in Haft säßen; die weiteren Wege des tödlichen Zusatzes seien bekannt.

Der Lebensmittel-Direktor des italienischen Istituts zur Förderung des Außenhandels (ICE) Silvano Dametto sagte, die Kontrollen würden eine Wartezeit von zwei Monaten für jede Partie bedeuten und hätten zu einem starken Rückgang der italienischen Weinexporte geführt. Die Meldung aus Brüssel, es gebe einen amtlichen Export-Stopp erklärte Dametto für „falsch.“

Bei den Importeuren hat sich die Wartezeit noch nicht ausgewirkt. Reinold Kocks, Importeur in Bad Godesberg: „Ich habe noch keine Probleme.“ Ärgerlich sei, daß man Winzer und Panscher, Unschuldige und Schuldige in einen Topf werfe. Das Problem liege bei den Supermarktketten, die nach Italien gegangen seien mit der Forderung: „Mach mir eine 2-Liter-Flasche zu 3,90“. Schon ein Blick auf die Preise für Weintrauben zeige deutlich, daß dieses „Angebot“ nur unter Zusatz von Wasser und Alkohol zu haben sei.

Das Bundesgesundheitsministerium hat gestern die Liste der Methanol-Weine (WELT v. 9.4.) um folgende Sorten erweitert: „Frizzantino Amabile“, Perlwein, Cantina del Racco in Ora; „Burgwappen“, weißer Tafelwein, Vinexport, Neumarkt/Egna. Fünf Gramm Methanol pro Liter wurde nach Angaben dänischer Behörden in dem italienischen Wermutwein „Filipetti“, Firma Irvas in Canelli (Piemont), festgestellt.

Zum erstenmal seit 1975 brüten wieder fünf Seeadler-Paare in Schleswig-Holstein, ihrem letzten westeuropäischen Brutgebiet

Horste der Greifvögel werden gehütet wie ein kostbarer Schatz

GEORG BAUER, **Kiel**

„Bitte haben Sie Verständnis dafür, aber darüber können wir nichts sagen.“ Das schleswig-holsteinische Landwirtschaftsministerium in Kiel reagiert wortkarg. Ortsangaben über die Brutstätten der Seeadler in Schleswig-Holstein werden gehandelt wie eine geheime Kommandosache. Es ist auch kein Wort darüber zu erfahren, wo die rund 200 freiwilligen Helfer, die die Seeadler zur Zeit schützen, ihre Beobachtungsstände postiert haben – 300 Meter vom Adlerhorst entfernt abgestellte Campingwagen, die sich unter Tarnnetzen der Bundeswehr verbergen. Selbst die scharfen Augen der Vögel können sie nicht erspähen.

Für die Sicherheit der Greifvögel setzt sich auch Landwirtschaftsminister Günter Flessner ein, als Schirmherr des Seeadler-Schutzes. Seine Mitarbeiter verpflichtete er zum Schweigen und die Öffentlichkeit bat er, die ihnen möglicherweise bekannten Standorte der Horste zu meiden. Nichts dürfe die letzten in Westeuropa brütenden Paare, seit 1975 zum erstenmal wieder fünf an der Zahl, aus ihrer Ruhe aufschrecken.

Die Bewacher, die eine Woche oder mehr von ihrem Jahresurlaub für den Schutzdienst opfern, arbeiten in Zweiergruppen. Tag und Nacht kontrollieren sie mit Ferngläsern das Gelände und registrieren jede Bewegung um, über und in den Horsten. Alle 15 Minuten wird in einer Kladde das Verhalten der Vögel vermerkt, um den Wissensdurst der Ornithologen zu stillen.

Gegen ungebetene Gäste schützen an den Bäumen der Horste angebrachte Mikrofone, die in direkter Verbindung mit den Wohnwagen stehen. Diesen sensiblen „Ohren“ entgeht kein Geräusch, erst recht nicht der Versuch geldgieriger Wilderer, die mit dem Diebstahl und dem Verkauf von Eiern oder Jungvögeln ihre Taschen füllen wollen. 5000 Mark und mehr bringt ein solches Ei auf dem Schwarzmarkt, und für Jungvögel sind Liebhaber sogar bereit, zwischen 20 000 und 50 000 Mark zu zahlen.

Ständig befindet sich ein Mitarbeiter im „Außeneinsatz“. Im Abstand von einigen hundert Metern zum Horst achtet er darauf, daß Wanderer, die sich zufällig in die Gegend verirren oder ganz gezielt die Brutstätten aufsuchen wollen, nicht näher an die Vögel herankommen. Das erreicht er entweder mit gutem Zureden oder, wenn es sein muß, mit Hilfe der Polizei. Den Kontakt zu den Ordnungshütern halten die Bewacher per Funk, rund um die Uhr.

Die Einsätze der Teams, in denen Schüler, Studenten, Arbeiter, Angestellte und Beamte zusammenarbeiten, werden vom Forstamt in Eutin, der zuständigen Seeadler-Schutzstation, koordiniert. Für die fachliche Beratung sorgen Mitarbeiter der Projektgruppe Seeadler-Schutz.

Der Einsatz zeigt Wirkung. „Der Eierdiebstahl ist gleich null“, heißt es im Landwirtschaftsministerium. In der Vergangenheit drohte den Seeadlern von Wilderern fast immer die größte Gefahr. Die strenge Kontrolle der geschützten Tiere, die noch im benachbarten Mecklenburg, aber auch auf dem Balkan zu finden sind, hat nur einen Nachteil: In vergangenen Jahren hatten Bewacher allzu redselig über ihren Einsatz geplaudert und so den Kreis der Eingeweihten vergrößert. Der Appell des Ministers, die Paare und ihre Jungen bis Ende Juli nicht zu stören, gilt daher auch für sie. Schweigen ist erste Bürgerpflicht, wenn die prächtigen Vögel in Schleswig-Holstein ihr letztes westeuropäisches Rückzugsgebiet behalten sollen.



Vom Aussterben bedroht: der Seeadler FOTO. TEUTOPRESS

Zwei Kinder in den Tod gestürzt

hd. **Nürnberg**

Auf der Suche nach ihren Eltern sind in Nürnberg zwei drei- und fünfjährige griechische Brüder aus dem vierten Stockwerk zu Tode gestürzt. Sie waren am frühen Mittwoch morgen allein in der Wohnung aufgewacht. Die Eltern der Kinder hatten sich am Morgen an der Haustüre getroffen. Der Vater (29) kam von der Nachtschicht, fuhr seine Frau (27) zu ihrer Putzstelle und wartete dort eine Stunde, bis sie mit ihrer Morgenarbeit fertig war. Die Kinder wurden schwerverletzt auf dem Straßenpflaster gefunden. Der Ältere starb schon im Notarztwagen, der Jüngere kurze Zeit später im Krankenhaus.

Millionenklage gegen TWA

dpa, **New York**

Die Familie des US-Marinetauchers Robert Stethem, der im Juni vergangenen Jahres bei einer Flugzeugentführung erschossen wurde, hat die Fluggesellschaft TWA auf umgerechnet 50 Millionen Mark Schadenersatz verklagt. Sie wirft der Fluggesellschaft mangelhafte Sicherheitsvorkehrungen vor. Der 23jährige war an Bord des am 14. Juni entführten TWA-Flugzeugs von Athen nach Rom, das dreimal zwischen Algerien und Libanon hin- und hergeflogen wurde. Die Entführer hatten Stethem in Beirut erschossen und seine Leiche aus dem Flugzeug geworfen.

Stadtrat festgenommen

dpa, **Hamm/Dortmund**

Der Wirtschaftsförderungsdezernent der westfälischen Stadt Hamm, „Dr. Dr.“ Winfried Masannek (CDU), der sich sein Amt mit gleich zwei gefälschten Titeln erschlichen haben soll, wurde vorläufig festgenommen. Ein Haftbefehl wurde bis jetzt noch nicht beantragt. Der 51jährige steht unter dem Verdacht der mißbräuchlichen Benutzung von Titeln, der Urkundenfälschung, des Anstellungsbetrugs und der Bestechlichkeit. Der Hauptausschuß des Hammer Stadtrats hat sich einmütig für Masanneks Abwahl ausgesprochen.

15 000 sitzen im Schnee fest

rb. **Zermatt**

Nach Schneefällen katastrophenartigen Ausmaßes war der Schweizer Wintersportort Zermatt gestern von der Außenwelt abgeschnitten. Durch Lawinenabgänge und Erdrutsche wurde die Bahnstrecke blockiert und die Hauptstromleitung unterbrochen. Etwa 15 000 Urlauber saßen in den bis zu eineinhalb Meter hohen Schneemassen fest. Notfälle wurden mit Hubschraubern ausgeflogen.

Urteil zum Rückimport

dpa. **Karlsruhe**

Ein neues Kraftfahrzeug darf nach einer vorangegangenen Zulassung im Ausland in der Bundesrepublik Deutschland nicht als Neuwagen verkauft werden. Das stellte der I. Zivilsenat des Bundesgerichtshofes (BGH) in Karlsruhe in einem gestern veröffentlichten Urteil fest. Auch muß der Käufer eines rückimportierten Autos darauf hingewiesen werden, daß die Werksgarantiefrist bereits mit der Erstzulassung im Ausland begonnen hat. (Az: I ZR 149/85)

Richter in Klinik

dpa. **Frankfurt**

Der wegen des Verdachts des Verwahrungsbruchs und der Strafvereitelung im Amt gesuchte Frankfurter Richter Georg Wächter (49) ist in einer psychiatrischen Klinik in Mainz aufgetaucht. Der Richter war seit Anfang Februar krankgeschrieben. Als er zu einer vom Gerichtspräsidenten angeordneten amtsärztlichen Untersuchung nicht erschien und auch in seiner Wohnung nicht gefunden wurde, erließ die Justiz Haftbefehl.

Astronaut taucht

SAD. **Paris**

Der französische Astronaut Patrick Baudry (39), der im Februar 1985 an Bord der Raumfähre „Challenger“ flog, wird im Sommer in dem Tiefseetauchboot „Nautile“ zum Wrack der „Titanic“ tauchen. Das Wrack der „Titanic“ war im vergangenen Herbst von einer französisch-amerikanischen Expedition 900 Seemeilen vor Neufundland in 4000 Metern Tiefe entdeckt worden.

Heinz Conrads gestorben

pol. **Wien**

Der beliebte österreichische Rundfunk- und Fernsehmoderator Heinz Conrads ist gestern in Wien im Alter von 73 Jahren gestorben. Conrads wurde vor allem durch seine 40 Jahre lang jeden Sonntag ausgestrahlten Rundfunksendungen „Was gibt es Neues“ und durch die seit 1957 ausgestrahlte Fernsehsendung „Guten Abend am Samstag“ zum Publikumsliebling.

ZU GUTER LETZT

Für eine „englische Popgruppe“, eine „neue Zigarettenmarke“, „Schmiergelder“ oder sogar „B[illegible]mer des Papstes“ halten viele Bundesbürger die „Subvention“. Eine Umfrage des Offenbacher Marplan-Instituts ergab, daß nur jeder d[illegible] Befragte mit dem seit Jahren in Politik und Wirtschaft heiß diskutierten Begriff etwas anfangen kann.

Brenner-Expreß entgleist

Zugunglück bei Bologna / 38 Fahrgäste leicht verletzt

dpa, **Bologna**

Der Schnellzug „Brenner-Expreß“ ist in der Nacht zum Mittwoch auf der Fahrt von Rom nach München in Richtung Brenner-Grenze hinter Bologna entgleist. 38 Fahrgäste, darunter auch Italien-Urlauber, mußten mit leichten Verletzungen in Krankenhäuser eingeliefert werden.

Nach ersten Untersuchungen der Polizei sprangen die Lokomotive und mehrere Wagen des Schnellzugs aus den Gleisen und überschlugen sich. Der Zug fuhr zu diesem Zeitpunkt bei starkem Regen mit einer Geschwindigkeit von etwa 120 Stundenkilometern. Als Ursache des Unglücks wird eine Unterspülung der Gleiskörper vermutet. Die Bergungsarbeiten sind schwierig, weil die Unglücksstelle weitab von Straßen liegt. Die wichtige Bahnstrecke im Nord-Süd-Verkehr wird, wie gestern bekannt wurde, für zwei Tage gesperrt bleiben.



Die Lok und sieben Wagen des „Brenner-Expresses“ sprangen aus den Gleisen und stürzten über eine Böschung FOTO: DPA

Vegetation ist drei Wochen im Rückstand

DW. **Bonn**

Bis zu drei Wochen liegt die gesamte Vegetation wie auch der Saatenstand gegenüber anderen Jahren zurück. Grund dafür ist die andauernde kalte und nasse Witterung, teilte der Verband der Landwirtschaftskammern gestern mit.

Winterschäden seien trotz des recht strengen Winters nur in geringem Umfang eingetreten, hieß es weiter. Weizen- und Roggenschläge sehen in der Regel gut aus, auch bei der Wintergerste werden Umbrüche in größerem Ausmaß nicht notwendig sein. Nur in ungünstigen Lagen und dort, wo kein Schnee lag, der die Bodenschichten vor tiefer Durchfrostung schützte, werden Neusaaten erforderlich.

Feldarbeiten waren besonders im norddeutschen Raum und in den Mittelgebirgslagen bisher stark behindert oder sogar unmöglich, weil die Böden mit Wasser getränkt sind und dadurch unbefahrbar waren. Nur in Süddeutschland und in der Rheinebene sind die Frühjahrsbestellungen schon abgeschlossen. In den anderen Gebieten wird viel nachzuholen sein. Bedingung ist allerdings, daß die oberen Bodenschichten bald abtrocknen und wärmer werden.

Dame mit Vergangenheit

Goyas „Marquesa von Santa Cruz“ bei Christie's-Auktion

HEIDI BÜRKLIN, **London**

Sie soll die teuerste Marquise werden, die je gemalt worden ist. Zierlich gebaut, doch wohl gerundet, ruht sie auf einem seidenbespannten Tagebett. Mit Weinblättern und Trauben ist ihr Haar umkränzt. Ein weißes Satinkleid enthüllt raffiniert die Figur. Musisches Flair bekundet eine griechische Lyra in ihrer Linken: So hat der spanische Meister Goya die zehnte Marquesa von Santa Cruz im Jahre 1805 verewigt.

Hinter schußsicherem Glas

Morgen mittag soll sie bei Christie's in London unter den Hammer kommen. Man hat ihr die letzte Nummer 80 gegeben. Nur hinter mehrfachen Gittern war sie vorher zu besichtigen. Ein schußsicherer Paravent schützt sie obendrein. Diesmal ging das Auktionshaus kein Risiko ein. Daß Diebe vor einiger Zeit am hellichten Tag Schmuck entwenden konnten, steckt Christie's noch tief in den Knochen.

Hier, so spekuliert man, wird das potentiell teuerste Bild der Welt gehütet: Es soll die 8,1 Millionen Pfund übertreffen, die im vergangenen Jahr im gleichen Raum Beauftragte des Getty-Museums im kalifornischen Malibu für Mantegnas Gemälde „Die Anbetung der Heiligen Drei Könige“ geboten haben.

Die Dame hat exzellente Empfehlungen. Sie ist niemals gereinigt oder auf eine neue Leinwand aufgezogen worden – ein preistreibendes Faktum. Sie ist mit 125,1 cm Höhe und 207,6 cm Breite für ein so hochkarätiges Bild außergewöhnlich groß. Als das „wahrscheinlich beste spanische Gemälde, das seit dem Krieg auf den Markt kam“, preist es Christie's-Experte Charles Allsopp an.

Doch Goyas gut erhaltene Dame hat einen großen Haken. Ihre jüngste Vergangenheit ist undurchsichtig. Es geht vor allem um die Frage, wie die Spanierin nach London gekommen ist. Ein Bild von solchem Kaliber wird sonst eifersüchtig im eigenen Land gehütet. In diesem Fall in Spanien. Dort war sie seit 1947 im Besitz der Familie Valdés in Bilbao. Die hatten sie von Nachkommen der Marquesa erworben. 1961 war sie zum letzten Mal öffentlich auf einer Ausstellung zu sehen. Vor drei Jahren aber trat dann ein gewisser Señor Pedro Saorin Bosch, „ein spanischer Geschäftsmann mit Interessen in Argentinien“ auf den Plan. Er wandte sich an den englischen Bilderhändler Michael Simpson. Der war begeistert und verständigte seinen Kunden, Lord Wimborne. Der wollte das Gemälde als Geldanlage erwerben.

Im April wurde sie dem Lord mit signierten und gestempelten Exportlizenzen zweier spanischer Ministerien übergeben. Der Wert des Bildes wurde mit 750 000 Pfund angegeben. Als man die Marquesa dann jedoch dem reichen Getty-Museum anbot, begannen die Schwierigkeiten. Die spanische Botschaft in Washington forderte das Bild zurück. Es sei illegal aus Spanien geschmuggelt worden. Die Papiere seien gefälscht. Sofort ließen die Kalifornier die Finger von der heißen Ware und schickten das Bild nach London zurück. Über viele Monate zogen sich nun die Verhandlungen mit der spanischen Regierung und Interpol hin.

Ins Reich der Legende

Um endlich eine Entscheidung zu erzwingen, gab Lord Wimborne jetzt das Gemälde zur Auktion. Bis zur letzten Stunde wurde mit der spanischen Regierung verhandelt. Kunden wurden getestet: Waren sie bereit, Millionen in das umstrittene Meisterwerk zu investieren? Für die großen Museen kommt dieses Roulette wohl kaum in Frage. Eventuell könnten sich private Käufer auf das Vabanquegeschäft einlassen.

Die Marquesa soll also morgen unter den Hammer kommen. Für Publicity hat sie gesorgt. Daß sie allerdings – wie in der britischen Presse berichtet – von Franco des hakenkreuzähnlichen Symbols in der Lyra wegen gekauft worden sei, um sie Hitler zu verehren, das wird bei Christie's entschieden ins Reich der Legende verwiesen.

Umstrittenes Versteigerungs-Objekt: Francisco Goyas „Marquesa de Santa Cruz“ aus dem Jahre 1805 FOTO: CHRISTIE'S

WETTER: Auch im Süden kälter

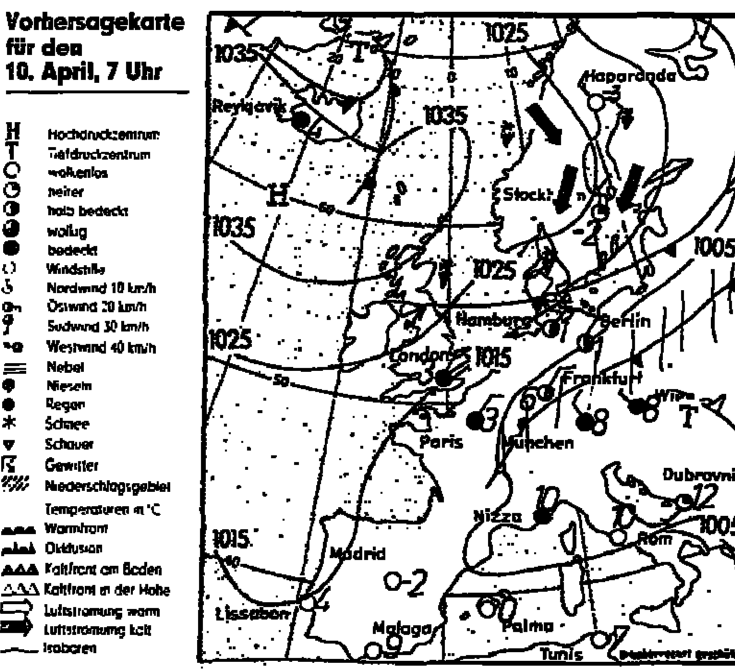
Lage: Von Skandinavien dringt in Staffeln arktische Kaltluft nach Deutschland vor, die sich bis zum Freitag bis zu den Alpen durchsetzt.

Vorhersage für Donnerstag: Im Norden wechselnd wolkig mit einzelnen Schnee- und Regenschauern. Höchsttemperaturen 2 bis 5 Grad. Im Süden stark bewölkt und zeitweise Regen, in den Bergen Niederschläge in Schnee übergehend. Höchstwerte im Süden 6 bis 10 Grad. Nachts allgemein leichter Frost um minus 2 Grad. Mäßiger bis frischer, in Böen starker Nordostwind.

Weitere Aussichten: Wechselhaft mit einzelnen Schnee- und Regenschauern, sehr kühl.

Sonnenaufgang am Freitag: 6.36 Uhr*, Untergang: 20.11 Uhr; **Mondaufgang:** 7.17 Uhr, Untergang: 22.59 Uhr (* in MESZ, zentraler Ort Kassel).

Vorhersagekarte für den 10. April, 7 Uhr



Hochdruckzentrum
Tiefdruckzentrum
wolkenlos
heiter
halb bedeckt
wolkig
bedeckt
Windstille
Nordwind 10 km/h
Ostwind 20 km/h
Südwind 30 km/h
Westwind 40 km/h
Nebel
Nieseln
Regen
Schnee
Schauer
Gewitter
Niederschlagsgebiet
Temperaturen in °C
Warmfront
Kaltfront
Okklusion
Kaltluft am Boden
Kaltluft in der Höhe
Luftströmung kalt
Luftströmung warm
Isobaren

Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Mittwoch, 14 Uhr (MESZ):

Deutschland:		
Berlin	5	Sp
Bielefeld	3	bd
Braunlage	1	Ne
Bremen	3	bw
Dortmund	3	bd
Dresden	8	bw
Dusseldorf	4	bw
Erfurt	3	Sp
Essen	3	bd
Feldberg/S.	2	Ne
Flensburg	6	he
Frankfurt/M.	10	he
Freiburg	7	Sp
Garmisch	17	he
Greifswald	5	Sp
Hamburg	3	bw
Hannover	4	Sp
Kahler Asten	1	Ne
Kassel	3	Sp
Kempten	19	he
Kiel	5	he
Koblenz	8	bd
Köln-Bonn	7	bw
Konstanz	15	he
Leipzig	4	Sp
List/Sylt	8	he
Lübeck	3	bd
Mannheim	15	he
München	21	he
Münster	4	bd
Norderney	4	bw
Nürnberg	19	he
Oberstdorf	16	bw
Passau	22	wl
Saarbrücken	10	bw
Stuttgart	14	he
Trier	7	bd
Zugspitze	-4	bw

Ausland:		
Algier	20	he
Amsterdam	5	bd
Athen	20	he
Barcelona	17	bw
Belgrad	26	wl
Bordeaux	5	bw
Bozen	9	bd
Brüssel	3	bw
Budapest	24	wl
Bukarest	23	he
Casablanca	13	he
Dublin	7	he
Dubrovnik	20	he
Edinburgh	7	bw
Faro	13	he
Florenz	13	bd
Genf	11	bw
Helsinki	5	bw
Hongkong	25	bw
Innsbruck	18	he
Istanbul	16	wl
Kairo	26	wl
Klagenfurt	15	bw
Konstanza	22	he
Kopenhagen	6	bw
Korfu	22	he
Las Palmas	17	bd
Leningrad	6	bw
Lissabon	12	he
Locarno	10	bw
London	8	bw
Los Angeles	12	wl
Luxemburg	5	R
Madrid	8	he
Mailand	9	he
Malaga	15	he
Mallorca	15	he
Moskau	2	bw
Neapel	12	R
New York	8	bw
Nizza	11	bw
Oslo	6	bw
Ostende	5	bw
Palermo	17	bw
Paris	4	bw
Peking	21	bw
Prag	21	he
Rhodos	20	he
Rom	12	R
Salzburg	21	he
Singapur	30	bw
Split	17	bd
Stockholm	7	bw
Straßburg	6	bw
Tel Aviv	25	he
Tokio	18	bw
Tunis	20	he
Valencia	15	he
Varna	19	wl
Venedig	11	R
Warschau	13	bw
Wien	23	he
Zurich	12	bw

bd = bedeckt; bw = bewölkt; Gr = Graupel; Gw = Gewitter; he = heiter; IW = in Wolken; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schneefall o. Schneeschauer; Sp = Sprühregen; Sr = Schneeregen; wl = wolkenlos; - = keine Angabe

Übers Eis der Beringstraße in die UdSSR

dpa. **Anchorage**

Die amerikanischen Behörden suchen einen Mann, der über die Eisdecke der Beringstraße von Alaska in die Sowjetunion gewandert und seitdem verschwunden sein soll. Wie ein Bewohner einer Eskimo-Siedlung auf der Insel Little Diomede gestern sagte, habe sich der Mann bei ihm erkundigt, ob er über das Eis zur Insel Big Diomede gelangen könne. Nachdem er dem Mann gesagt habe, daß er drüben seine Freiheit verlieren würde, sei dieser dennoch losmarschiert.

Die Insel Big Diomede gehört zur Sowjetunion, während das knapp vier Kilometer entfernte Eiland Little Diomede US-Territorium ist. Die Inseln liegen in der Mitte der Beringstraße, die den nördlichsten US-Bundesstaat Alaska von Sibirien trennt.

Die amerikanische Bundespolizei FBI will jetzt den Namen und die Herkunft des „Eiswanderers“ feststellen. „Sollte er über Alaska zurückkehren, werden wir uns mit ihm natürlich unterhalten wollen“, erklärte ein FBI-Agent. Bereits 1953 sei ein Mann mit einem Boot in Richtung Big Diomede gerudert, aber „sowohl der alte als auch der neue Fall werden wahrscheinlich immer im dunkeln bleiben“. Die sowjetische Botschaft in Washington wie auch das Konsulat in San Francisco konnten gestern zu der „Eiswanderung“ keine Angaben machen.